

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen, der Federführenden Ämter, der Träger der Jugendforen sowie den Mitgliedern des Begleitausschusses und den in den Jugendforen engagierten Jugendlichen, die an unseren Befragungen teilgenommen haben. Sie haben alle entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS-Frankfurt am Main

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main
und
Camino gGmbH
Boppstr. 7
10967 Berlin

Frankfurt am Main/Berlin, Dezember 2018

Autor/innen ISS e.V.

Irina Bohn
Julia Däumling
Julia Hallmann
Jan Saßmannshausen
Dr. Yvonne Albrecht
unter Mitarbeit von Max Waibel

Autor/innen Camino gGmbH

Sabine Behn
Dr. Kari-Maria Karliczek
Wolfgang Stuppert
Daniel Schnarr

Bildnachweis:

eskemar.photocase.com

Inhalt

1	<i>Zusammenfassung</i>	1
2	<i>Evaluationsgegenstand und Fragestellungen</i>	6
2.1	Fragestellungen und Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung	7
2.1.1	Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	7
2.1.2	Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index	8
2.1.3	Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation	9
2.1.4	Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen	10
2.1.5	Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	11
2.1.6	Schwerpunkt 6: Lokale Bedrohungslagen	12
2.1.7	Schwerpunkt 7: Gesamtkoordination	12
2.1.8	Schwerpunkt 8: Vernetzung	13
2.1.9	Schwerpunkt 9: Öffentlichkeitswirksamkeit	13
2.1.10	Schwerpunkt 10: Aktions- und Initiativfonds	14
2.1.11	Schwerpunkt 11: Nachhaltigkeit	14
3	<i>Untersuchungsdesign und methodische Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung</i>	15
3.1	Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	15
3.2	Methodisches Vorgehen des ISS-Frankfurt a.M.	16
3.2.1	Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	17
3.2.2	Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index	19
3.2.3	Jugendpartizipation	21
3.2.4	Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen	22
3.2.5	Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	24
3.2.6	Lokale Bedrohungslagen	25

3.3	Methodisches Vorgehen von Camino	27
3.3.1	Qualitative Interviews mit externen Akteuren	28
3.3.2	Befragung von Einzelmaßnahmenträgern erstmals geförderter Partnerschaften	29
3.3.3	Teilnehmende Beobachtung	30
3.3.4	Transfer-Workshops	31
4	Ergebnisse	32
4.1	Kommunale Demokratieförderung – Was Partnerschaften für Demokratie leisten	32
4.2	Jugendpartizipation	45
4.3	Wirkungen von Partnerschaften für Demokratie auf lokale Problemlagen – Zwischenstand	56
4.3.1	Kurzzusammenfassung	58
4.3.2	Überblick und Relevanzsetzungen	59
4.3.3	Situationsveränderungen entlang einzelner Problemlagen	62
4.4	Islamistische Orientierungen und Handlungen als Arbeitsschwerpunkt der Partnerschaften für Demokratie	90
4.5	Lokales Klima der Anfeindung in den Partnerschaften für Demokratie	96
4.6	Die Koordinierungs- und Fachstellen sowie die Netzwerkarbeit aus Sicht externer Akteure	112
4.6.1	Methodische Vorbemerkung	112
4.6.2	Beiträge der Partnerschaften für Demokratie zu Veränderungen vor Ort aus Sicht externer Akteure	112
4.6.3	Wann stoßen Partnerschaften für Demokratie an ihre Grenzen?	118
4.6.4	Weitere Erwartungen externer Akteure an die Partnerschaften für Demokratie	118
4.6.5	Förderliche und hinderliche Faktoren aus Sicht externer Akteure	119
4.6.6	Fazit	123
4.7	Partizipation als Ergebnis von Öffentlichkeitswirksamkeit	125
4.7.1	Öffentlichkeitswirksamkeit aus externer Perspektive – informieren, sensibilisieren, aktivieren	125
4.7.2	Informieren: Wie bekannt sind die Partnerschaften für Demokratie?	126
4.7.3	Sensibilisieren und Aktivieren: Ist das schon Partizipation?	128
4.7.4	Chancen und Grenzen von Partizipation	135
4.7.5	Fazit	135
4.8	Grundlagen und Wirkungen der Vernetzung in lokalen Partnerschaften	137

4.8.1	Netzwerke unter Einzelmaßnahmenträgern lokaler Partnerschaften	137
4.8.2	Grundlagen erfolgreicher Vernetzung	140
4.8.3	Wirkungen der Vernetzung in lokalen Partnerschaften	144
4.8.4	Fazit	148
4.9	Einzelmaßnahmen der Partnerschaften für Demokratie gegen Rechtspopulismus	149
4.9.1	Ansätze des Engagements gegen Rechtspopulismus	150
4.9.2	Träger, Ziele und Zielgruppen des Engagements gegen Rechtspopulismus	153
4.9.3	Projekte gegen Rechtspopulismus im Gegenwind	156
4.9.4	Unterstützung für Projekte gegen Rechtspopulismus	157
4.9.5	Fazit	158
5	<i>Empfehlungen</i>	160
6	<i>Anhang</i>	165
6.1	Literatur	165
6.2	Tabellen	170
	<i>Abbildungsverzeichnis</i>	255
	<i>Tabellenverzeichnis</i>	257

1 Zusammenfassung

Die Partnerschaften für Demokratie, die innerhalb des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ gefördert werden, unterstützen gezielt demokratisches Handeln und zivilgesellschaftliches Engagement auf kommunaler und regionaler Ebene. Im laufenden Förderjahr existiert eine inzwischen stabile und kontinuierlich anwachsende Infrastruktur der kommunalen Demokratieförderung in insgesamt 275 Fördergebieten. Von ihrer Anlage her sind die Partnerschaften für Demokratie ein hoch adaptives und non-direktives Instrument der demokratischen Auseinandersetzung, das sich auch in heterogenen lokalen Kontexten gut etablieren kann.

Entwicklung der operativen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

In der Gesamtschau zeigt sich, dass der Strukturaufbau der Partnerschaften für Demokratie weit fortgeschritten ist, was insbesondere die Etablierung und Konsolidierung der Koordinierungs- und Fachstellen, die erfolgreiche Arbeit und Zusammensetzung der Begleitausschüsse sowie die zunehmende Partizipation von jungen Menschen an eingerichteten Jugendforen, den Begleitausschüssen und den Demokratiekonferenzen zeigt.

Den Koordinierungs- und Fachstellen, welche die fachlich-inhaltliche Koordinierung der Einzelmaßnahmen in den geförderten Kommunen übernehmen und die für die Steuerung der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie zuständig sind, stehen 2018 durchschnittlich 1,7 Mitarbeiter/innen mit einem Stellenvolumen von 79,2 % eines Vollzeitäquivalents zur Verfügung. In Hinblick auf die Beurteilung der Stellensituation halten auf der Ebene der Landkreise 52 % (38 von 73 Partnerschaften für Demokratie, die auf Ebene von Landkreisen aktiv sind und über eine verwaltungsextern angesiedelte Koordinierungs- und Fachstelle verfügen) der Koordinator/innen das Stellenvolumen in den Koordinierungs- und Fachstellen nicht für ausreichend.

Die operative Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie wird zudem durch die Begleitausschüsse gewährleistet: Sie fungieren als zentrale und strategisch handelnde Gremien der lokalen Partnerschaften für Demokratie und aktuell sind 4.939 Personen daran beteiligt. Die Begleitausschüsse sind zu 25 % mit ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen besetzt (1217). Migrant/innen(selbst)Organisationen sind inzwischen in 40 % (105) aller Begleitausschüsse vertreten.

Innerhalb der operativen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ist es darüber hinaus seit Programmbeginn gelungen, die Partizipation von Jugendlichen und ihre strukturelle Einbindung in die Gremien der Förderarrangements sukzessive fortzuentwickeln. Dies bezieht sich auf die zunehmende Einrichtung von Jugendforen und die Partizipation von Jugendlichen an den Begleitausschüssen der Partnerschaften: Der Anteil der Partnerschaften, die ein Jugendforum implementiert haben, beträgt im aktuellen Förderjahr 84 % (223 von 265). Dies verweist darauf, dass die Einrichtung und Verstetigung von Jugendforen in der deutlichen Mehrheit der Partnerschaften für Demokratie inzwischen erfolgt ist. Aktuell beteiligen sich insgesamt 3.244 Jugendliche unter 27 Jahren in den Foren. Die Mitglieder der Jugendforen sind insgesamt (sehr) zufrieden mit ihrem Engagement und nennen als häufigsten Grund die Möglichkeit, eigene Projekte realisieren zu können. Aufgrund der zunehmenden Etablierung von Jugendforen ist es inzwischen gelungen, neue Partizipationsstrukturen insbesondere im ländlichen Raum zu generieren.

Im Förderjahr 2018 geben zudem 85 % (189) der Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum an, dass Mitglieder der Jugendforen auch in ihren Begleitausschüssen vertreten sind. Die Jugendlichen verfügen in 93 % (176) über ein Stimmrecht innerhalb der Begleitausschüsse. Immer mehr Koordinator/innen verweisen darüber hinaus auf eine breite Beteiligung von Jugendlichen an den Demokratiekonferenzen.

Im Hinblick auf die operative Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ist zudem die Öffentlichkeitsarbeit von Belang: Es ist weiterhin zu konstatieren, dass spezifische Teile der Fachöffentlichkeit nach Angaben der Koordinator/innen gut erreicht werden und auch die Information und Sensibilisierung der lokalen politischen Öffentlichkeit durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen gewährleistet wird. Entwicklungsbedarfe bestehen nach wie vor hinsichtlich der Erreichbarkeit einer breiten Öffentlichkeit.

Entwicklung der inhaltlichen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Die Leitlinien des Bundesprogramms stellen einen übergeordneten inhaltlichen Orientierungsrahmen für die Wahl möglicher Arbeitsschwerpunkte dar, dieser bleibt jedoch relativ weit gefasst und gewährleistet den Akteur/innen so die nötige Flexibilität, um kontextsensibel und standortspezifisch agieren zu können. Die Auswertung der Relevanzsetzungen zeigt, dass die Partnerschaften bei der Förderung eines demokratischen Gemeinwesens zum einen die thematischen Schwerpunkte des Bundesprogramms wie zum Beispiel Rechtsextremismusprävention zum Gegenstand ihres Engagements machen. Zum anderen ermöglicht die Flexibilität der Partnerschaften es auch, auf aktuelle gesamtgesellschaftliche oder lokal spezifische Entwicklungen zu reagieren. Dies wird beispielsweise an Projekten gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit oder für die Prävention islamistischer Orientierungen und Handlungen ersichtlich. Insgesamt hat sich also die non-direktive Programmsteuerung von „Demokratie leben!“ bei den Partnerschaften für Demokratie insofern bewährt, als dass die Kooperationsarrangements Themen intensiv bearbeiten, die vor Ort besondere Handlungsbedarfe nahelegen. Es zeigt sich in der Konsequenz eine hohe Problembezogenheit der Partnerschaften. Mit der Fokussierung auf islamistische Orientierungen und Handlungen werden auch Phänomenbereiche adaptiert, die den Aufbau neuer Zugänge und Kompetenzen erfordern und nicht überall zum klassischen Repertoire der Engagierten gehören.

Entwicklung der Bedrohungslagen der Partnerschaften für Demokratie

Von akuten Bedrohungslagen wird auch im aktuellen Förderjahr von der Mehrheit der Standorte der Partnerschaften berichtet: 83 % (221) der Koordinator/innen benennen in der aktuellen Erhebung Situationen der Anfeindung und Bedrohung. Der Anteil bleibt im Vergleich zum Vorjahr dementsprechend auf sehr hohem Niveau konstant.

Generell kann zwischen Anfeindungen und Übergriffen unterschieden werden, die vor dem Hintergrund gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfolgen, und solchen, die sich gegen engagierte zivilgesellschaftliche Akteur/innen richten: Im Hinblick auf gruppenbezogene Anfeindungen, die Ausdruck einer Ideologie der Ungleichwertigkeit darstellen, werden Beleidigungen, Bedrohungen und/ oder Angriffe gegenüber geflüchteten Menschen (72 %, 191 der Förderstandorte melden dies zurück) von den Koordinator/innen zurück gemeldet. Geflüchtete Personen und Menschen mit vermeintlich muslimischem Glauben sind dabei am häufigsten Opfer von Körperverletzungen. Geflüchtete Personen sind zudem auch am häufigsten Opfer von Bedrohungen, Einschüchterungen und/oder Nötigung.

Die Brisanz und Häufigkeit der Situationen der Anfeindung und Bedrohung unterscheidet sich dabei deutlich im Ost-West-Vergleich: Anfeindungen und/oder Übergriffe gegenüber Geflüchteten werden aus den neuen Bundesländern (84 %, 78) insgesamt häufiger gemeldet als aus den alten Bundesländern (63 %, 99). Zudem wird in der aktuellen Erhebung deutlich, dass sich diese Situationen auffällig häufiger in den Fördergebieten in Ostdeutschland wiederholen: In 45 % (42) der Fördergebiete im Osten und in 10% (16) der Fördergebiete im Westen wird von wiederholten Anfeindungen und Bedrohungssituationen berichtet. Somit wird deutlich, dass gewalttätige und verbale Ablehnung von Zuwanderung sowie Islam- und Muslimfeindlichkeit anhaltende Probleme in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie darstellen. In Bezug auf den Umgang mit den konstant festzustellenden, Bedrohungslagen ergibt sich aus bundespolitischer Richtung ein Handlungsbedarf. Die konstant berichteten Bedrohungsszenarien sollten nicht ignoriert werden.

Ebenso werden gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Personen (54 %, 144) Beleidigungen, Bedrohungen und/ oder Angriffe gemeldet. Das bedeutet: Aus jeder zweiten Partnerschaft für Demokratie wird inzwischen von Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlich Engagierten berichtet. Neu und insbesondere hervorzuheben ist der Befund, dass demokratisch Engagierte mit (rechtspopulistischer/ rechtsextremer) Behinderung der eigenen Aktivitäten umzugehen haben: In 39 % (104) aller Partnerschaften für Demokratie berichten die Befragten von Vorkommnissen oder Aktionen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements. Neben den zivilgesellschaftlichen Akteur/innen werden auch Politiker/innen und Mitarbeitende in staatlichen Verwaltungsstrukturen Opfer von Situationen der Anfeindung und Bedrohung: In 36 % (95) der Förderregionen wurde dies im Zuge der Befragung nach Bedrohungslagen genannt.

Die Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle und rechtspopulistische/ rechtsextreme Einschüchterungsversuche besteht nach Angaben der Befragten in der Herausbildung von Gegenwehr: Für 90 % (238) der Standorte wurde es als zutreffend angegeben, dass zivilgesellschaftliche Akteur/innen sich nicht einschüchtern lassen und an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt festhalten. Lediglich an 13 Standorten wurde dies als eher nicht und gar nicht zutreffend angegeben. 68 % (181) der Koordinator/innen geben an, dass auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle öffentlich reagiert wird. Die Förderarrangements leisten somit über die Projektförderung hinaus einen Beitrag zur Herausbildung und Stärkung von lokalen Gegennarrativen und demokratischer Widerstandsfähigkeit.

Um dies weiter zu gewährleisten und angemessen auf die konstant wahrgenommenen Bedrohungslagen adäquat zu reagieren, ist die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung essentiell. Es hat sich gezeigt, dass die Zurückdrängung des demokratischen Engagements dann passiert, wenn die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung nicht reibungslos abläuft. Dies betrifft beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen den externen Koordinierungs- und Fachstellen und dem federführenden Amt.

Wirkungen der Partnerschaften für Demokratie auf lokale Problemlagen und die Sicht externer Akteur/innen

Partnerschaften für Demokratie bewähren sich als kontextsensibles Instrument zur Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie entfalten multiperspektivisch nachweisbar positive Effekte in unterschiedlichen Problemlagen. So tragen die Partnerschaften dazu bei, die kommunale Widerstandsfähigkeit aufrecht zu erhalten und die Fähigkeit zu Reaktion und Gegenwehr. In den Bereichen Situationskenntnis, Mobilisierungsfähigkeit, Kooperation und

Kontinuität der Auseinandersetzung zeichnen sich stabilisierende Effekte ab. Im Bereich Demokratiedistanz nehmen die Partnerschaften Einfluss auf die Ausgestaltung von Aushandlungsprozessen vor Ort und tragen zu einem respektvollen Diskurs vor Ort bei. Insbesondere hinsichtlich der Problemlagen Islamistische Orientierungen und Handlungen, Antisemitismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit bewirken sie in den Bereichen Sensibilisierung und Aufklärung gute Fortschritte.

Auch darüber hinaus bestätigen externe Akteur/innen zentrale Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung: Dies bezieht sich auf die zentrale Rolle der Partnerschaften für Demokratie in der Entwicklung einer demokratischen Kultur und der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Bewegungen. Die Partnerschaften leisten in ihren Augen einen wichtigen Beitrag dazu, die Aufmerksamkeit in einer Kommune auf extremistische, rechtspopulistische und fremdenfeindliche Entwicklungen zu lenken und Gegenpositionen zu entwickeln. Die Koordinierungs- und Fachstellen unterstützen die Arbeit der regionalen Netzwerke und tragen somit zur Erhöhung der Qualität der inhaltlichen Arbeit bei.

Bezogen auf förderliche und hinderliche Faktoren bestätigen die externen Akteur/innen zum einen die meisten der durch die Wissenschaftliche Begleitung identifizierten Gelingensbedingungen – gemeinsame Strategieentwicklung, Offenheit für die Integration neuer Akteur/innen, gute Öffentlichkeitsarbeit, Notwendigkeit politischer Unterstützung. Weitere von ihnen benannte Einflussfaktoren sind die Professionalität der Koordinierungs- und Fachstellen, eine konsequente Einbeziehung der Verwaltung über das federführende Amt hinaus sowie die Öffnung der Partnerschaft vor Ort mit dem Ziel, mehr und andere Bevölkerungskreise als die schon sensibilisierten zu erreichen.

Partizipative Prozesse im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie

Partizipation ist ein zentrales Anliegen des Programms „Demokratie leben!“ Eine partizipative Einbindung von Bürger/innen wird jedoch im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie jenseits der Begleitausschüsse und Jugendforen überwiegend auf einer Vorstufe – der Mitwirkung – umgesetzt. D.h. Bürger/innen können ihre Meinungen, Anliegen und Standpunkte vortragen, werden aber nicht in Entscheidungsprozesse eingebunden. Wenn Mitbestimmung möglich ist, sind es oft die bereits engagierten Bürger/innen, die sich daran beteiligen. Aus Sicht der Koordinator/innen bieten partizipative Prozesse Chancen, wie beispielsweise die Erschließung von Wissensbeständen. Ihrer Umsetzung sind aber auch Grenzen gesetzt, etwa durch die Notwendigkeit schnelle Entscheidungen zu treffen.

Grundlagen und Wirkungen der Vernetzung der Partnerschaften für Demokratie

Im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie sind Netzwerke unter lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen entstanden, deren Form und Zusammensetzung sich stark unterscheiden. Aufgrund der Befragung von Einzelmaßnahmenträgern ist die Dichte, Dezentralität und Diversität der Netzwerke beschreibbar. Die Netzwerkdaten zeigen unter anderem, dass Einzelmaßnahmenträger und Koordinations- und Fachstellen durchschnittlich mit 51% der anderen Träger ihrer Partnerschaft Informationen austauschen. Mit 32% setzen sie gemeinsam Projekte und Veranstaltungen um. Im Zuge der Wissenschaftlichen Begleitung wurden außerdem sowohl die Grundlagen, als auch die Wirkungen der Vernetzung lokaler Partnerschaften analysiert. Die Daten belegen unter anderem, dass die vorherige kommunale Vernetzung im Allgemeinen und die Vernetzung des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle im Speziellen den Erfolg der Vernetzungsarbeit signifikant beeinflussen. Außerdem wirkt sich

die geografische Lage der Partnerschaften auf die Vernetzung aus. Eine erfolgreiche Netzwerkarbeit beeinflusst wiederum die Effektivität der Umsetzung von Einzelmaßnahmen und die Bekanntheit der Partnerschaften innerhalb der Kommune.

Einzelmaßnahmen der Partnerschaften für Demokratie gegen Rechtspopulismus

Unsere Befragung von Einzelmaßnahmenträgern zeigt, dass die Arbeit gegen Rechtspopulismus zu einem zentralen Motiv des bürgerschaftlichen Engagements geworden ist, das durch Partnerschaften für Demokratie gefördert wird. So bezeichneten die befragten Träger 78 % (796) ihre Einzelmaßnahmen als eine Form des Engagements gegen Rechtspopulismus. Unter diesen Trägern sind besonders häufig Bürgerbündnisse und -initiativen gegen Rechtsextremismus sowie Einzelpersonen und Gruppen ohne Träger. Die Analyse unserer Befragungsdaten konnte außerdem zeigen, dass Projekte gegen Rechtspopulismus einem stärker gewordenen gesellschaftlichen Gegenwind ausgesetzt sind. Das äußert sich in der deutlich häufigeren Angst vor Anfeindungen und Angriffen und in einer als problematischer empfundenen Umsetzung der Projekte mit diesem thematischen Bezug.

2 Evaluationsgegenstand und Fragestellungen

Die Partnerschaften für Demokratie führen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ den Ansatz der kommunalen sowie auf das Gemeinwesen ausgerichteten Strategien aus „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ fort, entwickeln diese weiter und setzen dabei neue Schwerpunkte um. Von der Annahme ausgehend, dass eine gelebte demokratische Kultur der beste Garant für eine gesellschaftliche Wehrhaftigkeit gegen rechts-extreme und menschenfeindliche Erscheinungsformen ist, zielt das neue Bundesprogramm mittels der Partnerschaften für Demokratie stärker als bisher auf die Förderung des vielfältigen zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Fokus stehen hierbei insbesondere die Aktivierung von Jugendpartizipation, die Erweiterung der thematischen Ausrichtung auf aktuelle Themen- und Problemstellungen (insbesondere Phänomene der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Stärkung der Selbstorganisation von Migrant/innen), die Stärkung von Strukturen vor Ort (auch zur Entwicklung und Sicherung von Fachlichkeit und Kompetenz in der Region), die Verstetigung und der Ausbau von Netzwerken und Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur/innen sowie eine öffentlichkeits-wirksame Verbreitung der Anliegen und Ziele der kommunalen Gesamtkonzepte.

Die zentralen Ziele des Programms „Demokratie leben!“ lassen sich zusammenfassen unter (Extremismus-)Prävention sowie Förderung von Demokratie und Vielfalt. D. h. es gilt sowohl, zielgerichtete Präventionsstrategien gegen demokratiegefährdende gesellschaftliche Entwicklungen zu gestalten und umzusetzen als auch ziviles Engagement und demokratisches Verhalten sowie die Akzeptanz von und den Umgang mit einer vielfältigen, diversen Gesellschaft auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene zu fördern.

Konkrete Zielstellungen für die Partnerschaften für Demokratie sind die Förderung demokratischer Entwicklungsprozesse und der zielgerichteten Zusammenarbeit der relevanten lokalen Akteur/innen in Bezug auf die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bzw. islamistische Orientierungen und Handlungen, die nachhaltige Umsetzung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern, die (Weiter-)Entwicklung von Strategien und Konzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt vor Ort sowie die Unterstützung einer Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders und der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung. Zielgruppen des Programms und damit auch der Partnerschaften für Demokratie sind u. a. Kinder und Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte, pädagogische Fachkräfte, Multiplikator/innen sowie lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur/innen.

Die übergreifenden Leitprinzipien des Programms „Gender und Diversity Mainstreaming“ sowie „Inklusion“ sollen auf allen Ebenen bei der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie berücksichtigt werden und betreffen sowohl die unterschiedlichen Gremien als auch die zu fördernden Projekte.

Verantwortlich vor Ort für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie sind die Kommunen als Gebietskörperschaften (Städte/Landkreise/kommunale Zusammenschlüsse), die ein federführendes Amt und eine lokale Koordinierungs- und Fachstelle bestimmen. Die Koordinierungs- und Fachstelle, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt ist, ist für die Koordination und Steuerung der Partnerschaft zuständig, fungiert darüber hinaus als inhaltliche Ansprechpartner/in und ist verantwortlich für Wissenstransfer und Qualifizierung in der Region. Weitere wichtige Gremien der Partnerschaften für Demokratie sind der Begleitausschuss, dem zivilgesellschaftliche und kommunale Akteur/innen angehören, sowie das Jugendforum, das eine eigenständige Form der Jugendpartizipation in den Fördergebieten ermöglicht.

Die konkrete Ausgestaltung der Partnerschaft vor Ort erfolgt u. a. durch unterschiedliche Einzelmaßnahmen, die auf der Basis einer vom Begleitausschuss festgelegten Strategie aus einem Aktions- und Initiativfonds gefördert werden. Auf diesem Weg werden auch unterschiedliche lokale Träger in die Partnerschaft einbezogen. Die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie wird durch vielfältige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht, mit denen sowohl Bürger/innen erreicht und zur Beteiligung motiviert als auch Fachakteur/innen einbezogen werden. Eine wichtige Rolle hierbei nehmen die jährlichen Demokratiekonferenzen ein. Für diese Maßnahmen werden gesonderte Mittel zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird die mit „Demokratie leben!“ angestoßene Fortentwicklung der Koordinierungs- hin zu lokalen Fachstellen im Rahmen einer Weiterbildungsreihe unterstützt. Sie soll die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie für die Wahrnehmung ihres erweiterten Aufgabenprofils qualifizieren und wird seit August 2015 durchgeführt.

2.1 Fragestellungen und Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung

2.1.1 Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Ein wesentlicher Handlungsstrang der Wissenschaftlichen Begleitung bezieht sich auf die regelmäßige Sicherstellung einer fundierten Informationsgrundlage für die fachliche Reflexion und die weitere Fortschreibung des Bundesprogramms. Im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings lokaler Partnerschaften für Demokratie erhebt das ISS-Frankfurt a.M. hierzu jährlich steuerungsrelevante Kennzahlen. Sie umfassen vorrangig die Struktur- und Prozessebene der Partnerschaften sowie eingesetzte Ressourcen (Inputs) und erbrachte Leistungen (Outputs). Mit der wiederholten Erhebung quantitativer Daten sind zwei zentrale Zielsetzungen verbunden:

- eine umfassende, systematische Dokumentation der Partnerschaften für Demokratie zu erstellen, um eine möglichst präzise Abbildung und die Analyse von lokalen Organisations- und Handlungsmustern zu ermöglichen und diese Daten sowohl für die Programmverantwortlichen als auch für die Fachöffentlichkeit und beteiligte Akteur/innen strukturiert und zeitnah zugänglich zu machen, sowie
- die Generierung und Auswertung von Informationen, die über alle Fördergebiete hinweg eine Beurteilung u. a. der Entwicklungen vor Ort sowie Einsichten z. B. zu korrelativen Beziehungen zwischen strukturellen Rahmenbedingungen und etwaigen Arbeitsergebnissen ermöglichen.¹

Mittels des prozessbegleitenden Monitorings ist es dem ISS-Frankfurt a.M. möglich, Aussagen über die komplexe Konfiguration sämtlicher Partnerschaften für Demokratie zu treffen und somit übergeordnete, für das Gesamtprogramm bedeutsame Fragestellungen zu beantworten. Hierzu gehört u. a. die Beschreibung der organisatorischen Ausgestaltung der Partnerschaften und ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Von Interesse ist, wie sich die Partnerschaften in ihren Regelmäßigkeiten bzw. auch Unterschieden beschreiben lassen, welche Veränderungen in der operativen Ausgestaltung im Zeitverlauf vorgenommen werden und welche Entwicklungstendenzen identifizierbar sind.

Im vorliegenden Bericht werden ausgewählte Ergebnisse der Monitoring-Befragung in Kapitel 4.1 („Kommunale Demokratieförderung – Was Partnerschaften für Demokratie leisten“) be-

1 Vgl. hierzu Atteslander 2000, S. 273ff.

leuchtet. Zudem werden die Erkenntnisse aus dem Monitoring zur Bearbeitung des Handlungsschwerpunkts Islamismus in Kapitel 4.4 („Islamistische Orientierungen und Handlungen als Arbeitsschwerpunkt der Partnerschaften für Demokratie“) präsentiert.

Zusätzlich zum vorliegenden Bericht verfasst das ISS-Frankfurt a.M. in diesem Jahr zum zweiten Mal einen separaten Strukturdatenband. Dieser beinhaltet umfassende Informationen bezüglich zentraler Kennzahlen, wie z. B. der finanziellen Ausstattung, sowie über Steuerungsgremien und -prozesse. Weitere Schwerpunkte stellen darüber hinaus Jugendpartizipation, Unterstützungsbedarfe, inhaltliche Ausrichtung und etwaige Bedrohungslagen in den Förderregionen dar. Er beinhaltet zudem einen ausführlichen Tabellenanhang. Beinhaltet der Strukturdatenband also vorrangig eine deskriptive Darstellung des Umsetzungsstandes der Partnerschaften, werden mit dem vierten Zwischenbericht einzelne Aspekte fokussiert und dargestellt.

In den Jahren 2017 und 2018 wurde das prozessbegleitende Monitoring zudem auf die Bedarfe der Bundesländer hin angepasst und ausgewählte Ergebnisse länderspezifisch aufbereitet. Die Ergebnisdarstellung erfolgt im Rahmen eigenständiger **Länderberichte** bzw. in separaten Datenbänden. Sie sind nicht Gegenstand dieser Veröffentlichung.

2.1.2 Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index

Bereits im Rahmen der Evaluation der ehemaligen Bundesprogramme hat die Wissenschaftliche Begleitung die Erreichung operativer Querschnittsziele untersucht. Hierbei handelt es sich um Ziele, die sich auf die Arbeitsweisen der Aktionspläne beziehen und die im Zusammenwirken der Akteur/innen wesentliche Voraussetzungen darstellen, um auf lokaler Ebene Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wirksam präventiv zu begegnen. In Weiterentwicklung der bisher vorliegenden Befunde richtet die Wissenschaftliche Begleitung nunmehr den Fokus verstärkt auf die Annahme aus, dass der Beitrag der Partnerschaften zur Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur auch von der demokratischen Qualität ihrer Umsetzungsprozesse abhängt.

In Anlehnung an das „International IDEA Framework“ ist es für die Wissenschaftliche Begleitung von Interesse, die demokratische Qualität von Prozessen innerhalb der Partnerschaften für Demokratie entlang der Dimensionen „Partizipation“, „Autorisierung“, „Responsivität“, „Menschenrechtsorientierung“, „Repräsentation“ und „Verantwortlichkeit“ zu untersuchen.² Hiermit verbindet sich das Anliegen, die bestehende Praxis in den Partnerschaften demokratietheoretisch zu rahmen und fachlich zu bergen. Es ist ein Konzept bzw. ein standardisiertes Erhebungsinstrument entwickelt worden, mit welchem die komplexen Arbeitszusammenhänge und demokratischen Prozessebenen der Partnerschaften für Demokratie nachgezeichnet, verständlich aufbereitet und vergleichend bewertet werden können. Ferner ermöglicht dies, über den zeitlichen Verlauf der Arbeit der Partnerschaften hinweg nachzuzeichnen, in welchen Dimensionen von demokratischer Qualität Fortschritte erzielt werden können und vertiefend zu untersuchen, welches die hierfür förderlichen und ggf. auch hinderlichen Faktoren sind.

Im „Zweiten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01 2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs ‚Partnerschaften für Demokratie‘ im Programm ‚Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit‘ wurde der Frage nachgegangen, ob und inwiefern es gelingt grundlegende demokratische Prinzipien in die spezifischen Strukturen und Prozesse der Partnerschaften einzubinden. Mit dem PfD-Demokratie-Index wurde ein Instrument zur Bewertung des Erreichungsgrades ope-

2 Vgl. Landman 2008.

rativer Querschnittsziele vorgestellt und dieses auf mögliche entwicklungsbedingende Hintergrundfaktoren hin überprüft. Die quantitative Erhebung des Demokratie-Index wurde im Jahr 2018 wiederholt und die Befunde mittels qualitativen Interviews in 16 Standorten vertieft. Die abschließende Auswertung erfolgt im nächsten Jahr. Der Gesamtindex zur Zielerreichung ist somit nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts.

2.1.3 Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation

Ein innovatives Element des aktuellen Förderarrangements der Partnerschaften für Demokratie ist die Einrichtung und finanzielle Ausstattung von Jugendforen, mit denen junge Menschen die Gelegenheit erhalten, sich verstärkt selbstorganisiert und aktiv gestaltend in die kommunale Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit einzubringen. Hierzu können lokal vorhandene Beteiligungsstrukturen für Jugendliche konzeptionell weiterentwickelt oder neue Strukturen aufgebaut werden. Darüber hinaus sollen unterschiedliche lokale Jugendkulturen repräsentativ eingebunden und das Jugendforum personell im Begleitausschuss vertreten sein.

Für die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie ergibt sich aus den Anforderungen des Handlungsfelds und den theoretisch-konzeptionellen Vorannahmen in diesem Untersuchungsfeld, dass Jugendpartizipation auf drei Ebenen in den Blick genommen werden muss.³

Die erste Ebene umfasst den Output, also das Arrangement der Jugendforen als Organisationsform von Jugendpartizipation. Bei der Untersuchung der Organisationsformen der Jugendbeteiligung geht es einerseits um eine Beschreibung der gewählten und realisierbaren Verfahren vor Ort. Von Interesse ist, welche Beteiligungsform unter welchen Bedingungen umgesetzt wird bzw. gegebenenfalls auch nicht realisiert werden kann. Andererseits sind Entwicklungen in der Qualität der partizipativen Verfahren zu analysieren und förderliche sowie hinderliche Faktoren zu identifizieren.⁴

Die zweite Ebene umfasst den Outcome, also die abbildbaren Effekte der partizipativen Arrangements. Hierzu gehören auf der einen Seite, die Perspektiven der beteiligten jungen Menschen, ihre Motivation, Erfahrungen und Lernzuwächse sowie auf der anderen Seite die durch die Partnerschaften für Demokratie konstituierten strukturellen Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation, d. h. die vor Ort entwickelten und verfügbaren Ressourcen wie z. B. qualifiziertes Personal oder die Etablierung einer Anerkennungskultur.

Bei der Untersuchung der Effekte der Jugendbeteiligung geht es vorrangig darum nachzuzeichnen und zu beurteilen, ob sich die für eine Beförderung von Jugendpartizipation ausschlaggebenden Faktoren erweitern. Im Hinblick auf engagierte Jugendliche sind dies z. B. der Grad ihrer Informiertheit, das subjektive Qualifikationsempfinden oder auch die Zufriedenheit mit den Prozessen und Ergebnissen der Partizipation.⁵ Mit Blick auf die strukturellen Rahmenbedingungen von Jugendpartizipation sind dies z. B. die Faktoren der qualifizierten Begleitung, der Einbettung von Maßnahmen in schulische Strukturen und die Anerkennungskultur.⁶

Die dritte Ebene bezieht sich auf Impacts und nimmt das Agenda Setting in den Blick, das aus den Prozessen der Jugendbeteiligung resultieren kann. Hier geht es vorrangig darum, nach-

3 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2005.

4 Vgl. Stange 2008.

5 Vgl. Meinhold-Henschel/Schack 2007.

6 Vgl. Olk/Roth 2008.

zuzeichnen, welche Perspektiven auf lokale Problemlagen durch Jugendliche ergänzend eingebracht und durch die Partnerschaften für Demokratie aufgegriffen werden sowie welche neuen Handlungsoptionen daraus entstehen.

Über alle Untersuchungsebenen hinweg lassen sich im Querschnitt die erkenntnisleitenden Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung folgendermaßen zusammenfassen:

- Sind Jugendforen ein probates Instrument zur Förderung von Jugendpartizipation im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie?

Untersucht werden die Lern-, Motivations- und Erfahrungszuwächse bei Jugendlichen sowie die Ausbildung und Weiterentwicklung von strukturellen Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation.

- Welche Jugendlichen beteiligen sich in den Jugendforen?

Von Interesse ist hierbei, welche jugendkulturellen Milieus sich im Rahmen der Jugendforen engagieren sowie ihr spezifischer Veränderungswille und die Motivation für ihr Engagement.

- Wie verändert sich das Agenda Setting vor Ort durch den Einfluss der Jugendlichen?

Es wird der Frage nachgegangen, welche inhaltlichen Themenstellungen junge Menschen in die Partnerschaften für Demokratie einbringen und welche realen Einflussbereiche sich die Jugendlichen erwirken können.

Im vorliegenden Bericht wird die Einbindung junger Menschen in die Strukturen und Prozesse der Partnerschaften untersucht. Die Heterogenität hinsichtlich der realisierten Formate und Arbeitsweisen der Jugendforen wird ebenso dargestellt, wie thematische Schwerpunkte, mit denen sich die jungen Menschen in den realisierten Jugendfondsprojekten befassen. Ferner werden die soziodemografischen Merkmale sowie Motivationen und Einstellungen der in den Jugendforen engagierten Jugendlichen in den Blick genommen.

2.1.4 Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen

Das Modell lokaler Partnerschaften für Demokratie basiert auf ihrer konzeptionellen Flexibilität, die es ermöglicht, auf die jeweils vor Ort bestehenden Problemlagen angepasste Handlungsstrategien zu implementieren. Es basiert aber insbesondere auch auf der Grundidee, die Verantwortung für die Prävention in die Hände von Zivilgesellschaft in Kooperation mit staatlichen Akteur/innen zu legen und Möglichkeitsräume zur aktiven Partizipation möglichst vieler und vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen zu schaffen. Da der Begleitausschuss das zentrale Steuerungsgremium der Partnerschaft für Demokratie darstellt, beeinflusst die Qualität seiner Arbeit in hohem Maß die Zielerreichung der Arbeit vor Ort als Ganzes.

Für die Wissenschaftliche Begleitung war es zunächst von Interesse zu untersuchen, wie die verantwortlichen Akteur/innen die integrierten Handlungsstrategien angesichts der erweiterten Förderschwerpunkte des Programms „Demokratie leben!“, aber auch angesichts der aktuellen Herausforderungen im Kontext von Zuwanderung, Flucht und Asyl, inhaltlich ausgestaltet haben.⁷ In einem zweiten Schritt wird es von Bedeutung sein, die den Handlungsstrategien hinterlegten Ziel-Mittel-Annahmen zu explizieren, zu beschreiben und schließlich kriterienbasiert auf ihren Erreichungsgrad hin zu bewerten. Hierzu nutzt und erweitert die Wissenschaftliche Begleitung das bereits im Vorläuferprogramm entwickelte Konzept des Strategiequadrats. Es systematisiert die komplexen Handlungsansätze der Partnerschaften unter Bezugnahme auf unterschiedliche Theorien politischer Sozialisation.⁸

7 Vgl. ISS/Camino 2017.

8 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 32.

Weitere Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung richten sich auf die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur/innen in den Begleitausschüssen und die Frage unter welchen Kontextbedingungen es den beteiligten Akteur/innen gelingt, bürgerschaftliches Engagement durch ihre Arbeit in den Begleitausschüssen zu befördern.

Im vorliegenden Bericht werden programmevozierte Veränderungen in den Förderregionen dargestellt und die Beiträge der Partnerschaften im Sinne von Wirkungswahrnehmungen konturiert. Unter Berücksichtigung externer Akteur/innen werden Veränderungen der Situation vor Ort bzw. der wahrgenommenen Problemlagen mittels eines multimethodischen und multiperspektivischen Ansatzes untersucht und somit sowohl Methoden als auch Perspektiven trianguliert.

2.1.5 Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

Die Bundeszentrale für Politische Bildung, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Parts Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH haben auf der Basis von Workshops und einer durch das ISS-Frankfurt a.M. durchgeführten Befragung zu den Fortbildungsbedarfen der Koordinator/innen eine Weiterbildungsreihe konzipiert, die sie seit August 2015 gemeinsam durchführen.⁹ Dieses Weiterbildungsangebot soll den Prozess der Fortentwicklung der Koordinierungsstellen zu lokalen Fachstellen unterstützen und die Koordinator/innen für die Wahrnehmung ihres neuen umfassenden Aufgabenprofils qualifizieren. Die Weiterbildung erstreckt sich über ca. neun Monate, ist in vier Module aufgeteilt und wird inhaltlich prozess- und praxisorientiert gestaltet.

Seit dem Jahr 2018 wird zudem erstmalig eine auf der Modularen Weiterbildung aufbauende Fortbildung zum Thema „Change Management“ angeboten, die ebenfalls vom ISS-Frankfurt a.M. wissenschaftlich begleitet wird. In dieser Weiterbildung sollen die Koordinator/innen für die Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen von Veränderungsprozessen in den Partnerschaften für Demokratie gestärkt werden. Die Veranstaltung erstreckt sich ebenfalls über vier Module.

Das Evaluationsvorhaben zu diesem Leistungsbaustein baut auf den gesammelten Erfahrungen des Bildungscontrollings regionalisierbarer Weiterbildungsangebote „HandlungsKOMPETENZ“ auf.¹⁰ Es beinhaltet summativ wie auch formative Aspekte und ist als Längsschnittanalyse mit einem ausgeglichenen Methodenmix angelegt. Die Untersuchung zielt darauf ab,

- den Bildungsträgern die Bewertungen der Teilnehmenden zur Umsetzung der einzelnen Module zeitnah zurück zu spiegeln, damit notwendige Anpassungen im Bildungsangebot rechtzeitig und bedarfsgerecht vorgenommen werden können (abgeschlossen für die Modulare Weiterbildung, laufend für die Weiterbildung „Change Management“),
- den Zuwachs an fachlichen und persönlichen Kompetenzen sowie an Handlungssicherheit der Koordinator/innen abzubilden,
- den Einfluss der Weiterbildungsveranstaltungen auf die Professionalisierung der Koordinator/innen und die Fortentwicklung der Koordinierungsstellen zu Fachstellen im Zeitverlauf zu analysieren sowie
- den Verlauf und die Ergebnisse der Weiterbildungsveranstaltungen zusammenfassend zu dokumentieren.

9 Vgl. ISS 2014a.

10 Vgl. ISS 2014b.

Die Ergebnisse der Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sind **nicht Teil des vorliegenden Berichts**. Die Ergebnisse werden den Bildungsträgern zurückgespiegelt und in einem separaten Bericht für das Programmmanagement zusammengefasst.

2.1.6 Schwerpunkt 6: Lokale Bedrohungslagen

Rückmeldungen von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen, selbst Opfer von Bedrohungen, Beleidigungen und Übergriffen geworden zu sein, veranlassten das ISS-Frankfurt a.M. im Jahr 2016 erstmalig dazu, Daten zu Übergriffen u. a. gegenüber Geflüchteten und Engagierten zu erheben.¹¹ Hierbei zeigte sich eine hohe Betroffenheit der Akteur/innen vor Ort und eine neue Dimension der lokalen Auseinandersetzung um demokratische Werte.

Um die besorgniserregenden Entwicklungen fortlaufend dokumentieren, Veränderungen nachzeichnen und Handlungsoptionen aufzeigen zu können, wird diese Untersuchung bis 2019 fortgeführt. Sie umfasst auf der einen Seite ein quantitatives Monitoring, das die Situation vor Ort möglichst präzise und gegenstandsnah abbilden soll. Zudem werden jährlich relevante Zusatzaspekte in den Blick genommen und empirisch untersucht. Im 3. Zwischenbericht waren dies die förderlichen bzw. hinderlichen Bedingungen der Herausbildung kommunaler Widerstandsfähigkeit gegen demokratie- und menschenfeindliche Vorkommnisse.

Im vorliegenden Bericht liegt der Fokus auf dem Phänomen der „Shrinking Spaces for Civil Society“. Es wird der Frage nachgegangen, ob, in welchem Umfang und auf welche Weise sich Anfeindungen und Bedrohungen in einer Einschränkung der Handlungsspielräume demokratisch engagierter zivilgesellschaftlicher Akteur/innen bemerkbar machen. Es werden zudem die Bedarfe an Unterstützung in den Blick genommen.

2.1.7 Schwerpunkt 7: Gesamtkoordination

Die Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie haben in „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ eine erweiterte Aufgabenbeschreibung erhalten: Neben den Aufgaben, die sie in den Vorläuferprogrammen bereits wahrgenommen haben, übernehmen sie in stärkerem Maße inhaltlich-fachliche Aufgaben. Vor diesem Hintergrund bezieht sich eine zentrale Fragestellung der Wissenschaftlichen Begleitung darauf, wie die Umsetzung dieser neuen fachlichen Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstellen inhaltlich ausgestaltet wird. Konkret ist dabei von besonderem Interesse, für welche Anliegen und auf welche Art und Weise die Expertise der Koordinierungs- und Fachstellen von den Akteuren vor Ort genutzt wird und welche Formen der fachlichen Qualifizierung weiterer Akteure durch die Koordinierungs- und Fachstellen umgesetzt werden. Es wird gefragt, wie die Koordinierungs- und Fachstellen dazu beitragen können, dass in der jeweiligen Förderregion Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Fachlichkeit geschaffen werden.

Dabei wird die Koordination der Partnerschaften für Demokratie als Gesamtleistung der Koordinierungs- und Fachstellen und der federführenden Ämter in den Blick genommen. Es wird untersucht, welche Konstellationen von Gelingensbedingungen eine umfassende Gesamtkoordination der Partnerschaften für Demokratie befördern. Hierzu wird analysiert, auf welche Wissensbestände und Zugänge zu regionalen Akteuren die Koordinierungs- und Fachstellen

11 Bohn 2017, S. 108.

und die federführenden Ämter zurückgreifen können, und es werden verschiedene Typen von Gesamtkoordination unterschieden.

In diesem Bericht liegt der Schwerpunkt auf der Sicht externer Akteure auf die Koordinierungs- und Fachstellen. Es wird auf die Frage eingegangen, welche Rollen die Koordinierungsstellen vor Ort einnehmen und inwieweit sie die Koordination von sozialen/zivilgesellschaftlichen Bewegungen unterstützen.

2.1.8 Schwerpunkt 8: Vernetzung

Die Partnerschaften für Demokratie sollen die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteure gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demokratisches Gemeinwesen ermöglichen. Die Netzwerkarbeit der Partnerschaften muss damit sowohl eine breite Einbindung von Akteuren als auch eine weitreichende Abstimmung der Netzwerkakteure untereinander zum Ziel haben. Zu letzterem gehören ein inklusiver Zielentwicklungsprozess und die Etablierung von netzwerkeigenen Arbeitsprozessen.

Es ist deshalb ein zentrales Anliegen der Wissenschaftlichen Begleitung, zu untersuchen, unter welchen Umständen es den Partnerschaften für Demokratie gelingt, leistungsfähige Netzwerke zu entwickeln. Dazu widmet sie sich zunächst der Frage, in welchem Ausmaß Partnerschaften in ihren Netzwerken Leistungsfähigkeit herstellen bzw. hergestellt haben. Vor diesem Hintergrund untersucht die Wissenschaftliche Begleitung, inwieweit die umfassende Einbindung der relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik gelingt und inwieweit sie zu einer zielgerichteten Zusammenarbeit finden. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der Frage, wie sich diese vielfältigen Akteure in einen partizipativen Zielformulierungsprozess einbeziehen lassen und es gelingen kann, ihre Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen auszurichten.

Zur Untersuchung der Gelingensbedingungen für eine hohe Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke richtet die Wissenschaftliche Begleitung ihre Aufmerksamkeit sowohl auf den Kontext als auch auf das strategische Handeln der Partnerschaften.

In diesem Bericht nutzen wir Daten aus einer Befragung von Einzelmaßnahmenträgern, um die Vernetzung unter Akteuren einzelner Partnerschaften für Demokratie nachzuzeichnen. Mittels dieser strukturellen Netzwerkdaten untersuchen wir die Grundlagen und Wirkungen der Vernetzung lokaler Partnerschaften.

2.1.9 Schwerpunkt 9: Öffentlichkeitswirksamkeit

Im Bereich Öffentlichkeitswirksamkeit ist es Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung, zu untersuchen, inwieweit die Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie zur Erreichung von Öffentlichkeit erfolgreich sind und was sie bewirken. Zentral sind dabei nicht nur die Fragen, (1) ob Öffentlichkeit erreicht werden kann und (2) inwieweit es gelingt, zu sensibilisieren, zu aktivieren und ein Mehr an Partizipation zu schaffen, sondern auch, (3) mit welchen Strategien und Maßnahmen bzw. Maßnahmenkombinationen dies besonders gut gelingt. Hierbei stellt sich als eine zentrale Frage, wie die unterschiedlichen Öffentlichkeitsebenen – allgemeine Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit, lokale politische Öffentlichkeit – erreicht werden können. Auf dieser Basis kann der Prozess des Erreichens von Öffentlichkeitswirksamkeit mit seinen Entwicklungsfortschritten, aber auch Stagnationsmomenten oder Rückschritten analysiert werden. Des Weiteren geht es darum, aufzuzeigen, welche Konstellationen von Faktoren zu Öffentlichkeitswirksamkeit führen und welche Aktivitäten eine Partnerschaft für Demokratie unternehmen sollte, wenn sie in dieser Beziehung erfolgreich sein möchte.

Weitere Fragestellungen, die sich mit der Umsetzung der neuen Programmvorgaben befassen, beziehen sich darauf, welche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit den Mitteln für Partizipations-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Coaching gefördert werden und wie sie sich bewähren.

Partizipation ist ein zentrales Ergebnis von Öffentlichkeitswirksamkeit. Für diesen Bericht sind deshalb Fragen relevant, die sich auf die Möglichkeiten der Partizipation im Rahmen der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie richten. Zentral ist insbesondere, inwiefern es gelingt, eine „breite Öffentlichkeit“ einzubeziehen. Die Bewertung erfolgt dabei aus einer externen Perspektive und entlang eines Operationalisierungsschemas, das die verschiedenen Stufen der Partizipation berücksichtigt.

2.1.10 Schwerpunkt 10: Aktions- und Initiativfonds

Die Förderung von Einzelmaßnahmen aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds stellt ein zentrales Instrument der Partnerschaften dar, um die lokale Zivilgesellschaft zu aktivieren und Strategien zur Veränderung des Gemeinwesens umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich für die Wissenschaftliche Begleitung die übergreifenden Fragen, wie sich die Projektförderstrategie der Partnerschaften für Demokratie über die Zeit verändert, welche Problemlagen Projektträger mit ihren Einzelnahmen aufgreifen, welche Zielgruppen sie anvisieren und welche Maßnahmenarten sie dazu wählen. Außerdem wird der Frage nachgegangen wie es gelingen kann, Einzelmaßnahmen so zu planen und umzusetzen, dass sie einen relevanten Beitrag zur Zielerreichung der Partnerschaft für Demokratie leisten. Schließlich will die wissenschaftliche Begleitung in Erfahrung bringen, welche Auswirkungen die Förderung von Projekten auf die Träger von Einzelmaßnahmen hat, insbesondere auf ihre Mobilisierungsfähigkeit und auf ihre interorganisationalen Netzwerke.

In diesem Bericht konzentrieren wir uns auf das Engagement von Einzelmaßnahmenträgern gegen Rechtspopulismus. Auf Grundlage von Umfragedaten beschreiben wir Ansätze in der Projektarbeit und identifizieren die Träger, Ziele und Zielgruppen der Einzelmaßnahmen, die sich diesem Thema widmen. Außerdem zeigen wir auf, welchen Einfluss das politische Umfeld auf die Arbeit gegen Rechtspopulismus hat und welche Rolle die Unterstützung von Partnerschaften für Menschen spielen kann, die sich gegen Rechtspopulismus engagieren.

2.1.11 Schwerpunkt 11: Nachhaltigkeit

Ein Anliegen des Programms „Demokratie leben!“ sowie der Vorläuferprogramme „Vielfalt tut gut“ und „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ ist es, nachhaltige Entwicklungen anzustoßen.

Zentrale Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung ist es, (1) zu untersuchen, inwieweit dies durch die ehemaligen Lokalen Aktionspläne in jetzt nicht mehr geförderten Regionen gelang, (2) wichtige Voraussetzungen für das Erreichen von Nachhaltigkeit zu identifizieren und (3) zu überprüfen, inwieweit die Partnerschaften für Demokratie diese Voraussetzungen nutzen bzw. (4) welche anderen Handlungsoptionen ihnen für das Erreichen von Nachhaltigkeit zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2018 wurden externe Akteure dazu befragt, welche Faktoren sie für wichtig erachten, um Nachhaltigkeit zu erreichen, und wie sie die Chancen „ihrer“ Partnerschaft für Demokratie einschätzen, Nachhaltigkeit zu erreichen. Die Ergebnisse werden in den Abschlussbericht 2019 einfließen.

3 Untersuchungsdesign und methodische Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung

3.1 Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung

Die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie stellt den Programmgestalter/innen Wissen zur Verfügung, um informierte Entscheidungen für die weitere Programmplanung und -umsetzung zu treffen. Auch der intermediären Ebene, also der Regiestelle und anderen programmbegleitenden Akteur/innen, können Ergebnisse, die zu einer Verbesserung der Praxis beitragen, bereits während der Laufzeit des Programms zur Verfügung gestellt werden. Damit entspricht die Wissenschaftliche Begleitung in ihrer Form sowohl der „entscheidungsgesteuerten“ Evaluation, die Programmverantwortlichen Informationen zur Verfügung stellt, als auch der „spannungsthemengesteuerten“ Evaluation, die problemorientiert Hinweise für die weitere Programmumsetzung gibt.¹² Ergebnisse werden nicht nur summativ präsentiert, sondern fließen formativ in den Prozess der Programmgestaltung und -umsetzung ein. Um diesem Anspruch an die Wissenschaftliche Begleitung zu genügen, muss das Untersuchungsdesign sowohl ergebnis- als auch prozessorientiert sein. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente müssen responsiv sein, d. h. genügend Flexibilität bieten, um im Untersuchungsverlauf auf die Bedarfe der Programmgestaltenden und Programmumsetzenden einzugehen.

Die im Rahmen der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse fließen ferner in die Partnerschaften für Demokratie zurück und werden in einem Kommunikationsprozess mit den beteiligten Akteur/innen überprüft. Demzufolge gehören die Durchführung von Workshops mit Praktiker/innen und die Erstellung von Handreichungen von Beginn an zu den Leistungen der Wissenschaftlichen Begleitung. Der Austausch mit Praktiker/innen ermöglicht es zum einen, Fragestellungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ergeben, im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung zu berücksichtigen. Zum anderen ist durch einen solchen Austausch aber auch eine kommunikative Validierung und somit eine zusätzliche Sicherung der Qualität der Befunde gewährleistet.¹³ Darüber hinaus werden den Akteur/innen der Partnerschaften Kenntnisse für die weitere Implementierung ihrer Partnerschaften zur Verfügung gestellt.

Die Wissenschaftliche Begleitung orientiert sich an den „Standards für Evaluationen“ der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V. Bei einer Evaluation, aber auch bei einer praxisbegleitenden Forschung spielen vor diesem Hintergrund vier grundlegende Eigenschaften eine zentrale Rolle: Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Fairness und Genauigkeit. Die DeGEval-Standards dienen der Qualitätssicherung in systematischen, datenbasierten Evaluationsverfahren zur Beschreibung und Bewertung von Projekten, Programmen, Rechtsvorschriften und Institutionen. Um eine entsprechende Qualität zu sichern und Transparenz auf allen Beteiligungsebenen zu gewährleisten, wird das Evaluationsdesign offengelegt.

Die Erhebung und Auswertung der Daten erfolgt unter strikter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes und seit Mai 2018 auch der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO). Das ISS-Frankfurt a.M. überprüfte und aktualisierte mit Inkrafttreten der Verordnung die durchgeführten Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten. Die §§3a (Datensparsamkeit), 5 (Datengeheimnis), 9 (technische und organisatorische Maßnahmen) und §40 (Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten durch Forschungseinrichtungen) des Bundesdatenschutzgesetzes werden für die Untersuchung als besonders relevant angesehen.

12 Vgl. Beywl 2006, S. 103f.; S. 106f.

13 Vgl. Giel 2015, S. 121f.; Glock 2014, S. 10.

Erhoben werden nur Daten, die für die Wissenschaftliche Begleitung von Relevanz sind. Eine Auswertung der Daten erfolgt ausschließlich anonymisiert bzw. pseudonymisiert. Rückschlüsse auf Personen oder Standorte sind aufgrund der Auswertung nicht möglich, in Ausnahmefällen wird das Einverständnis der Betroffenen eingeholt. Die Daten werden gesichert aufbewahrt, Zugang haben nur projektbezogene Mitarbeiter/innen, die sich zur Einhaltung der Datenschutzbestimmung verpflichtet haben.

Einen Überblick über das Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie gibt die folgende Abbildung:

Abbildung 1: Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung



Quelle: Eigene Darstellung. Die blau unterlegten Leistungsteile werden durch das ISS-Frankfurt a.M., die beige unterlegten Leistungsteile durch Camino gGmbH umgesetzt.

3.2 Methodisches Vorgehen des ISS-Frankfurt a. M.

Eine zentrale Herausforderung der Wissenschaftlichen Begleitung besteht darin, umfassende und vergleichbare Informationen zur Implementierung bzw. Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie zu generieren, diese aufzubereiten, zu bewerten und in Form von Entscheidungshilfen zeitnah an die Programmsteuerung zu übermitteln. Hierzu werden quantifizierbare Sachverhalte standardisiert erhoben und basierend auf statistischen Auswertungen Aussagen u. a. über korrelative Beziehungen abgeleitet. Darüber hinaus werden vertiefende qualitative Analysen ausgewählter Teilmengen zu spezifischen Fragestellungen der Evaluation durchgeführt.

Das Team des ISS-Frankfurt a.M. legt großen Wert darauf, dass die Befunde nach gültigen Standards der empirischen Sozialforschung erstellt werden und einen hohen Grad an Generalisierbarkeit aufweisen. Dem wird insbesondere durch (mehrfache) online-gestützte Vollerhebungen sowie durch die Triangulation auf Methoden-, Perspektiven- und Datenebene Rechnung getragen.

Die Verschränkung von qualitativen und quantitativen Methoden trägt u. a. dazu bei, dass die Entwicklung der Erhebungsinstrumente auf begründbaren Konzepten beruht und ausreichende Praxisnähe aufweist. Sie trägt darüber hinaus dazu bei, dass die quantitativen Befunde nachvollziehbar bzw. erklärbar sind. So können Ergebnisse der standardisierten Erhebungen, z. B. durch leitfadengestützte Expert/inneninterviews, Workshops etc. erläutert, ergänzt oder problematisiert werden, Fragestellungen und Einsichten, die sich aus den qualitativen Elementen ergeben, fließen wiederum in die Konstruktionsprozesse der Fragebogenentwicklung ein. Ziel des qualitativen Elements ist es also u. a. auf explorativer Ebene Erwartungen und Entwicklungsoptionen zu ermitteln sowie ergänzend zu den quantitativen Befunden Sinnzusammenhänge und Erklärungsmuster zu erfassen. Daten- bzw. Perspektiventriangulationen tragen schließlich dazu bei, dass die Sichtweisen und Erfahrungen unterschiedlicher Akteur/innen auf die Partnerschaften für Demokratie, bzw. die sie umgebenden Kontexte, berücksichtigt und die Expert/innenurteile der Koordinator/innen ergänzt werden.

Welche Verfahren zur Triangulation bzw. zur Erhöhung der Generalisierbarkeit Anwendung finden, hängt von den konkreten Forschungskontexten/-bedingungen ab. So hat das ISS-Frankfurt a.M. zur Beantwortung der mit den sechs Arbeitsschwerpunkten verbundenen Fragestellungen jeweils individuelle, angepasste Untersuchungsdesigns entwickelt. Sie werden in den folgenden Abschnitten präzisiert.

3.2.1 Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Das prozessbegleitende Monitoring ist als wiederholte, standardisierte Online-Befragung konzipiert, deren zentrale Untersuchungseinheiten die Partnerschaften für Demokratie darstellen. Die Befragung richtet sich an die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen (Erhebungseinheiten), welche einmal jährlich um Angaben, u. a. zu den jeweiligen Förderstandorten, gebeten werden.¹⁴ Nicht zuletzt aufgrund der hohen Zugänglichkeit der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen)¹⁵ sowie der ausgeprägten Heterogenität der Untersuchungseinheiten (Partnerschaften für Demokratie)¹⁶ ist das Monitoring als Vollerhebung angelegt, d. h. es gehen sämtliche Elemente der Grundgesamtheit in die Befragung ein. Bei vollständiger Realisierung liegen also Informationen zu jeder Partnerschaft vor, die zudem nicht durch zufällige Fehler der Stichprobenziehung von den tatsächlichen Parametern abweichen, so dass die Dokumentation des Programmverlaufs mit höchstmöglicher Zuverlässigkeit vorgenommen werden kann.

Da die Vollerhebung wiederholt in Form eines Panels und mit Hilfe eines online-gestützten Verfahrens durchgeführt wird, ist nicht nur eine zügige Bereitstellung der Erkenntnisse über alle Partnerschaften hinweg sichergestellt, sondern auch gewährleistet, dass die entsprechenden Daten auf verschiedene Zusammenhänge und Einflussfaktoren im Zeitverlauf statistisch überprüft werden können.

14 Befinden sich die Koordinierungs- und Fachstellen in freier Trägerschaft, wendet sich das Monitoring an die zuständigen Mitarbeiter/innen der verwaltungsexternen Einrichtung (externe Koordinierungs- und Fachstelle). Sind die Koordinierungs- und Fachstellen hingegen verwaltungsintern angesiedelt, richtet sich die Befragung an die jeweiligen Personen im federführenden Amt (interne Koordinierungs- und Fachstelle).

15 Die Elemente der Grundgesamtheit (sämtliche Partnerschaften für Demokratie) sind ebenso bekannt wie die Kontaktdaten der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen). Darüber hinaus sind die Koordinator/innen durch die Programmsteuerung zur Unterstützung der wissenschaftlichen Begleitung angehalten, so dass der mit Vollerhebungen üblicherweise einhergehende Aufwand weniger hoch ausfällt.

16 Z. B. mit Blick auf die Förderregionen, den hiermit einhergehenden Problem- bzw. Ressourcenlagen sowie der inhaltlichen Ausrichtung.

Die Entwicklung des Befragungsinstruments basiert aufgrund der Kontinuität der Bundesprogramme einerseits auf den Erkenntnissen und Instrumenten der Wissenschaftlichen Begleitung aus den Vorjahren, diese werden jedoch zugleich einer regelmäßigen Revision unterzogen und unter Beachtung unterschiedlicher Zielstellungen fortentwickelt. Zum Ersten ist es wichtig, die Kontinuität und somit die Vergleichbarkeit der Strukturdaten der Partnerschaften für Demokratie im Sinne einer summativ angelegten Evaluation sicherzustellen. Daher wurde eine Reihe von Fragen, wie z. B. hinsichtlich der regionalen Verteilung der Partnerschaften, der Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen und der Zusammensetzung der Begleitausschüsse weitgehend aus den bereits entwickelten Instrumenten übernommen. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten, wurden und werden auch zukünftig einige Datenbestände, wie z. B. die Anzahl der Anfeindungen und Übergriffe (siehe Schwerpunkt 6) zu einem festgelegten Stichtag, abgefragt.

Zum Zweiten ist es von hoher Bedeutung, das Erhebungsinstrument auf aktuelle Vorgaben des Bundesprogramms sowie gegenwärtige Themenstellungen hin auszurichten und Ergänzungen (z. B. hinsichtlich der Verwendung zusätzlicher Personal- und Sachmittel, der Flexibilisierung der Budgetverteilung, der Ausgestaltung relevanter Kontextbedingungen, der Unterstützungsbedarfe beteiligter Akteur/innen oder auch neuer thematischer Handlungsfelder) möglichst praxisgerecht zu operationalisieren.

Die Revision des Instruments erfolgt drittens in enger Abstimmung mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI). In diesem Kontext wurden unter anderem Fragebatterien zur Umsetzung von „Gender-, Diversity Mainstreaming“ und „Inklusion“ (fort-)entwickelt und etablierte Instrumente an die Bedarfe der Programmevaluation angepasst.

Das Erhebungsinstrument umfasst im Kern folgende übergeordnete Bereiche: „Standorte“ und „lokale Ausgangslage“, „Finanzen“, „Gremien“, „Förderinstrumente“, „inhaltliche Ausrichtung“, „Leitprinzipien des Bundesprogramms“, „Bedrohungslagen“, „Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit“, „Unterstützungsbedarfe“. Im Jahr 2018 wurde zudem der Schwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen als Arbeitsschwerpunkt“ aufgenommen, um vertiefende Einsichten in die Umsetzung dieses Themenbereichs durch die Partnerschaften zu gewinnen. Zur Entwicklung der quantitativen Erhebungsinstrumente wurde einerseits auf bestehende Instrumente der Wissenschaftlichen Begleitung und wissenschaftlicher Erkenntnisse zurückgegriffen, andererseits aber auch eine explorative Kurzstudie durchgeführt, in der eine Stichprobe an Förderstandorten, die diesen Handlungsschwerpunkt umsetzen, telefonisch befragt wurde.

Um sicherzustellen, dass die länderspezifische Aufbereitung ausgewählter Monitoringergebnisse bedarfsgerecht und entlang zentraler Fragestellungen erfolgt, führte das ISS-Frankfurt a.M. einen Workshop u. a. mit 12 Vertreter/innen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bzw. der Landesdemokratiezentren durch. Im Rahmen der zweitägigen Veranstaltung wurden im Juni 2017 wesentliche Schwerpunkte der jeweiligen Datenbände diskutiert und festgelegt.

Für die Durchführung der Online-Erhebung nutzte das ISS-Frankfurt a.M. das Portal „Q-SET“. Die Korrespondenz mit den Koordinator/innen erfolgte auf der Grundlage von Kontaktdaten, die durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden.¹⁷ Der entsprechende Fragebogen war für die Befragten ebenfalls im Online-Portal abrufbar. Die Befragung begann am 2. Juli 2018 und endete mit der Realisierung der Vollerhebung am 23. August 2018. Trotz des erprobten Verfahrens, mehrfacher Verlängerungen der

17 Die Kontaktdaten der jeweils zuständigen Koordinator/innen wurden durch das ISS-Frankfurt a.M. umfassend geprüft und aktualisiert.

Feldphase und ihrer frühzeitigen Ankündigung am 18. Juni 2018 war eine äußerst intensive Begleitung seitens ISS-Frankfurt a.M. nötig. Unter anderem wurden eine Hotline eingerichtet, personalisierte elektronische Erinnerungen versendet und über mehrere Wochen regelmäßig telefonisch nachgefasst.

Im Anschluss an die Erhebung wurden schließlich umfassende Maßnahmen der Datenkontrolle bzw. -bereinigung durchgeführt, z. B. Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen anhand derer (logische) Widersprüche und unstimmige Angaben identifiziert, geklärt und korrigiert werden konnten. Die erhobenen Daten wurden schließlich mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS sowie EXCEL uni- und bivariat ausgewertet. Vorrangig wurden Häufigkeitsberechnungen durchgeführt sowie mittels Kreuztabellen Zusammenhänge zwischen Variablen bzw. Verteilungsmuster aufgezeigt. In indizierten Fällen wurden Mittelwerte¹⁸ (arithmetisches Mittel) errechnet und bei einer breiten Streuung der Datenwerte oder entsprechenden Skalenniveaus Median- bzw. Modalwerte¹⁹ angeführt.

3.2.2 Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index

Die Zielsetzung einer empirischen Erfassung der demokratischen Qualität von Verfahren und Prozessen der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt in den Partnerschaften für Demokratie stellte die Wissenschaftliche Begleitung vor eine Reihe konzeptioneller und methodischer Herausforderungen. Einerseits wurde der Anspruch verfolgt, dieses Instrument im Sinne angewandter Forschung theoriebasiert und gleichwohl auch praxisgerecht zu entwickeln. Andererseits sollte das zu entwickelnde Instrument zusammenfassend, bilanzierend und ergebnisorientiert sein. Schließlich war es für eine Längsschnittanalyse von hoher Bedeutung, die Entwicklungspotentiale der Partnerschaften von Anbeginn an zu berücksichtigen und diese im Sinne eines Idealzustandes zu operationalisieren.²⁰

Entsprechend erfolgte die Entwicklung des Instrumentes im Jahr 2015 anhand mehrerer methodischer Schritte. In einem ersten Arbeitsschritt wurde eine Literaturrecherche durchgeführt mit dem Ziel, empirisch abgesicherte Instrumente zu identifizieren, die bereits in ähnlichen Kontexten erprobt wurden bzw. für den Untersuchungsgegenstand der Wissenschaftlichen Begleitung anpassungsfähig sind. Es wurde jedoch festgestellt, dass die empirische Erfassung von Demokratiequalität vor allem mit Blick auf nationalstaatliche Vergleichbarkeit erfolgt.²¹ Im Ergebnis kristallisierte sich schließlich das „International IDEA Framework“ als zumindest übertragbares Konzept heraus.²² In einem zweiten Arbeitsschritt erfolgte sowohl in Anlehnung an die Indikatoren des IDEA-Frameworks als auch auf Basis der bisherigen Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung eine erste Generierung möglicher Indikatoren. Auf Basis dieser Ergebnisse befragte im dritten Arbeitsschritt die Wissenschaftliche Begleitung sieben Koordinator/innen bzw. Coaches. Hierbei ging es darum, die Sicht der Praxis auf die demokratischen Prozesse und Strukturen von Partnerschaften zu bergen und in die Entwicklung der Itembatterie einzubringen. Mit dem vierten Arbeitsschritt verfolgte die Wissenschaftliche Begleitung schließlich die Absicht, die angepassten Indikatoren durch Expert/innen validieren zu lassen

18 Der Mittelwert errechnet sich aus der Häufigkeit der Merkmalsausprägungen einer Variablen, geteilt durch die Anzahl der vorkommenden Merkmalsausprägungen. Der Mittelwert ist eine statistische Maßzahl, die Aussagen über zentrale Tendenzen trifft.

19 Der Modalwert benennt die Ausprägung einer Kategorie, zu der sich die häufigsten Nennungen ergeben haben. Eine Auflistung von Zahlenwerten, sortiert nach ihrer Größe, wird durch den Median so geteilt, dass ober- sowie unterhalb des Wertes 50 % der Verteilung fallen.

20 In dieser Form der Operationalisierung wird den Befragten ein Statement vorgelegt, welches einen Idealzustand beschreibt. Diesem Statement können die Befragten auf einer mehrstufigen Skala zustimmen bzw. ablehnen.

21 Vgl. Roth 2013, S. 4.

22 Vgl. Beetham et al. 2008.

und auf das benötigte Minimum zu reduzieren. Dieser Arbeitsschritt erfolgte durch eine Delphi-Befragung von fünf erfahrenen Expert/innen.

Das Instrument gliederte sich nunmehr in die sechs Dimensionen „Partizipation“, „Autorisierung“, „Responsivität“, „Menschenrechtsorientierung“, „Repräsentanz“ und „Verantwortlichkeit“ und umfasste 36 Indikatoren. In dieser Form wurde es in einem quantitativen Pretest erprobt und validiert.²³ Befragt wurden jeweils ein Mitglied der Begleitausschüsse aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft, also zwei Personen pro Fördergebiet. Das derart validierte Instrument war schließlich Bestandteil einer zwischen April und Mai des Jahres 2016 durchgeführten Online-Befragung. Diese richtete sich je Partnerschaft an drei Akteur/innen. Analog zum Ansatz des Pretests wurden zwei Mitglieder der Begleitausschüsse (je eines aus der Verwaltung und eines aus der Zivilgesellschaft) um die Teilnahme gebeten. Darüber hinaus nahmen die Koordinator/innen an der Befragung teil. Die quantitativen Datenbestände wurden aufbereitet und mit dem Datensatz des prozessbegleitenden Monitorings 2016 zusammengeführt. Aus den Angaben je Förderstandort wurden sodann Mittelwerte gebildet und derart ein multiperspektivischer Ansatz verfolgt. Die Analysen erfolgten mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und MPLUS und waren uni-, bi- sowie multivariater Natur. Zur grafischen Aufbereitung wurde das Programm EXCEL genutzt.

Um die quantitativ gewonnen Erkenntnisse zu relevanten Hintergrundfaktoren demokratischer Qualität weiter zu spezifizieren, führte die Wissenschaftliche Begleitung 10 Expert/inneninterviews mit ausgewählten Koordinator/innen durch. Hierzu wurden auf Grundlage der Online-Erhebung solche Standorte bestimmt, an denen ein Faktor möglichst stark, die jeweilig übrigen jedoch möglichst schwach ausgeprägt waren. Die qualitativen Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und anhand des Programms MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet. Im November 2016 wurde zudem ein Workshop in Frankfurt a.M. mit 12 Praktiker/innen durchgeführt. Er diente

- einer vertiefenden Diskussion ausgewählter Fragestellungen bzgl. der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie sowie der
- Revision und Aktualisierung der Erkenntnisse zur demokratischen Qualität.

Im März und April 2018 wurde die Befragung mit den skizzierten Instrumenten wiederholt und richtete sich wiederum an drei Akteur/innen je Partnerschaft (die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie zwei Mitglieder der Begleitausschüsse). Die erhobenen Daten wurden mit jenen aus dem Jahr 2016 in Verbindung gesetzt, um Veränderungen in der Erreichung der operativen Querschnittsziele abbilden zu können. Zur Vertiefung der quantitativ gewonnenen Erkenntnisse wurden 16 qualitative Interviews mit Koordinator/innen geführt. Die Interviewstandorte wurden hierbei nach besonders auffälligen Veränderungen der Demokratiequalität von 2016 nach 2018 auf übergeordneter Ebene sowie in einzelnen Teilbereichen ausgewählt. Zudem wurde eine Varianz bzgl. der Einschätzungen der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung sowie des Vorhandenseins von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss als mögliche Einflussfaktoren der Entwicklung der Demokratiequalität angestrebt. Das Datenmaterial wurde für den vorliegenden Bericht nicht zusammengeführt und abschließend ausgewertet. Die Entwicklung der demokratischen Qualität in den Förderregionen wird ein Schwerpunktthema des Abschlussberichts der Wissenschaftlichen Begleitung im kommenden Jahr sein.

23 Hierzu wurden 30 Partnerschaften für Demokratie nach den Kriterien „Förderperiode“, „regionale Ansiedlung“ (West/Ost) sowie „Verwaltungsform“ (Kommune/Landkreis) ausgewählt.

3.2.3 Jugendpartizipation

Für die Bearbeitung des Schwerpunktes Jugendpartizipation hat die Wissenschaftliche Begleitung eine modulare Längsschnittuntersuchung im Mixed-Method-Design konzipiert, welche Aussagen über das Arrangement der Jugendforen, über deren abbildbare Effekte sowie über ein etwaiges Agenda Setting ermöglichen soll. Es beinhaltet drei unterschiedliche Bausteine. So bildet der Themenbereich „Jugendpartizipation“ zunächst einen wesentlichen Bestandteil des prozessbegleitenden Monitorings lokaler Partnerschaften für Demokratie. Im Rahmen der jährlich stattfindenden standardisierten Vollerhebung (s. Schwerpunkt 1) werden Informationen u. a. zur Schaffung und Fortentwicklung der Beteiligungsstrukturen, zu den Budgets der Jugendfonds, zur Anzahl der erreichten jungen Menschen sowie zur Reichweite der Partizipation in den Partnerschaften sichergestellt.²⁴

In Ergänzung zu dieser übergeordneten Perspektive werden zweitens zehn ausgewählte Jugendforen im Laufe des Bundesprogramms wissenschaftlich begleitet und vertiefend untersucht. Der Auswahl dieser zehn Standorte liegen im Wesentlichen drei Kriterien zu Grunde, die sich hinsichtlich einer Zusammenstellung von qualitativen Samples im Rahmen des Programms bewährt haben – die Förderperiode der Partnerschaften, ihre regionale Verteilung in den alten und neuen Bundesländern sowie die Verwaltungsform der Förderregionen. Die vertiefende Untersuchung der Jugendpartizipation erfolgt dabei auf der Basis eines Ansatzes, der sowohl qualitative als auch quantitative Elemente beinhaltet.

Im Rahmen leitfadengestützter Interviews sowohl mit dem Begleitpersonal der Jugendforen als auch mit engagierten jungen Menschen werden jährlich erklärende Wissensbestände u. a. zu den Rahmen- und Entstehungsbedingungen der Jugendforen, zu deren Ausgestaltung, zur Motivation und den Lernzuwächsen der jungen Menschen, ihren Erfahrungen und Erwartungen geborgen.²⁵ Im Jahr 2018 wurden 18 Interviews an neun Standorten²⁶ des qualitativen Samples geführt.²⁷ Die Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet. Sie dienen im aktuellen Jahr vorrangig der weiteren Erläuterung und Illustration der quantitativ generierten Befunde des prozessbegleitenden Monitorings.

Anhand standardisierter Erhebungen unter den Mitgliedern der Foren werden drittens die subjektiven Erfahrungen der jungen Menschen z. B. mit Blick auf ihre Motivation, ihre wahrgenommene Wirksamkeit oder ihre Lernerfahrungen abgebildet. Unter Rückgriff auf die Systematisierung der Strategien und Grundformen von Partizipation von Stange wurde hierzu ein standardisierter Fragebogen entwickelt und getestet.²⁸ Um eine jugendgerechte Form der Evaluation sicherzustellen, hat das ISS-Frankfurt a.M. im Mai 2015 hierzu eine Voruntersuchung mit Teilnehmer/innen des Jugendkongresses des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in Berlin durchgeführt. Dabei haben sich 168 Jugendliche an einer quantitativen, schriftlichen Befra-

24 Zusätzlich wurden auf Grundlage jener Anträge, die bei der Regiestelle im Zeitraum zwischen Juli 2015 und Ende Juni 2016 gestellt worden sind, datenbasierte Wissensbestände zu jugendfondsgeförderten Initiativen und Projekten generiert. Sie wurden im Rahmen des zweiten Zwischenberichts vorgestellt und der Fortentwicklung des im aktuellen Jahr eingesetzten Erhebungsinstruments zugrundegelegt.

25 Die Ergebnisse der Untersuchung werden auf Wunsch der Jugendlichen zurückgespiegelt und bedarfsgerecht reflektiert.

26 An einem Standort war aufgrund des Zustandes des Forums kein Interview möglich.

27 Genauer wurden mit den jungen Menschen insgesamt fünf Gruppeninterviews sowie vier Einzelinterviews, mit dem Begleitpersonal des Jugendforums drei Gruppen- und sechs Einzelinterviews geführt.

28 Vgl. Stange 2017.

gung und mehr als 30 Jugendliche an kurzen teilstandardisierten Leitfadeninterviews beteiligt.²⁹ Das auf dieser Grundlage überarbeitete Erhebungsinstrument bildet das Fundament einer Längsschnittuntersuchung mit insgesamt zwei Messzeitpunkten (Eingangs- und Ausgangsbefragung).

Der Online-Fragebogen wurde im September 2016 über „WhatsApp-Gruppen“ und E-Mail-Versand ins Feld geführt.³⁰ Hier zeigte sich, dass der Rücklauf, wenn er auf die Jugendlichen im qualitativen Sample beschränkt bleibt, nicht ausreichend groß für eine Längsschnittuntersuchung sein würde. Entsprechend wurde die Eingangsbefragung auf alle aktiven Jugendlichen ausgeweitet. Im Februar 2017 wurden hierzu zunächst die Koordinator/innen der 234 Partnerschaften der ersten drei Interessenbekundungsverfahren elektronisch kontaktiert und darum gebeten, durch das ISS-Frankfurt a.M. vorgefertigte Einladungen (E-Mails) zu einer Online-Befragung³¹ an die in den Foren engagierten jungen Menschen weiterzuleiten. Diese hatten bis zum 17. März 2017 die Möglichkeit an der Erhebung teilzunehmen. Zur Erhöhung des Rücklaufs wurden die Koordinator/innen im März 2017 ein weiteres Mal schriftlich sowie telefonisch kontaktiert und um Unterstützung gebeten. Im März und April 2018 wurde eine weitere Befragung realisiert, die sich an alle Mitglieder der Jugendforen richtete, die die Befragung nicht bereits im Jahr 2017 beantwortet hatten.³² Entsprechende Einladungen (E-Mails) wurden erneut über die Koordinator/innen an die jugendlichen Engagierten übermittelt. Einbezogen wurden die Partnerschaften aller vier Interessenbekundungsverfahren. Die Datenerhebung wurde am 22. April 2018 abgeschlossen. Im Anschluss wurden die Daten bereinigt, aufbereitet und mit den Daten der Vorjahresbefragung (2017) zusammengeführt. Nach der Datenbereinigung³³ ergab sich eine Datenbasis von insgesamt 614 Fällen (2017: 274; 2018: 340).³⁴

3.2.4 Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen

Eine wesentliche Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung besteht in der Beantwortung der Frage, welche Wirkungen mit der Implementierung und der Umsetzung lokaler Partnerschaften für Demokratie einhergehen. So sollen auf Grundlage einer vertiefenden Analyse der Wirkungswahrnehmungen die spezifischen Effekte der integrierten Handlungsstrategien konturiert, abgebildet und multimethodisch sowie -perspektivisch nachgezeichnet werden. Die methodische Umsetzung birgt besondere Herausforderungen. So bedarf es eines spezifischen Evaluationsdesigns, das u. a. eine Rekonstruktion und Analyse der lokalen Ziel-Mittel-Annahmen vornimmt sowie die Zielerreichung für die identifizierten Wirkungsbereiche überprüft.

Die Rekonstruktion und Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen erfolgte bereits in den Untersuchungsschritten für den Zwischenbericht des Jahres 2016. Ausgehend von den Ergebnissen eines im Jahr 2015 durchgeführten Workshops sowie von in den „Fachaustauschen“

29 Diese Voruntersuchung diente in erster Linie der Überprüfung des Befragungsinstruments sowie der Eruierung der Motive und Interessen der Jugendlichen für ihr spezielles Engagement im Bereich Demokratie- und Toleranzförderung. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden im Rahmen des Fachaustauschs der lokalen Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zum Thema Jugendpartizipation in Frankfurt am Main am 21. September 2015 vorgestellt und in einer Arbeitsgruppe mit Praktiker/innen diskutiert.

30 Im Jahr 2015 waren zum Zeitpunkt der Berichtslegung lediglich vier Foren in den Standorten des qualitativen Samples eingerichtet.

31 Das ISS-Frankfurt a.M. nutzte das Angebot von Q-Set zur Durchführung der Online-Befragung.

32 Folglich handelt es sich hierbei um eine zweite der Welle der Ausgangsbefragung.

33 Von der Analyse ausgeschlossen wurden Fälle bzw. Jugendliche, die die Befragung bereits im Vorjahr beantwortet haben und/oder das 27. Lebensjahr bereits vollendet haben.

34 Da weder die exakte Anzahl der Jugendforen noch jene der engagierten jungen Menschen zum Zeitpunkt der Erhebung bekannt war, ist die Ausweisung einer Rücklaufquote nicht möglich.

der Partnerschaften für Demokratie gewonnen Einsichten wurden problemzentrierte Expert/inneninterviews mit sieben Koordinator/innen durchgeführt. Anhand der qualitativen Leitfadentinterviews wurden die angedachten Ziel-Mittel-Annahmen der Befragten mit Blick auf die lokale Ausgangslage und die jeweilig gewählten Handlungsansätze rekonstruiert.³⁵ Die Ergebnisse dieser Arbeitsschritte flossen schließlich in die Fortentwicklung der Instrumente sowohl zur Erfassung der Handlungsansätze als auch zur Operationalisierung der angestrebten Wirkungen ein. Das Instrument zur Bestimmung der Handlungsansätze umfasste ursprünglich 24 Items, die sich auf vier übergeordnete strategische Ziele und je zwei Handlungsdimensionen beziehen.³⁶

Im vergangenen Zwischenbericht wurde auf dieser Grundlage eine weiterführende Systematisierung und Charakterisierung von insgesamt fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien vorgenommen. In der aktuellen Erhebungsphase widmet sich die Wissenschaftliche Begleitung nunmehr der Untersuchung programmevozierter Veränderungen in den Förderungen. Die Identifikation und Attribution solcher Veränderung stellt dabei insbesondere in komplexen, lernenden und multizentrischen Settings eine methodisch (mindestens) anspruchsvolle Aufgabe dar. Um den Untersuchungsgegenstand dennoch in seinen Kerndimensionen fassbar zu machen, entwickelte das ISS-Frankfurt a.M. ein Untersuchungsdesign, welches ausgehend von den beschriebenen Schritten der Strategieanalyse sowie der Exploration möglicher Wirkbereiche verschiedene ineinandergreifende Elemente beinhaltet.

Angesichts der hohen Vielgestaltigkeit auf Ebene der Zielstellungen und insbesondere auf Ebene der Projekte basiert das Design im Kern auf Expert/inneneinschätzungen zur Situation in den Förderregionen. Derart wird es möglich, die komplexe Programmrealität bei angemessenem Mitteleinsatz zu adressieren und im Gegensatz zur Überprüfung der Wirksamkeit einzelner Projekte, auch den Umstand zu berücksichtigen, dass die implizite Programmtheorie mehrere, über die Umsetzung von Einzelmaßnahmen hinausgehende Wirkmechanismen vereint. Vor diesem Hintergrund wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse des im Jahr 2015 durchgeführten Workshops sowie mehreren problemzentrierten Expert/inneninterviews, (s. o.) ein standardisiertes Instrument zur Erfassung und quantitativen Abbildung der wahrgenommenen Situation vor Ort entwickelt. Es stellt die Grundlage der als Längsschnitt konzipierten Studie dar und bezieht sich auf neun Arbeitsschwerpunkte. Im Rahmen der Monitoring-Erhebungen der Jahre 2016 und 2018 konnten die Koordinator/innen sämtlicher Partnerschaften anhand einer fünfstufigen Antwortskala insgesamt 69 Statements als (nicht) zutreffend beurteilen. Somit handelt es sich in der Konsequenz um eine vollständig realisierte Vollerhebung mit mehreren Messzeitpunkten.

Die resultierenden Datenbestände wurden aufbereitet, bereinigt und gematched. Entlang der Arbeitsschwerpunkte wurden in einem nächsten Schritt Mittelwertdifferenzen auf Itemebene gebildet und u.a. Effektstärken berechnet. Veränderungen in den Situationswahrnehmungen ergeben sich somit aus Differenzen in den Einschätzungen des jeweiligen Ist-Standes. Da die Wirkungswahrnehmungen im Rahmen der Vorher-Nachher-Vergleiche bei unmittelbar beteiligten Funktionsträger/innen der Partnerschaften erhoben wurden, stellt sich ferner die Frage nach der Geltungskraft und Reichweite von Selbsteinschätzungen. Entsprechend berücksichtigte die Wissenschaftliche Begleitung nicht nur die Perspektive verantwortlicher Akteur/innen,

35 Alle Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet.

36 Im Monitoring der vorangegangenen Erhebungsphase konnten die Koordinator/innen die Passung der einzelnen Handlungselemente auf den Ansatz der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie bewerten.

sondern führte komplementär hierzu auch qualitative Expert/inneninterviews mit externen Personengruppen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft durch.³⁷ Im Sinne sowohl der Perspektiven- als auch der Methodentriangulation wurden Wirkungen schließlich definiert als relevante Veränderungen bzw. Stabilisierungen oder Aufrechterhaltungen³⁸ der (wahrgenommenen) kommunalen Situationen, die den Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie zuzuschreiben sind. Hiervon ausgehend wurde ein Kriterien-Set entwickelt, welches sowohl quantitativ als qualitativ generierte Erkenntnisse verknüpft.³⁹ Dabei sind die diesjährig vorgestellten Befunde ausdrücklich vorläufiger Natur und werden voraussichtlich im kommenden Jahr mit den systematisierten Handlungsansätzen der Partnerschaften für Demokratie in Bezug gesetzt.

3.2.5 Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

Das zur Evaluation der Weiterbildungsangebote entwickelte Untersuchungsdesign ist als Längsschnittstudie angelegt und rekurriert im Kern auf das Modell von Kirkpatrick und Kirkpatrick (2005).⁴⁰ Es nimmt die Ebenen „Reaktionen“ (Zufriedenheit, Akzeptanz), „Lernen“ (Lernerfolg), „Verhalten“ (Lerntransfer) und „Ergebnis“ in den Blick und umfasst sowohl quantitative als auch qualitative Elemente.

Bei den quantitativen Erhebungen handelt es sich um Paper-and-Pencil wie auch um Online-Befragungen, die sich an die Teilnehmer/innen der Weiterbildungsveranstaltungen richten und sämtlich als Vollerhebungen angelegt sind. Jeweils zu Beginn und zum Abschluss der Weiterbildungsveranstaltungen werden die Teilnehmer/innen gebeten, einen standardisierten Fragebogen auszufüllen. Durch die schriftliche Eingangsbefragung werden in komprimierter Form soziodemographische Daten, berufliche Hintergründe, Vorerfahrungen, Motivation, fachliche und persönliche Kompetenzen sowie aktuelle Aufgabenstellungen der Koordinator/innen erhoben.⁴¹

Die online stattfindende Abschlussbefragung ist so konzipiert, dass Veränderungen in den Bereichen der fachlichen und persönlichen Kompetenzen sowie der Handlungssicherheiten erfasst werden und in Bezug zu den Angaben einzelner Teilnehmer/innen zu Beginn der Weiterbildung gesetzt werden können. Zudem wird den Koordinator/innen die Möglichkeit gegeben, eine Gesamtbewertung der Veranstaltungen vorzunehmen und ihre Einschätzungen bzgl. der Realisierbarkeit des Gelernten in der Praxis abzugeben.

37 Genauer wurden an zehn Standorten insgesamt 18 qualitative Expert/inneninterviews durchgeführt. Die Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und anhand des Programms MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet. Die quantitativen Analysen erfolgen mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und Excel.

38 In Anlehnung an Beywl können im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und ggf. zunehmenden Problemdrucks mitunter auch die Stabilisierung bzw. Aufrechterhaltung der Situation von Bedeutung und auf das Wirken der Partnerschaften für Demokratie zurückzuführen sein (Beywl et al. 2004, S. 18). Etwa dann, wenn von demokratiefeindlichen Akteursgruppen über längere Zeiträume öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten (z.B. Demonstrationen) ausgehen. Hier kann ein wesentlicher Beitrag darin bestehen, das Engagement des demokratischen Spektrums im Sinne eines wiederholten Nachziehens normativer Grenzen aufrechtzuerhalten und etwaigen Ermüdungserscheinungen entgegenzuwirken. Würde sich der analytische Blick lediglich auf (wahrgenommene) Veränderungen richten, blieben solcherlei Leistungen unbeachtet.

39 Mit Blick auf die Komplexität, die inhaltliche Öffnung sowie den Umstand, dass es sich bei „Demokratie leben!“ um ein lernendes Programm handelt, wurde von einem klassischen Kontrollgruppendesign abgesehen. Um dennoch ein kontrafaktisches Element einzubeziehen, wurden die wahrgenommenen Situationsveränderungen in Bezug zum Stellenwert gesetzt, welchen die Bearbeitung der jeweilig durch die Partnerschaften adressierten Schwerpunkte einnimmt.

40 Vgl. Kirkpatrick/Kirkpatrick 2005.

41 Bei der Entwicklung des Erhebungsinstruments und insbesondere der Operationalisierung der Kompetenzbereiche konnte das ISS-Frankfurt a.M. auf umfassende Vorkenntnisse zurückgreifen, die im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung des Vorgängerprogramms gewonnen wurden (s. ISS-Frankfurt a.M. 2014a).

Mindestens sechs Monate nach Abschluss der Weiterbildung werden die Koordinator/innen zur Teilnahme an einer weiteren Online-Befragung (Nachhaltigkeitsbefragung) eingeladen. In diesem Arbeitsschritt wird explizit den Fragen nachgegangen, inwiefern und unter welchen Rahmenbedingungen die Koordinator/innen ihre Aufgabenstellungen besser als zuvor wahrnehmen können und ggf. inwiefern sie die Veränderungen in ihrer Arbeitsweise auf die Teilnahme an der Weiterbildungsveranstaltung zurückführen können. Um die quantitativen Erkenntnisse zu diesen Fragen zu vertiefen, werden bis zu drei Teilnehmer/innen pro Weiterbildung telefonisch und unter Nutzung eines Leitfadens interviewt.

Über die Lerneffekte hinaus findet für die weiterführende Fortbildung „Change Management“ eine regelmäßige Erfassung der Bewertungen der Teilnehmer/innen bzgl. der einzelnen Weiterbildungsmodule statt. Dieses Verfahren einer formativen Evaluation wurde bereits in den ersten drei Durchgängen der Basisweiterbildung erfolgreich erprobt. Hierzu wurden die Teilnehmer/innen gebeten, u. a. Rahmenbedingungen, Referent/innen, eingesetzte didaktische Verfahren sowie erlernte Inhalte und eingesetzte Methoden zu bewerten und ggf. aus ihrer Sicht notwendige Anpassungen zu benennen. Die Erfassung dieser Daten erfolgt durch eine Online-Befragung der Koordinator/innen direkt nach den einzelnen Modulen der Weiterbildungsreihe. Die Angaben wurden zeitnah ausgewertet und den Bildungsträgern zurückgespiegelt, um rechtzeitige und bedarfsgerechte Anpassungen der Lerninhalte bzw. didaktischen Methoden zu ermöglichen.

Die quantitativen Befragungen werden mittels der Statistikprogramme SPSS und EXCEL aufbereitet und ausgewertet. Zur Untersuchung etwaiger Veränderungen in den Selbsteinschätzungen der Koordinator/innen werden die Datensätze der Eingangs-, Ausgangs- sowie der Nachhaltigkeitsbefragungen zusammengeführt und u. a. Mittelwertvergleiche durchgeführt. Die qualitativen Interviews werden hingegen aufgezeichnet, transkribiert und mittels MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet.

3.2.6 Lokale Bedrohungslagen

Mit der vertiefenden Untersuchung etwaiger Bedrohungslagen in den Förderregionen lokaler Partnerschaften für Demokratie verbinden sich im Kern drei übergeordnete Zielstellungen. So sollen die Situationen vor Ort mit Blick auf demokratiefeindliche Gruppierungen, Organisationen und Handlungen empirisch dargestellt, ihre Veränderung im Zeitverlauf nachgezeichnet und förderliche bzw. hinderliche Bedingungen der Herausbildung kommunaler Widerstandsfähigkeit eruiert werden. Vor diesem Hintergrund hat das ISS-Frankfurt a.M. ein zweistufiges Design konzipiert, welches erstens die quantifizierende Abbildung und zweitens die vertiefende Untersuchung im Rahmen eines qualitativen Samples umfasst.

Um die Situation vor Ort möglichst präzise und gegenstandsnah abbilden und Entwicklungen im Programmverlauf nachvollziehen zu können, hat die Wissenschaftliche Begleitung in Zusammenarbeit mit Expert/innen des Themenfeldes ein standardisiertes Erhebungsinstrument entwickelt. Es richtet sich an die Koordinator/innen der Partnerschaften in ihrer Rolle als Expert/innen für die jeweiligen Förderregionen und eignet sich für den Einsatz im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings.

Die (Fort-)Entwicklung des Instruments erfolgte im Jahr 2017 auf Grundlage mehrerer methodischer Schritte. In einer ersten Arbeitsphase näherte sich die Wissenschaftliche Begleitung dem Forschungsgegenstand über eine Desktop-Recherche an. Hier sollten vorrangig bestehende, empirisch abgesicherte und zur Anpassung auf den Untersuchungsgegenstand geeignete Instrumente identifiziert bzw. ein weiteres Verständnis für die besonderen Charakteristika des Feldes entwickelt werden. Dieses wurde in einem zweiten Arbeitsschritt anhand explora-

tiver Leitfadeninterviews, u. a. mit Vertreter/innen von Opferberatungen, vertieft. Die relevanten Gegenstandsbereiche wurden drittens im Rahmen eines zweitägigen Workshops – ebenfalls gemeinsam mit Akteur/innen der Opferberatungen – expliziert und so die Expertise von Vertreter/innen der fachlichen Praxis eingebunden. Auf Basis dieser Vorarbeiten erfolgte die Operationalisierung des Gegenstandsbereichs „Übergriffe“. Im Gegensatz zur ersten empirischen Annäherung aus dem Jahr 2016 sollten dabei nicht nur betroffene Akteur/innen benannt, sondern auch die entsprechenden Tatbestände konturiert werden. Hierzu wurden zunächst sieben potentielle Opfergruppen identifiziert. Zweitens wurden Statements bzw. Antwortmöglichkeiten entwickelt, anhand derer die Quantität etwaiger Vorkommnisse eingeschätzt werden kann.⁴² Die konkreten Tathandlungen bzw. Straftaten wurden schließlich in Anlehnung an das Strafgesetzbuch formuliert, so dass neben einer quantitativen Abstufung auch Aussagen über ihre Form möglich sind. So können die Befragten je Opfergruppe differenzieren, ob es sich bei den Vorkommnissen aus ihrer Perspektive um „Straftaten gegen die Ehre“, „Bedrohungen, Einschüchterung und/oder Nötigung“, „Körperverletzung“ bzw. „Sachbeschädigungen“ handelte.

Über die Erfassung der Expert/innensicht zu Opfergruppen und spezifischen Tathandlungen/Straftaten hinausgehend wurde ein ebenfalls standardisiertes Instrument entwickelt, welches die Wahrnehmung der Situation vor Ort entlang von drei Ebenen abbildet.⁴³ Es ermöglicht Angaben sowohl zu demokratiestärkenden als auch demokratiefeindlichen Akteur/innen, zu ihren öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten sowie zur Auswirkung von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen auf die kommunale Verfasstheit.

In diesem Jahr wurde zudem ein besonderes Augenmerk auf die Erfassung von Vorkommnissen der Zurückdrängung demokratischen Engagements gelegt. Eine Itembatterie zur Erfassung dieser Vorkommnisse wurde in Anlehnung an aktuelle Forschungsarbeiten zu diesem Thema entwickelt.

Die beschriebenen Instrumente bzw. die zugehörigen Itembatterien werden den Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings (s. Schwerpunkt 1) zur Einschätzung vorgelegt. Es handelt sich im vorliegenden Fall somit um eine als Vollerhebung konzipierte Längsschnittstudie mit drei Messzeitpunkten (2017, 2018, 2019). Im Jahr 2018 konnte die Vollerhebung wie schon im Vorjahr gänzlich realisiert werden. Es liegen also Angaben zu insgesamt 265 Förderregionen vor. Die Analysen erfolgten mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS. Zur grafischen Aufbereitung wurde das Programm EXCEL genutzt.

Um die quantitativ gewonnenen Erkenntnisse zu den Vorkommnissen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements weiter zu vertiefen, wurden zudem 16 Interviews mit Koordinator/innen ausgewählter Partnerschaften geführt. Im Vordergrund stand hier das bessere Verständnis für die Art dieser Vorkommnisse sowie die Auswirkung der Vorfälle auf Betroffene und die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie sowie die Ermittlung von etwaigen Unterstützungsbedarfen. Die Auswahl der Standorte erfolgte auf Grundlage quantitativer Analysen zur Betroffenheit von Vorkommnissen. Es wurden Standorte ausgewählt, die von mindestens vier Vorkommnissen berichteten. Zudem wurde darauf geachtet, dass alle Vorkommnisse abgedeckt waren und dass die Partnerschaften sowohl in den alten als auch den neuen Bundes-

42 Die Statements beziehen sich auf die jeweiligen Förderregionen der Partnerschaften und einen abgegrenzten Zeitraum, die Antwortmöglichkeiten umfassen die Kategorien „Ja, wiederholt“, „Ja, in Einzelfällen“, „Nein“ und „Kann ich nicht beurteilen“.

43 In Abgrenzung zu (vermeintlich) objektiven Daten handelt es sich im vorliegenden Fall also um Expert/innenurteile basierend auf individuellen Einschätzungen.

ländern und in Berlin angesiedelt sind. Die Interviews wurden mit Hilfe eines Leitfadens geführt, aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit dem Programm MAXQDA ausgewertet.

3.3 Methodisches Vorgehen von Camino

Anliegen der Wissenschaftlichen Begleitung ist es, Untersuchungen zu spezifischen zentralen Fragestellungen der Partnerschaften für Demokratie zu erstellen.

Die relevanten Themenfelder in der Wissenschaftlichen Begleitung durch Camino sind

- die Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen,
- die Formen der Vernetzung,
- die Öffentlichkeitswirksamkeit,
- die Nutzung des Aktions- und Initiativfonds sowie
- die Nachhaltigkeit ehemaliger Lokaler Aktionspläne.

In diesen Bereichen werden Gestaltungsprozesse nachgezeichnet und erreichte Ergebnisse dargestellt. Eine kontinuierliche Erhebung und Auswertung von Daten ermöglicht die Nachverfolgung des Umsetzungsprozesses. Entwicklungsschritte und Ergebnisse werden sichtbar und können mit unterschiedlichen Einflussfaktoren verknüpft werden. Durch strukturierte Vergleiche können Rahmenbedingungen identifiziert werden, die als Voraussetzungen für gelingende Prozesse unabdingbar sind. Beobachtete Phänomene können systematisch erklärt und in übergreifende Erkenntnisse überführt werden.⁴⁴ Es werden „effektive Prinzipien“ aufgezeigt, die als Grundlage für die Weiterentwicklung des Programms dienen, aber auch auf andere Programme und Projekte übertragen werden können.⁴⁵

Zum Tragen kommen zwei Bewertungsgrundlagen: Zum einen werden Ergebnisse und Wirkungen an den Zielen und Erwartungen des Programms auf übergeordneter Ebene sowie an denen der Partnerschaft für Demokratie auf konkreter Ebene gemessen und Wege dahin nachgezeichnet. Dieses Vorgehen entspricht einer „theoriebasierten Evaluation“. Diese nutzt die Annahmen, die einem Programm oder Projekt zugrunde liegen – die sogenannte Programmtheorie – und stützt sich somit auf das in der Praxis vorhandene Wissen.⁴⁶

Jedoch bleiben bei einer rein aus der Praxis entwickelten und somit rekursiven Bewertung zwangsläufig blinde Flecken: Akteure als Beobachter „erster Ordnung“ können nur aus der ihnen eigenen Perspektive beobachten und beschreiben, bestimmte Prozesse und Gegebenheiten verschließen sich ihrer Reflexion. Luhmann beschreibt dies als systeminterne Beschränkungen des Beobachtens mit der Folge, dass eine bestimmte Beobachtung wahrscheinlich, eine andere hingegen unwahrscheinlich ist.⁴⁷ Aus diesem Grund nutzt die Wissenschaftliche Begleitung eine zweite Bewertungsebene, die sich auf wissenschaftstheoretische Annahmen und Erkenntnisse stützt, d. h. auf Wissen, das generalisiert und nicht kontextgebunden ist. Dieses wird genutzt, um Bewertungsschemata zu entwickeln und zu operationalisieren. Der Bezug auf gültige Theorien ermöglicht „Erklärungen, Prognosen und gezielte Praxis(-Gestaltung) gleichermaßen“.⁴⁸

44 Vgl. Stark et al. 2012, S. 9.

45 Vgl. Gutknecht-Gmeiner 2015, S. 134f.

46 Vgl. Giel 2015, S.113f.; ausführlich Giel 2013.

47 Vgl. Luhmann 1990, S. 40.

48 Vgl. Esser 1993, S. 51.

Der Nachteil einer solchen wissenschaftstheoretischen Bewertung ist die Gefahr, dass die Handlungspraxis aus dem Blick gerät. Dem wird durch die Zusammenführung der beiden Bewertungsebenen entgegengewirkt. Die Bewertung erfolgt gleichsam aus zwei Perspektiven: einer programmimmanenten und einer programmexternen.

Neben der Validierung durch den Austausch mit Vertreter/innen der Partnerschaften für Demokratie und die Rückspiegelung der Ergebnisse an diese wird eine Validierung der Befunde durch die Nutzung unterschiedlicher Daten und Datenquellen sichergestellt. Qualitative Interviews mit den Koordinator/innen, Vertreter/innen der federführenden Ämter sowie mit weiteren Akteuren aus der Region gewährleisten unterschiedliche Perspektiven auf die Umsetzung und die Umsetzungsbedingungen. Ergänzt werden sie durch teilnehmende Beobachtungen und durch die Analyse unterschiedlicher Dokumente, z. B. von Anträgen und erstellten Materialien. Aussagen zur Entwicklung der Aktions- und Initiativfonds werden auf der Basis einer quantitativen Erhebung unter den Trägern der Einzelmaßnahmen getroffen. Die qualitativ gewonnenen Daten ermöglichen hier einen explorativen Zugang zum Themenfeld und die fachlich qualifizierte Entwicklung des Erhebungsinstruments.

Neben der Begleitung der Partnerschaften für Demokratie ist es Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung, Aussagen zur Nachhaltigkeit der Vorläuferprogramme zu treffen. Hier kommt ein Nachhaltigkeitsmodell zum Einsatz, welches speziell für Programme und Projekte aus dem Bereich der Demokratieförderung entwickelt und bei der Wissenschaftlichen Begleitung der Lokalen Aktionspläne erprobt wurde.⁴⁹ Diesem Konzept liegt ein dynamisches Nachhaltigkeitsverständnis zu Grunde, d.h. es geht nicht um einen statischen Fortbestand von Wirkungen, sondern um einen prozesshaften, zirkulären Rückbezug, der zu einer Weiterentwicklung von Zielen und damit auch Wirkungen führt. Berücksichtigt werden dabei die Dimensionen strukturelle Nachhaltigkeit, Relevanzerhalt, handlungswirksame Lernprozesse in den Bereichen der Zivilgesellschaft und der Verwaltung sowie nutzenorientierte Nachhaltigkeit.

Grundlage dieses Berichts sind Interviews mit externen Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die quantitative Befragung der Projektträger sowie teilnehmende Beobachtungen.

3.3.1 Qualitative Interviews mit externen Akteuren

Für die qualitativen Erhebungen im Rahmen der Schwerpunkte „Entwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen“, „Vernetzung“ und „Öffentlichkeitswirksamkeit“ wurden 24 Partnerschaften für Demokratie ausgewählt. Die Auswahl erfolgte theorie- und hypothesengeleitet. Entsprechend der Strategie des „purposive sampling“⁵⁰ wurde in Bezug auf untersuchungsrelevante Aspekte ein möglichst heterogenes Sample mit folgenden Merkmalen für die Untersuchung ausgewählt:

- Programmgeneration,
- räumliche Verteilung (Bundesländer),

49 Vgl. Behn et al. 2013, S. 119ff.; Karliczek 2012, S. 249ff.

50 Vgl. hierzu Lamnek 2010, S. 172.

- Charakteristika und regionale Besonderheiten,
- inhaltliche Ausrichtung.⁵¹

Die empirische Basis der vorausgegangenen Berichte ergab sich aus qualitativen Interviews mit Vertreter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie den federführenden Ämtern der 24 Partnerschaften.⁵² Insofern wurde empirisch eine interne Perspektive auf die Partnerschaften für Demokratie abgebildet. Diese interne Perspektive wird in diesem Bericht durch eine externe Perspektive ergänzt. Befragt wurden Akteure, die nicht in strategischer Funktion an der Umsetzung der Partnerschaft (z. B. im Begleitausschuss) beteiligt sind und aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsbereichen kommen. Je Partnerschaft wurde

- ein/e Vertreter/in der allgemeinen Öffentlichkeit (z. B. Journalist/innen, Pfarrer/innen, Mitarbeiter/innen in Nachbarschaftszentren),
- ein/e Vertreter/in der Fachöffentlichkeit (z. B. aus der politischen Jugendbildung, Jugendarbeit, Schulsozialarbeit),
- ein/e Vertreter/in der lokalen politischen Öffentlichkeit (Mitglieder der lokalen Stadt- oder Landkreisparlamente mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit)⁵³

ausgewählt und befragt. Nicht in allen 24 Regionen des qualitativen Samples gelang es, Interviewpartner/innen aus allen drei Handlungsfeldern zu gewinnen, insgesamt konnten jedoch 65 der geplanten 72 Interviews realisiert werden.

Die Interviewfragen orientierten sich an den von Camino bearbeiteten Themen und zielten auf Veränderungen ab, die durch die Partnerschaften für Demokratie angestoßen werden konnten.

Die Auswertung der transkribierten Interviews erfolgte mittels einer „zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse“.⁵⁴ Es handelt sich hier um ein systematisches und regelgeleitetes Vorgehen, dessen einzelne Schritte dokumentiert werden und somit nachvollziehbar sind.

In der Datenauswertung wurden die Partnerschaften zunächst jeweils als Fall für sich betrachtet und die Befunde aus den jeweils in einer Region realisierten Interviews zusammengeführt. Die so generierten explorativen Erkenntnisse wurden entlang der berichtsrelevanten Fragestellungen in einem nächsten Schritt mittels Vergleich und Kontrastierung systematisiert.

3.3.2 Befragung von Einzelmaßnahmenträgern erstmals geförderter Partnerschaften

Unter den Einzelmaßnahmenträgern erstmals geförderter Partnerschaften wurde 2018 erneut eine Online-Umfrage durchgeführt. Es handelt sich dabei um die zweite Befragung dieser Art. Eine erste Online-Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern wurde durch die Wissenschaftliche Begleitung 2016 umgesetzt.

Die Grundgesamtheit für die Befragung wurde mithilfe von drei Kriterien definiert: Erstens wurden nur Partnerschaften für Demokratie ausgewählt, die nicht schon in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ in Form von Lokalen Aktionsplänen gefördert wurden. Zweitens wurden nur Projekte untersucht, die über den Aktions- und Initiativfonds gefördert wurden.

51 Ausführlich ISS/Camino 2015, S. 23ff.

52 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 21ff.; ISS/Camino 2017, S. 26.

53 Es wurden keine Interviewpartner/innen ausgewählt, die erst seit kurzer Zeit Mitglieder der Stadt- bzw. Landesparlamente sind und insofern keine Aussagen treffen können, die einen Zeitverlauf berücksichtigen.

54 Vgl. Mayring 2010, S. 12ff.

Schließlich wurden nur solche Einzelmaßnahmenträger befragt, deren Projekte in den Jahren 2016 und 2017 bewilligt wurden.

Angestrebt wurde eine Vollerhebung der so definierten Grundgesamtheit. Die Daten zu den Einzelmaßnahmenträgern basieren auf den Eintragungen der Koordinierungs- und Fachstellen in die Einzelmaßnahmenträger-Datenbank der Regiestelle im Rahmen der Abrechnung der entsprechenden Förderjahre. Der Datenbankauszug wurde am 08.02.2018 erstellt. Von insgesamt 123 „neuen“ Partnerschaften lagen zu diesem Zeitpunkt Daten für 117 vor. Mithilfe der genannten Kriterien wurden zunächst 2.170 umgesetzte Einzelmaßnahmen identifiziert, welche von 1.671 Projektträgern durchgeführt wurden.

Die Einzelmaßnahmenträger wurden per E-Mail zu einer Online-Umfrage eingeladen, welche im Zeitraum vom 12.03.2018 bis zum 09.05.2018 zur Beantwortung freigeschaltet war. Während des Befragungszeitraums wurden in regelmäßigen Abständen Erinnerungs-Mails an Einzelmaßnahmenträger versendet, um einen möglichst hohen Rücklauf zu ermöglichen. Eine zufällige Stichprobe wurde außerdem telefonisch kontaktiert. Zusätzlich hatten die Befragten, unabhängig von der Beantwortung des Fragebogens, die Möglichkeit, an einer Verlosung teilzunehmen. Unter allen Teilnehmer/innen wurden Plätze für einen zweitägigen Workshop verlost. Die Adressen von E-Mails, die nicht zugestellt werden konnten, wurden berichtigt. Im Falle der Rückmeldung, dass ein Projekt nicht durchgeführt wurde, wurde es aus der Befragung und der Grundgesamtheit ausgeschlossen.

Die Online-Befragung wurde insgesamt von 1.148 Einzelmaßnahmenträgern aufgerufen, die laut Regiestellen-Datenbank 1.524 Projekte umsetzten. Durch die Bereinigung von Einträgen, die keine oder eine unzureichende Beantwortung der Fragen darstellten, fiel die Anzahl der Antworten von Einzelmaßnahmenträgern auf 895 und die der umgesetzten Projekte auf 1.190. Die Anzahl der bereinigten Einträge, welche die Grundlage für die anschließende Auswertung darstellt, entspricht bei den Einzelmaßnahmenträgern einer Ausschöpfungsquote der Grundgesamtheit von 54 % und bei den Projekten einer Ausschöpfungsquote von 55 %.

Die Auswertung der Stichprobe erfolgte mithilfe der Statistiksoftware R und SPSS. Für die Analyse wurden drei Ebenen betrachtet: die der Partnerschaften für Demokratie, die der Einzelmaßnahmenträger sowie die Projektebene. Neben der deskriptiven Auswertung wurden im Rahmen einer strukturellen Netzwerkanalyse Eigenschaften der Netzwerke lokaler Partnerschaften berechnet, die mit Angaben zur Zielerreichung der Projekte, zur Bekanntheit der Partnerschaften und zu Problemen der Einzelmaßnahmenträger bei der Umsetzung ihrer Projekte in Beziehung gesetzt wurden. Zusätzlich wurden Strukturdaten für die Untersuchungen der einzelnen Partnerschaften herangezogen, wie beispielsweise die Bevölkerungsdichte der jeweiligen Kommunen.

3.3.3 Teilnehmende Beobachtung

Teilnehmende Beobachtungen liefern zusätzliche Informationen, die zum Verständnis und zur Bewertung von Daten beitragen können.

Teilnehmende Beobachtungen vermitteln Kenntnisse der sozialen Realität vor Ort. Unterschiedliche Blickwinkel und Perspektiven auf das Untersuchungsfeld werden deutlich und tragen einerseits dazu bei, komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen. Außerdem werden Aspekte des Forschungsfelds sichtbar, die in der Untersuchung möglicherweise noch vernachlässigt wurden, in der Praxis aber relevant sind. Teilnehmende Beobachtungen wurden bei unterschiedlichen Veranstaltungen der Partnerschaften für Demokratie umgesetzt sowie

bei Veranstaltungen, die auf Ebene des Programms dem thematischen Austausch der Projektumsetzenden dienen.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum sieben teilnehmende Beobachtungen umgesetzt.

3.3.4 Transfer-Workshops

Transfer-Workshops dienen der Rückspiegelung der Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung an die Akteure der Partnerschaften für Demokratie und somit dem Transfer und der Weiterentwicklung des gewonnenen Wissens. Weiterhin haben sie eine wichtige Funktion im Rahmen des Erfahrungsaustauschs der Akteure: Sie bieten den Beteiligten Gelegenheit, ihre eigene Arbeit im Austausch mit anderen Beteiligten zu reflektieren und gemeinsam Ansatzpunkte für deren Verbesserung zu entwickeln. Insgesamt sind acht Transfer-Workshops geplant.

Im Jahr 2018 fanden zwei Transfer-Workshops statt: Einer richtete sich an Träger von umgesetzten Einzelmaßnahmen, ein weiterer an die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie. Mit dem Ziel einer kommunikativen Validierung wurden die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung vorgestellt und diskutiert. Die im Verlauf der Workshops eingebrachten Einschätzungen und Bewertungen der Teilnehmer/innen wurden zur Plausibilisierung der Einschätzungen der Wissenschaftlichen Begleitung genutzt und flossen in den Bericht und die Empfehlungen ein.

Zusätzlich zum Transfer der Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung wurde den Koordinator/innen die Möglichkeit gegeben, sich mit „Design Thinking“, einer kreativen Möglichkeit der Konzeptentwicklung, zu befassen. Die Projektträger haben sich zusätzlich der Frage gewidmet, wie mit geringen Budgets eine breite Öffentlichkeit erreicht werden kann.

4 Ergebnisse

4.1 Kommunale Demokratieförderung – Was Partnerschaften für Demokratie leisten

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ fördert ziviles Engagement und demokratisches Handeln auf kommunaler und regionaler Ebene. Das Programm stellt eine Unterstützungsstruktur für Vereine, Projekte und Initiativen dar, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und sich insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus und Antisemitismus engagieren.

Mit den Partnerschaften für Demokratie etablieren sich Strukturen zur Demokratieförderung und kontinuierlichen Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen.

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat ein umfassender Aufbau kommunaler Strukturen zur Demokratieförderung stattgefunden. Ein Blick in die Vergangenheit: Das kooperative Arrangement des Lokalen Aktionsplans wurde erstmalig in der Stadt Potsdam entwickelt. Im Jahr 2006 gab es demnach nur eine umsetzende Kommune. Zum Ende des Jahres 2018, also nunmehr zwölf Jahre später, setzen insgesamt 275 Fördergebiete Partnerschaften für Demokratie um. Im Zuge der Programmförderung ist die Anzahl von 172 Lokalen Aktionsplänen im Vorgängerprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und zunächst 217 Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2015 im Rahmen mehrerer weiterer Interessenbekundungsverfahren auf 275 Partnerschaften für Demokratie erhöht worden.⁵⁵ Mit „Demokratie leben!“ ist also ein deutlicher Zuwachs gelungen. Es werden sowohl Standorte in den alten als auch den neuen Bundesländern und sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten gefördert.⁵⁶

Mit den Partnerschaften wird sowohl dem primärpräventiven als auch dem sekundärpräventiven Gedanken Rechnung getragen, nämlich einerseits Demokratieförderung nicht erst dann auf den Weg zu bringen, wenn Problemlagen manifest werden, und andererseits dort anzusetzen, wo ein erhöhter Bedarf besteht. In den ländlichen Räumen der neuen Bundesländer knüpfen die Umsetzenden beispielsweise häufig an schwierigere Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung an und sehen sie sich oftmals mit einer starken Präsenz demokratiefeindlicher Gruppierungen und Aktionen konfrontiert.⁵⁷ Dennoch konzentrierte sich die Ausweitung der Fördergebiete sowohl im Rahmen des dritten und vierten als auch des fünften Interessenbekundungsverfahrens eher als in den ersten beiden Bewilligungsverfahren auf städtische Gebiete in den alten Bundesländern.⁵⁸

55 Zum 1.10.2018 setzten insgesamt 275 Förderregionen Partnerschaften für Demokratie um. Im Rahmen der diesjährigen Monitoring-Befragung wurden die zum Zeitpunkt des Beginns der Feldphase aktiven 265 Partnerschaften befragt.

56 Vgl. Tabellen 1 und 2 im Anhang. Die Daten beziehen sich auf die zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2018 aktiven 265 Partnerschaften für Demokratie.

57 Vgl. Tabellen 3 bis 8 im Anhang.

58 Vgl. ISS 2017a, S. 2 und Angaben der Regiestelle.

Partnerschaften für Demokratie sind ein Modell zur Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, das in unterschiedlichen lokalen Kontexten gleichermaßen Anwendung finden kann.

Partnerschaften werden mit allen Elementen ihres strukturellen Aufbaus gleichermaßen funktional in den alten und den neuen Bundesländern, auf kommunaler sowie Landkreisebene umgesetzt.⁵⁹ Dabei sind die Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung von Region zu Region sehr unterschiedlich.⁶⁰ Wenngleich die Ausgangssituation in der Förderregion bedeutsam für die Handlungsoptionen in den jeweiligen Partnerschaften ist, zeigt sich dennoch, dass die Umsetzung operativer Querschnittsziele, also auch die demokratische Ausgestaltung innerhalb der Förderarrangements, den Akteur/innen vor Ort oftmals unabhängig von den lokalen Kontexten gelingt. So zeigen bereits die Befunde des Pfdemokratie-Indexes aus dem Jahr 2016, dass strukturelle Merkmale wie die regionale Verortung oder die Verwaltungseinheit, in der eine Partnerschaft angesiedelt ist, kaum einen Einfluss auf die Erreichung von Querschnittszielen wie z. B. die partizipative Ausgestaltung des Engagements für Demokratie und Vielfalt haben.⁶¹ Dies verdeutlicht, dass Partnerschaften ein hoch adaptives Instrument sind. Der Aufbau von Strukturen und die Etablierung von Arbeitsprozessen zur Demokratieförderung gelingen in heterogenen Gebietskulissen.

Partnerschaften für Demokratie stärken die zur Demokratieförderung notwendigen zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen ist es bedeutsam, die Ressourcen von zivilgesellschaftlichen Trägern und Akteur/innen nutzbar zu machen. Es bedarf also einer starken zivilgesellschaftlichen Struktur auf lokaler Ebene. Partnerschaften für Demokratie leisten diesen Beitrag insbesondere durch die strukturelle Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen bei freien Trägern.⁶² Hier stehen nunmehr durchschnittlich 1,6 Personen mit einem Stellenvolumen von 77,5 % eines Vollzeitäquivalents zur Verfügung.⁶³

Der Beitrag der Zivilgesellschaft besteht insbesondere in der Benennung von sozial relevanten Problemlagen⁶⁴ und der Erschließung von Wissensbeständen, die innerhalb staatlicher Strukturen nicht immer vorhanden sind.⁶⁵ In dieser Weise gelangen neue Problemlagen und Handlungsbedarfe in das institutionelle Blickfeld. In den Prozessen des sektorübergreifenden Zusammenwirkens liegt somit ein großes Innovationspotential.

Die strukturelle Absicherung des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie im Rahmen der Partnerschaften ist die Voraussetzung für eine kontinuierliche Befassung mit demokratie- und menschenfeindlichen Erscheinungsformen im kommunalen Raum. Bereits im Vorgängerprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ konnte mittels eines Vergleichs solcher Regionen, die im Rahmen des Programms gefördert wurden und solchen, die keine Förderung erhielten, herausgestellt werden, dass die Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans einer konjunkturabhängigen Befassung mit lokalen Problemlagen entgegenwirkt. Während in

59 Vgl. Tabellen 1 und 2 im Anhang.

60 Vgl. Tabellen 9 und 10 im Anhang.

61 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 91ff.

62 Im aktuellen Förderjahr sind 91 % (242) der Koordinierungs- und Fachstellen bei einem freien Träger angesiedelt. Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

63 Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

64 Vgl. Gutsche 2004, S. 135.

65 Vgl. Rieker 2009, S. 144.

Regionen, in denen kein Aktionsplan umgesetzt wurde, das Engagement nach Abebben von manifesten Konflikten nachließ, gelang in Lokalen Aktionsplänen die stetige Bearbeitung relevanter Themenbereiche.⁶⁶ Die kontinuierliche Befassung bestätigen auch die aktuellen Befunde.⁶⁷

Partnerschaften für Demokratie werden als Ankerpunkte für die Ausgestaltung länderspezifischer Ansätze genutzt.

Partnerschaften für Demokratie tragen zur Herausbildung regionaler Präventionsinfrastrukturen bei. Das institutionelle Arrangement der Partnerschaften für Demokratie generiert insbesondere Anschlusseffekte für weitere Initiativen der Länder im Bereich der Demokratieförderung. Die in der Praxis bereits erprobten Strukturen werden genutzt und adaptiert. So fördert z. B. das Land Thüringen eine landesweit flächendeckende Umsetzung der Partnerschaften, das Land Hessen stellt eine Kofinanzierung für die Partnerschaften bereit. Mit dem nordrhein-westfälischen Landesprogramm „NRWetoffen“ wird z. B. ebenfalls teilweise an die Arbeit der Partnerschaften angedockt. Neben teils funktionalen und personellen Überschneidungen in den koordinierenden Organisationen wird zudem an die Begleitausschüsse der Partnerschaften für Demokratie angeknüpft. Im Ergebnis entstehen Synergieeffekte, es bleibt aber ausreichend Spielraum, um fachpolitische Akzente zu setzen.

Steuerungsoptionen: Mit dem fünften Interessensbekundungsverfahren war das Ziel eines bedarfsgerechten Ausbaus verbunden, daher sollten Partnerschaften für Demokratie möglichst vorrangig in ländlichen Gebieten in den neuen Bundesländern eingerichtet werden. Im Jahr 2018 konnte im Rahmen des fünften Interessensbekundungsverfahrens jedoch nur ein solcher Standort bewilligt werden. Ggf. sollten zur Erreichung dieses Anliegens Tandemmodelle oder andere Formen der überregionalen Kooperation in den Blick genommen werden.

Auch im Hinblick auf die personelle Begleitung der Partnerschaften sind Steuerungsbedarfe ersichtlich, denen ggf. nachgekommen werden sollte. Die Befunde zum Personaltableau zeigen, dass die kontinuierliche Begleitung durch eine/n Koordinator/in in einer nicht unerheblichen Zahl von Partnerschaften nicht realisiert werden kann. Diese ist jedoch maßgeblich relevant für den Erfolg der Arbeit vor Ort.⁶⁸ Lediglich 30 % (80) der Partnerschaften werden von Koordinator/innen begleitet, die bereits in einem der Vorläuferprogramme tätig waren.⁶⁹ Zudem berichten insgesamt 67 (25 %) Koordinator/innen, dass die Arbeit in den Fördergebieten durch Personalwechsel in der Koordinierungs- und Fachstelle entscheidend beeinträchtigt wurde.⁷⁰

Die Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit bewerten Koordinator/innen als schwierig. Hierzu tragen die zunehmende Komplexität der Arbeit, das Klima der Bedrohung, aber auch die Befristung der Arbeitsverträge und die engen finanziellen Spielräume für Gehaltsaufstiege bei.

66 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 70.

67 Vgl. Tabelle 33 im Anhang.

68 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 94.

69 Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

70 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

Partnerschaften für Demokratie schaffen vor dem Hintergrund der Kooperation von Akteursgruppen einen demokratiefördernden Mehrwert.

Konzipiert als Governance-Arrangements kooperieren in den Partnerschaften für Demokratie zivilgesellschaftliche und kommunale Akteur/innen miteinander.⁷¹ In einem partizipativ angelegten Prozess entwickeln sie mit Bezug auf lokale oder regionale Ausgangslagen konkrete Lösungsansätze und engagieren sich gemeinsam gegen demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen vor Ort.

Die demokratische Gestaltungskraft der Partnerschaften entfaltet sich unter anderem vor dem Hintergrund der Etablierung von Netzwerken im kommunalen Raum. Diese stellen eine wichtige Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit der Partnerschaften dar und sind zugleich ihr Ergebnis. Die zunehmende Vernetzung von Akteur/innen impliziert vor allem in Regionen mit schwierigen Voraussetzungen eine substantielle Situationsveränderung, da dort erstmalig eine Bündelung von vorhandenen Ressourcen erfolgt. Partnerschaften generieren neue Netzwerke, etablieren neue Kooperationen und generieren auf diese Weise Wissensbestände, die beispielsweise die Reaktionsfähigkeit auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle erhöhen.

In den Partnerschaften für Demokratie gelingt es, heterogene Akteur/innen und Gruppierungen für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen.

Die Entwicklung und Mobilisierung von Netzwerken hat sich bereits im Vorläuferprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ als zentraler Erfolgsfaktor zur Verankerung der inhaltlichen Arbeit der demokratischen Arrangements in den Fördergebieten erwiesen.⁷² Der Begleitausschuss fungiert vor Ort als Kernnetzwerk, in ihm gelingt es, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung zusammenzuführen. So sind in nahezu allen Begleitausschüssen professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (97 %, 256), ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (93 %, 247) und staatliche/politische Akteur/innen (99 %, 262) vertreten.⁷³ Zentral ist aber vor allem, dass die Entwicklung einer tragfähigen Kooperationskultur gelingt. Im Rahmen der Befragung zur Demokratiequalität im Jahr 2016 erreichte das Item „Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Begleitausschuss erfolgt gleichberechtigt“ mit einem durchschnittlichen Wert von 5,5 (Skala von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“) die höchste Zustimmung von allen 36 beschriebenen Idealzuständen des PfDemokratie-Index.⁷⁴ Zudem konstatieren viele Partnerschaften positive bzw. teilweise positive Effekte der Arbeit des Begleitausschusses auf die Prozesse der lokalen Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen. Dies betrifft unter anderem einen verbesserten Informationsaustausch (87 %, 262).

71 Der Governance-Ansatz fokussiert sich auf das Zusammenwirken von „staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren bei der Regelung kollektiver Sachverhalte [...]“. Bezogen auf die lokale Ebene, die das Handlungsfeld darstellt, können unter Governance Formen der Selbststeuerung unter Einbezug von kommunalstaatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden werden, die ein ‚gemeinschaftliches Interesse‘ (Mayntz 2004, S. 69) verbindet“ (Behn/Bohn/Karliczek/Sträter 2013, S. 24).

72 Vgl. BMFSFJ 2018.

73 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

74 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 236f., Tabelle 133.

230) und verbesserte Absprachen (82 %, 217) sowie die Erhöhung der wechselseitigen Anerkennung (80 %, 211) und die Steigerung der Anzahl der gemeinsam umgesetzten Aktivitäten (75 %, 198).⁷⁵

Es lässt sich zudem folgender Effekt konstatieren: Koordinator/innen, die in einer Partnerschaft mit einer höheren Anzahl an Vertreter/innen aus der Verwaltung bzw. mit Vertreter/innen aus der Politik im Begleitausschuss arbeiten, berichten häufiger, dass die Arbeit der Partnerschaft als Ganzes kommunal unterstützt wird.⁷⁶ Die Arbeit in diesem Steuerungsgremium generiert demnach erweiterte Unterstützung in den Förderregionen.

Partnerschaften für Demokratie tragen zur Schaffung, Aktivierung und Vitalisierung von Netzwerken vor Ort bei. Sie aktivieren nicht nur Zuständige, sondern auch bürgerschaftlich Engagierte.

Partnerschaften für Demokratie gelingt es, zum weiteren Ausbau, zur Aktivierung und zur Vitalisierung von bereits existierenden Netzwerken vor Ort sowie zur Neugründung von Netzwerken beizutragen. So berichten jeweils etwa zwei Drittel der Befragten von der Erweiterung bestehender Netzwerke durch neue Akteur/innen im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie (68 %, 180) und davon, dass bestehende Netzwerke die Themenstellungen der Partnerschaft aufgegriffen haben (66 %, 175). In etwa der Hälfte der Förderregionen wurden zudem Netzwerke neu gegründet (49 %, 131) oder haben sich verstärkt engagiert (55 %, 145).⁷⁷ Insbesondere in Förderregionen, in denen bereits *programmrelevante* Netzwerke existieren, schaffen Partnerschaften es, diese zu vergrößern, zu beleben und sie in ihrem Engagement für die Themen der Partnerschaften zu bestärken. Dies trifft auch auf Förderregionen mit schwierigen Ausgangsbedingungen zu.⁷⁸ Den demokratischen Arrangements gelingt es somit, einerseits die vorhandenen (Fach-)Netzwerke zu beleben und für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen, und andererseits Neugründungen anzustoßen und so die Handlungsfähigkeit im lokalen Raum zu stärken.

Partnerschaften für Demokratie aktivieren und beteiligen aber nicht nur professionell zuständige Akteur/innen, sondern auch ehrenamtlich aktive Bürger/innen. Der Anteil dieser non-professionellen Akteur/innen im Begleitausschuss liegt aktuell bei 25 %.⁷⁹ Die Partnerschaften erhalten zudem in 78 % (206) Unterstützung durch deutungsmächtige Akteur/innen.⁸⁰ Diese sind besonders wichtig, da sie einem breiten Publikum die Anliegen der Partnerschaften zugänglich machen. Sie fungieren als Zugang in bisher nicht erreichte Milieus oder Sozialräume, tragen zur Erschließung vielfältiger Kontakte und Ressourcen bei und steigern die Aufmerksamkeit für die Partnerschaften. Zudem stellen sie Fachwissen und Organisations- und Handlungskompetenz bereit.⁸¹ Die deutungsmächtigen Akteur/innen stammen aus so unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern wie z. B. Sport, Bildung, Erziehung sowie Kunst und Kultur.⁸² Insgesamt gesehen gelingt es den Partnerschaften nicht nur Akteur/innen zusammenzuführen, sondern insbesondere auch die Akteursgruppen zu erweitern und Bürger/innen

75 Vgl. Tabelle 16 im Anhang. Abweichungen zwischen den im Text angegebenen addierten Prozentzahlen zu einzelnen Daten und den in den Tabellen angegeben einzelnen Prozentzahlen ergeben sich aus der Rundung vor bzw. nach der Addition.

76 Vgl. Tabellen 17 und 18 im Anhang.

77 Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

78 Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

79 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

80 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

81 Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

82 Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

zu aktivieren, die bisher in den programmrelevanten Themenbereichen nicht engagiert waren. So geben 45 % (119) an, dass im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft neue, bisher „themenfremde“ Akteur/innen in die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit eingestiegen sind.⁸³

Die Zusammenführung von Akteursgruppen generiert in den Partnerschaften relevantes Handlungswissen.

Partnerschaften für Demokratie verändern die lokale Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, da sie zur Entwicklung von Fachlichkeit und zur Stärkung von Kompetenzen beitragen. Es erweitert sich einerseits das kommunal verfügbare Wissen über relevante Problemlagen (86 %, 228 der befragten Partnerschaften geben dies an).⁸⁴ Dieses Wissen ist Grundlage für die (Fort-)Entwicklung angepasster Handlungsstrategien und damit eine wichtige Gelingensbedingung der inhaltlichen Arbeit an den Förderstandorten. Um dieses zu aktualisieren, sorgen 78 % (206) der Partnerschaften regelmäßig für eine Berichterstattung durch die Mitglieder des Begleitausschusses.⁸⁵ Auch die Demokratiekonferenzen dienen diesem Zweck, da ein aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort erfolgt (72 %, 72 der 101 Partnerschaften, die im Jahr 2018 bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben, geben dies an).⁸⁶

Zudem erweitert sich auch das Handlungswissen der Akteur/innen.⁸⁷ Es gelingt vielerorts Fortschritte im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen, bei Ämtern und Institutionen zu erzielen.⁸⁸ Die kommunale Bereitschaft, Informationen zivilgesellschaftlicher Akteur/innen ernst zu nehmen und als relevant für das eigene Handeln zu erachten, wird befördert und führt in der Folge dazu, die bereichsübergreifende lokale Reaktionsfähigkeit bei demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zu stärken. So äußern inzwischen jeweils etwa drei Viertel der Koordinator/innen, dass der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen kompetent erfolgt (75 %, 198) und dass relevante Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen informiert sind und diese ernst nehmen (77 %, 203).⁸⁹ Koordinierungs- und Fachstellen fungieren hierbei als Knotenpunkte der Informationsbündelung und Abstimmung verschiedener Akteur/innen.⁹⁰

Ein wesentlicher Bestandteil der Übermittlung von Fachwissen und der so erfolgenden Qualifizierung der an den Partnerschaften beteiligten Akteur/innen sind die Fortbildungs- und Unterstützungsangebote, die durch das Bundesprogramm bereitgestellt werden. Seit dem Jahr 2015 haben die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen die Möglichkeit, sich im Rahmen der Modularen Weiterbildung zur Stärkung der Kompetenzen für Koordinierungs- und Fachstellen in den Partnerschaften für Demokratie zu qualifizieren. Diese Fortbildungsangebote haben zum Ziel, den Ausbau und die Etablierung einer kommunalen fachlichen Infrastruktur zu den Themenschwerpunkten Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung zu unterstützen und die Koordinator/innen für die Wahrnehmung ihrer vielfältigen Aufgaben zu

83 Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

84 Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

85 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

86 Vgl. Tabelle 28 im Anhang.

87 Vgl. Tabelle 27 im Anhang.

88 Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

89 Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

90 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 64.

stärken.⁹¹ Mittlerweile wurden acht Durchgänge dieser Weiterbildungsreihe abgeschlossen und 136 Personen haben einen Abschluss erreicht. Das ISS-Frankfurt a.M. ist mit der externen Evaluation der Weiterbildungsreihe betraut und konnte feststellen, dass das dort vermittelte Wissen und die neuen Kompetenzen Eingang in die Arbeit der Partnerschaften finden und angewandt werden. Zudem haben zeitlich nachgelagerte Befragungen gezeigt, dass die erfolgten Kompetenzzuwächse auch nachhaltig verankert wurden.⁹²

Die Entwicklung von Fachlichkeit wird darüber hinaus auch dadurch gefördert, dass alle Partnerschaften die Möglichkeit haben, sich im Rahmen des Bundesprogramms durch Coaching-Prozesse begleiten zu lassen. Dieses Format ist für die Arrangements eine wichtige Unterstützung bei der Reflexion und Modifikation von Arbeitsprozessen. Das Coaching erfolgt insbesondere in Hinblick auf die strategische Ausrichtung des Begleitausschusses. Viele Partnerschaften (85 %, 84) nutzen dieses Angebot, um sich bei der Einrichtung und Fortentwicklung der Beteiligungsstrukturen und Prozesse vor Ort (z. B. Begleitausschüsse, Demokratiekonferenzen) unterstützen zu lassen.⁹³

Die Akteur/innen nutzen somit vielfältige Ressourcen innerhalb des Kooperationsarrangements, um ihr Wissen und ihre Kompetenzen zu erweitern. Dazu gehört auch der Austausch mit anderen Standorten der Partnerschaften. Die Kooperation mit Partnerschaften in der eigenen Region ist hierbei von übergeordneter Bedeutung. Nahezu alle Partnerschaften (92 %, 243) kooperieren mit anderen Partnerschaften aus der gleichen Region bzw. haben dies vorgesehen. Aber auch die Kooperation über die eigene Region hinaus wird zunehmend realisiert. Während im vergangenen Jahr zwei Drittel (66 %, 174) mit Förderstandorten über die eigene Region hinaus zusammenarbeiteten, sind es in diesem Jahr 79 % (210).⁹⁴ Die Zusammenarbeit zwischen den Förderstandorten wird durch Landesvernetzungsstellen, Fachaustausche, sowie durch Weiterbildungsveranstaltungen gefördert und angeregt. In dieser Weise sind die Kooperationsarrangements nicht lokal oder regional begrenzt, sondern vernetzen sich über die Region hinaus.

Partnerschaften für Demokratie sensibilisieren die Öffentlichkeit für die zentralen Themenfelder.

Partnerschaften für Demokratie gelingt es, eine kontinuierliche Bearbeitung wichtiger Themenstellungen zu fördern. Sie leisten somit einen Beitrag zu einer von medialen und diskursiven Konjunkturen unabhängigen Bearbeitung von Problemlagen und befördern die kontinuierliche Informierung der Öffentlichkeit zu den thematischen Schwerpunkten des Programms. Vor allem bzgl. der kontinuierlichen Bearbeitung durch die Zivilgesellschaft konstatieren die Umsetzenden Verbesserungen (67 %, 177), aber auch bei der Bearbeitung durch Ressorts der Verwaltung (49 %, 131) und Politiker/innen (35 %, 92) werden Fortschritte benannt.⁹⁵

Die Ansprache und kooperative Einbindung einer breiten Öffentlichkeit ist expliziter Anspruch der Förderarrangements. Hierbei zeigt sich, dass die Erreichung einer breiten Öffentlichkeit eher mäßig gelingt. So beträgt der durch die Koordinator/innen eingeschätzte generelle Bekanntheitsgrad der Partnerschaften für Demokratie lediglich 5,7 (Skala von 1=niedrig bis

91 Die Weiterbildungsangebote wurden im Laufe des Bundesprogramms stetig weiterentwickelt. So werden mittlerweile ein Aufbaukurs zum Thema Change Management für die Koordinator/innen als auch Weiterbildungen für weitere Akteur/innen in den Förderarrangements (Mitarbeiter/innen der federführenden Ämter und Mitglieder der Begleitausschüsse) angeboten.

92 Vgl. ISS 2017b.

93 Vgl. Tabelle 31 im Anhang.

94 Vgl. Tabelle 32 im Anhang und ISS 2017a, S. 104, Tabelle 67.

95 Vgl. Tabelle 33 im Anhang.

10=hoch). Zwar ist dieser im Zeitvergleich (2015: 4,7) leicht gestiegen. Deziert nach dem Bekanntheitsgrad in verschiedenen Teilöffentlichkeiten befragt, zeigt sich jedoch in den Einschätzungen der Koordinator/innen, dass, während dieser in der Fachöffentlichkeit (7,5) und der lokalen politischen Öffentlichkeit (7,3) relativ gut eingeschätzt wird, der Bekanntheitsgrad in der breiten Öffentlichkeit im Vergleich dazu eher niedrig (4,4) ausfällt.⁹⁶

Gleichzeitig konstatieren 77 % (204) der Befragten Verbesserungen hinsichtlich der Sensibilität der Öffentlichkeit für programmrelevante Themenstellungen.⁹⁷ Derart bleiben die Arrangements in ihrer Außenwirkung somit zumindest teilweise nicht nur auf unmittelbar beteiligte Akteur/innen beschränkt. Sensibilisierung und Aufklärung sind für die Partnerschaften bedeutsame Handlungsstrategien zur Veränderung der lokalen Problemlagen. Das Kapitel „Wirkungen von Partnerschaften für Demokratie auf lokale Problemlagen – Zwischenstand“ veranschaulicht, dass über die einzelnen thematischen Handlungsschwerpunkte hinweg Fortschritte bzgl. der Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung erzielt werden können. Dies bezieht sich auch auf vergleichsweise neue durch die Befragten wahrgenommenen und bearbeiteten Problemlagen wie die Themenfelder Islamismus.

Steuerungsoptionen: Die Begleitausschüsse sind als Instrumente der Vernetzung und Aktivierung heterogener Akteursgruppen bedeutsam für die Arbeit der Partnerschaften. Ein kontinuierliches Engagement der Steuerungsgremien ist indes kein Selbstläufer. So berichten in diesem Jahr etwa die Hälfte der Koordinator/innen und etwas mehr als ein Viertel der im Frühjahr befragten Mitglieder der Begleitausschüsse von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss.⁹⁸ Diese äußern sich nach Angaben der befragten Koordinator/innen vor allem in einer geringeren Teilnahme an den Sitzungen des Steuerungsgremiums sowie in einem geringeren Engagement für die Partnerschaft über die Teilnahme an den Sitzungen des Begleitausschusses hinaus.⁹⁹ Erwartungsgemäß berichten eher die Akteur/innen in schon länger tätigen Partnerschaften von solchen Erscheinungen.¹⁰⁰

Mitglieder der Begleitausschüsse selbst schlagen zur Überwindung von Ermüdungserscheinungen vor allem (vernetzende) partnerschaftsübergreifende Veranstaltungen vor.¹⁰¹ Es wäre demnach ggf. angezeigt, die Zielgruppe der Mitglieder der Begleitausschüsse zukünftig in Bezug auf programmübergreifende Veranstaltungen wie Fachdialogen oder Vernetzungstagungen stärker in den Blick zu nehmen. Es sollte gleichfalls möglichst sichergestellt werden, dass die programmrelevante Öffentlichkeitsarbeit und das notwendige Wissensmanagement auch diese Zielgruppen erreichen und ansprechen.

Im Hinblick auf die Breitenwirkung und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die Belange der Partnerschaften für Demokratie zeigt sich, dass zwar die Fachöffentlichkeit und die lokale politische Öffentlichkeit nach Einschätzung der Koordinator/innen relativ gut erreicht werden, sich aber bzgl. des Bekanntheitsgrads in der breiten Öffentlichkeit trotz erreichten Fortschritten noch Nachsteuerungspotenziale zeigen.¹⁰² So ist der Wunsch nach Unterstützung bei der (Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit dann auch die vierthäufigste Nennung der Partnerschaften mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen.¹⁰³ Soll künftig eine

96 Vgl. Tabelle 34 im Anhang und ISS/Camino 2015, S. 44.

97 Vgl. Tabelle 35 im Anhang.

98 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

99 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

100 Vgl. Tabelle 38 im Anhang.

101 Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

102 Vgl. Tabelle 34 im Anhang.

103 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

größere Breitenwirkung erzielt werden, so sollte Öffentlichkeitsarbeit im Gesamtprogramm strukturell verankert werden, da sie nicht von jeder Partnerschaft nebenher professionell geleistet werden kann. Eine breitere Verankerung des Bundesprogramms in der Öffentlichkeit kann aus Sicht der Koordinator/innen auch eine zusätzliche Absicherung gegen politische Angriffe aus dem rechtsextremen sowie rechtspopulistischen Spektrum zur Folge haben.

Junge Menschen werden zu selbstbestimmten Mitgestalter/innen von Prozessen demokratischer Beteiligung.

Die Partnerschaften für Demokratie erreichen, dass Jugendliche zunehmend eine aktive Rolle in Prozessen demokratischer Partizipation übernehmen: Sie entwickeln sich durch die Einführung der Jugendforen von *Empfänger/innen* von Projektleistungen zu selbstbestimmten *Gestalter/innen* von Projekten. Dies bezieht sich zum Beispiel auf die aktive Mitwirkung im Gremium des Begleitausschusses und die eigenständige Vergabe und Verwaltung von finanziellen Mitteln für die Projektarbeit.¹⁰⁴ Jugendliche engagieren sich zunehmend in programmrelevanten Themenfeldern wie zum Beispiel in Projekten gegen verschiedene Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.¹⁰⁵ Die Projektentwicklung und -umsetzung erfolgt nach dem „peer to peer Ansatz“ und stellt in besonderer Weise sicher, dass jugendliche Zielgruppen erreicht werden.

Das Engagement in den Partnerschaften ist für junge Menschen insbesondere deshalb attraktiv, da diese selbst über den formellen Partizipationsgrad und die konkrete Ausgestaltung ihres Engagements bestimmen können.¹⁰⁶ Jugendliche können an Projekten partizipieren, eigene Projekte gestalten, im Jugendforum aktiv sein und/oder ggf. Mitglied im Begleitausschuss werden. Für welche dieser Optionen sie sich entscheiden, liegt bei ihnen selbst. In jedem Fall sind sie im Gesamtgeschehen der Partnerschaft auf Augenhöhe vertreten, da ihnen als Vertreter/innen des Jugendforums ein Stimmrecht im Begleitausschuss vorbehalten ist.

Nachdem im ersten Jahr der Förderung durch das Bundesprogramm lediglich 23 % (51) aller Partnerschaften für Demokratie ein Jugendforum eingerichtet hatten, verfügen im aktuellen Förderjahr 84 % (223) der Förderregionen über ein Jugendforum.¹⁰⁷ Damit haben sich diese Beteiligungsstrukturen für junge Menschen nach anfänglich etwas schwerfälliger Anlaufzeit als umsetzbar erwiesen. Auch in Regionen mit schwierigen Voraussetzungen wie dem ländlichen Raum gelingt es über die Partnerschaften für Demokratie, Chancen zur Jugendpartizipation zu erhöhen.¹⁰⁸ Gerade dort wurden Jugendforen besonders häufig erst im Rahmen von „Demokratie leben!“ etabliert und basieren demnach nicht auf bereits existierende Gremien.¹⁰⁹ Die Partnerschaften schaffen also die Voraussetzungen dafür, zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Partizipation im Jugendalter zu erproben: Die Jugendforen ermöglichen interessen- und wertgeleitete Aushandlungsprozesse zwischen jungen Menschen sowie deren Formierung zur Umsetzung der eigenen Anliegen durch Projekte.

104 Vgl. Tabelle 41 im Anhang. Derzeit sind in 85% (189) der Partnerschaften mit Jugendforen Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss vertreten. Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

105 Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

106 So wird Jugendbeteiligung in den Partnerschaften in unterschiedlichen Formen wie der Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung, projektorientierten Beteiligungsformen oder offenen oder repräsentativen jugendspezifischen Beteiligungsformen (Jugendhearing, Jugendstadtteilkonferenzen etc.) realisiert. Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

107 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 69. Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

108 Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

109 Vgl. Tabelle 47 im Anhang.

Steuerungsoptionen: Es ist anzumerken, dass für die Einrichtung und Begleitung der Jugendforen ein hoher Aufwand seitens der Umsetzenden notwendig ist, dem es zu begegnen gilt. Dieser Aufwand bezieht sich insbesondere darauf, dass die Akteur/innen in Regionen mit schwierigeren Voraussetzungen Strukturen neu aufbauen und dort vielfach räumliche, zielgruppenspezifische oder strukturell bedingte Schwierigkeiten überwinden müssen (vgl. Kapitel Jugendpartizipation), aber auch auf den Umstand, dass altersbedingt stetig mit Fluktuationen von jungen Engagierten zu rechnen ist und sich jeweils neue Anwerbungs- und Gestaltungskontexte ergeben. Da die Begleitung der Jugendforen am häufigsten von den Koordinator/innen geleistet wird, sollten entsprechende Ressourcen für diese Aufgaben vorgesehen sein.¹¹⁰

Partnerschaften für Demokratie entwickeln situationsadäquate Strategien und können so auf aktuelle Problemlagen flexibel reagieren.

Partnerschaften für Demokratie stellen ein non-direktives Kooperationsarrangement dar, das es ermöglicht, flexibel auf aktuelle, vor Ort wahrgenommene, heterogene Problemlagen und Bedarfe einzugehen sowie unterschiedliche Ressourcenlagen angemessen zu nutzen. Die Entwicklung situationsadäquater Strategien beginnt dabei klassischerweise mit der Priorisierung der notwendigen Arbeitsschwerpunkte. Diese Einschätzung von Prioritäten ergibt sich auf der Basis der lokalen Situationsanalyse und der Relevanzsetzungen der Beteiligten selbst. Die Leitlinien des Bundesprogramms fungieren hierbei als übergeordneter thematischer Orientierungsrahmen.

Inhaltlich zeigt sich, dass die Themenbereiche Rechtsextremismus und Rechtspopulismus inzwischen kontinuierlich als Problemlagen wahrgenommen werden. Beiden Themen kommt ein hoher Stellenwert in der Bearbeitung zu, welcher sich aus dem lokal wahrgenommenen gesellschaftlichen Problemdruck ergibt.

Die Flexibilität des Arrangements ermöglicht den Umsetzenden, auf aktuelle Bedarfe zu reagieren und diese zu bearbeiten.

Partnerschaften für Demokratie weisen eine hohe Adaptionfähigkeit im Hinblick auf die Bearbeitung lokaler Problemlagen auf. Dies zeigt sich beispielsweise anhand der Bearbeitung der Themen Flucht und Asyl: Das Engagement im Themenbereich „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“ sank von einem Höchstwert im Jahr 2016 seitdem wieder deutlich ab (2016: 89 %, 2017: 70 %, 2018: 54 %).¹¹¹ Es ist also im Rahmen der Partnerschaften durchaus möglich, flexibel auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen zu reagieren, diese aktiv mitzugestalten und das Engagement zu verändern, wenn der wahrgenommene Problemdruck nachlässt.

Zudem ist hervorzuheben, dass die Partnerschaften für Demokratie im Kontext der vorgegebenen Strukturen flexibel genug ausgerichtet sind, um auch neue Themenbereiche wie das Phänomen des Islamismus/Salafismus in Projektkontexten zu adaptieren. Die Befunde zeigen, dass die Partnerschaften für Demokratie ebenfalls positive Effekte in der Salafismusprävention erreichen und in der Lage sind, auf unterschiedlichste lokal relevante Phänomene mit der Entwicklung neuer Strategien zu reagieren. Bemerkenswert ist hierbei, dass in diesem

¹¹⁰ Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

¹¹¹ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 53; ISS/Camino 2017, S. 49 und Tabelle 49 im Anhang.

Kontext nicht nur „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ als klassisches Themenfeld der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit adressiert wird, sondern auch die Prävention von Radikalisierung verstärkt in den Blick genommen wird.¹¹²

Steuerungsoptionen: Die breite inhaltliche Aufstellung der Partnerschaften ist zum Einen zwar Garant für die Flexibilität und situationsadäquate Reaktionsfähigkeit, bedarf jedoch einer stetigen Reflexion der Problemlagen, Strategien und Handlungskonzepte, um weiterhin eine situationsadäquate Ausrichtung der Partnerschaft sicherzustellen. Die Schaffung und Nutzung solcher Reflexionsgrundlagen z. B. durch wiederholte Situations- und Ressourcenanalysen würde dazu beitragen, Situationsadäquanz nicht ausschließlich aufgrund diskursiv ermittelter Bedarfe, sondern im Abgleich mit vorhandenen Datengrundlagen zu generieren.

Partnerschaften für Demokratie entfalten positive Wirkungen auf lokale Problemlagen.

Die Befunde zeigen, dass die Partnerschaften für Demokratie Einfluss auf die Bearbeitung und Veränderung lokaler Problemlagen nehmen. Insbesondere hinsichtlich der Bereiche Sensibilisierung von Akteur/innen, Diffusion von Wissen über Sektorgrenzen hinweg, Aktivierung sowie Herausbildung von Schutzfaktoren gegenüber Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen sich im Zeitverlauf positive Veränderungen.

Partnerschaften für Demokratie fördern die Sensibilisierung der Akteur/innen vor Ort für die in den Leitlinien des Bundesprogramms festgehaltenen Inhalte, indem sie u.a. aufklären und zum Aufbau von situativ relevanten Wissensbeständen beitragen. Dies ist problemlagenübergreifend zu konstatieren.¹¹³ Partnerschaften für Demokratie fördern darüber hinaus sektorübergreifende Kooperationsprozesse, in welchen zivilgesellschaftliche Akteur/innen in unterschiedlichen Settings z. B. mit Mitarbeitenden der Polizei und der Verwaltung interagieren. Somit bringen die Partnerschaften Akteur/innen zusammen, die sich andernfalls nicht in Form von konstruktiver Aushandlung begegnet wären. Im Ergebnis trägt dieses Zusammentreffen auch zur Diffusion von Wissen bei. So konstatiert knapp die Hälfte der Befragten in diesem Jahr, dass sich durch die Arbeit der Partnerschaft das Know-How bei Ämtern und Institutionen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen verbessert hat.¹¹⁴ Der zunehmend kompetente und differenzierte Umgang mit Problemlagen durch verschiedene Akteursgruppen verdeutlicht sich auch darin, dass 75 % (198) der befragten Koordinator/innen berichten, dass der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen kompetent erfolgt.¹¹⁵

Aufgrund der geschilderten Prozesse gelingt es, ein vielfältiges Spektrum an Akteur/innen hinter den Themen der Partnerschaften zu vereinen und diese so zu gemeinsamen Handlungen zu animieren. Veränderung erfolgt somit nicht nur aufgrund der Masse an unterschiedlichen Projekten, sondern auch aufgrund der Menge an vielfältigen Engagierten.

An den Standorten der Partnerschaften für Demokratie sind positive Effekte auf Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie zum Beispiel Antiziganismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Islamismus sowie Salafismus festzustellen. Die aktive Benennung und Ein-

112 Vgl. Kapitel „Islamistische Orientierungen und Handlungen als Arbeitsschwerpunkt der Partnerschaften für Demokratie“ und Kapitel „Wirkungen von Partnerschaften für Demokratie auf lokale Problemlagen – Zwischenstand“.

113 Vgl. Kapitel „Wirkungen von Partnerschaften für Demokratie auf lokale Problemlagen – Zwischenstand“.

114 Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

115 Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

führung von GMF-Phänomenen als möglicher Handlungsbereich der Partnerschaften ermöglicht somit die Entwicklung von Schutzfaktoren, die auch über die klassischen Programmbereiche hinausgehend eine demokratische Kultur stärken.

Steuerungsoptionen: Im Hinblick auf die Phänomene Rechtspopulismus und Rechtsextremismus lassen sich im Jahr 2018 keine Verbesserungen durch die Partnerschaften für Demokratie, sondern eher stabilisierende Effekte im Hinblick auf den Status quo nachweisen. Damit zeigt sich zwar einerseits, dass trotz des mitunter hohen Problemdrucks einer weiteren Verschärfung der Situation entgegengetreten wird, andererseits jedoch die Auseinandersetzung weiterhin kontinuierlich erfolgen muss. Ein wertschätzender Umgang mit den Engagierten, situationsadäquate Unterstützung im Falle von Bedrohungen und Übergriffen aber auch Maßnahmen, welche den Rückhalt aus Politik und Verwaltung stärken sind diesbezüglich ebenso relevant, wie das Eröffnen einer längerfristigen Perspektive.

Partnerschaften für Demokratie sichern die Wehrhaftigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements.

In den Förderregionen berichten die Koordinator/innen konstant von Bedrohungslagen. Diese bestehen insbesondere gegenüber geflüchteten Menschen (72 %, 191 der Förderstandorte melden dies zurück), aber auch gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Personen (54 %, 144).¹¹⁶ Neu und insbesondere hervorzuheben ist der Befund, dass demokratisch Engagierte zunehmend mit einer Behinderung der eigenen Aktivitäten umzugehen haben: In 39 % (104) aller Partnerschaften für Demokratie berichten die Befragten von Vorkommnissen oder Aktionen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements.¹¹⁷

Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird nach Angaben der Befragten jedoch einhellig mit Gegenwehr reagiert. Für 90 % (238) der Standorte wurde es als zutreffend angegeben, dass zivilgesellschaftliche Akteur/innen sich nicht einschüchtern lassen und an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt festhalten.¹¹⁸ Zudem zeigen die Befunde, dass sich aufgrund der aktiven Behinderung und rechtspopulistischen Einflussnahme auf das Engagement nicht nur einseitig Friktionen und Einschränkungen einstellen, sondern vor allem auch eine Form der Gegenbewegung konstituiert. Die Koordinator/innen berichten, dass sich Bürger/innen unter dem Motto: „Jetzt erst recht!“ zum Engagement aufgerufen sehen.¹¹⁹

In puncto Wehrhaftigkeit stärken die Koordinierungs- und Fachstellen auf struktureller Ebene das zivilgesellschaftliche Engagement. 69 % (181) der befragten Koordinator/innen konstatieren, dass auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle öffentlich reagiert wird.¹²⁰ Insofern erfolgt durch die Partnerschaften für Demokratie eine Bündelung des zivilgesellschaftlichen Engagements, wobei die Koordinierungs- und Fachstellen als Netzwerke die Ermöglichungsstrukturen von Engagement darstellen. So unterstützen die Partnerschaften neben der Projektförderung auch Formen der öffentlichen Gegenwehr und Mobilisierung bei demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen oder Ereignissen. 18 % (48) bzw. 38 % (100) geben an, dass dies intensiv bzw. gelegentlich der Fall war. Während weitere 35 % (92) zurückmelden, dass sich hierzu keine Gelegenheit bot, berichten lediglich 9 % (25) der Befragten, dass dies im

116 Vgl. Tabelle 50 im Anhang.

117 Vgl. Tabelle 51 im Anhang.

118 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

119 Vgl. Kapitel „Lokales Klima der Anfeindung in den Partnerschaften für Demokratie“.

120 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

Rahmen der Partnerschaft nicht gewährleistet wird.¹²¹ Die Förderarrangements leisten somit über die Projektförderung hinaus einen Beitrag zur Herausbildung und Stärkung von lokalen Gegennarrativen und demokratischer Widerstandsfähigkeit.

Steuerungsoptionen: Trotz der insgesamt hohen Reaktionsfähigkeit auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle zeigt sich, dass unter dem Druck, den kontrollierende, delegitimierende und bedrohende Aktionen rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Akteur/innen entfalten, auch Friktionen auftreten. Diese kommen, wie die qualitativen Befunde zur Zurückdrängung des demokratischen Engagements verdeutlichen, dann zum Tragen, wenn die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung problematisch wird und/oder der politische Rückhalt nicht gesichert ist.¹²² Um insbesondere die Verwaltung in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken, bedarf es aus Sicht der Koordinator/innen einer Klärung der jeweiligen Handlungsrestriktionen und -chancen im Hinblick auf das „Neutralitätsgebot“ von Mandatsträger/innen, Beamte/innen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen. Besser wären zudem Kooperationsvereinbarungen, die die jeweiligen Aufgaben beschreiben und eine Erarbeitung von kommunalen Strategien zur Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Anfeindungen und Übergriffe.

121 Vgl. Tabelle 53 im Anhang.

122 Vgl. Kapitel „Lokales Klima der Anfeindung in den Partnerschaften für Demokratie“.

4.2 Jugendpartizipation

Im Unterschied zu den Vorgängerprogrammen findet die Jugendpartizipation im Förderarrangement des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch die Implementierung und finanzielle Ausstattung von Jugendforen eine explizit strukturelle Verankerung. Grundgedanke und Ziel der Jugendforen ist es, jungen Menschen Räume für Lern- und Partizipationsprozesse zu eröffnen, in denen sie demokratische Werte leben und erfahren können. Im Rahmen der Jugendforen erproben junge Menschen zivilgesellschaftliches Engagement, indem sie sich selbstorganisiert und aktiv gestaltend in die kommunale Auseinandersetzung einbringen, z. B. durch die Einbindung in relevante Entscheidungsgremien der Förderstandorte oder die Umsetzung eigener Projektideen aus Fördermitteln des eigens eingerichteten „Jugendfonds“.¹²³

Die folgenden Befunde basieren auf der diesjährigen Befragung der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings, den quantitativen Online-Befragungen von Mitgliedern der Jugendforen (2017 und 2018) sowie den qualitativen Interviews mit dem Begleitpersonal und den Mitgliedern ausgewählter Jugendforen (2017 und 2018).¹²⁴

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ setzt Impulse zur Stärkung der Jugendpartizipation in den Förderregionen.

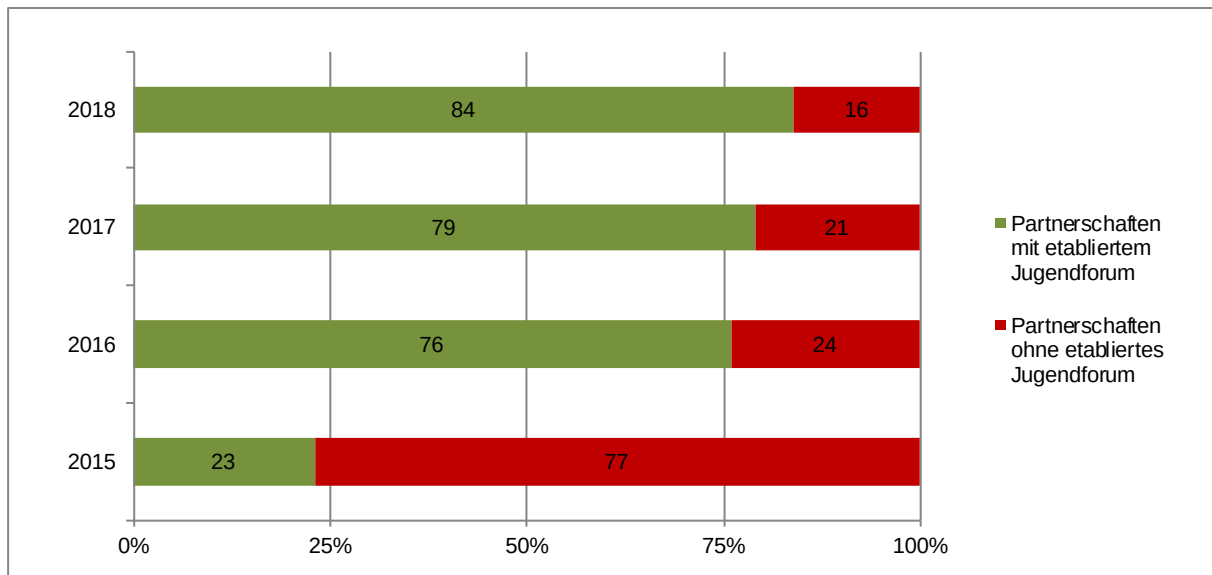
Seit Programmbeginn ist es gelungen, die Partizipation von Jugendlichen an den Partnerschaften für Demokratie fortzuentwickeln. So stieg der Anteil der Partnerschaften, die ein Jugendforum implementierten – ungeachtet der stetigen Erweiterung der Förderstandorte – von 23 % (51 von 218) im Förderjahr 2015 auf nunmehr 84 % (223 von 265). Dies verweist darauf, dass die Einrichtung und Verstetigung von Jugendforen für die deutliche Mehrheit der Partnerschaften für Demokratie – ungeachtet anfänglicher Schwierigkeiten aufgrund schwieriger struktureller Voraussetzungen in den Förderregionen¹²⁵ – eine durchaus lösbare Aufgabe darstellt.

123 Im Förderjahr 2018 stand den Jugendforen jeweils ein durchschnittliches Budget von 8.600 Euro aus dem Jugendfonds zur Verfügung. Neben den Mindestfördersummen (5.000 € im ersten, 6.000 € im zweiten bzw. dritten Förderjahr und 7.000 € im vierten Förderjahr) aus Bundesmitteln sind hier auch weitere zur Verfügung stehende Mittel aus anderen Finanzierungsquellen einbezogen. Vgl. Tabelle 54 im Anhang.

124 Zum Zeitvergleich werden auch einzelne Daten aus den Monitoring-Befragungen der Vorjahre (2015 bis 2017) herangezogen.

125 So zeigte sich beispielsweise in Landkreisen ein erhöhter Aufwand bei der Identifizierung der in den Förderregionen vorhandenen Jugendbeteiligungsstrukturen, bei der Kontaktaufnahme mit den dort engagierten Jugendlichen sowie bei den Abstimmungsverfahren hinsichtlich der Einrichtung eines kreisweiten Gremiums. Vgl. ISS/Camino 2015, S. 69.

Abbildung 2: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderjahr¹²⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218), 2016 (N=218), 2017 (N=264) und 2018 (N=265).

Gleichwohl existieren 2018 in 16 % (42) der Förderstandorte (noch) keine aktiven Jugendforen. Dabei handelt es sich häufiger um Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren (IBK 1-2: 13 %, 28; IBK 3-4: 29 %, 14).¹²⁷ Als häufigste Begründung für das Nichtvorhandensein eines Jugendforums geben die Koordinator/innen an, dass sich die Implementierung noch in der Planung bzw. Vorbereitung befindet (36 %, 15).¹²⁸ Wie bereits in den Vorjahren verweisen diese Befunde darauf, dass die Einrichtung sowie die Verstetigung von Jugendforen mit einem hohen Aufwand einhergehen und in der Anfangsphase schlichtweg Zeit benötigt wird, um die bereits in der Vergangenheit aufgezeigten räumlich-, zielgruppen- sowie strukturellbedingten Schwierigkeiten zu überwinden.¹²⁹ Dies trifft vor allem auf Förderstandorte zu, an denen nicht auf bereits bestehende Jugendbeteiligungsstrukturen zurückgegriffen werden konnte.

„Auf der anderen Seite ist aber immer der Punkt des Aufwands der dahinter steckt dafür, das Ganze ins Laufen zu bringen und das Ganze auch zu verstetigen und ständig umzusetzen. Und ich hatte ja zu Beginn schon mal gesagt, dass hier bei uns jetzt auch die Situation war, dass wir nicht irgendwo andocken können, was schon da ist, sondern dass wir quasi eine neue Struktur aufgebaut haben.“
(JInt 5_2017_77)

Dessen ungeachtet verdeutlicht sich unter Betrachtung der Etablierungskontexte, dass das Bundesprogramm die Chancen zur Jugendpartizipation – vor allem im ländlichen Raum sowie in Regionen mit schwierigen Rahmenbedingungen zur Teilhabe – deutlich befördert. So wurden 75 % (168) der Jugendforen erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie etabliert, wohingegen lediglich 25 % (55) auf bereits bestehenden Gremien zur Ju-

¹²⁶ Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

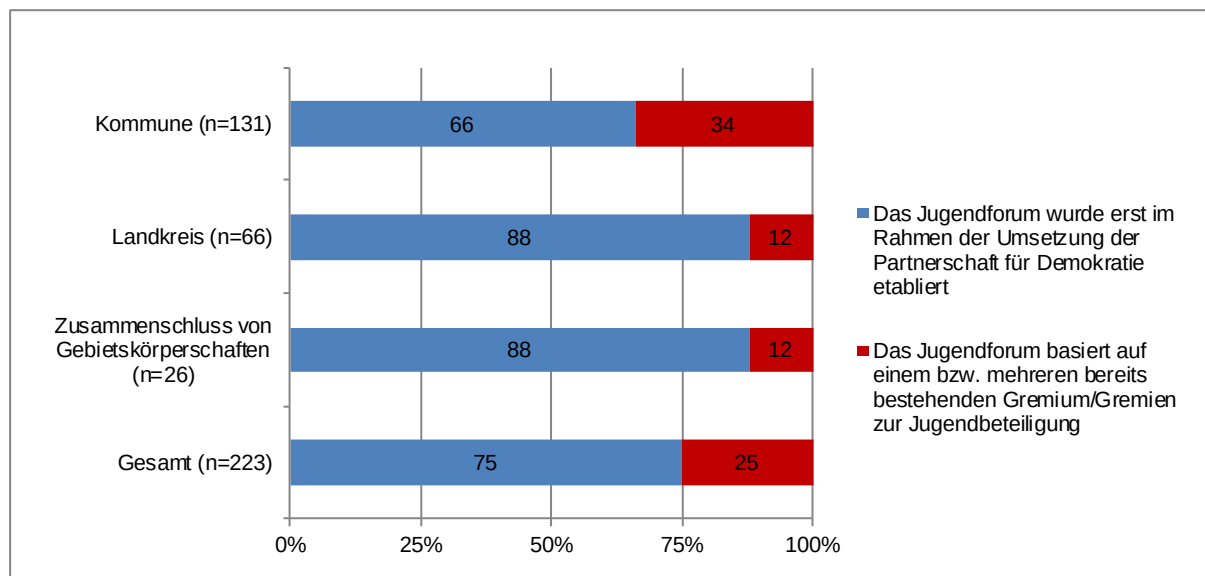
¹²⁷ Vgl. Tabelle 56 im Anhang.

¹²⁸ Vgl. Tabelle 57 im Anhang.

¹²⁹ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 62.

gendbeteiligung basieren. Besonders deutlich zeigt sich dieser Befund in Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften, in denen sich jeweils 88 % (58) der Foren auf Impulse des Bundesprogramms zurückführen lassen.

Abbildung 3: Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit¹³⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Darüber hinaus zeigt sich, dass vor allem in Förderregionen, in denen die strukturellen Rahmenbedingungen zur Beteiligung im Jahr 2017 eher negativ bewertet wurden, Verbesserungen hinsichtlich der Jugendpartizipation erreicht werden konnten: An Standorten, an denen die Koordinator/innen dem Statement „In unserer Förderregion gibt es demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche“ „eher nicht“ bzw. „gar nicht“ zustimmten, lassen sich insgesamt 93 % (51) der Jugendforen auf die Initiierung des Bundesprogramms zurückführen.¹³¹

Die zunehmende Verbreitung der Jugendforen geht insgesamt auch mit einem Anstieg der Anzahl von engagierten Jugendlichen einher: Aktuell beteiligen sich 3.244 Jugendliche unter 27 Jahren in den Foren, im ersten Förderjahr (2015) waren es 1.005 Engagierte.¹³² Durchschnittlich engagieren sich 14,5 Jugendliche pro Jugendforum. In repräsentativen Gremien (z. B. Jugendgemeinderäte, Jugendparlamente mit gewählten Delegierten, Schüler/innen-Vertretungen) engagieren sich mit durchschnittlich 22,1 Personen etwas mehr junge Menschen als in offenen Formaten (z. B. Kinder- und Jugendkonferenzen, Jugendhearings, freier oder zielgruppenorientierter Zugang) (11,7).¹³³

¹³⁰ Vgl. Tabelle 58 im Anhang.

¹³¹ Vgl. Tabelle 59 im Anhang. Die entsprechenden Fragen zur Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung wurden im Jahr 2018 nicht gestellt. Verwendet wurden daher die Angaben aus dem Jahr 2017. Datenbasis für die Auswertung sind demnach die Angaben der Koordinator/innen, die im Jahr 2017 Angaben zu den strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung und im Jahr 2018 Angaben zum Etablierungskontext des Jugendforums gemacht haben.

¹³² Vgl. ISS/Camino 2015, S. 138, Tabelle 23.

¹³³ Vgl. Tabelle 60 im Anhang.

Die Mitglieder der Jugendforen sind zumeist zwischen 14 und unter 18 Jahren alt, sind bzw. waren oftmals bereits in anderen Bezügen engagiert und wollen mit ihrem Engagement mehrheitlich ein Zeichen gegen antidemokratische Tendenzen setzen.¹³⁴

Die meisten jungen Engagierten aus den Jugendforen, die sich an der quantitativen Online-Befragung beteiligt haben, sind zwischen 14 und unter 18 Jahren alt (47 %, 288).¹³⁵ Die Befragung wurde etwas häufiger von jungen Frauen (53 %, 325) als von jungen Männern (45 %, 276) beantwortet.¹³⁶ Darüber hinaus betrachten sich 13 % (82) der Engagierten als Jugendliche mit Migrationshintergrund.¹³⁷ Die große Mehrheit (72 %, 445) der befragten Jugendlichen besitzt das Abitur oder strebt dieses an. Jugendliche mit anderen Bildungswegen sind unter den Befragten demnach unterrepräsentiert.¹³⁸

Ihren Weg in das Jugendforum finden die Jugendlichen am häufigsten über Freund/innen (38 %, 235) und Jugendverbände (30 %, 183).¹³⁹ Mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen (53 %, 327) engagiert sich auch außerhalb des Jugendforums oder hat dies in der Vergangenheit getan.¹⁴⁰ Darüber hinaus geben die Befunde erste Hinweise darauf, dass die jungen Engagierten sich in den Zielsetzungen des Bundesprogramms wiederfinden: So möchten 64 % (395) der Befragten mit ihrem Engagement ein Zeichen gegen antidemokratische Tendenzen setzen, 61 % (375) gaben an, dass Rassismus und Ausschreitungen gegenüber Migrant/innen bzw. gesellschaftlichen Minderheiten sie wütend machen.¹⁴¹ Dabei werden die Jugendforen für junge Menschen zu Möglichkeitsräumen, in denen sie sich mit demokratierelevanten Fragestellungen auseinandersetzen:

„Und erst jetzt so mit der Zeit, wo ich mich wirklich mit dem Thema beschäftigt habe, ist mir so gerade das Thema Rechtsextremismus bekämpfen, antidemokratisches Denken bekämpfen, also wirklich diese Werte von ‚Demokratie leben!‘ zu vertreten, sehr, sehr wichtig geworden. (...), also es bewegt mich persönlich sehr. Und das ist aber auch erst durch die Zeit im Jugendforum entstanden.“
(JInt 2_2018_10)

Die Jugendforen der Partnerschaften weisen sowohl hinsichtlich ihres strukturellen Aufbaus als auch hinsichtlich ihrer Arbeitsweisen eine große Heterogenität auf.

Ein konstitutives Element des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stellt die Berücksichtigung der heterogenen Rahmenbedingungen und Bedarfe der einzelnen Förderstandorte dar. Im Hinblick auf die Realisierung von Jugendpartizipation bedeutet dies, den Verantwortlichen vor Ort flexible Möglichkeiten hinsichtlich der Ausgestaltung der Jugendforen einzuräumen. Im

134 Die in diesem Abschnitt aufgezeigten Befunde basieren auf einer freiwilligen Befragung der Mitglieder der Jugendforen, an der sich in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt 614 Jugendliche beteiligt haben. Die Verteilung der soziodemografischen Merkmale bezieht sich demnach lediglich auf diese Teilauswahl und stellt kein repräsentatives Abbild der Verteilung dieser Merkmale in der Grundgesamtheit – d. h. allen engagierten Jugendlichen in den Jugendforen – dar. Darüber hinaus ergeben sich regionale Verzerrungen, da sich die Jugendlichen aus den unterschiedlichen Förderstandorten nicht gleichermaßen an der Befragung beteiligt haben. Demnach sind einige Förderstandorte in der Teilauswahl über- bzw. unterrepräsentiert.

135 Vgl. Tabelle 61 im Anhang.

136 Bei 2 % (13) der Befragten handelt es sich um junge Menschen mit nicht-binärer Geschlechtszuschreibung. Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

137 Vgl. Tabelle 63 im Anhang.

138 Vgl. Tabelle 64 im Anhang.

139 Vgl. Tabelle 65 im Anhang.

140 Vgl. Tabelle 66 im Anhang.

141 Vgl. Tabelle 67 im Anhang.

Folgendes wird ausgeführt, in welcher Weise diese Gestaltungsspielräume bislang genutzt werden.

In der Analyse der gewählten Organisationsformen zeigt sich eine gewisse Heterogenität: So werden einige Jugendforen in repräsentativer, andere in offener oder jugendverbandlicher Form (z. B. Jugendringe, Jugendorganisationen) umgesetzt. Am häufigsten gewählt werden offene Organisationsformen (62 %, 139). Am zweithäufigsten sind die Jugendforen in einer repräsentativen Form (22 %, 48) organisiert. Dabei zeigt sich, dass an Standorten, an denen auf bestehende Gremien zur Jugendbeteiligung zurückgegriffen wird, häufiger repräsentative Jugendforen umgesetzt werden (47 %, 26) als an Standorten, an denen die Beteiligungsstrukturen gänzlich neu aufgebaut wurden (13 %, 22).¹⁴² Darüber hinaus zeigen die qualitativen Interviews, dass es Partnerschaften gibt, die auf einen projektorientierten Ansatz fokussiert sind und auf ein kontinuierlich arbeitendes Gremium verzichten. Beispielsweise findet das Jugendforum eines Förderstandorts in Form einer einwöchigen Projektwerkstatt mit anschließendem Wettbewerb über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds statt.

Heterogenität zeigt sich nicht nur hinsichtlich der Organisationsformen, sondern ebenfalls in Bezug auf andere Strukturmerkmale sowie die Arbeitsweisen der Jugendforen. So ergeben sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Anzahl an Engagierten sowie der Häufigkeit der Treffen bzw. Sitzungstermine.¹⁴³ Gemein ist nahezu allen Jugendforen (94 %, 209), dass sie vollständig eigenständig über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds entscheiden.¹⁴⁴ In der Form der Mittelvergabe existieren jedoch Unterschiede: Während sich einige Jugendforen vordergründig mit der Fördermittelvergabe für die Projektideen außenstehender Jugendlicher bzw. Jugendgruppen beschäftigen, initiieren andere Foren primär oder zusätzlich eigene Projekte. Das Engagement junger Menschen im Themenfeld von „Demokratie leben!“ wird somit insbesondere durch kontinuierliche Mitgliedschaften in den Jugendforen als auch implizit durch die Möglichkeit, auch punktuelle Förderungen zu initiieren (z. B. in Form der Umsetzung eigener Projektideen) realisiert.

Auch der Verbindlichkeitsgrad der eingerichteten Jugendbeteiligungsstrukturen ist durchaus als heterogen zu beschreiben: Während einige Jugendforen – zumeist jene mit repräsentativer Organisationsform – eher formell arbeiten und sich zum Teil eigene Geschäftsordnungen geben, handelt es sich bei anderen Foren um eher lose Zusammenschlüsse junger Menschen mit spontanen Inhalten. In jedem Fall hat sich bewährt, dass die jungen Engagierten selbstbestimmt über die Form und den Grad ihrer eigenen Einbindung entscheiden, wie das folgende Umsetzungsbeispiel einer Jugendforumssitzung illustriert:

„Das hat sich vor eineinhalb Jahren schon so rauskristallisiert, dass nicht alle die kommen auch an allen (...) Inhalten gleichermaßen interessiert sind. Das heißt manche sind eher an Vernetzung interessiert, weil sie in ihren eigenen Bezügen schon so viel machen, dass sie gar nicht mehr unbedingt mehr daran interessiert sind, eigene Projekte durch das Jugendforum auch noch zu machen, sodass sich eigentlich (...) vor eineinhalb Jahren eigentlich so diese Gliederung herausgestellt hat: Die Treffen beginnen immer mit dem Austausch, Vernetzung. Dann gibt es

142 Vgl. Tabelle 68 im Anhang.

143 Einige Jugendforen tagen in festen, kürzeren Abständen (z. B. einmal im Monat) in einem mehr oder weniger beständigen Gremium, während andere Jugendforen nur einmal im Jahr (z. B. im Rahmen einer großen Jugendkonferenz) abgehalten werden. Wieder andere haben keine festen Termine, sondern werden in Abhängigkeit von konkreten Projekten realisiert.

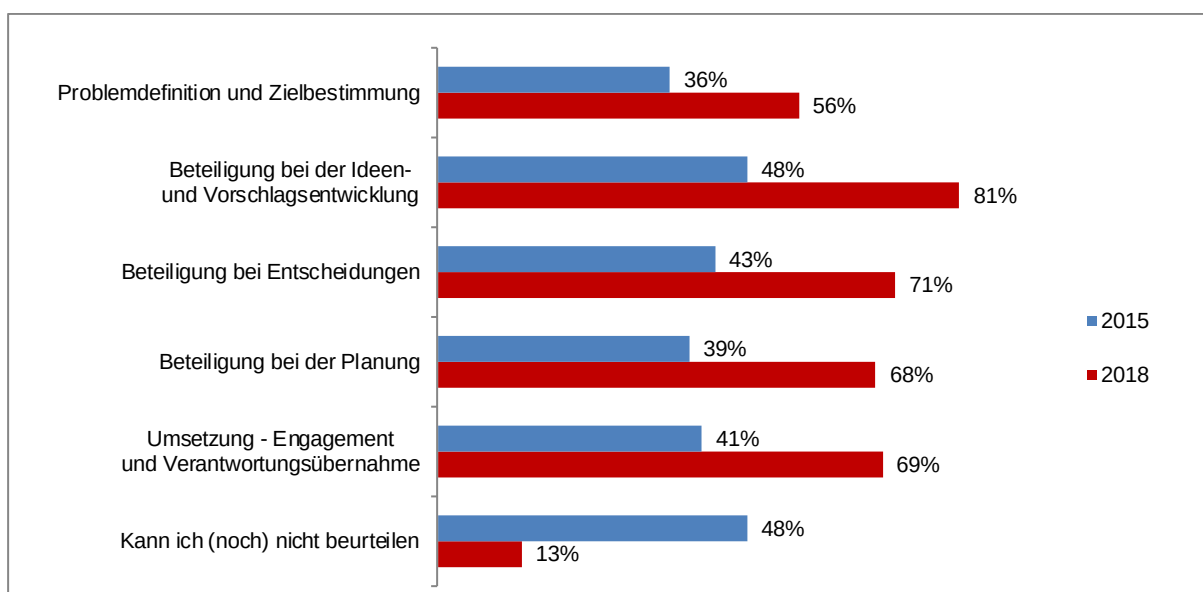
144 Vgl. Tabelle 69 im Anhang.

Projektanträge und Entscheidungen und zum Schluss dann eben die Projektentwicklung. Das heißt die Leute, die im Rahmen des Jugendforums selbst noch eigene Dinge umsetzen wollen über den Jugendfonds, bleiben dann noch länger und alle anderen (...) kommen eher zu dem ersten Teil. (...) Das hat für viele auch nochmal vielleicht auch so den Druck genommen, sich entscheiden zu müssen ‚Geh ich überhaupt hin?‘, (JInt K4_2018_31:35)

Jugendliche werden zunehmend in die Strukturen und Prozesse der Partnerschaften eingebunden.

In Anlehnung an Stange sind alle sozialen oder politischen Problembearbeitungsschritte, d. h. die Problemdefinition und Zielbestimmung, die Ideen- und Vorschlagentwicklung, die Entscheidungen, die Planung sowie die Umsetzung und Verantwortungsübernahme partizipationsfähig.¹⁴⁵ In der Mehrheit der Partnerschaften werden junge Menschen an den verschiedenen Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften beteiligt. Am häufigsten partizipieren Jugendliche an der Ideen- und Vorschlagsentwicklung (81 %, 215). Im Vergleich zum Förderjahr 2015 ergibt sich hier ein deutlicher Zuwachs von 33 Prozentpunkten.

Abbildung 4: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderjahr¹⁴⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Im Zeitverlauf ist eine Steigerung der Mitwirkung junger Menschen in allen Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften festzustellen.¹⁴⁷ Insgesamt positiv zu bewerten ist die wachsende Einbindung in die identifikationsstiftende Phase der Problemdefinition und Zielbestimmung (56 %, 148). Der zu konstatierende Zuwachs von 20 Prozentpunkten im Vergleich zum Förderjahr 2015 verweist darauf, dass junge Menschen in immer mehr Partnerschaften

¹⁴⁵ Vgl. Stange 2010, S. 4.

¹⁴⁶ Vgl. Tabelle 71 im Anhang.

¹⁴⁷ Es zeigt sich auch in diesem Jahr, dass Partnerschaften, die bereits ein Jugendforum implementieren konnten, diese Einbindung deutlich besser gelingt als Partnerschaften ohne Jugendforum. Vgl. Tabelle 72 im Anhang.

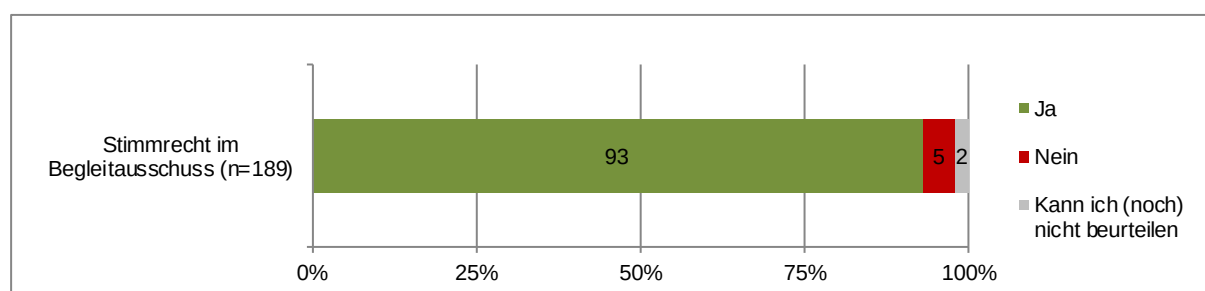
die Möglichkeit erhalten, ihre spezifische Sicht auf die lokalen Problemlagen in die Aushandlungsprozesse einzubringen, die letztendlich den Ausgangspunkt für die (Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategien darstellen.

Darüber hinaus geben 77 % (204) der Förderstandorte an, Jugendliche u. a. projektorientiert (d. h. im Rahmen von thematisch und zeitlich begrenztem Engagement) zu beteiligen.¹⁴⁸

Auch die Einbindung junger Menschen in die Entscheidungsgremien der Partnerschaften konnte im Programmverlauf ausgebaut werden: Im Förderjahr 2018 geben 85 % (189) der Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum an, dass Mitglieder der Jugendforen in ihren Begleitausschüssen vertreten sind (2017: 80 %, 159).¹⁴⁹ Diese haben in 93 % (176) der Fälle dann auch ein Stimmrecht. Unklar bleibt, aus welchen Gründen die übrigen Begleitausschüsse bisher kein Stimmrecht für die Mitglieder der Jugendforen realisiert haben. Dieser Frage kann erst im kommenden Monitoring nachgegangen werden. In den qualitativen Interviews berichteten die Jugendlichen zumeist positiv über ihre Erfahrungen in den Begleitausschüssen:

„Und wir fühlen uns da gut vertreten im Begleitausschuss, weil wir eben auch respektiert und wahrgenommen werden. (...) Wir haben viel über die Anträge natürlich gesprochen. Und erst mal wollte ich natürlich lernen, wie es überhaupt funktioniert. (...) Und versuche natürlich jetzt dort mehr auch Einfluss zu nehmen und zu gucken, wo die Möglichkeiten bestehen.“ (JInt 5_2018_130)

Abbildung 5: Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss¹⁵⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum und Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss (n=189).

Immer mehr Koordinator/innen verweisen darüber hinaus auf eine breite Beteiligung von Jugendlichen an den Demokratiekonferenzen, die sich im Zeitvergleich gesteigert hat: Waren es im ersten Förderjahr 2015 lediglich 16 % (20), liegt der Anteil im Jahr 2018 bei 42 % (42).¹⁵¹ In den qualitativen Interviews mit den Mitgliedern der Jugendforen wurde deutlich, dass diese an einigen Förderstandorten die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen von Demokratiekonferenzen aktiv in die inhaltliche Auseinandersetzung einzubringen und eigene Projekte zu präsentieren.

148 Vgl. Tabelle 70 im Anhang.

149 Vgl. Tabelle 73 im Anhang.

150 Vgl. Tabelle 74 im Anhang.

151 Vgl. Tabelle 75 im Anhang.

Die Mitglieder der Jugendforen sind in den Partnerschaften für Demokratie Teil eines erweiterten Netzwerks.

Neben der formellen Einbindung in die relevanten Entscheidungsgremien sind die Mitglieder der Jugendforen innerhalb der Partnerschaften Teil eines erweiterten Netzwerks. Beispielsweise unterhalten sie Kontakte zu weiteren relevanten Akteur/innen, wie zu Personen aus der Verwaltung, zu Kommunalpolitiker/innen und zu weiteren engagierten Jugendlichen sowie zu Jugendforen aus benachbarten Förderregionen, mit denen gemeinsame Projekte realisiert werden. Des Weiteren kooperieren sie mit Schulen und anderen Projektträgern an den Förderstandorten. In dieser Weise werden die Jugendlichen nach Angaben der Mitglieder sowie des Begleitpersonals der Jugendforen auch in andere Projekte und bei Veranstaltungen eingebunden, die z. B. über den Aktions- und Initiativfonds gefördert werden: So berichten die jungen Engagierten eines Förderstandorts, dass sich ihr Jugendforum mit einer eigenen Bühne an einem jährlich stattfindenden musikalischen Stadtevent für Toleranz und gegen Rassismus und Rechtsextremismus beteiligt (vgl. JInt 1_2018_223).

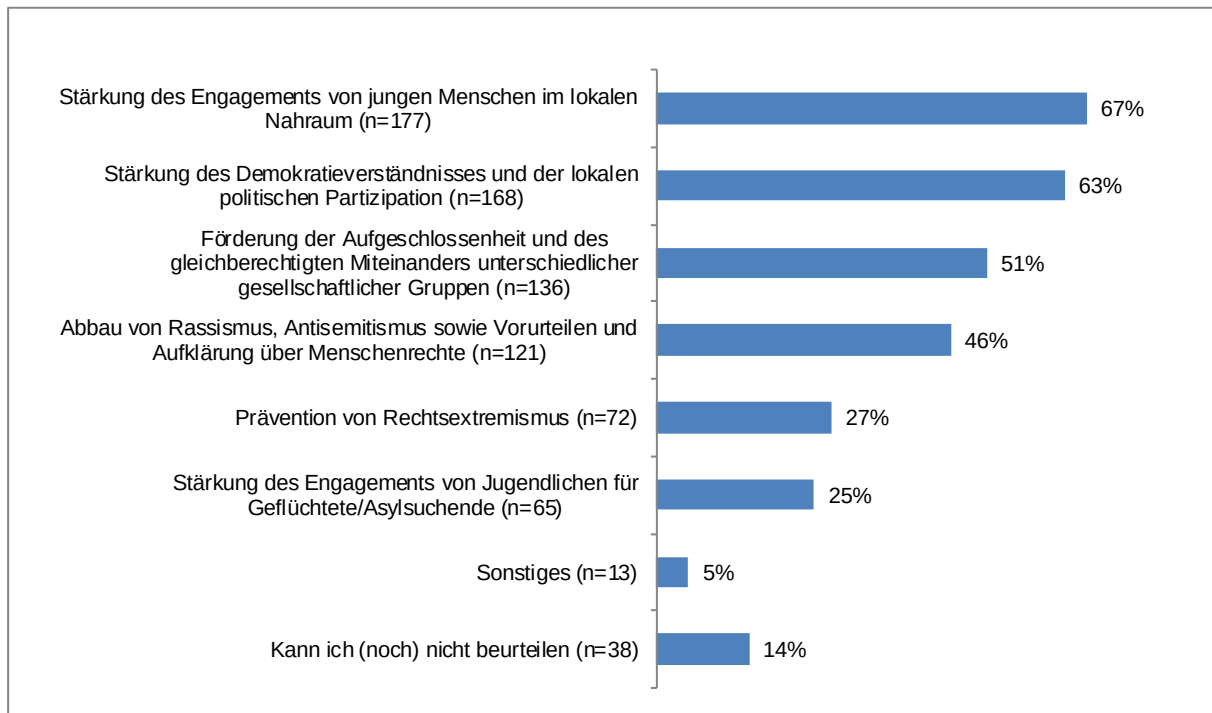
Im Rahmen der Jugendforen setzen sich junge Menschen mit programmrelevanten Inhalten auseinander.

Im Förderjahr 2017¹⁵² wurden von den Partnerschaften für Demokratie insgesamt 892 Projekte aus den Mitteln des Jugendfonds bewilligt¹⁵³. Die meisten jugendfondsfinanzierten Projekte lassen sich dabei den Themenfeldern „Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahraum“ (67 %, 177), „Stärkung des Demokratieverständnisses und der lokalen politischen Partizipation“ (63 %, 168) sowie „Förderung der Aufgeschlossenheit und des gleichberechtigten Miteinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen“ (51 %, 136) zuordnen.

152 Die Fragen zu den Projekten werden stets retrospektiv für das vergangene Förderjahr (hier: 2017) erhoben, da den Koordinator/innen zum Erhebungszeitpunkt noch keine umfänglichen Informationen zu den geförderten Projekten im laufenden Förderjahr vorliegen.

153 Vgl. Tabelle 76 im Anhang.

Abbildung 6: Thematische Schwerpunkte der aus dem Jugendfonds realisierten Projekten im Jahr 2017¹⁵⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

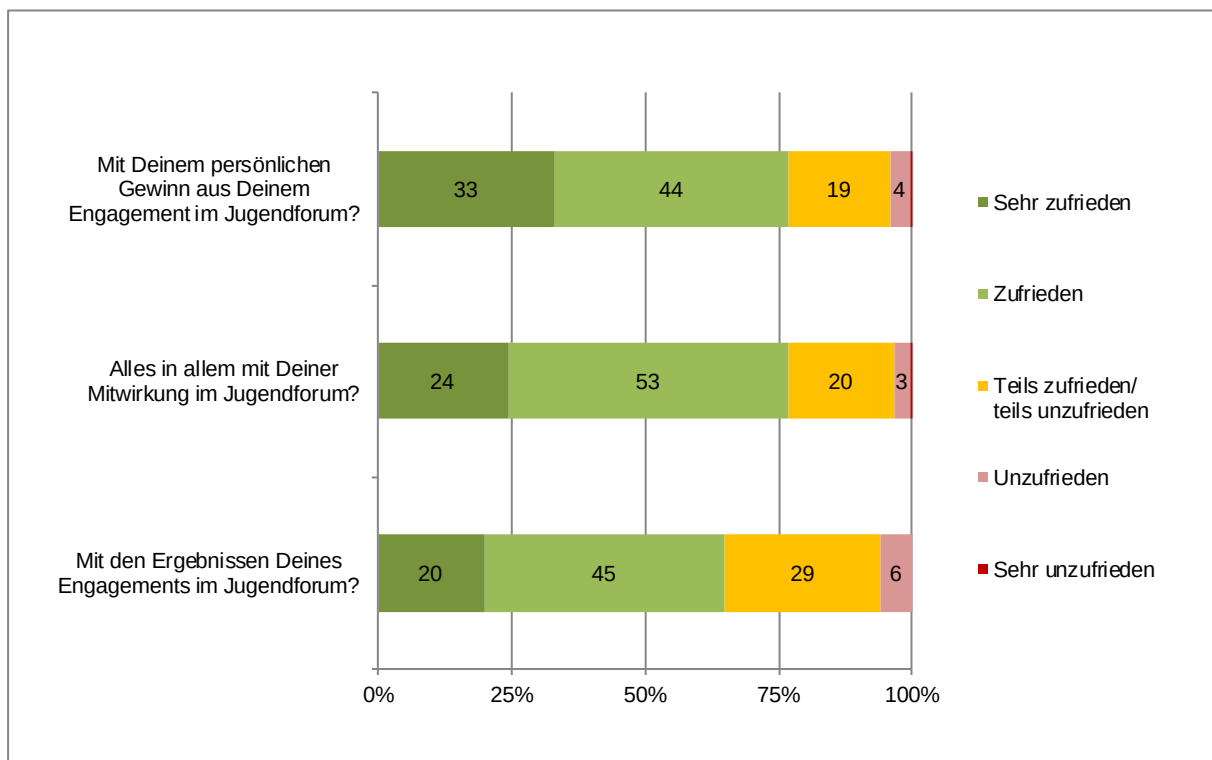
So unterstützen die jungen Menschen etwa Projekte und Veranstaltungen für Toleranz und gegen Diskriminierung, führen Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Wahlen“ durch (z. B. Podiumsdiskussionen mit Wahlkreiskandidat/innen) und realisieren eine Vielzahl von Kultur- und Begegnungsprojekten (z. B. gemeinsam mit Geflüchteten). Umgesetzt werden dabei vor allem Projekte „von Jugendlichen für Jugendliche“.

Die Mitglieder der Jugendforen sind zufrieden mit ihrem Engagement und nennen als häufigsten Grund die Möglichkeit, eigene Projekte realisieren zu können.

Jeweils insgesamt 77 % (473) der jugendlichen Engagierten sind (sehr) zufrieden mit ihrem persönlichen Gewinn aus ihrem Engagement und ihrer Mitwirkung im Jugendforum. 65 % (398) der Befragten gaben an, (sehr) zufrieden mit den Ergebnissen ihrer Arbeit im Jugendforum zu sein.

¹⁵⁴ Vgl. Tabelle 77 im Anhang.

Abbildung 7: Zufriedenheit mit dem eigenen Engagement im Jugendforum: „Wie zufrieden bist Du mit den folgenden Aspekten Deines Engagements im Jugendforum?“¹⁵⁵



Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614).

Als Grund für die Attraktivität des Engagements im Jugendforum geben 72 % (443) an, dass sie konkrete Projekte umsetzen können, 62 % (379) verweisen darauf, dass sie selbst Einfluss auf die Themen haben.¹⁵⁶

„Also, oftmals ist es halt so klar, als Kind oder als Jugendlicher sprudeln irgendwie zehntausend Ideen den ganzen Tag lang. Aber oftmals kriegt man halt gesagt, es ist zu teuer, das kann man nicht machen, dies und jenes. Und wenn dann jemand da ist, der sagt: ‚Hey, denke dir doch irgendeine Idee aus, irgendwie kriegen wir das schon hin. Und wenn genügend Leute das auch gut finden, dann kriegst du auch das Geld dafür‘. Das ist super. Das ist echt perfekt.“ (JInt 9_2018_184)

Primär geht es dabei um Themen, bei denen die jungen Menschen einen persönlichen Problemdruck verspüren und die für sie eine lebensweltliche Relevanz haben. Dabei interessieren sich die Jugendlichen am stärksten für das Problemfeld „Mangelhafte demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche“ (68 %, 420), für das Thema „Rechtsextremismus“ (64 %, 391) sowie für das „Engagement für Geflüchtete (55 %, 336).¹⁵⁷

Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Einflussgrößen, die junge Menschen im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum motivieren, „dabei zu bleiben“. So zeigt sich in den qualitativen Interviews, dass junge Menschen in der Anfangsphase ihres Engagements – neben der Aussicht auf eine gemeinsame Projektumsetzung mit anderen Jugendlichen – vor allem

¹⁵⁵ Vgl. Tabelle 78 im Anhang.

¹⁵⁶ Vgl. Tabelle 79 im Anhang.

¹⁵⁷ Vgl. Tabelle 80 im Anhang.

das Kennenlernen und den Austausch mit Gleichaltrigen sowie die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls besonders schätzen. Im Verlauf des Engagements wirken dann positive Erlebnisse, wie Projekterfolge, Selbstwirksamkeitserfahrungen, die Wertschätzung, Anerkennung und Unterstützung anderer Akteur/innen, der Austausch und die Vernetzung mit anderen (jugendlichen) Engagierten sowie die Eröffnung neuer Zugänge und Erfahrungen (z. B. die Teilnahme an exklusiven Veranstaltungen¹⁵⁸) motivierend auf die Jugendlichen.

Die Jugendforen haben sich als Beteiligungsformat junger Menschen in den Partnerschaften für Demokratie bewährt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie als Beteiligungsformat sowie Interessenvertretung junger Menschen in den Förderregionen bewähren. So sehen sich die Mitglieder der Jugendforen oftmals als „*Stimme der Jugendlichen*“ (JInt 5_2018_88) in den Partnerschaften. Mit den Jugendforen wurden für junge Menschen Räume eröffnet, in denen die Möglichkeit besteht, sich mit anderen (gleichgesinnten) Jugendlichen zu formieren, auszutauschen, Beteiligung im Kontext der Programmziele zu erleben, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen, Wertschätzung und Anerkennung zu erlangen sowie sich persönlich weiterzuentwickeln, sei es als aktives Mitglied oder als Antragsteller/in für ein eigenes Projektvorhaben.

Was würde demnach ohne Jugendforen fehlen? Das Begleitpersonal der Jugendforen findet in den qualitativen Interviews folgende Antwort: Ohne Jugendforen würde ein wichtiger Baustein im Förderarrangement fehlen, um junge Menschen an ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander heranzuführen. Die Jugendpartizipation kann in den Partnerschaften für Demokratie ohne dieses wichtige Strukturelement und der damit verbundenen finanziellen Ausstattung durch den Jugendfonds nicht in gleicher Weise sichergestellt werden. So würde es neben einem Ort zur Einübung von Partizipation im Themenfeld, vor allem an den Möglichkeiten zur tatsächlichen Realisierung der Projektideen junger Menschen mangeln.

158 Gemeint sind hiermit oftmals politische Bildungsfahrten nach Berlin oder Brüssel sowie der Jugendkongress des Bündnisses für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt.

4.3 Wirkungen von Partnerschaften für Demokratie auf lokale Problemlagen – Zwischenstand

Die Formulierung empirisch begründeter Aussagen über Erfolge und Potentiale sozialpolitischer Programme ist eine zentrale Aufgabe von Evaluationen¹⁵⁹ und auch die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie steht vor der Herausforderung, nachweisbare Effekte der Förderarrangements zu identifizieren. Denn angesichts der sich weiter ausdifferenzierenden Erscheinungsformen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit sind Erkenntnisse bezüglich des Erfolges integrierter Handlungsstrategien von hoher Bedeutung und nicht zuletzt mit Blick auf die Fortentwicklung des Bundesprogramms relevant.¹⁶⁰

Die Identifikation und eindeutige kausale Attribution von programmevozierten Veränderungen stellt jedoch insbesondere bei komplexen und multizentrischen Settings wie „Demokratie leben!“ eine methodisch (mindestens) anspruchsvolle Aufgabe dar.¹⁶¹ So basiert das Modell der Partnerschaften auf der Grundidee, die Verantwortung für die Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in die Hände von Zivilgesellschaft in Kooperation mit staatlichen Akteur/innen zu legen und auf kommunaler Ebene Möglichkeitsräume zur aktiven Partizipation zu schaffen. Entsprechend werden die Partnerschaften in heterogenen Förderregionen mit verschiedenen Problem- bzw. Ressourcenlagen umgesetzt und entwickeln passgenaue Handlungsansätze. Dabei zielen sie bisweilen auf weiche, nicht direkt messbare Aspekte, so dass sich neben konzeptionellen auch methodische Fragen z. B. der Operationalisierung ergeben.¹⁶²

Hinzu kommt, dass aufgrund der hohen Vielgestaltigkeit der jeweils umgesetzten Maßnahmen eine Wirkungsevaluation auf Ebene der Projektteilnehmenden als letzte Zielgruppe nur bedingt erfolgsversprechend bzw. umsetzbar erscheint. Zumal die Erfahrungen der Vorgängerprogramme bzw. die implizite Programmtheorie Wirkmechanismen erkennen lassen, die über die zahlreichen Einzelmaßnahmen hinausgehen. So befördern Partnerschaften unter anderem über den Aufbau von Netzwerkstrukturen oder den Aufbau von Fachstellen eine demokratische politische Kultur vor Ort und suchen Veränderungen der lokalen Situation oder den Voraussetzungen ihrer Bearbeitung zu erreichen.

Um dennoch den Untersuchungsgegenstand in seinen Kerndimensionen fassbar zu machen, bedarf es methodischer Zugänge, welche die beschriebene Komplexität reduzieren und zugleich sozialwissenschaftliche Ansprüche in der Aufdeckung von Wirkungszusammenhängen berücksichtigen.¹⁶³ Vor diesem Hintergrund umfasst das Untersuchungsdesign des ISS-Frankfurt a.M. mehrere ineinandergreifende Elemente.

- **Exploration und Operationalisierung möglicher Wirkungen:** In einem ersten Schritt und in Zusammenarbeit mit Akteur/innen der Fachpraxis wurden mögliche Wirkungen lokaler Partnerschaften für Demokratie explorativ erschlossen und operationalisiert.
- **Rekonstruktion und Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen:** Anhand mehrerer Expert/inneninterviews wurden zweitens sowohl die angestrebten Zustände (Ziele) der an den Partnerschaften beteiligten Personen als auch grundlegende Annahmen über die zur Zielerreichung geeigneten Handlungsmöglichkeiten (Mittel) erfasst. In Orientierung

159 Vgl. Beywl/Speer/Kehr 2004, S. VIII.

160 Vgl. Decker/Brähler 2018, Zick/Küpper/Krause 2016.

161 Vgl. Lynen von Berg/Hirsland 2004, S. 19.

162 Im Sinne persuasiver Ansätze adressieren Partnerschaften für Demokratie unter anderem Meinungen, Wissen oder Einstellungen und somit nicht direkt beobacht- bzw. messbare Größen.

163 Vgl. Haubrich 2006, S. 3875.

an ausgewählten Forschungsarbeiten zur politischen Sozialisation wurden diese Ziel-Mittel-Annahmen systematisiert und in ein theoriegebundenes Modell überführt.¹⁶⁴

- **Typologisierung der Handlungsansätze:** Hierauf aufbauend wurden die systematisierten Ziel-Mittel-Annahmen operationalisiert und den Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie zur Einschätzung vorgelegt. Anhand multivariater statistischer Verfahren konnten wiederkehrende Muster in den Ansätzen der Partnerschaften nachgezeichnet und fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien identifiziert werden. Innere Sinnzusammenhänge wurden schließlich mittels qualitativer Expert/inneninterviews erarbeitet und im Gruppenvergleich empirische Regelmäßigkeiten eruiert.¹⁶⁵
- **Quantitative Untersuchung der Wirkungswahrnehmungen:** Wirkungsevaluation bedarf grundsätzlich eines vergleichenden Elements. Die Wirkungswahrnehmungen der Koordinator/innen wurden bzw. werden entsprechend viertens in Form von Situations-einschätzungen zu mehreren Zeitpunkten quantitativ erhoben, so dass programmrelevante Entwicklungen im Zeitverlauf nachgezeichnet werden können. Die Erhebung von Expert/inneneinschätzungen ist dabei eine Reaktion auf die Heterogenität der Einzelmaßnahmen und die wenig erfolgsversprechende Adressierung ihrer Zielgruppen im Sinne von „best available evidence approaches“.
- **Methoden- sowie Perspektiventriangulation:** Da die Wirkungswahrnehmungen im Rahmen der Vorher-Nachher-Vergleiche bei unmittelbar beteiligten Funktionsträger/innen der Partnerschaften erhoben wurden/werden, stellt sich die Frage nach der Geltungskraft und Reichweite von Selbsteinschätzungen. Entsprechend berücksichtigt die Wissenschaftliche Begleitung nicht nur die Perspektive verantwortlicher Akteur/innen, sondern führt komplementär hierzu auch qualitative Expert/inneninterviews mit externen Personengruppen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft durch.¹⁶⁶

Die Elemente eins (Exploration und Operationalisierung möglicher Wirkungen) zwei (Rekonstruktion und Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen) und drei (Typologisierung der Handlungsansätze) waren bereits Gegenstand vorangehender Zwischenberichte. Im vorliegenden Bericht soll nun erstmalig der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich Veränderungen in der Situation vor Ort bzw. wahrgenommenen Problemlagen und den Voraussetzungen ihrer Bearbeitung abzeichnen. Dabei ist die Tatsache zu betonen, dass es sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt um die Abbildung eines Zwischenstandes, nicht jedoch die abschließende Analyse der Wirkungswahrnehmungen handelt. Im Vorgriff auf künftige Analysen werden nachfolgend

164 Das Strukturmodell wurde ursprünglich im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung des Vorgängerprogramms durch das ISS-Frankfurt a.M. entwickelt und mit Blick auf die Neuerungen von „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ aktualisiert bzw. erweitert. Es rekurriert unter anderem auf die Arbeiten von Easton (1957), Hyman (1959), Greiffenhagen (2002) und Fend (1991). Die ausführlichen Begründungen, fachlichen Herleitungen und empirischen Belege sollen an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden, sind allerdings im Detail nachzulesen in ISS/Camino 2012, S. 37ff.

165 Vgl. Kelle/Kluge 2010, S. 91ff.

166 Siehe z.B. Glaser 2007 zu möglichen Vorteilen der Multiperspektivität.

dennoch Entwicklungen in den Förderregionen im Sinne angestrebter Resultate¹⁶⁷ (Zielerreichung) dargestellt, der Beitrag der Partnerschaften konturiert und anhand qualitativer Erkenntnisse unterfüttert.¹⁶⁸

4.3.1 Kurzzusammenfassung

Partnerschaften für Demokratie bewähren sich als flexibles und kontextsensibles Instrument zur Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie ermöglichen ein lokal angepasstes Arrangement integrierten Handelns und entfalten positive Effekte in unterschiedlichen Bereichen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können als vorläufige und multimethodisch bzw. –perspektivisch gesicherte Befunde gelten, dass

- die Partnerschaften dazu beitragen, die kommunale Widerstandsfähigkeit gegen **Rechtsextremismus** aufrecht zu erhalten und sich Wirkungswahrnehmungen auf die Fähigkeit zu Reaktion und Gegenwehr in den Bereichen Situationskenntnis, Mobilisierungsfähigkeit, Kooperation und Kontinuität der Auseinandersetzung abzeichnen.
- im Zuge des Engagements bzgl. der **Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl** nicht nur Gelegenheiten zum Abbau von Vorurteilen zwischen Bürger/innen und Geflüchteten geschaffen werden, sondern die Partnerschaften auch ihre Nutzung z. B. in fortgeschrittenen Phasen des medialen Aufmerksamkeitszyklus befördern.
- sich zwar im Bereich **Demokratiedistanz** kein umfassender Schub in Richtung einer beteiligungsorientierten und bürgernahen Öffnung von Politik und Verwaltung erkennen lässt, jedoch durchaus Erfolge im Sinne des Abbaus von Partizipationshürden wahrgenommen werden. Darüber hinaus tragen die Partnerschaften dazu bei, Einfluss auf die Ausgestaltung von Aushandlungsprozessen vor Ort zu nehmen und zum Beispiel in Form von Dialogformaten oder Leitlinien zu einem respektvollen Diskurs vor Ort beizutragen.
- es in der kommunalen Auseinandersetzung mit **Islam- und Muslimfeindlichkeit** gelingt, relevante Zielgruppen bezüglich islamischer Diversität und gegenüber pauschalisierenden Zuschreibungen zu sensibilisieren.

Darüber hinaus zeichnen sich auch in den weiteren egalitätsnegierenden Problemlagen wie **islamistische Orientierungen und Handlungen, Antisemitismus, Antiziganismus** sowie **Homo- und Transfeindlichkeit** Effekte nicht zuletzt hinsichtlich der Aspekte Sensibilisierung bzw. Aufklärung ab. Zwar konnten diese bislang nur eingeschränkt validiert werden, die aus

167 Hierbei handelt es sich vorrangig um wünschenswerte Zustände, in denen sich Mitglieder der Zielgruppen (z.B. Multiplikator/innen) u.a. in den Bereichen Wissen, Sensibilisierung, Vernetzung und Verhalten befinden sollen sowie um relevante Entwicklungen mit Blick auf die Kommunen. Die Berücksichtigung von Stabilisierungen ist in Anlehnung z.B. an Beywl et al. bewusst gewählt (vgl. z.B. Beywl/Speer/Kehr 2004, S. 18).

168 Die Herausforderung, den Beitrag der Partnerschaften zur Zielerreichung zu identifizieren, geht Hand in Hand mit der Frage nach einer ursächlichen Zuschreibung der beobachteten Veränderungen/Stabilisierungen. Wenngleich diese Frage im Kontext multizentrischer, persuasiver Programme kaum abschließend zu beantworten ist (vgl. z.B. Stöss 2003, Haubrich 2006.), sucht sich das ISS-Frankfurt a.M. etwaigen Wirkungszusammenhängen so weit wie möglich anzunähern. Hierzu sind drei Schritte vorgesehen. So wurden erstens mit der theoriegebundenen Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen bzw. der gruppierenden Strategieanalyse (s.o.) zentrale, den Aktivitäten der Partnerschaften innewohnende Ursache-Wirkungszuschreibungen konturiert und im Sinne hypothesengeleiteter Untersuchungen expliziert. Die Einflüsse der unterschiedlichen Strategietypen (vgl. ISS/Camino 2017) können künftig zur Erklärung möglicher Effekte genutzt und Zusammenhänge zumindest cursorisch dargestellt werden. Zweitens erlaubt das Untersuchungsdesign statistische Kontrollen möglicher Drittvariablen. Drittens werden in Form eines Gutachtenmodells Einschätzungen zu Situationsveränderungen vor Ort und ihre Zuschreibung auf die Aktivitäten der Partnerschaften herangezogen. Die Absicherung der diesjährigen Befunde stützt sich insbesondere auf die methoden- und perspektivenverschränkenden Aspekte des Gutachtenmodells. Weiterführende statistische Kontrollen oder die Potentiale der unterschiedlichen Strategietypen sind Gegenstand des Abschlussberichts. Insofern sind die in den nachfolgenden Abschnitten vorgestellten Ergebnisse ausdrücklich revisionsoffen.

statistischer Perspektive vorhandenen Effekte lassen jedoch Beiträge zu relevanten Situationsveränderungen bzw. Stabilisierung erkennen. Vor diesem Hintergrund wird das ISS-Frankfurt a. M. in der kommenden Untersuchungsphase neben der weiterführenden statistischen Absicherung insbesondere die Triangulation im Rahmen qualitativer Erhebungen anstreben.

4.3.2 Überblick und Relevanzsetzungen

Partnerschaften für Demokratie initiieren eine Vielzahl von Prozessen, die unabhängig der inhaltlichen Ausrichtung zu einer erfolgreichen Demokratieförderung beitragen. So legen u.a. der planvolle Aufbau von Netzwerken, die Beförderung einer produktiven Kooperationskultur oder auch die Entwicklung von Fachlichkeit das Fundament einer weiterführenden Einwirkung auf den kommunalen Raum. Während diese Aspekte jedoch stärker auf die spezifische Ausgestaltung zentraler Strukturen und Abläufe der Partnerschaften selbst bezogen sind und vorrangig internen Veränderungen entsprechen, soll die nachfolgende Wirkungsanalyse in höherem Maße externe in den Politikfeldern der Intervention hervorgerufene Entwicklungen fokussieren.¹⁶⁹ Im Mittelpunkt stehen hier die Fragen, welche Situationsveränderungen die Koordinator/innen wahrnehmen und inwiefern sich Aktivitäten der Partnerschaften auf die unterschiedlichen Problemlagen vor Ort und die Reaktionsfähigkeit der Förderregionen auswirken.

Die non-direktive Programmsteuerung von „Demokratie leben!“ bewährt sich.

Die Entscheidung, welche Politikfelder im Einzelfall adressiert werden, obliegt der lokalen Ebene. Denn die konkrete inhaltliche Ausgestaltung lokaler Partnerschaften für Demokratie soll in hohem Maße kontextsensibel erfolgen und möglichst die gesamte Förderregion erschließen. Die Leitlinien des Bundesprogramms stellen deshalb zwar einen übergeordneten Orientierungsrahmen für die Wahl möglicher Arbeitsschwerpunkte dar, dieser bleibt jedoch relativ weit gefasst. Derart wird die nötige Flexibilität gewährt, um standortspezifische Erfordernisse wie auch aktuelle Entwicklungen angemessen zu berücksichtigen. So werden ausgehend von Problem- und Ressourcenanalysen im Rahmen der Strategieentwicklung konkrete Arbeitsschwerpunkte bestimmt, entlang derer Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt werden.

Eine erste deskriptive Annäherung an die Resultate dieser Relevanzsetzungen zeigt, dass die Partnerschaften bei der Förderung eines demokratischen Gemeinwesens einerseits klassische, den thematischen Kern des Bundesprogramms betreffende Bereiche zum Gegenstand ihres Engagements machen (Rechtsextremismus: n=153, Demokratiedistanz: n=169), zugleich jedoch auch auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit reagieren und z. B. der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl (n=188), Islam- und Muslimfeindlichkeit (n=96) oder islamistischen Orientierungen und Handlungen (n=34) (vorrangig) präventiv begegnen.¹⁷⁰ Dabei überwiegen aus Perspektive der Befragten in der Mehrheit der Bereiche positive Veränderungen der lokalen Situationen.¹⁷¹ Insbesondere in

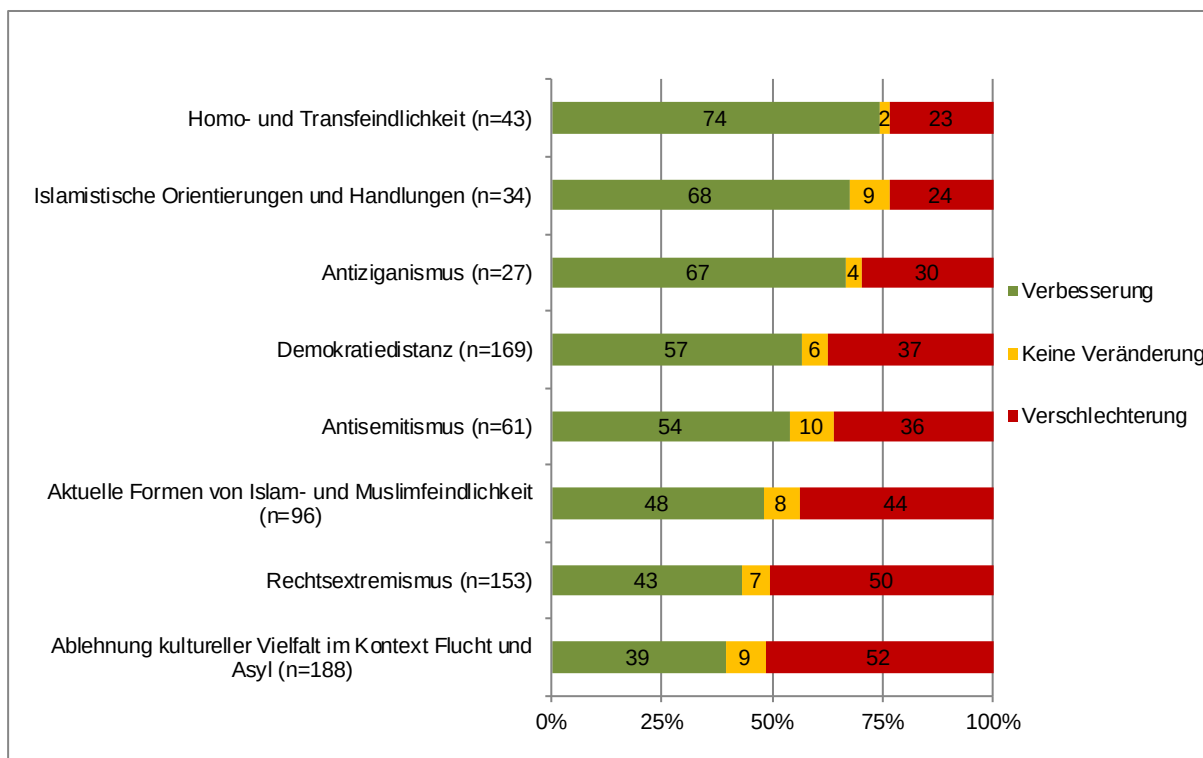
169 Die Leistungsfähigkeit der Partnerschaften im Sinne der Ausrichtung zentraler Strukturen und Prozesse wird dabei keineswegs vernachlässigt, sondern ist vielmehr Gegenstand eigenständiger Untersuchungen (s. ISS/Camino 2016).

170 Die Angaben beziehen sich auf Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten angestrebt haben bzw. anstreben.

171 Im Rahmen der Monitoring-Erhebungen der Jahre 2016 und 2018 konnten die Koordinator/innen sämtlicher Partnerschaften anhand einer fünfstufigen Antwortskala insgesamt 69 Statements in Bezug zur aktuellen Situation in der jeweiligen Förderregion beurteilen. Veränderungen in den Situationswahrnehmungen ergeben sich aus Differenzen in den Einschätzungen des jeweiligen Ist-Standes.

der Auseinandersetzung mit Homo- und Transfeindlichkeit (74 %), mit islamistischen Orientierungen und Handlungen (68 %) sowie mit Antiziganismus (67 %) legen die zusammengefassten Angaben der Koordinator/innen Verbesserungen im Sinne der Programmziele nahe (vgl. Abb. 8).

Abbildung 8: Wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation differenziert nach programmrelevanten Problemlagen¹⁷²

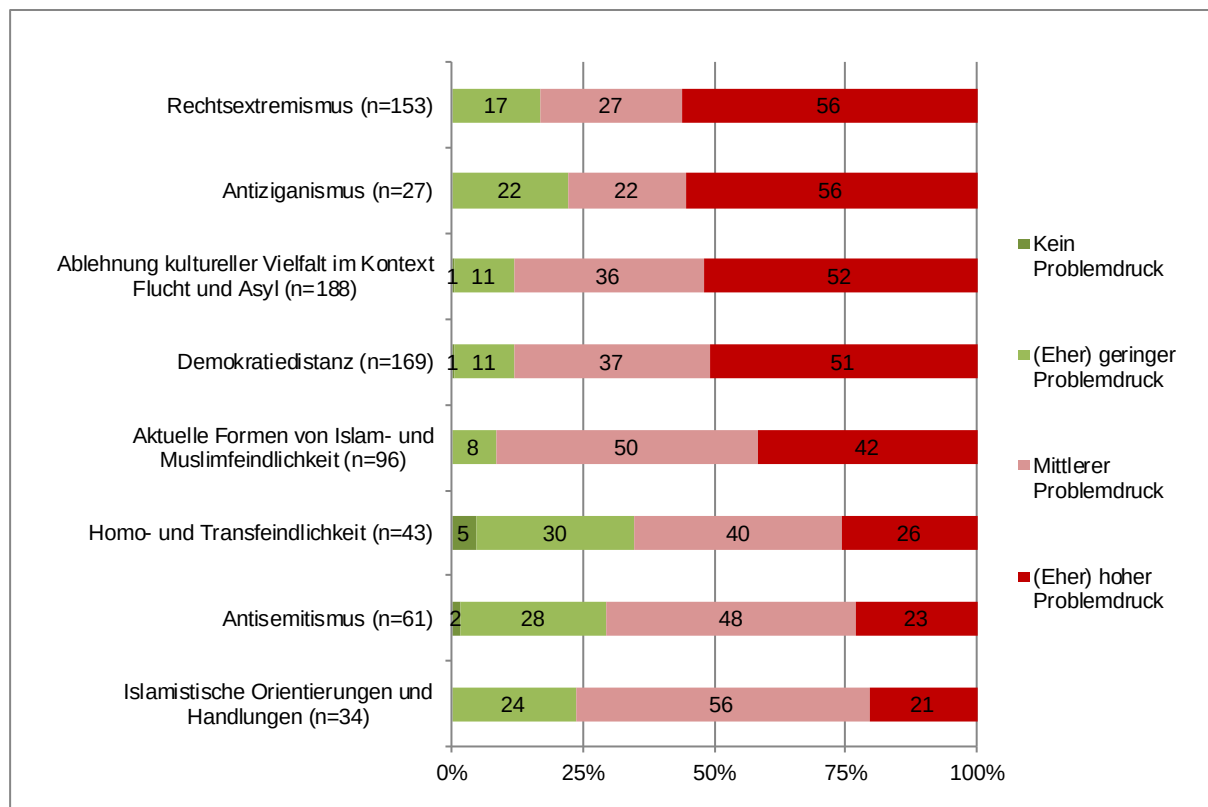


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (N=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben, kategorisierte Mittelwertdifferenzen der Situationseinschätzungen 2016 und 2018.

Zugleich zeichnen sich die gesellschaftlichen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit vor allem mit Blick auf die Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl sowie Rechtsextremismus deutlich ab. Genauer weisen die Einschätzungen von jeweils ca. 50 % der Befragten auf eine Verschärfung der Problemlage bzw. ihrer Entstehungsbedingungen hin (vgl. Abb. 9). So manifestieren sich die Phänomene bisweilen deutlich wahrnehmbar im öffentlichen Raum und gehen mit einer entsprechenden Bewertung des Problemdrucks einher (vgl. Abb. 9).

¹⁷² Vgl. Tabelle 81 im Anhang.

Abbildung 9: Beurteilung der lokalen Situation hinsichtlich des Problemdrucks¹⁷³

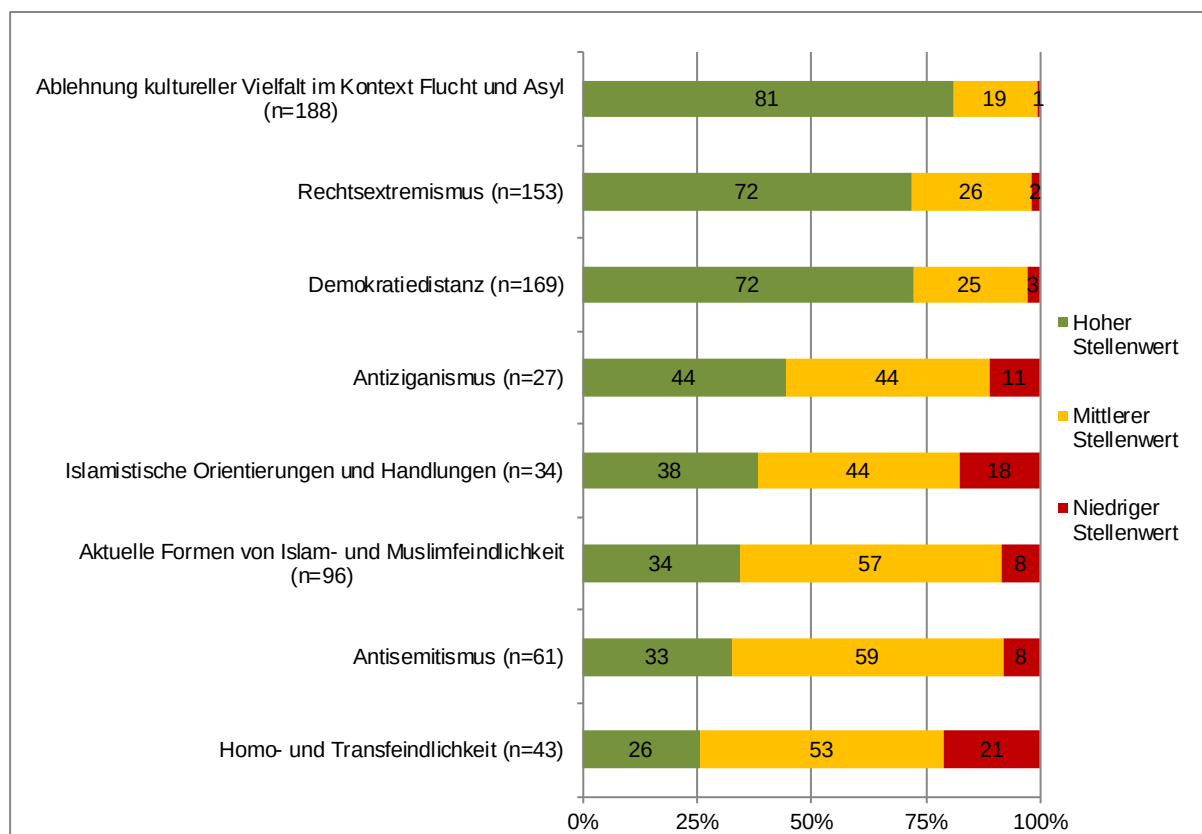


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (N=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben.

In der Konsequenz schreiben die Koordinator/innen insbesondere der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus (72 %, 110), der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl (81 %, 152) und dem SchnittpunkttHEMA Demokratiedistanz (72 %, 122) einen hohen Stellenwert zu (s. Abb. 10). Die flexible Anlage der Partnerschaften im Sinne einer non-direktiven Programmsteuerung bewährt sich also insofern, als dass die Kooperationsarrangements solche Themen intensiv bearbeiten, die besondere Handlungsbedarfe nahelegen. Es zeigt sich in der Konsequenz eine hohe Problembezogenheit der Partnerschaften, so dass eine konkretere Zieldirektive durch die Programmsteuerung kaum notwendig erscheint – zumal u.a. mit islamistischen Orientierungen und Handlungen auch Phänomenbereiche adaptiert werden, die den Aufbau neuer Zugänge und Kompetenzen erfordern und nicht überall zum klassischen Repertoire der Engagierten gehören.

173 Vgl. Tabelle 82 im Anhang.

Abbildung 10: Stellenwert der Bearbeitung programmrelevanter Problemlagen¹⁷⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (N=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben.

4.3.3 Situationsveränderungen entlang einzelner Problemlagen

Nachdem die vorangehenden Abschnitte einen ersten Überblick über die inhaltlichen Relevanzsetzungen der Partnerschaften für Demokratie vermittelt haben, fokussieren die Kapitel 4.3.3.1, 4.3.3.2, 4.3.3.3 und 4.3.3.4 nunmehr Fragen ihrer Wirksamkeit.¹⁷⁵ Dabei sollen Wirkungen als relevante Veränderungen bzw. Stabilisierungen oder Aufrechterhaltungen¹⁷⁶ der (wahrgenommenen) kommunalen Situationen verstanden werden, die den Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie zuzuschreiben sind. Ausgehend von dieser Definition hat das

¹⁷⁴ Vgl. Tabelle 83 im Anhang.

¹⁷⁵ Die Erhebung von Expert/inneneinschätzungen im Sinne von Wahrnehmungen ergibt sich dabei aus dem Umstand, dass „Demokratie leben!“ als komplexes, lernendes und persuasives Programm mit einer hohen Vielgestaltigkeit auf Ebene der Zielstellungen und insbesondere auf Ebene der Projekte einhergeht. Die unmittelbare Adressierung von Zielgruppen erscheint somit wenig erfolgsversprechend, zumal es nachfolgend nicht darum geht, die Wirksamkeit einer einzelnen Maßnahme zu prüfen, sondern einen Überblick über die Breite der programmevozierten Veränderungen zu vermitteln.

¹⁷⁶ In Anlehnung an Beywl können im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und ggf. zunehmenden Problemdrucks mitunter auch die Stabilisierung bzw. Aufrechterhaltung der Situation von Bedeutung und auf das Wirken der Partnerschaften für Demokratie zurückzuführen sein (Beywl et al. 2004, S. 18). Etwa dann, wenn von demokratiefeindlichen Akteursgruppen über längere Zeiträume öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten (z.B. Demonstrationen) ausgehen. Hier kann ein wesentlicher Beitrag darin bestehen, das Engagement des demokratischen Spektrums im Sinne eines wiederholten Nachziehens normativer Grenzen aufrechtzuerhalten und etwaigen Ermüdungserscheinungen entgegenzuwirken. Würde sich der analytische Blick lediglich auf (wahrgenommene) Veränderungen richten, blieben solcherlei Leistungen unbeachtet.

ISS-Frankfurt a. M. ein Setting entwickelt, welches methoden- wie auch perspektivenintegrierende Kriterien umfasst und der Identifikation programmevozierter Veränderungen zugrunde gelegt.¹⁷⁷

4.3.3.1 Rechtsextremismus

Werden die Veränderungen in der Situationswahrnehmung entlang spezifischer Problembe-
reiche betrachtet, ergibt sich aus übergeordneter Perspektive eine leichte Verschärfung hin-
sichtlich des Rechtsextremismus. Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie,
die im Untersuchungszeitraum Verbesserungen bzw. Fortschritte in diesem Bereich anstreben
(n=153), berichten relativ häufig (56 %) von Situationen, die durch (eher) hohen Problemdruck
gekennzeichnet sind (s. Abb. 9). Das Phänomen manifestiert sich mitunter deutlich wahrnehm-
bar im öffentlichen Raum, z. B. in Form von Demonstrationen und/oder einschlägigen Freizeit-
veranstaltungen.¹⁷⁸ Entsprechend ist eine umfassende Zurückdrängung demokratiefeindlicher
Gruppen bislang nicht erkennbar (s. Abb. 11). Dennoch gelingt es in Einzelfällen durchaus,
einer weiteren Raumnahme entgegenzuwirken.

*„Also ganz, ganz eindeutig, mit Blick auf organisierten Rechtsextremismus konnte
eine erfolgreiche Umsetzung rechtsextremer Raumkampf- und Raumergreifungs-
strategien in XXX [Name der Förderregion] eingeschränkt, beziehungsweise sogar
dafür gesorgt [werden, Anm. d. Verf.], dass das nicht funktioniert. Ganz eindeutig.
[...]. Ohne das Wirken der Partnerschaft für Demokratie in der Zusammenarbeit
mit Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik wäre die XXX [Spezifizierung, Anm. d.
Verf.] Raumergreifungsstrategie sehr viel weiter fortgeschritten, wenn nicht in ein-
zelnen Straßen XXX [Name der Förderregion] bereits abgeschlossen.“ (SInt
9_107)*

177 Eine Veränderung gilt dann als relevant, wenn das Maß Cohens D mindestens auf einen kleinen Effekt schließen lässt. Die Veränderung wird dann den Partnerschaften zugeschrieben, wenn das Maß eta auf einen mindestens kleinen statistischen Zusammenhang zwischen Engagementintensität bzw. Stellenwert der Bearbeitung und der Situationsveränderung schließen lässt und dies an mindestens zwei Standorten der qualitativen Begleitforschung sowohl durch die unmittelbar beteiligten Funktionsträger/innen der Partnerschaften als auch externe Personen aus Politik, Verwaltung oder Zivilgesellschaft bestätigt worden ist. Von Beiträgen zu Stabilisierung oder Aufrechterhaltung der Situation gehen wir dann aus, wenn der Vergleich der Mittelwerte zur Situationseinschätzung in den Jahren 2016 und 2018 zwar auf keine relevante Veränderung schließen lässt, jedoch auf statistischer Ebene ein entsprechender Zusammenhang ersichtlich ist und der Beitrag zur Stabilisierung auf qualitativer Ebene benannt und die Veränderung extern wahrgenommen worden ist.

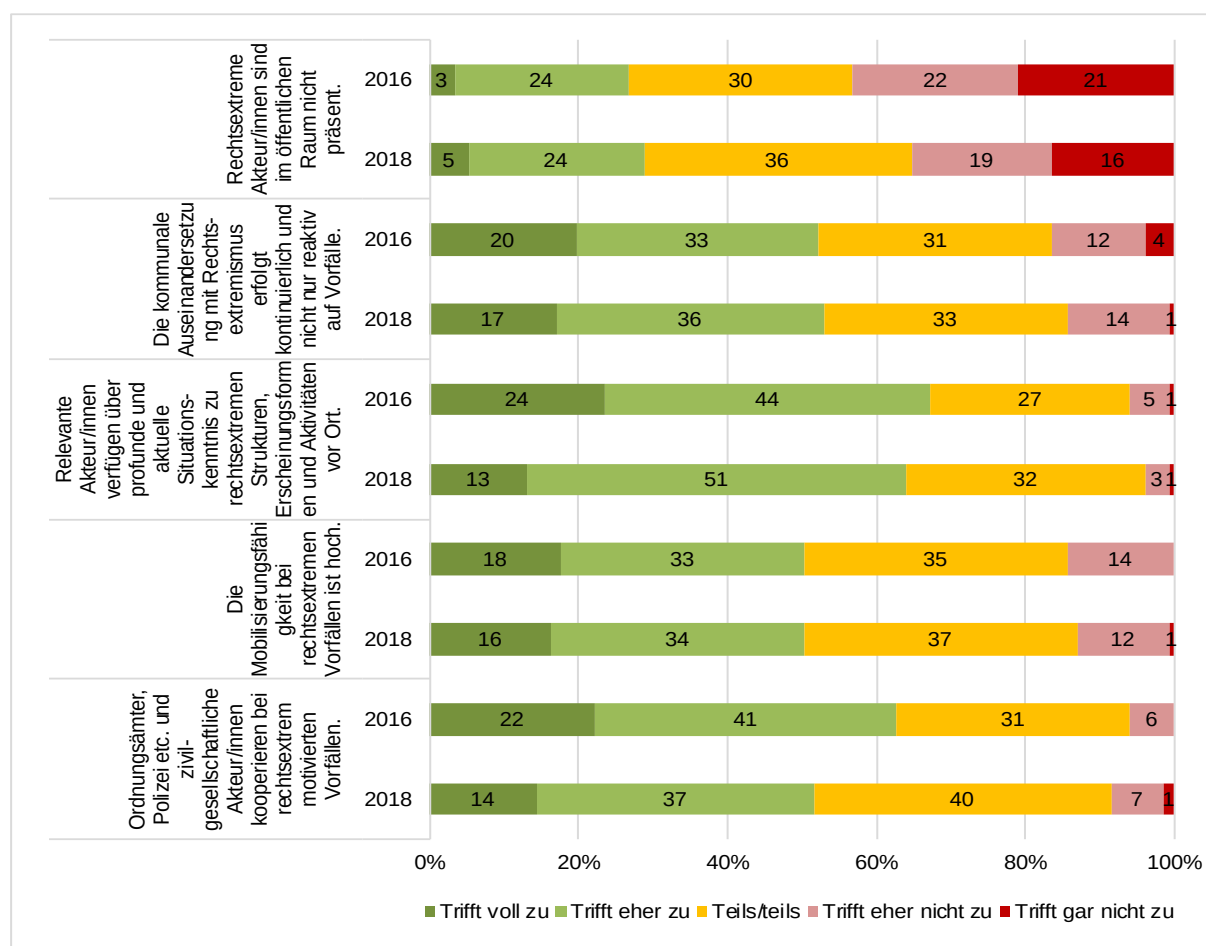
178 82% (117 von 142 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen, berichten von in Einzelfällen oder wiederholt aktiven rechtsextremen Gruppierungen und/oder Organisationen, 58% (87 von 150 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) von Demonstrationen und Protestkundgebungen und 42% (51 von 122 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) von einschlägigen Freizeitveranstaltungen und Angeboten (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018) (vgl. Tabellen 84, 85 und 86 im Anhang).

Partnerschaften tragen dazu bei, dass die Auseinandersetzung kontinuierlich erfolgt.

Dabei entfalten die Partnerschaften stabilisierende Wirkung, indem sie im Falle rückläufiger Aktivitäten demokratiefeindlicher Akteursgruppen bereits etablierte Bestandteile eines kommunalen „Immunsystems“ (z.B. vorhandene Netzwerke) stärken. So bieten sie Anlässe zum Engagement und geben Impulse, die dazu beitragen, dass sich vor Ort kontinuierlich und anlassunabhängig mit Rechtsextremismus befasst wird. Die hiermit verbundene, fortwährende Einhegung der zugehörigen Erscheinungsformen wird im Zuge der qualitativen Forschung als Daueraufgabe beschrieben, die u.a. auf den Erhalt der kommunalen Widerstandsfähigkeit gerichtet ist.

„Also würde man dieses zivilgesellschaftliche Engagement, würde man das links liegen lassen und zum Erliegen kommen, dann würden sich auch XXX [in der Förderregion] Rechtsextremisten wieder zuhause fühlen. [...]. Also sie können hier keinen Fuß fassen, glaube ich, weil die Zivilgesellschaft einfach sehr stark ist, immer wieder Aktionen macht, gut vernetzt ist.“ (SInt 1_71)

Abbildung 11: Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Rechtsextremismus in den Jahren 2016 und 2018¹⁷⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=153), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben.

179 Vgl. Tabellen 87 und 88 im Anhang.

Partnerschaften fördern die Situationskenntnis.

Aufgrund der Heterogenität seiner Erscheinungsformen können Partnerschaften in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht auf vermeintlich allgemeingültige, universell anwendbare Handlungsansätze zurückgreifen. Allerdings stellt die kompetente Beobachtung aktueller Entwicklungen eine wesentliche Voraussetzung situationsadäquaten Vorgehens bzw. zeitnaher Reaktionen auf demokratiefeindliche Vorfälle dar.¹⁸⁰ Diesbezüglich beschrieben Koordinator/innen die vor Ort aktiven rechten Gruppierungen und/oder Organisationen im vergangenen Jahr als sich verändernde Akteurszusammenschlüsse und nahmen die vor Ort aktiven Szenen als fluide wahr.¹⁸¹ Die hiermit möglicherweise einhergehenden Schwierigkeiten der Einordnung rechtsextremer Erscheinungsformen bieten eine mögliche Erklärung dafür, dass die Situationskenntnis relevanter Akteur/innen in der Gesamtschau etwas schlechter bewertet wird als noch im Jahr 2016 (s. Abb. 11). Dabei leisten die Partnerschaften aus Perspektive der qualitativ befragten Akteur/innen durchaus erfolgreiche Aufklärungsarbeit. So wird z.B. im Rahmen von Workshops über Phänomenologie, Gruppierungen und Erscheinungsformen informiert oder auf Netzwerktreffen Hinweise zu aktuellen Aktionen und Gefahrenpotentialen vor Ort übermittelt.

„Also auf der Ebene, [...] gibt es schon enorme Wissenszuwächse auch. Also [...] das bekommen wir auch mit rückgespiegelt, das heißt aus den Sachberichten von den Projekten. Oder wenn uns Leute eben sagen: ‚Mensch, da habe ich was gelernt – wusste ich gar nicht. [...]. Aha, Rechtsextremismus stellt sich jetzt nicht nur allein, wie in den neunziger Jahren, mit Springerstiefel und Bomberjacke dar.‘ Sondern dass es sehr vielfältige Erscheinungsformen gibt. Gerade sowas wie Identitäre Bewegung. Das ist etwas, was ein sehr neues Format ist, was neue Akteure auf den Plan gerufen hat. Und was aber viele auch nicht erkennen.“ (SInt 1_135)

„Auch die Partnerschaft sorgt deutlich dafür, dass eine [...] gewisse Reaktionsgeschwindigkeit vorhanden ist. Also wenn ich [an] die Entfernung von [Graffiti, Aufklebern etc., Anm. d. Verf.] denke da haben wir einen großen Anteil daran, dass es in der Schnelle funktioniert, wie es, wie es de facto passiert. [...]. Wir informieren darüber auch konkret auf den Stadtteil bezogen in dem sich [ein Netzwerk, Anm. d. Verf.] trifft. Also das sind keine allgemeinen Informationen: Wisst ihr eigentlich, was 20 Kilometer weiter nördlich von euch passiert? Das gehört mit dazu, aber wir sind schon sehr bemüht, die individuellen Gegebenheiten und die Infrastruktur in den einzelnen Stadtteilen, in denen diese Vernetzungsstrukturen vorhanden sind auch, auch entsprechend [...] der Lage zu informieren.“ (SInt 9_74)

Partnerschaften steigern und erhalten die Reaktions- bzw. Mobilisierungsfähigkeit.

Mit der Vermittlung von Wissensbeständen zur Situation vor Ort einher geht die Beförderung bzw. der Erhalt der Reaktionsfähigkeit auf einschlägige Aktionen und Vorfälle. Sie wird unter anderem an spontanen Mobilisierungen festgemacht und auf eine erfolgreiche Netzwerkarbeit zurückgeführt.¹⁸² So gelingt es an den Standorten des qualitativen Samples z. B. aufgrund

180 Vgl. Schellenberg 2009, S. 6.

181 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 75.

182 Auf statistischer Ebene bildet sich der beschriebene Zusammenhang zwischen Situationskenntnis und Mobilisierungsfähigkeit bivariat im Korrelationskoeffizient nach Pearson und einem Wert von 0,418 ab.

eines breiten Akteursspektrums und etablierter Kommunikationswege zeitnah für die Einnahme von Gegenpositionen zu aktivieren und den Grenzen des Akzeptierbaren im Falle von Normverletzungen Geltung zu verleihen. Zwar lassen die quantitativen Erhebungen diesbezüglich eher eine gewisse Konstanz erkennen (vgl. Abb. 11), das Aufrechterhalten der Mobilisierungsfähigkeit als Folge von Sensibilisierung und Aktivierung erleben die Praktiker/innen angesichts kontinuierlicher Anlässe und drohender Ermüdungserscheinungen jedoch als Erfolg.

„Und ich glaube schon, [...] dass wir die Möglichkeit geschaffen haben, geschlossener diesen Strömungen entgegenzutreten. Und dass wir ganz schnell mittlerweile, dadurch, dass wir uns auch einfach durch [...] diese extrem aktive Netzwerkarbeit [...] mittlerweile so gut untereinander kennen und auch aufeinander verlassen können, obwohl das eine relativ große Gruppe ist. [...]. Das heißt, man fängt im Endeffekt nicht immer von vorne an, wenn irgendwie Probleme oder so in der Stadt auftauchen, die mit Rechtsextremismus in Verbindung gesetzt werden. Sondern wir können auf Strukturen zurückgreifen, wir können auf Kontakte zurückgreifen, wir können auf Gruppen zurückgreifen, die sofort bereit sind sich einzusetzen, in welche Richtung auch immer. [...]. Da hat man sich dann früher eine Woche lang die Finger wundtelefoniert und heute ist das selbstverständlich.“ (Slnt 5 _185)

Partnerschaften leisten einen Beitrag zur Entwicklung und Aufrechterhaltung intersektoraler Kooperation.

Ursachen, Ausmaß und die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und Erscheinungsformen erfordern ein gesamtgesellschaftliches Entgegenreten. Angesichts dessen wurde die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung ins Zentrum der Partnerschaften gerückt und bewusst gefördert. Dennoch können z.B. „Kommunikationsbarrieren zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die vor allem auf unterschiedlichen Handlungslogiken begründet sind“¹⁸³ eine besondere Herausforderung darstellen, die insbesondere im Zuge demokratiefeindlicher Vorkommnisse zutage tritt. Obgleich im Umgang mit rechtsextrem motivierten Vorfällen aus Perspektive der quantitativ Befragten eine sektorübergreifende Zusammenarbeit stattfindet, zeichnet sich im Zeitvergleich ein leichter Rückgang ab (vgl. Abb. 11). Im Zuge der qualitativen Interviews wird diesbezüglich auf die Rolle der Kommunalpolitik als Verwaltungsspitze verwiesen. So könnten populistisch geführte Wahlkämpfe oder eine ausbleibende Positionierung für Demokratie und Vielfalt auch die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft, Polizei und (Ordnungs-)Ämtern negativ beeinflussen (s. auch Kapitel 4.5).

„Die Distanz von Verwaltung, also gerade auch Ordnungsamt oder auch überhaupt ordnungsbehördlichen Einrichtungen, wie Polizei, empfinde ich persönlich zunehmend als schlechter in XXX [Name der Förderregion]. Das muss man so deutlich sagen. Was auch ein Stück weit damit zu tun hat, dass gerade im Oberbürgermeisterwahlkampf das ganze Thema Ordnung und Sicherheit in der Stadt aufgebraucht wurde, eine Unsicherheitssituation [...] propagiert wurde. Und dadurch die staatlichen Repressalien nach oben gefahren wurde, also mit erhöhter Ordnungsamtpräsenz, mit erhöhter Polizeipräsenz in der Stadt. Das hat zunehmend auch

183 Vgl. Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 12.

für Widerstand gesorgt. Und das, glaube ich, hat nachhaltig dem Verhältnis zwischen Bürgern und ordnungspolizeilichen Kräften durchaus geschadet.“
(SInt 2_165)

Nichtsdestoweniger eignen sich die Partnerschaften nach dem Dafürhalten der qualitativ Befragten dazu, im Rahmen der Vernetzungsarbeit und im Rahmen der durch sie eröffneten Kooperationsräume einen grundlegenden Informationsaustausch auch unter schwierigen Voraussetzungen zu gewährleisten – etwa dann, wenn zwischen vormals wenig kooperationsbereiten Akteursgruppen vermittelt oder bewusst an einem wechselseitigen Verständnis gearbeitet wird.

„Also ich würde sagen, wir haben auf jeden Fall ganz gute Informationsströme so etabliert. Wir haben immer so bisschen das Problem gehabt, dass – sage ich mal – die Verwaltungsspitze und die bürgerschaftlich engagierte Zivilgesellschaft im dem Bereich Rechtsextremismus jetzt nicht besonders gut verstanden haben. Also da gab es einfach auch so zwischenmenschliche Themen, wo das einfach nie funktioniert hat. Und da sehe ich es als ganz gut an, dass wir jetzt so die Partnerschaft, die Koordinierungsstelle so bisschen dazwischengeschaltet haben.“
(SInt 4_145)

„Also was ich immer dann ganz spannend finde auch, dass man dann durch das Ordnungsamt einfach nochmal erklärt bekommt: Also warum müssen wir das jetzt auch genehmigen. Und warum können wir es vielleicht nicht genehmigen. Also, dass da eben also dieses Verständnis auch da ist. Auf der anderen Seite aber auch zu gucken: Okay, kann man da aber vielleicht auch trotzdem noch anders mit umgehen. [...]. Und genauso eben bei der Polizei: Wie sieht die Arbeit? Und wie verhalte ich mich bei solchen Aufmärschen, Demonstrationen und ähnlichem? Was sind unsere Aufgaben, für wen, für welche Seite? Das ist einfach auch so ein, ja, direktes erzählt bekommen. Einmal das. Und ich glaube auf der anderen Seite auch diese Bestätigung. Also, dass es auch immer ganz spannend und interessant ist, wenn wir unsere einzelnen Projekte mit dem Begleitausschuss diskutieren und dann eben auch genehmigen lassen durch den Begleitausschuss, was eben zum Beispiel eine Polizei dann auch dazu sagt zu möglichen Wirksamkeiten und ähnlichem. Finde ich auch immer sehr spannend.“ (SInt 5_191)

Zusammenfassend ist die wahrgenommene Situation im Bereich Rechtsextremismus durch eine leichte Verschärfung gekennzeichnet. Die Zurückdrängung einschlägiger Akteursgruppen erweist sich als Daueraufgabe des demokratischen Spektrums und gelingt eher in Einzelfällen, so dass der Beitrag der Partnerschaften vorrangig darin liegt, die im Vergleich zu weiteren Problemlagen ausgeprägte kommunale Widerstandskraft aufrecht zu erhalten. Entlang der im vorangehenden Abschnitt geschilderten Voraussetzungen zeichnen sich (extern bestätigte) Wirkungswahrnehmungen also auf die Fähigkeit zu Reaktion und Gegenwehr in den Bereichen Situationskenntnis, Kontinuität der Auseinandersetzung, Mobilisierungsfähigkeit und Kooperation ab. Speziell hinsichtlich der letzteren sind auch unter Berücksichtigung des Beitrags

der Partnerschaften leicht negative Tendenzen zu erkennen.¹⁸⁴ Eine möglicherweise rückläufige Entwicklung ist auch den Situationswahrnehmungen mit Blick auf die Positionierung deutmächtiger Akteur/innen zu entnehmen. Bezüglich der weiteren Facetten gestaltet sich die lokale Situation in der Gesamtschau eher stabil.¹⁸⁵

Abbildung 12: (Wahrgenommene) Wirkungen im Bereich Rechtsextremismus

Art	Bereich	Gültige Fälle	Mittelwert 2016	Mittelwert 2018	Differenz (Cohens D)	Eta ¹⁸⁶	Trianguliert
Stabilisierung/ Aufrechterhaltung	Situationskenntnis rel. Akteur/innen zu rechtsextremen Erscheinungsformen	153	3,84	3,73	-0,12 (0,14)	0,13	Ja
	Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen	153	3,54	3,53	-0,01 (0,01)	0,13	Ja
	Intersektorale Kooperation bei rechtsextrem motivierten Vorfällen	153	3,79	3,56	-0,23 (0,26)	0,11	Ja
	Kontinuierliche und proaktive Auseinandersetzung	153	3,52	3,55	0,03 (0,03)	0,18	Ja
	Kompetenz staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur/innen im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Rechtsextremismus	153	3,52	3,58	0,07 (0,08)	0,16	Nein

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=153), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben.

4.3.3.2 Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl

Im Jahr 2015 waren angesichts der deutlich gestiegenen Zuwanderung sowohl eine beeindruckende Willkommensbewegung als auch Hass und Gewalt gegen geflüchtete Menschen zu beobachten.¹⁸⁷ Vor diesem Hintergrund adaptierte ein Großteil der Partnerschaften entsprechende Schwerpunkte und engagiert sich auch heute noch auf lokaler Ebene gegen die Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl. Dabei agieren sie in einem Spannungsfeld, in dem rechtsextreme Akteursgruppen Konflikte um Migration zu nutzen suchen, um den

184 Mit Blick auf die weiteren Teilaspekte des Wirkbereichs ergaben sich entweder keine statistisch fundierten Hinweise oder keine einhellige Bestätigung an mindestens zwei Standorten des qualitativen Samples.

185 Vgl. Tabellen 87 und 88 im Anhang.

186 Die hier abgebildeten Werte deuten auf (nach Cohen 1988) kleine statistische Zusammenhänge hinsichtlich des Stellenwerts der Auseinandersetzung und der Veränderungen der Situationseinschätzung zwischen den Jahren 2016 und 2018 hin. Da die Intensität der Auseinandersetzung wiederum in engem Zusammenhang mit dem Problemdruck vor Ort steht, liegt hier die Vermutung nahe, dass die regionalen Kontexte einer deutlicheren Ausprägung etwaiger Beiträge der Partnerschaften entgegenstehen. Die Rolle des Problemdrucks als Drittvariable ist künftig weiter zu prüfen. Auch die vergleichsweise geringe Besetzung der Kategorie „niedriger Stellenwert“ legt eine vorsichtige Interpretation der Ergebnisse nahe, da sich Unterschiede vorrangig aus den Vergleich zwischen „mittlerem“ und „hohem Stellenwert“ ergeben und nicht wie in einem klassischen Vergleichsgruppendesign auf „kein treatment“ und „treatment“. Da jedoch keine weitere Quasi-Kontrollgruppe zur Verfügung steht, werden die entsprechenden Maße trotzdem herangezogen.

187 Vgl. Küpper/Zick 2016, S. 13.

Anschluss an größere Bevölkerungsteile herzustellen.¹⁸⁸ So berichteten Koordinator/innen neben Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen gegenüber Geflüchteten u.a. von einer Vermischung unterschiedlicher Gruppen im Zuge von Protestkundgebungen.¹⁸⁹

Zugleich bemühen sich Partnerschaften für Demokratie darum, eine gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens anzuregen und eine Grundhaltung der Offenheit zu stärken.¹⁹⁰ Kulturelle Vielfalt soll als Bestandteil des Gemeinwesens akzeptiert werden und sich eine anerkennende, wertschätzende Kommunikation entwickeln.¹⁹¹ Besondere Bedeutung kommt dabei aus sozialpsychologischer Perspektive dem Dialog zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen zu: Etwaige Verunsicherungen müssten aufgegriffen und Bedarfen nach Erklärung sachorientiert begegnet werden, um verzerrten Wahrnehmungen oder extremen Reaktionen vorzubeugen. So hätten in dieser Hinsicht unbefriedigte Bedürfnisse in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass sich Bürger/innen einfachen Erklärungen populistischer Akteursgruppen zuwenden würden.¹⁹² Hier knüpfen Partnerschaften für Demokratie an, greifen entsprechende Fragestellungen unter anderem im Rahmen von Bürgerforen auf und streben danach, einen konstruktiven Dialog als Grundlage der Annäherung und inhaltlichen Auseinandersetzung zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu etablieren.

„Und zwar ist es ja so, dass wir versuchen, zum Beispiel anhand von Bürger/innen-Foren oder verschiedenen Informations- oder Bildungsveranstaltungen, immer mit den Bürger/innen ins Gespräch zu kommen. [...]. Da sind dann auch immer die Stadtratsfraktionen vertreten.“ (SInt 2_61)

„[In der Förderregion herrscht, Anm. d. Verf.] ein konstruktiver Umgang. Also was stattfindet, ist, denke ich, dass gerade ja auf der politischen Ebene – also ich denke jetzt an die ganzen Bürgermeister, kleine Städte und kleine Dörfer und so – dass die sehr wohl auf dem Schirm haben: Okay, Geflüchtete sind da. [...]. Oder es nützt nichts sozusagen, gegen diese zu hetzen. Sondern im Gegenteil: Wir müssen Informationen sachlich bearbeiten und da möglichst transparent auch sein. [...]. Und ich glaube, das tut der Region gut, ist für den Landkreis gut da, dass die Bürgermeister sensibel sind.“ (SInt 1_305)

Allerdings stünden derartige Bemühungen im Kontrast u.a. zu erhitzt geführten Wahlkämpfen auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems. Auch die Reichweite des medialen Diskurses im Internet bietet mögliche Erklärungen dafür, weshalb auf statistischer Ebene keine Effekte erkennbar sind.

„Also [...] naja, es ist immer so eine Sache ob gerade Wahlkampf ist oder nicht. Und wir [...] kommen jetzt wieder in die Wahlkampfphase, [...] wo einige Parteien

188 Vgl. Teune 2016, S. 55.

189 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 74-75. Auf statistischer Ebene finden sich Hinweise auf derlei phänomenbezogene Schnittpunkte im Zusammenhang des wahrgenommenen Problemdrucks beider Bereiche und auch die Wissenschaftliche Begleitung des Vorgängerprogramms wies auf rassistisch motivierte Mobilisierungen hin, die durch rechtsextreme und -populistische Akteursgruppen sowie teilweise von lokalen Bürgerinitiativen getragen würden (vgl. ISS/Camino 2014, S. 51). Kurt Möller beschreibt in dieser Hinsicht auf der Einstellungsebene „Diffundierungsprozesse von Elementen rechtsextremer Haltungen in die Breite der Gesellschaft“ (Möller 2014, S. 219).

190 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 64.

191 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 120.

192 Vgl. Wagner 2016, S. 65.

auch gucken, dass sie draufhauen können, ne? [...]. Also wir haben ein spannendes Jahr vor uns.“ (Slnt 6_102)

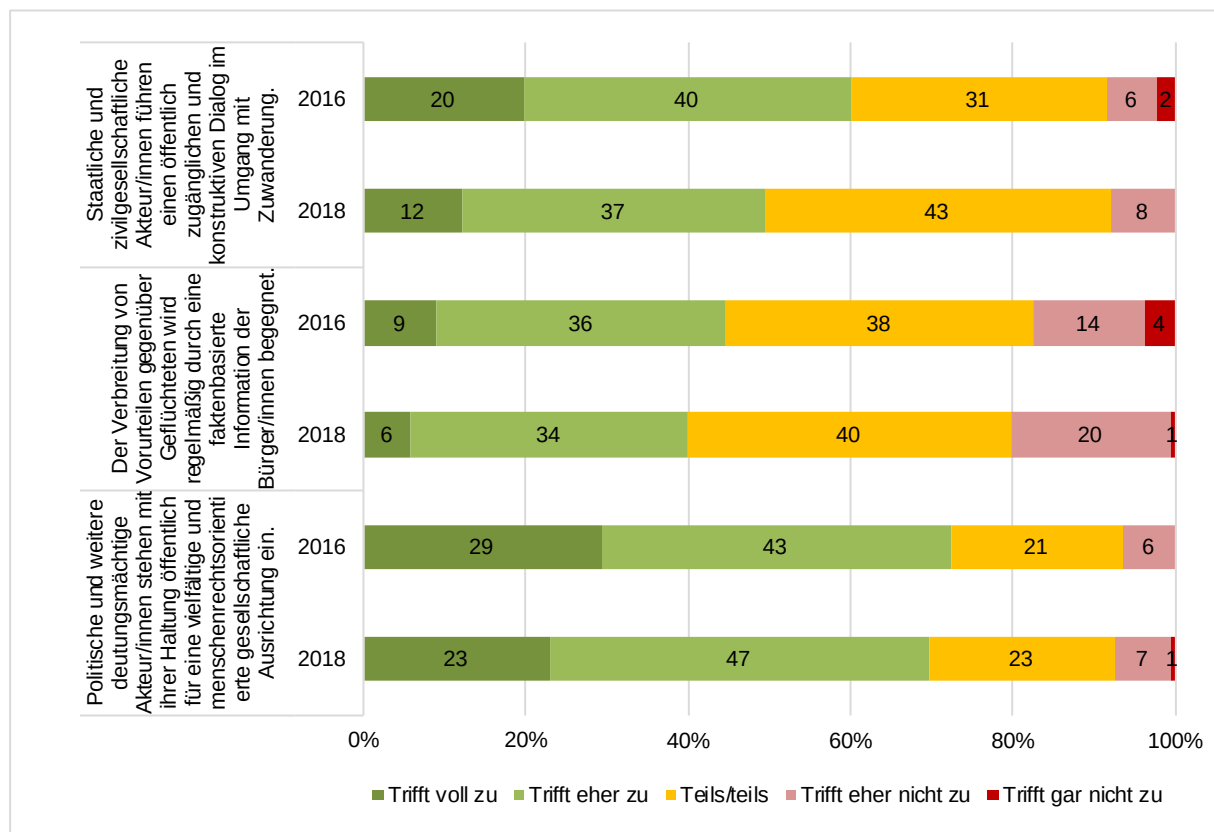
„Mit der Ankunft der Geflüchteten im Jahr 2015 und der Eröffnung der ersten Unterkünfte [...] gab es dann so eine Infoveranstaltung [...]. Dann hat der von der Regierung, nach meinem Dafürhalten, auf sehr fragwürdige Art und Weise versucht, die Leute ein wenig aufzuklären, was da auf sie zukommt. Und hat dann irgendwas von Müll aus dem Fenster werfen erzählt. [...]. In den Behörden ist da durchaus, auch vor allem was interkulturelle Kompetenz und so angeht, auf JEDEN Fall noch was zu leisten.“ (Slnt 1ext_39)

Zugleich wurde schon in der Vergangenheit die Breitenwirkung bzw. die Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit im Zuge solcher Kooperationsarrangements als entwicklungsbedürftig beschrieben, weshalb die umfassende Gestaltung entsprechender Diskurse ein für die Partnerschaften nur schwer erreichbares Ziel darstellen dürfte.¹⁹³ Dabei entwickelt sich aus Perspektive der Befragten insbesondere in den neuen Bundesländern der öffentliche Dialog wie auch die wahrnehmbare Positionierung der Politik bzw. von deutungsmächtigen Akteur/innen in eine aus Programmsicht weniger wünschenswerte Richtung, wenngleich sie bundesweit nach wie vor auf hohem Niveau zu sein scheint.¹⁹⁴

193 Vgl. ISS/Camino 2014.

194 Genauer nahm der Anteil jener, die der Aussage „Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung“ voll und ganz oder eher zugestimmt haben, in den neuen Bundesländern von 59% im Jahr 2016 auf 32% im Jahr 2018 und somit um 27 Prozentpunkte ab. In den alten Bundesländern blieb dieser vergleichsweise stabil (2016: 60%, 2018: 61%). Der Anteil jener, die die Aussage „Politische und weitere deutungsmächtige Akteur/innen stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein“ mit „Trifft voll zu“ oder „Trifft eher zu“ eingeschätzt haben, nahm in den neuen Bundesländern um 12 Prozentpunkte ab. In den alten Bundesländern blieb dieser hingegen relativ stabil. Diese Anteile beziehen sich auf Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben. Vgl. Tabellen 91, 92, 93 und 94 im Anhang.

Abbildung 13: Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl in den Jahren 2016 und 2018 (1)¹⁹⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Partnerschaften für Demokratie gestalten Gelegenheiten zum Abbau von Vorurteilen.

Erfolgreich, unter Rückgriff auf sozialpsychologische Mechanismen gut begründbar und mit Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit hoch aktuell gestaltet sich das Engagement der Partnerschaften auf der Ebene interpersonaler Beziehungen. So wiesen Oliver Decker und Elmar Brähler im Jahr 2016 auf die zunehmende Betonung von Gruppenidealen in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung hin.¹⁹⁶ Die solchen Prozessen zugrundeliegenden zwischenmenschlichen Kategorisierungen tragen besonderes konflikteskalierendes Potential in sich, falls mit den jeweilig anderen Gruppen negative Emotionen wie z.B. Angst oder Hass verbunden sind.¹⁹⁷ Also z.B. dann, wenn die Ablehnung des Fremden und insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund Kristallisationspunkte bilden.¹⁹⁸ Der Informations- und vor allem kontaktbasierte Abbau entsprechender Vorurteile ist eine effiziente

¹⁹⁵ Vgl. Tabellen 89 und 90 im Anhang.

¹⁹⁶ Vgl. Decker/Brähler 2016, S. 134.

¹⁹⁷ Vgl. z.B. Stephan/Renfro 2002.

¹⁹⁸ Vgl. Decker/Brähler 2016, S. 134.

Strategie, um derlei Kategoriengrenzen zu überwinden¹⁹⁹ und gehört zu den am weitesten verbreiteten²⁰⁰ und erfolgreich umgesetzten Handlungselementen der Partnerschaften. So zielen u.a. Begegnungsprojekte auf die Ermöglichung konkreter zwischenmenschlicher Erfahrungen. Im Rahmen von Festen, Koch-, Musik- und Gartenbauprojekten werden Intergruppenkontakte gefördert und auf den Abbau von Ängstlichkeit, Distanz und Vorurteilsbereitschaft hingewirkt.

„Die beschäftigen sich dann unweigerlich mit: Warum bauen die das an und nicht wie [wir, Anm. d. Verf.] immer das? Was ist das überhaupt für ein Gemüse? Warum essen die das? Und warum essen die das jetzt nicht? Und die setzen sich dann halt mit denen auseinander und dann kommt das Verständnis. Das ist einfach so ein erprobtes Ding.“ (Slnt 3_97)

Bemerkenswert ist, dass die entsprechenden Maßnahmen keineswegs in Gänze auf die einmalige Anbahnung von Kontakten ausgerichtet sind, sondern mitunter auch als längerfristige Formate konzipiert wurden (z.B. Begegnungsstätten). Zwar verbleibt die Nutzung solcher Gelegenheiten zum Abbau von Vorurteilen auf aggregierter Ebene weitgehend konstant, sie steht jedoch im Zusammenhang mit der Engagementintensität der Partnerschaften und wird extern bestätigt (vgl. Abb. 14). Partnerschaften schaffen demnach nicht nur Gelegenheiten zum Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung auf lokaler Ebene, sondern befördern auch ihre Nutzung z.B. in fortgeschrittenen Phasen des medialen Aufmerksamkeitszyklus.

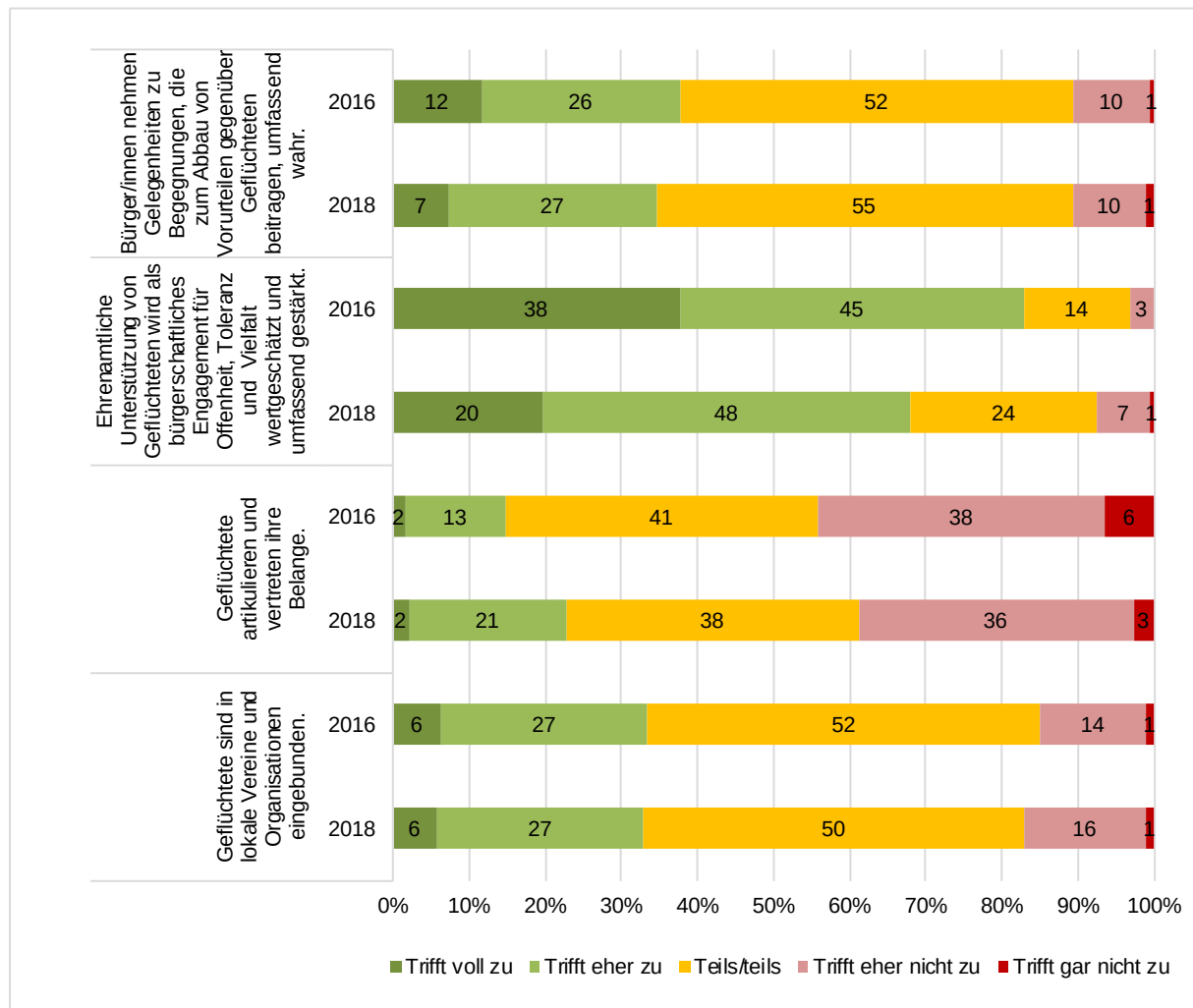
„Die werden wahrgenommen, wo [...] sie angeboten werden. Aber ich sehe das gerade im Moment als Thema an, dass man das wieder verstärkt. Ich habe so bisschen den Eindruck, so 2015/16, da waren alle ganz scharf auf dieses Thema Flüchtlinge. Und jetzt [...] ist gerade im Moment so bisschen der Eindruck da: Na, jetzt, jetzt haben wir es ja geschafft, so ungefähr. Jetzt sind sie ja da, jetzt sind sie ja integriert. Und das glaube, genau jetzt ist die Phase, wo man das nochmal hochhalten muss, dieses Thema Begegnung.“ (Slnt 4_167)

„Erstens Begegnungsmöglichkeiten. Das gab es auch oder das gibt es auch. Mit einem Café, was da drinnen betrieben wird. Wo eben Flüchtlinge als auch eben Einwohner irgendwie zusammenkommen können.“ (Slnt 2ext_87)

199 Vgl. Wagner 2016, S. 66.

200 94% der zum damaligen Zeitpunkt 218 geförderten Partnerschaften für Demokratie gaben im Jahr 2016 an Möglichkeiten der Begegnung unterschiedlicher Gruppen zu schaffen und stimmten dem zugehörigen Statement eher oder voll zu. Vgl. ISS/Camino 2016, S. 59.

Abbildung 14: Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl in den Jahren 2016 und 2018 (2)²⁰¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Der Rückhalt des ehrenamtlichen Engagements geht zurück.

Über den Abbau von Vorurteilen hinaus kann die aktive Gestaltung von Vielfalt auch die Beförderung eines selbstbestimmten Zusammenlebens aller Bürger/innen beinhalten. Diesbezüglich stützen Partnerschaften erstens das Engagement für geflüchtete Menschen und engagieren sich in der Koordinierung und Qualifikation von Ehrenamt.²⁰² Dabei werde zwar versucht Ermüdungserscheinungen entgegenzuwirken und ein positives Klima zu erhalten.

„Ich glaube, es würde einige Menschen und einige Initiativen ziemlich ausbrennen. Also, die dann trotzdem hier aktiv wären, aber die menschlichen und zeitlichen

201 Vgl. Tabellen 89 und 90 im Anhang.

202 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 120.

Ressourcen wären sehr, sehr eingeschränkt. Und die Motivation wäre auch weniger.“ (SInt 6_86)

Insgesamt jedoch nimmt der hohe Rückhalt ehrenamtlicher Unterstützung im Themenfeld ab. So stimmten im Jahr 2016 noch 83 % der Befragten dem Statement „Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt“ (eher) zu. Im Jahr 2018 sank dieser Anteil um 15 Prozentpunkte und ging sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern zurück.²⁰³

„Also [...] zum Beispiel 2015 [...] war es sehr, sehr gut, also die Hilfsbereitschaft war enorm. Das zivile Engagement war enorm. Und dann gab es so einen Knick. Das waren [Bezug zu Ausschreitungen in einer Aufnahmeeinrichtung, Anm. d. Verf.] und dann eben auch die Aufmärsche stattgefunden haben, da gab es diesen Knick des Engagements. Und da gab es auch diesen Knick der Akzeptanz. Das muss man so sagen. Und dann eben widerliche Wahlkampfauftritte, die eben nochmal das Ganze verstärkt haben, verschärft haben. Da war ein Bundestagswahlkampf dazwischen mit allen Kandidaten [...], danach, wie gesagt, noch ein Oberbürgermeisterwahlkampf, der auch sehr, sehr populistisch geführt wurde [...], sodass das Verhältnis der Bürger zu den Asylbewerbern sich schon in der Zeit stark verschlechtert hat.“ (SInt 2ext_201)

Neben der Unterstützung Engagierter war zweitens auch die Befähigung von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen zur selbstständigen Interessenvertretung ein prominentes Handlungselement lokaler Partnerschaften für Demokratie.²⁰⁴ Hierunter fallen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe zum Beispiel Lotsen- oder Lernprojekte.²⁰⁵ Diesbezüglich ist zwar eine leicht positive Entwicklung erkennbar, eine umfassende Artikulation der jeweiligen Belange durch Geflüchtete erweist sich jedoch als anspruchsvolles bzw. langfristig angelegtes Ziel.

„Das machen die. Und das hilft sehr viel. Und darüber eben auch spielerisch lernen zum Beispiel auch die Sprache, Verständigung, Sitten und Normen. Also, nein, das klingt jetzt schon wieder total ekelhaft. Aber alles so, also eben dieses Ankommen, dieses in Deutschland ankommen und sich zurechtfinden und orientieren, dabei helfen die sehr, sehr stark.“ (SInt 2ext_87)

In der Zusammenfassung zeichnen sich im Untersuchungszeitraum in nahezu allen Teilbereichen leicht negative Tendenzen ab. Angesichts des Problemdrucks und der oftmals außerhalb der Reichweite der Partnerschaften liegenden gesamtgesellschaftlichen Einflüsse erscheinen weitreichende Wirkungen in die Breite der Bevölkerung hinein zwar schwer erreichbar, allerdings gelingt es dennoch wichtige Voraussetzungen zum Abbau von Vorurteilen zu schaffen und Impulse für die positive Gestaltung interkulturellen Zusammenlebens zu setzen.

„Also es ist schwer. Weil wir sehen momentan die Effekte mit [...] einer rückgehenden Wahlbeteiligung, wir sehen Effekte mit einer zunehmenden Entwicklung des Rechtspopulismus - flächendeckend. Ich möchte mal unterstellen, dass wenn wir kein aktives Bündnis hätten, was gute aktive Arbeit machen würde, könnte es oder

²⁰³ Vgl. Tabellen 96 und 97 im Anhang.

²⁰⁴ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 59.

²⁰⁵ Vgl. ISS/Camino 2015, S. 118.

würde es wahrscheinlich in [der Förderregion, Anm. d. Verf.] noch viel schlimmer aussehen.“ (SInt 2ext_73)

Abbildung 15: (Wahrgenommene) Wirkungen im Bereich der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl

Art	Bereich	Gültige Fälle	Mittelwert 2016	Mittelwert 2018	Differenz (Cohens D)	Eta ²⁰⁶	Trianguliert
Stabilisierung/ Aufrechterhaltung	Etablierung von Begegnungsmöglichkeiten, die zum Abbau von Vorurteilen beitragen	188	3,38	3,30	-0,08 (0,10)	0,159	Ja

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=159), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

4.3.3.3 Demokratiedistanz

Die inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften auf den Bereich der Demokratieförderung erfolgt unter unterschiedlichen Vorzeichen. So stellt Demokratieförderung zunächst einen für sich stehenden Arbeitsschwerpunkt dar, der z.B. in Förderregionen mit einer als eher passiv beschriebenen politischen Kultur adressiert wird.²⁰⁷ Darüber hinaus kann sie als positive Wendung von Ansätzen erscheinen, die explizit gegen menschenfeindliche Erscheinungsformen zu wirken suchen und in diesen Fällen als in der Breite der Bevölkerung anschlussfähigeres Leitziel dienen. Sowohl als eigenständiger Schwerpunkt als auch als gemeinsamer Nenner unterschiedlicher Ansätze gehört die aktive Demokratieförderung zu den am häufigsten adressierten Bereichen der Partnerschaften.

„Wir merken es ja jetzt, dass wir aufpassen müssen auf unsere Demokratie. Und wenn so etwas gemacht wird und so viele Leute engagieren sich und gehen nach außen und treten dafür auf, dass man da wirklich drauf aufmerksam macht. Ich halte es mittlerweile leider nicht mehr so ganz für selbstverständlich. Lange Zeit haben wir ja überhaupt keine Angst haben müssen um Demokratie in unserem Land.“ (SInt 5ext_12)

Unabhängig der Beweggründe relevant ist die Entwicklung einer aktiven Beteiligungskultur vor Ort. Denn Partizipation, darüber sind sich Praktiker/innen und Expert/innen einig, kann sowohl gegen demokratie- als auch menschenfeindliche Einstellungen immunisierend wirken, wenn sie die Umsetzung entsprechender Werte und demokratische Einmischung erlebbar macht. Hier setzen Partnerschaften auf mindestens zwei Ebenen an. Auf der Ebene des Individuums suchen sie zum Beispiel in Kooperation mit Schulen demokratie- und partizipationsrelevante Kompetenzen zu fördern und Interesse bzw. Fähigkeiten zur Beteiligung zu stärken. Auf der

²⁰⁶ S. Fußnote 186.

²⁰⁷ Vgl. ISS/Camino 2017, S. 72.

Ebene von Organisationen und Institutionen suchen sie u.a. mit Blick auf Netzwerke und Vereine Möglichkeitsräume bürgerschaftlichen Engagements zu gestalten.²⁰⁸

Partnerschaften für Demokratie stärken zivilgesellschaftliche Netzwerke und Zusammenschlüsse.

In organisationaler bzw. institutioneller Hinsicht gelingt es gut, Kristallisationspunkte zivilgesellschaftlichen Engagements zu stärken, auszubauen und zu aktivieren. So wurden an 53 % (89) der Standorte, die diesen Arbeitsschwerpunkt in den Jahren 2016 und 2018 adressierten (169), neue Netzwerke gegründet, an 73 % (124) bestehende Netzwerke durch neue Akteur/innen erweitert bzw. in 66 % (112) der Förderregionen dazu angeregt, die Themenstellungen der Partnerschaften aufzugreifen.²⁰⁹ Dabei richten sich die Bemühungen auch ganz unmittelbar an vor Ort aktive Vereine und Strukturen, welche die Themen der Partnerschaft an ihre Mitglieder herantragen und somit einen Beitrag zur (Re-)Vitalisierung der partizipativen Komponente leisten können.

„Und gesagt: Liebe Feuerwehr, seid ihr nicht auch mal offen für ein Projekt bei Demokratie leben!? Weil wir unter anderem durch gewisse Akteure auch wissen, dass unsere Feuerwehr oder Teile der Feuerwehr mal ein bisschen in der Gefahr waren, unterwandert zu werden. Das hat sich erübrigt. Aber trotzdem ist die Feuerwehr schon auch so ein bisschen bei uns klassisches Spielfeld für Menschen, die eher eine rechtere Gesinnung haben, um es noch so ein bisschen freundlich auszudrücken. Und da haben wir immer gesagt: Mensch, das wissen wir, die Problematik kennen wir. Und sind aber dann nicht zu der Feuerwehr gegangen und sagen/ und haben gesagt: Wollt ihr nicht mal ein Projekt gegen Rechts machen? [...]. Sondern haben eben eher so gegraben und gesagt: Wollt ihr nicht mal ein Projekt zu Beteiligungsformen innerhalb der Feuerwehr machen? Also wie werden denn eure Feuerwehrwarte gewählt? Und was habt ihr für Strukturen?“ (Sint 5_175)

Angesichts der beschriebenen Impulse überraschend erscheint der Befund, wonach die mit Blick auf die Vitalisierung der politischen Kultur durch Bürgernetzwerke und Vereine erreichten Fortschritte (vgl. Abb. 16) aus statistischer Perspektive nur bedingt mit der Intensität des Engagements der Partnerschaften in Verbindung stehen. Zumal im Rahmen des Vorgängerprogramms diesbezüglich bereits Erfolge erzielt worden sind und sich das Instrument in seiner grundsätzlichen Anlage bewährt hat.²¹⁰ Eine mögliche Erklärung, die über zum Beispiel in Flächenlandkreisen schwierigen Voraussetzungen oder eine zu geringe Reichweite hinaus geht, bietet der Betrachtungszeitraum der Untersuchung beginnend ab dem Jahr 2016. Dieser verschleiert möglicherweise die Rolle der Partnerschaften und klammert ggf. zentrale Momente der Aktivierung aus. Führt man sich vor Augen, dass die Funktion als Netzwerkmanager/innen schon in der konzeptionellen Anlage der Förderarrangements angelegt ist und sich sowohl in den zentralen Aufgabenbereichen als auch den Strukturen widerspiegelt, erscheint es naheliegend, dass erste aktivierende Effekte bereits zeitnah im Anschluss an die Implementierung

208 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 50ff.

209 Vgl. Tabelle 95 im Anhang.

210 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 45.

der Förderarrangements z.B. im Zuge der Einberufung der Begleitausschüsse und der Gestaltung der Unterstützernetzwerke erzielt werden konnten.

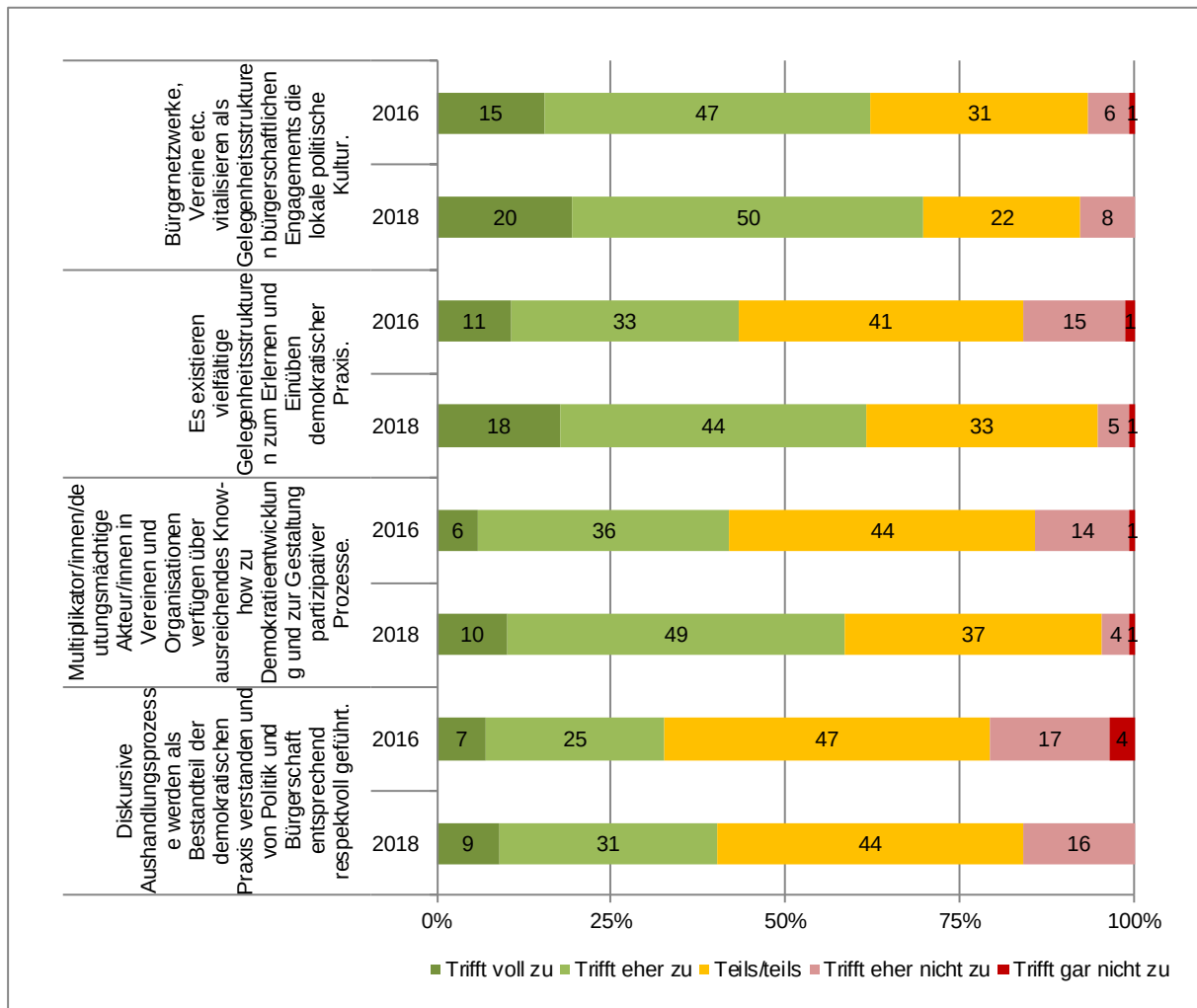
„Aber ich habe das Gefühl, dass sich in den letzten Jahren etwas geändert hat. Dass mehr Leute sagen: Wir möchten gerne mitmachen, wir möchten irgendwie uns einbringen und nicht nur meckern. Das hört man öfter. Weil man kommt einfach mehr mit Leuten ins Gespräch. [...]. Das war vorher nicht so. Und das sind so Sachen, wo ich dann sehe dann: Das greift über. Da verbindet sich was. Das geht nicht so von heute auf morgen, aber das erkennt man dann. Und die sind wirklich aktiv und sind eben, wie gesagt, auch an den Sportvereinen dran. Und so kommen Jugendliche - und Menschen, egal – mit anderen ins Gespräch. Und irgendwo ist das so, wird das eine größere Gemeinschaft.“ (SInt 5ext_72)

Dies gilt auch für die Implementierung von Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen und Einüben demokratischer Praxis. Denn diese sind mit den Jugendforen schon konzeptionell in den Partnerschaften verankert. Sie eignen sie sich als Übungsfelder, in denen Erfahrungen mit demokratischen Prinzipien ermöglicht und Heranwachsende dazu ermuntert werden, Demokratie als Lebens- und Regierungsform anzunehmen und daran mitzuwirken. Aber auch darüber hinaus berichten die qualitativ Befragten von der Gestaltung von Möglichkeitsräumen, in denen junge Menschen Demokratie erfahren können (z.B. in Form der Etablierung eines Jugendkreistags oder von Jugendparlamenten). Entsprechend nehmen die Koordinator/innen im Zeitvergleich relativ große Fortschritte wahr (s. Abb. 16).

„Dann glaube ich auch, dass bei uns sehr viel auch das Jugendforum erreicht hat, [...] dadurch jetzt [...] Jugendliche und junge Erwachsene [...] selber für sich da Plattformen finden. Ja, dadurch, dass wir jetzt eben auch das mit dem Jugendforum angestoßen haben, dass es ein echtes Jugendparlament geben wird mit Entscheidungsbefugnis.“ (SInt 5_39)

Zwar bildet sich erneut kein nennenswerter Zusammenhang zwischen dem Stellenwert des Arbeitsschwerpunkts in den Partnerschaften und der Situationswahrnehmung ab, da jedoch entsprechende Strukturen unabhängig der inhaltlichen Ausrichtung an sämtlichen Förderstandorten implementiert worden sind, liegt dieses Ergebnis durchaus im Rahmen des Erwartbaren. So wäre eine mögliche Lesart, dass mit den Jugendforen die Vielfalt der Gelegenheitsstrukturen vor Ort schon im Zuge der Implementierung der Partnerschaften gefördert wird, so dass es keiner intensiven Bearbeitung des Schwerpunktes bedarf um hier erste Erfolge zu erzielen.

Abbildung 16: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Demokratiedistanz in den Jahren 2016 und 2018 (1) ²¹¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

Partnerschaften für Demokratie regen den Abbau von Partizipationshürden an.

In Ergänzung zu den beschriebenen Bereichen fokussieren Partnerschaften für Demokratie auch die Individualebene. Neben Projekten, die sich unmittelbar an die jeweiligen Zielgruppen richten,²¹² werden dabei in bewährter Weise Fachlichkeit und Kompetenzen von Multiplikator/innen bzw. deutungsmächtigen Akteur/innen z. B. im Rahmen von Schulungen oder Fortbildungen adressiert.

„Was heißt das denn eigentlich tatsächlich für mich als Erwachsenen, als Sozialarbeiter oder Sozialarbeiterin, wenn ich wirklich junge Menschen beteiligen möchte. Und da versuchen wir halt immer wieder: Das braucht es, Macht abgeben. Was weiß ich was da nicht noch alles mit einhergeht. Und das versuchen wir ei-

²¹¹ Vgl. Tabellen 98 und 99 im Anhang.

²¹² Vgl. ISS/Camino 2017, S. 68.

gentlich immer wieder in allen Bereichen irgendwo zu platzieren, um ja so ein bisschen die Selbstreflektion der Leute anzuregen die arbeiten. Also immer wieder das braucht es. Wenn ihr das wollt, braucht es das.“ (Slnt 10_168)

Schon die ähnlich konzipierten Lokalen Aktionspläne der vorangehenden Bundesprogramme trugen zur (Fort-)Entwicklung des Know-Hows im Bereich Demokratieentwicklung und der Gestaltung partizipativer Prozesse bei und auch die Partnerschaften zeigen sich in dieser Hinsicht zumindest aus statistischer Perspektive als wirksam. Genauer bilden sich die wahrgenommenen Fortschritte in einer Zunahme des Anteils jener Koordinator/innen, die der entsprechenden Aussage voll oder eher zustimmen, um 17 Prozentpunkte ab. Auch Eta und Cohens D entsprechen den festgelegten Bedingungen. Allerdings wurden in den Interviews die Effekte nur an einem Standort zugleich aus interner als auch aus externer Perspektive beschrieben. Zwar kann somit nicht von einer multiperspektivisch bzw. –methodisch gesicherten Wirkungswahrnehmung gesprochen werden, die deutlichen quantitativen Fortschritte in Ergänzung mit dem Einsatz von bewährten Formaten wie Demokratietrainings legt dennoch eine gewisse Wirkfähigkeit der Partnerschaften nahe.

„Da bekommt man ja ganz neue Denkansätze und ganz neues Wissen vermittelt. Oder anderes Wissen. Nicht unbedingt neu, aber anderes. Also ist nochmal eine andere Herangehensweise. Und das ist für die Teilnehmer sehr spannend und das nimmt man natürlich auch in den Alltag mit. Darum ja, also ein klares Ja.“ (Slnt 5_71)

Die bisherigen Ausführungen fokussieren vorrangig auf die Stärkung des Interesses der Bevölkerung für demokratische Prozesse bzw. die Förderung von Beteiligungsmöglichkeiten im zivilgesellschaftlichen Kontext und weniger auf Demokratieentwicklung durch Verwaltung und Politik. Entstehende Beteiligungswünsche sollten im Idealfall jedoch auch von staatlichen Akteuren aufgenommen bzw. gestärkt werden – z.B. um politische Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen bzw. politischer Deprivation entgegenzuwirken. Zwar lässt sich diesbezüglich kein Schub in Richtung einer beteiligungsorientierten und bürgernahen Öffnung von Politik und Verwaltung erkennen (vgl. Abb. 17). Dennoch werden im Zuge der qualitativen Forschung durchaus Erfolge im Sinne des Abbaus von Partizipationshürden beschrieben, die insbesondere mit aktivierten Einzelpersonen in Verbindung zu stehen scheinen.

„Wir haben mit dem Bürgermeister gesprochen und haben gesagt, dass das eine gute Methode wäre, mit den jungen Menschen zu sprechen. Und daraufhin, haben wir bei der Feuerwehr eine Jugendsprechstunde gemacht. Und er ist dazu auch gekommen und hat sich mit denen auseinandergesetzt. Und hat dann von sich aus zu uns gesagt, dass er das sehr sinnvoll findet und das vielleicht auch regulär – was weiß ich – alle viertel Jahre anbieten würde. Und das wollte er in seinem Büro machen. Da haben wir darauf hingewirkt, dass es vielleicht nicht so cool ist, weil die Jugendlichen da schon Hürden sehen, da ins Rathaus zu kommen und sich bei ihm da an den Schreibtisch zu setzen. Und daraufhin findet das jetzt in offenen Einrichtungen der Jugendhilfe statt.“ (Slnt 3_243)

Letztlich bleibt die Klassifizierung des Effekts als „stabilisierend/aufrechterhaltend“ allerdings etwas unpräzise (s. Abb. 18), da die ausbleibende Veränderung vermutlich nur bedingt mit einem hohen Problemdruck bzw. Situationsveränderungen, sondern eher durch die grundsätzlich schwer zu erzielenden Erfolge zu erklären ist.

Es fehlen [der/m Koordinator/in, Anm. d. Verf.] vielleicht manchmal, ich sage mal, die Partner dazu, also die, die Vielzahl Zahl an Partner. [...]. Zum Schluss stand ich da fast alleine da. Ja. Das ist dann ein bisschen schade. Also, sage ich auch mal, wenn man den Anspruch hat als aktueller Kommunalpolitiker, dass man auch Nachwuchs ziehen will – egal, ob das für [Auflistung mehrerer politischer Parteien, Anm. d. Verf.], was man da so alles hat, ein Kaninchenzüchterverein, egal wo – der muss auch den Anspruch haben, Zeit dafür aufzubringen, das zu erklären, das zu vermitteln und, ja, diesen Mitmacheffekt hinzukriegen.“ (SInt 3ext_69)

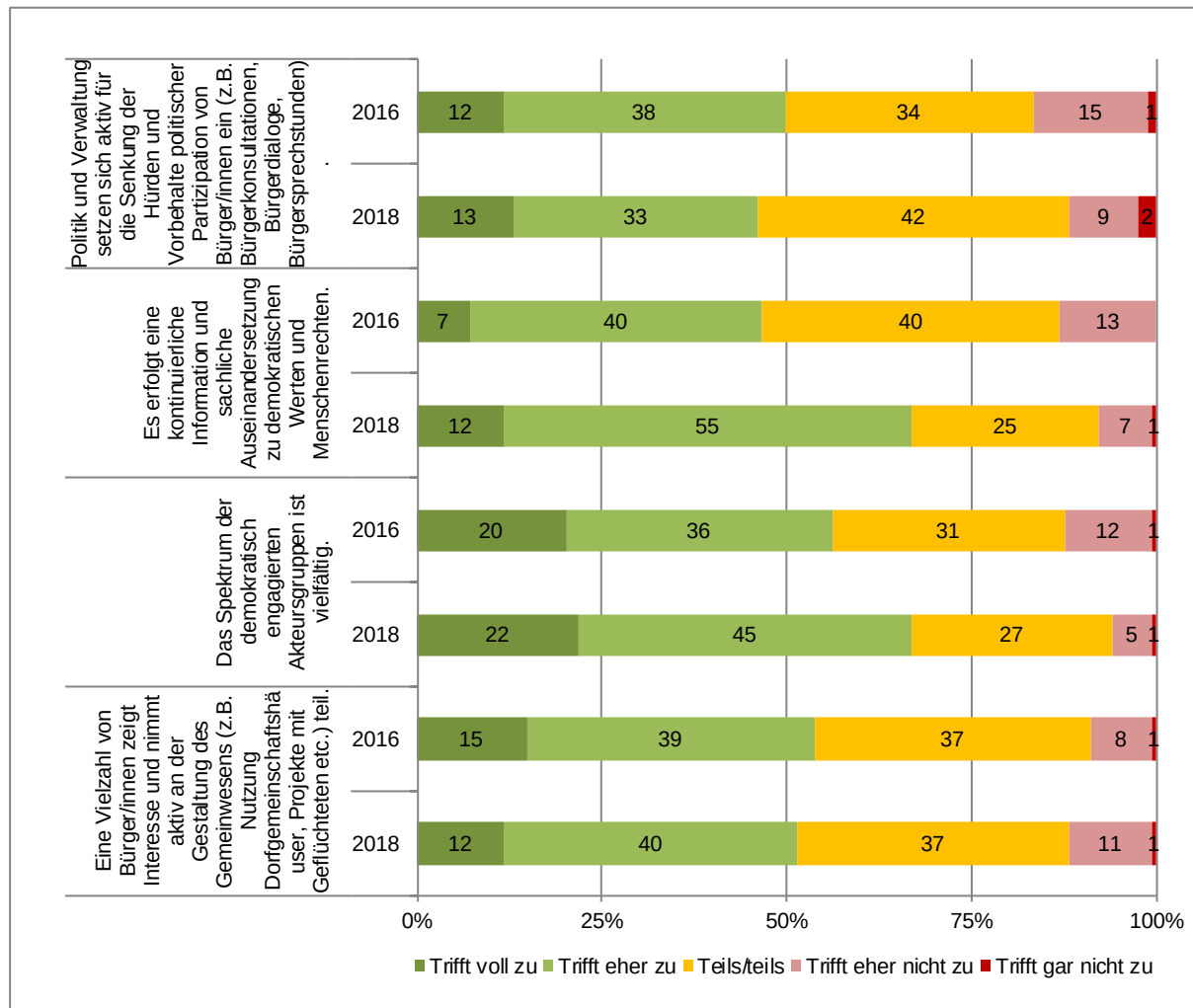
Partnerschaften für Demokratie tragen dazu bei, dass Aushandlungsprozesse diskursiv und respektvoll geführt werden.

Weniger auf die Schaffung von Voraussetzungen politischer Beteiligung, sondern stärker auf die konkrete Ausgestaltung politischer (Aushandlungs-)Prozesse bezogen ist schließlich die Frage nach einer Form des gemeinsamen Umgangs bzw. danach, inwiefern sich Werte wie Toleranz und Vielfalt als demokratische Zumutungen in den Diskursen von Politik und Bürgerschaft wiederfinden lassen. Hier ist es durchaus bemerkenswert, dass leicht positive Veränderungen wahrgenommen werden (s. Abb. 16), die zudem im Zusammenhang mit den Bemühungen der Partnerschaften zu stehen scheinen und sich in Form eines leicht positiven Effekts im Sinne der Programmsteuerung abbilden. In den qualitativen Interviews werden diesbezüglich unter anderem Dialogformate wie z.B. Bürgerforen zur Auseinandersetzung mit aktuellen Themen angeführt, auf die Einübung relevanter Kompetenzen z.B. im Zuge der Einübung von Reden hingewiesen oder auf in Kooperation mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zum gemeinsamen Umgang verfasste und als normierende Grundlage des Handelns akzeptierte Leitlinien verwiesen.

„Naja, wenn man sich bestimmte Spielregeln gibt, dass man sagt also, wir wollen so und so miteinander umgehen, das war ja so der Hintergrund. [...]. Aber ich kann jetzt nicht so auf die einzelnen eingehen, weil ich die nicht mehr im Kopf habe. Aber wenn man nach bestimmten Richtlinien sich miteinander auseinandersetzt, [...] dann nimmt das ja schon mal ganz viel Spannung da raus und jeder muss sich da so ein bisschen dran halten.“ (SInt 5ext_106)

„Aber das ist eine sehr gelungene Form von Beteiligung. Die dürfen die Themen selber gestalten, [...] welche Beschlussvorlagen sie fassen wollen. Sie trainieren ihr politisches Engagement, indem sie [...] zur Kreistagssitzung Reden halten müssen, dürfen, können – je nachdem. [...]. Der [Kreistagsvorsitzende, Anm. d. Verf.] ist mit dabei und der leitet die mit im Podium.“ (SInt 3_229)

Abbildung 17: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Demokratiedistanz in den Jahren 2016 und 2018 (2) ²¹³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

Bezüglich der weiteren Wirkbereiche lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Hinweise einer kausalen Attribution in Richtung des Engagements der Partnerschaften erkennen. Somit ergibt sich im Vergleich zu den beiden weiteren prominent besetzten Arbeitsschwerpunkten eine in der Gesamtschau positive Veränderung der Situation. Diese ist jedoch vermutlich aufgrund von Restriktionen des Untersuchungsdesigns bislang nur eingeschränkt mit den Bemühungen der Partnerschaften in Verbindung zu bringen. Ausnahmen bilden indes der Beitrag zu respektvoll geführten Aushandlungsprozessen vor Ort und die Beiträge in Richtung des Aufbaus bzw. der Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Zusammenschlüsse.

213 Vgl. Tabellen 98 und 99 im Anhang.

Abbildung 18: (Wahrgenommene) Wirkungen im Bereich Demokratiedistanz

Art	Bereich	Gültige Fälle	Mittelwert 2016	Mittelwert 2018	Differenz (Cohens D)	Eta ²¹⁴	Trianguliert
Relevante Situationsveränderung	Know-How von Multiplikator/innen und deutmächtigen Akteur/innen im Bereich Demokratieentwicklung	169	3,33	3,63	0,30 (0,39)	0,12	Nein
	Diskursive Aushandlungsprozesse	169	3,15	3,33	0,18 (0,20)	0,12	Ja
	Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen und Einüben demokratischer Praxis	169	3,37	3,73	0,37 (0,42)	0,09	Ja
Stabilisierung/ Aufrechterhaltung	Partizipationsförderung durch Politik und Verwaltung	169	3,44	3,45	0,01 (0,01)	0,16	Ja

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

4.3.3.4 Weitere Bereiche egalitätsnegierender Ablehnungen

Über Rechtsextremismus, Demokratiedistanz und die Ablehnung kultureller Vielfalt hinaus adressieren die Partnerschaften je nach Situation vor Ort eine Reihe weiterer Problembereiche, die sich auch als egalitätsnegierende Ablehnungen oder Ideologien der Ungleichwertigkeit bezeichnen lassen.²¹⁵ Hierunter fallen neben eher klassischen Themenbereichen der Bundesförderung wie z.B. Antisemitismus und Antiziganismus insbesondere auch Schwerpunkte, die vor allem in der jüngeren Vergangenheit in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt sind.

Partnerschaften gelingt es, relevante Zielgruppen über islamische Diversität zu informieren und zu sensibilisieren.

Mit der Prävention von „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ wurde im Zuge der qualitativen Forschung vorrangig die Förderung eines interkulturellen Zusammenlebens als übergeordnete Zielstellung in Verbindung gebracht.²¹⁶ Dabei drückt sich der Umstand, dass die Relevanzsetzungen vermutlich stark auf aktuelle gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zurückzuführen sind und das Erfahrungswissen ggf. hinter klassischen Themenbereichen zurücksteht, in der Ausrichtung u. a. auf die Entwicklung personaler Kompetenzen aus. Derart wird auf selbstdiagnostizierte Wissenslücken potentieller Multiplikator/innen, wie z. B. Eltern, Lehrer/innen oder

²¹⁴ S. Fußnote 186.

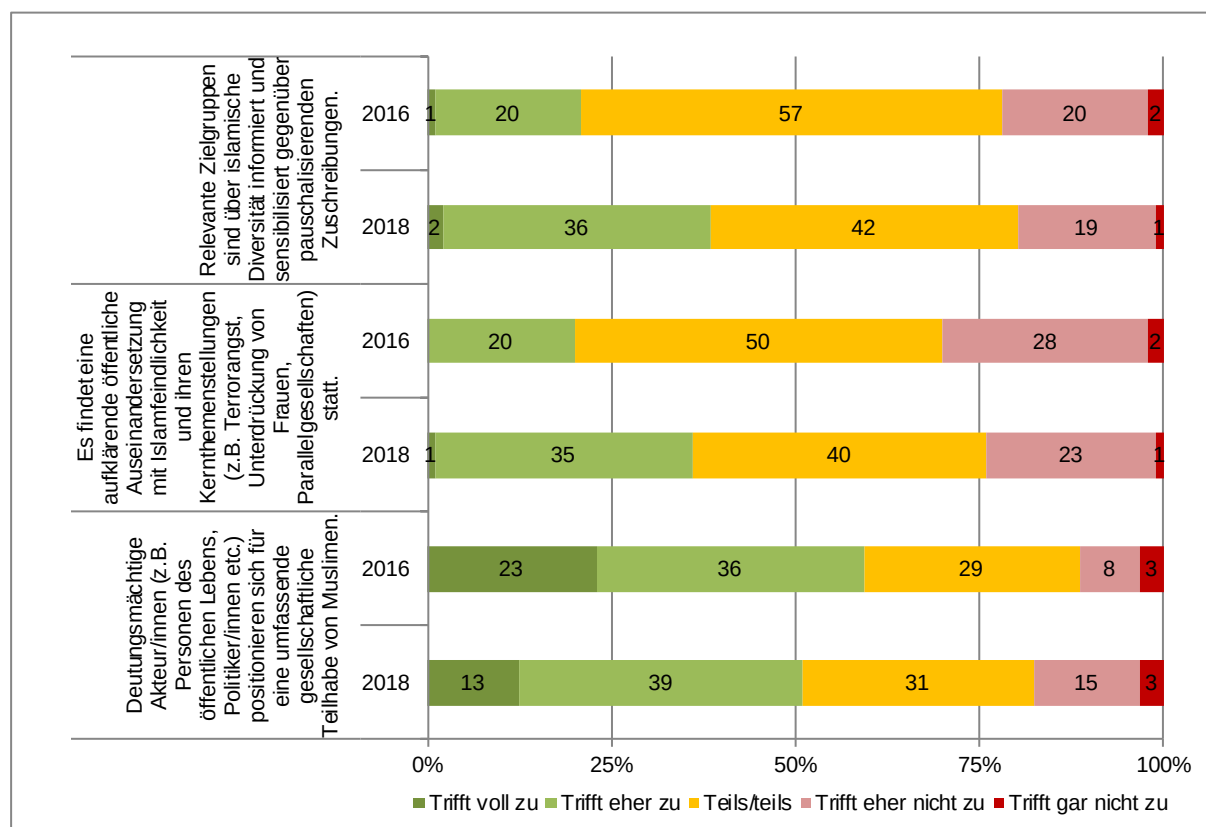
²¹⁵ Vgl. Möller 2014, S. 201.

²¹⁶ Die hier als Analysegrundlage herangezogenen Interviews wurden im Jahr 2015 mit Koordinator/innen ausgewählter Partnerschaften für Demokratie geführt.

Jugendarbeiter/innen reagiert und es werden Formate wie Seminare sowie Fort- und Weiterbildungen angeboten. Hiermit einher gehen erkennbare Fortschritte, so dass relevante Zielgruppen zunehmend über islamische Diversität informiert und gegenüber pauschalisierenden Zuschreibungen sensibilisiert sind (s. Abb. 19). Diese Situationsveränderungen stehen zudem aus statistischer Perspektive in Zusammenhang mit dem Engagement der Partnerschaften und werden ferner von internen und externen Akteursgruppen bestätigt. Entlang der vorangehend festgelegten Kriterien kann demnach von einer gesicherten Wirkung gesprochen werden. Nicht abgesichert hingegen ist der Befund, wonach Partnerschaften für Demokratie zu einer aufklärenden öffentlichen Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit und ihren Kernthemenstellungen beitragen.

„Also schlicht und ergreifend, Workshops mit Experten zum Thema Islam in verschiedenen Kontexten. Also in Lehrerkonferenzen, in offenen Fachveranstaltungen. Wir haben eine Veranstaltung mit der Stadtverwaltung gemacht, wo ein Islamwissenschaftler dann einfach auch mal, gezeigt hat, was für Gruppierungen, unterschiedliche Gruppierungen gibt es denn hier im Sozialraum. Weil ja da auch immer eine große Unsicherheit herrscht: Wie kann ich denn die verschiedenen Moscheegemeinden, Islamvereine und überhaupt so einordnen.“ (SInt 4_35)

Abbildung 19: Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Islam- und Muslimfeindlichkeit in den Jahren 2016 und 2018²¹⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=96), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit angestrebt haben.

217 Vgl. Tabellen 100 und 101 im Anhang.

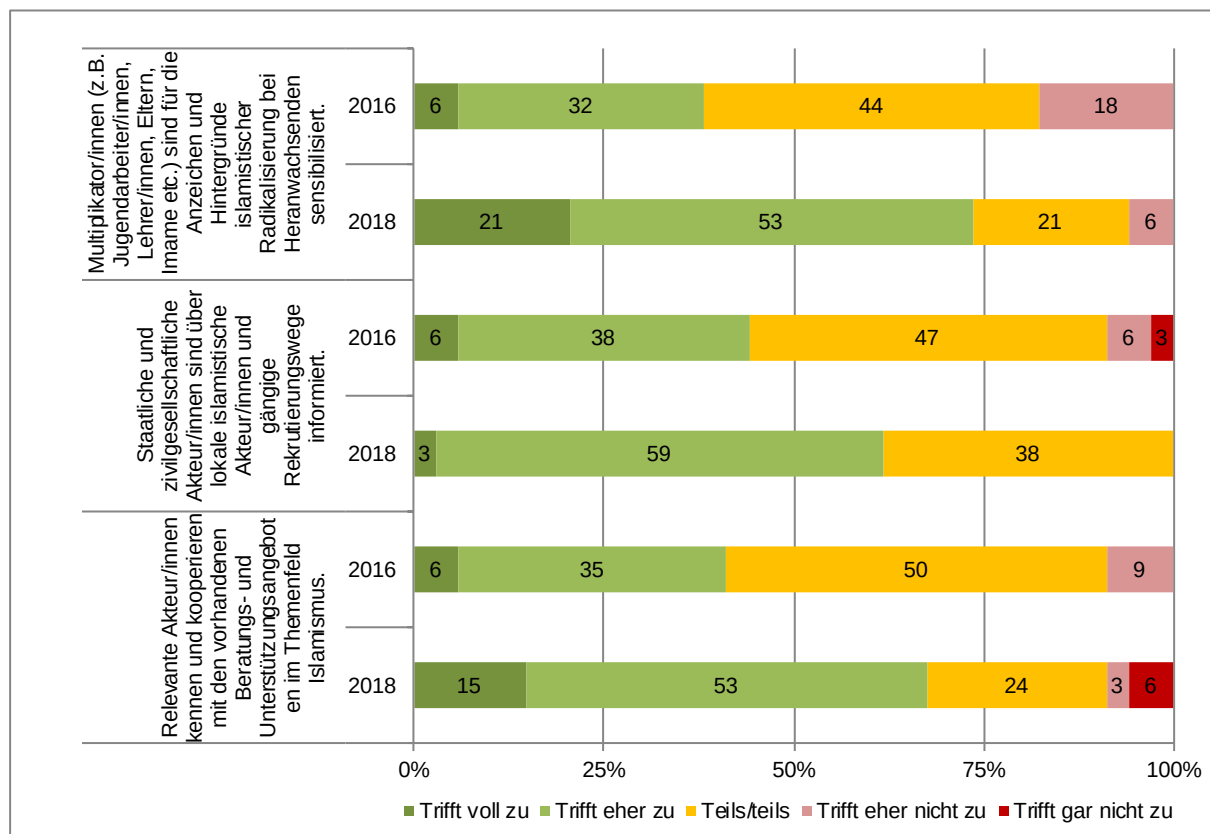
Partnerschaften stärken die Kooperation im Themenfeld und vermitteln Kenntnisse über lokale islamistische Akteursgruppen und Anzeichen der Radikalisierung.

Es erscheint naheliegend, dass Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie „**Islamistische Orientierungen und Handlungen**“ sich wechselseitig beeinflussen. So verwiesen die qualitativ Befragten schon im Jahr 2015 auf mediale Diskurse, in denen „der“ Islam vor dem Hintergrund eines möglichen islamistischen Gefahrenpotentials diskutiert und derart einschlägige Stereotype und Vorurteile gefördert worden seien. Dies trage zur Steigerung der Muslim-/ Islamfeindlichkeit bei. Gleichzeitig bilde eine solche Ausgrenzung einen fruchtbaren Bestandteil des Nährbodens islamistischer Rekrutierungsbemühungen, so dass sich beide Phänomene gegenseitig verstärken. Auf inhaltlicher Ebene lassen sich jedoch eher Parallelen zum Umgang mit „Rechtsextremen Orientierungen und Handlungen“ erkennen. Zentrale Elemente sind die Sensibilisierung unterschiedlicher Zielgruppen, die Stärkung personaler Kompetenzen und letztlich die Vermittlung von Handlungssicherheit auch in der Auseinandersetzung mit Radikalisierungstendenzen vor Ort. Als Reaktion auf durch Multiplikator/innen geäußerte Informationsbedarfe werden in Kooperation mit Referent/innen entsprechende Veranstaltungsreihen, Workshops und Fortbildungen z.B. für Fachkräfte der Verwaltung aber auch für Praktiker/innen mit pädagogischem Hintergrund durchgeführt.²¹⁸

„Also ob wir jetzt wirklich Islamisten erreichen mit dem, was wir machen. Das wäre ja schließlich die Voraussetzung dafür. Das bezweifle ich doch mal ganz stark. Also da setzen wir ja präventiv deutlich, weiter vorne an. Auswirkungen gibt es aber mit Sicherheit. Also eben auf dieser Ebene, wo Sie gesagt haben: starker Informationsbedarf vorhanden. Und der ist nach wie vor noch da. Die Leute haben, glaube ich, [...] also die Multiplikatoren, Lehrkräfte, Mitarbeiter, Jugendarbeitern, nochmal, glaube ich, viel stärker erkannt, dass sie Infos brauchen zum Thema Islam. Um dann überhaupt sich mit dem Thema Islamismus beschäftigen zu können. Und solche Dinge. Und auf der Ebene gab es sicher Wirkungen, dass wir da jetzt für einen größeren Wissensstand gesorgt haben, sodass die Leute überhaupt nochmal ganz anders ins Gespräch gehen können mit den Jugendlichen, mit denen sie arbeiten.“ (SInt 4_29)

218 Die hier als Analysegrundlage herangezogenen Interviews wurden im Jahr 2015 mit Koordinator/innen ausgewählter Partnerschaften für Demokratie geführt.

Abbildung 20: Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Islamistische Orientierungen und Handlungen in den Jahren 2016 und 2018²¹⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=34), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen angestrebt haben.

Zumindest in quantitativer Hinsicht stehen diese Bemühungen im Zusammenhang mit bisweilen deutlichen Fortschritten in der Sensibilität von Multiplikator/innen für Anzeichen und Hintergründe islamistischer Radikalisierung bei Heranwachsenden, in den Kenntnissen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur/innen über lokale islamistische Gruppen und Rekrutierungswege sowie in der Kooperation mit den vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen (s. Abb. 20).

„Ja, ja, ich denke die Akteure sprechen mehr miteinander, [...] weil diese Gremien gibt und weil es diese Projekten gibt. Und ich denke, das hilft in jeden Fall, diese Netzwerk und einfach so zu sehen, okay, wer kann man - auch, es kann auch ein Einzelfall, wo man sagt, okay, denjenige, was ist mit dem los? Ja? Oder, und dann spricht man drüber, ja? Den [...] kann man leichter sagen, hey, ich habe so was, was denkst du, wie sollen wir damit umgehen. Oder das sehe ich das, siehst du das auch oder - ja, es ist dann total diese Netzwerkarbeit hilft.“ (SInt 4ext_137)

219 Vgl. Tabelle 102 und 103 im Anhang.

Abbildung 21: (Wahrgenommene) Wirkungen in den Bereichen Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie islamistische Orientierungen und Handlungen

Art	Bereich	Gültige Fälle	Mittelwert 2016	Mittelwert 2018	Differenz (Cohens D)	Eta ²²⁰	Trianguliert ²²¹
Relevante Situationsveränderung	Aufklärende öffentliche Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit	96	2,88	3,13	0,25 (0,32)	0,15	Nein
	Sensibilisierung relevanter Zielgruppen bezüglich islamischer Diversität und ggü. pauschalisierenden Zuschreibungen	96	2,98	3,20	0,22 (0,29)	0,14	Ja
	Kenntnisse staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur/innen bzgl. lokalen islamistischen Akteur/innen und Rekrutierungswegen	34	3,38	3,65	0,26 (0,38)	0,10	Nein
	Sensibilität von Multiplikator/innen bzgl. Anzeichen islamistischer Radikalisierung	34	3,26	3,88	0,62 (0,76)	0,23	Nein
	Bekanntheit vorhandener Beratungs- und Unterstützungsangebote im Themenfeld bei rel. Akteur/innen und Kooperation	34	3,38	3,68	0,29 (0,34)	0,12	Nein
Stabilisierung/ Aufrechterhaltung	Öffentliche Präsenz von und Respekt ggü. islamischer Religion und Kultur	96	3,40	3,36	-0,03 (0,04)	0,13	Nein
	Einbindung von Muslimen und islamischen Organisationen in die Prävention von Islamismus	34	3,15	3,21	0,06 (0,07)	0,11	Nein

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit (n=96) und/oder islamistische Orientierungen und Handlungen (n=34) angestrebt haben.

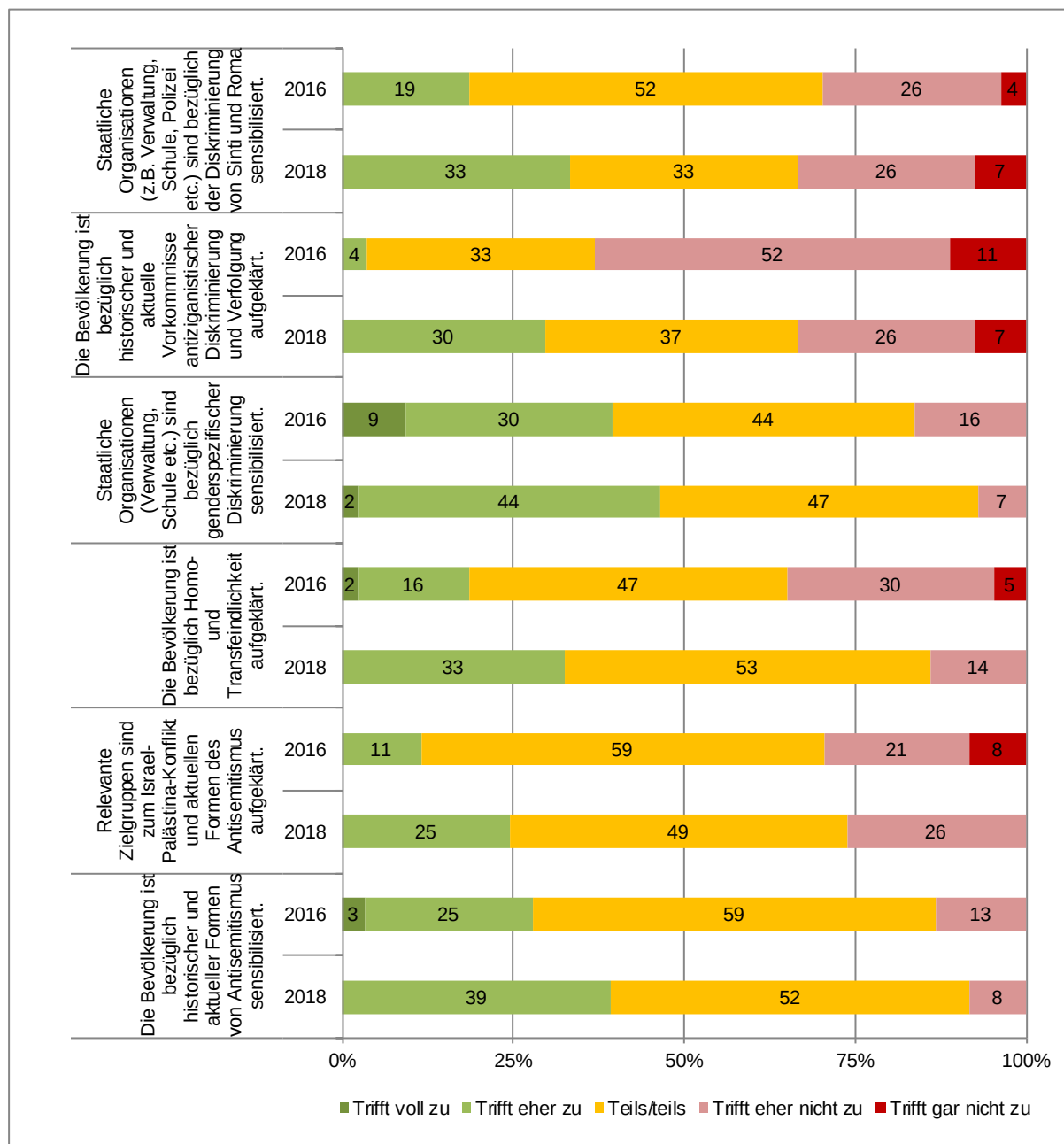
Partnerschaften für Demokratie fokussieren in der Regel mehrere Schwerpunkte und verknüpfen diese mitunter aufgrund ihrer thematischen Nähe. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus aber auch in Bezug auf das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind unter anderem **Antisemitismus**, **Homo- und Transfeindlichkeit** und **Antiziganismus** zu nennen.

220 S. Fußnote 186.

221 Sämtlichen in diesem Abschnitt behandelten Schwerpunkten ist gemein, dass sie durch die externen Akteursgruppen der qualitativen Forschung wesentlich weniger detailliert beschrieben werden konnten, als die prominenter besetzten Bereiche Rechtsextremismus, Demokratiedistanz und Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl. Dies kann zwar einerseits als Bestätigung des mit diesen Problemlagen einhergehenden Problemdrucks herangeführt werden (s. Abb. 9). Andererseits kann das explizierte Wirkmodell mit Blick auf die Triangulation von Perspektiven und Methoden hier nur eingeschränkt zugrunde gelegt werden.

„Leute kommen zusammen und befassen sich mit der Thematik, im engeren Sinne mit Rechtsextremismus, im weiteren Sinne immer über Grundfragen von Demokratie und friedlichem Zusammenleben. Und die meisten unserer Veranstaltungen haben inzwischen nicht mehr den Rechtsextremismus in seiner ursprünglichsten Art und Form zum Gegenstand, sondern es geht immer um größere Fragen. Um eine Dimension gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“ (SInt 1_81)

Abbildung 22: Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten der Bereiche Antisemitismus, Antiziganismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit in den Jahren 2016 und 2018²²²



222 Vgl. Tabellen 104, 105, 106, 107, 108 und 109 im Anhang.

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antisemitismus (n=61), Antiziganismus (n=27) und/oder Homo- und Transfeindlichkeit (n=43) angestrebt haben.

In sämtlichen dieser drei Bereiche überwiegen positive Situationsveränderungen (s. Abb. 22), wobei insbesondere im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit deutliche Fortschritte wahrgenommen werden. Diese sind nicht zuletzt auf eine zunehmende Sensibilisierung bzw. weitere Aufklärung der Bevölkerung bzw. weiterer relevanter Akteursgruppen für unterschiedliche Facetten der Problemlagen zurückzuführen. So werden im Bereich Antisemitismus u.a. Zeitzeugenprojekte umgesetzt oder über historisch-politische Bildung und Forschung zur regionalspezifischen Geschichte eine lebendige Erinnerungskultur geschaffen bzw. erhalten.

„Und den Erfolg sehe ich dann tatsächlich auch darin, in den Nachgesprächen, dass wir über Antisemitismus gesprochen haben. [...]. Wo kommt Antisemitismus her. Also wie hat sich der transformiert, wie hat sich der gewandelt. Also auch zum Beispiel Israel-bezogener Antisemitismus. Das war so eher in den Nachgesprächen. [...]. Aber ich glaube, Leuten wird bewusst, [...] dass es das gibt.“ (SInt 1_211)

„Und auf einer sehr niederschweligen Ebene werden insbesondere auch bei Graffiti mit einem antisemitischen Inhalt noch mal ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass die, auch unter finanziellem Einsatz von Zivilgesellschaften oder von Bürgerinnen und Bürgern, ausgesprochen schnell entfernt werden. Und das wird auch an sehr vielen Stellen sehr deutlich gemacht, dass man das ablehnt, verurteilt und/ Ja.“ (SInt 9_63)

In der gemeinsamen Betrachtung der hier vorgestellten Handlungsfelder wird deutlich, dass sich die aggregierten Situationswahrnehmungen in sämtlichen Bereichen im Sinne der Programmziele entwickeln bzw. sich die Einschätzungen der lokalen Situation in der Mehrheit der Förderregionen verbessert hat (vgl. Abb. 22). Fortschritte lassen sich dabei vor allem entlang der Aspekte Sensibilisierung und Aufklärung abbilden, so dass hier relevante Beiträge zur Erweiterung des kommunalen Wissens bezüglich der Problemlagen zu vermuten sind.

Abbildung 23: Ausgewählte (wahrgenommene) Wirkungen in weiteren egalitätsnegierenden Bereichen

Art	Bereich	Gültige Fälle	Mittelwert 2016	Mittelwert 2018	Differenz (Cohens D)	Eta ²²³	Trianguliert ²²⁴
Relevante Situationsveränderung	Aufklärung relevanter Zielgruppen zum Israel-Palästina-Konflikt und zu aktuellen Formen des Antisemitismus	61	2,74	2,98	0,25 (0,3)	0,11	Nein
	Sensibilität der Bevölkerung bzgl. historischer und aktueller Formen von Antisemitismus	61	3,18	3,31	0,13 (0,2)	0,19	Nein
	Aufklärung der Bevölkerung bzgl. historischer und aktueller Vorkommnisse antiziganistischer Diskriminierung und Verfolgung	27	2,30	2,89	0,59 (0,7)	0,39	Nein
	Aufklärung der Bevölkerung bezüglich Homo- und Transfeindlichkeit	43	2,81	3,19	0,37 (0,5)	0,15	Nein
	Kompetenz staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur/innen bzgl. der Eindämmung von Vorurteilen gegenüber LGBTI-Personen	43	2,99	3,28	0,33 (0,5)	0,21	Nein
	Öffentliche Thematisierung und Verurteilung von Anfeindungen oder Übergriffen gg. LGBTI-Personen	43	3,05	3,33	0,28 (0,3)	0,36	Nein
Stabilisierung/ Aufrechterhaltung	Sensibilität staatlicher Organisationen (z.B. Verwaltung, Schule, Polizei etc.) bezüglich der Diskriminierung von Sinti und Roma	27	2,85	2,93	0,07 (0,1)	0,21	Nein
	Öffentliche Thematisierung und Verurteilung von Anfeindungen oder Übergriffen gg. Menschen jüdischen Glaubens	61	3,56	3,69	0,13 (0,1)	0,28	Nein
	Kompetenz staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur/innen bzgl. der Eindämmung antisemitischer	61	3,31	3,30	-0,02 (0,0)	0,26	Nein

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antisemitismus (n=61), Antiziganismus (n=27) und/oder Homo- und Transfeindlichkeit (n=43) angestrebt haben.

223 S. Fußnote 186.

224 S. Fußnote 221.

4.4 Islamistische Orientierungen und Handlungen als Arbeitsschwerpunkt der Partnerschaften für Demokratie

Der Handlungsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ wird in diesem Jahr von 45 Partnerschaften für Demokratie (17 %) bearbeitet.²²⁵ Partnerschaften, die den Arbeitsschwerpunkt wählen, sind häufiger in den alten Bundesländern und in Kommunen angesiedelt.²²⁶ Diese Verteilung korrespondiert mit Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden, denen zufolge Nordrhein-Westfalen, Hessen und die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg Schwerpunktländer des politischen Salafismus in Deutschland sind.²²⁷

Eine Differenzierung der Wahl des Handlungsschwerpunkts nach dem wahrgenommenen Problemdruck im Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ fördert folgenden Befund zutage: Auch wenn ein Zusammenhang zwischen dem Bekanntsein von Problemen im Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ (z. B. Radikalisierungstendenzen, Rekrutierungsversuche, radikale Predigten in Moscheen, Ausreisen von radikalisierten Personen in Kriegsgebiete) und der Bearbeitung des Handlungsschwerpunkts offenbar wird, existieren Förderregionen, in denen dieser Problemdruck zwar wahrgenommen wird, in denen der Handlungsschwerpunkt aber nicht bearbeitet wird. So widmet sich in Förderregionen mit manifesten Problemlagen nicht der Großteil der Partnerschaften dem Themenbereich, sondern lediglich 40 % (25).²²⁸

Das Format der Partnerschaften für Demokratie eignet sich aus Sicht der Umsetzenden zur Bearbeitung des Themenbereichs Islamistische Orientierungen und Handlungen.

Der Themenbereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ stellt ein Handlungsfeld dar, das nicht klassischerweise zu den Themen der Partnerschaften für Demokratie zählt. So müssen sich die Umsetzenden das Feld noch erschließen. Daher gilt es festzustellen, ob das Format der Partnerschaften ein geeignetes zur Umsetzung des Themenbereichs ist. Gemäß der Leitlinien des Bundesprogramms zielen die Partnerschaften vor allem auf die Stärkung der Zusammenarbeit verschiedener Akteur/innen gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in den Förderregionen. Gleichzeitig wird ein inhaltlicher Fokus durch die Programmgestalter/innen explizit nicht vorgegeben, sondern angeregt, dass die Partnerschaften ihre Handlungsstrategien situations- und kontextabhängig entwickeln. Dieses non-direktive Konstrukt ermöglicht so die Auseinandersetzung mit einer Vielfalt an Problemlagen im Bereich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Es zeigt sich, dass ein Großteil (64 %, 29) der Umsetzenden der Meinung ist, dass sich das Instrument der Partnerschaften für Demokratie dazu eignet, dem Phänomenbereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ angemessen zu begegnen. Lediglich drei Befragte (7 %) sind dezidiert nicht dieser Ansicht.

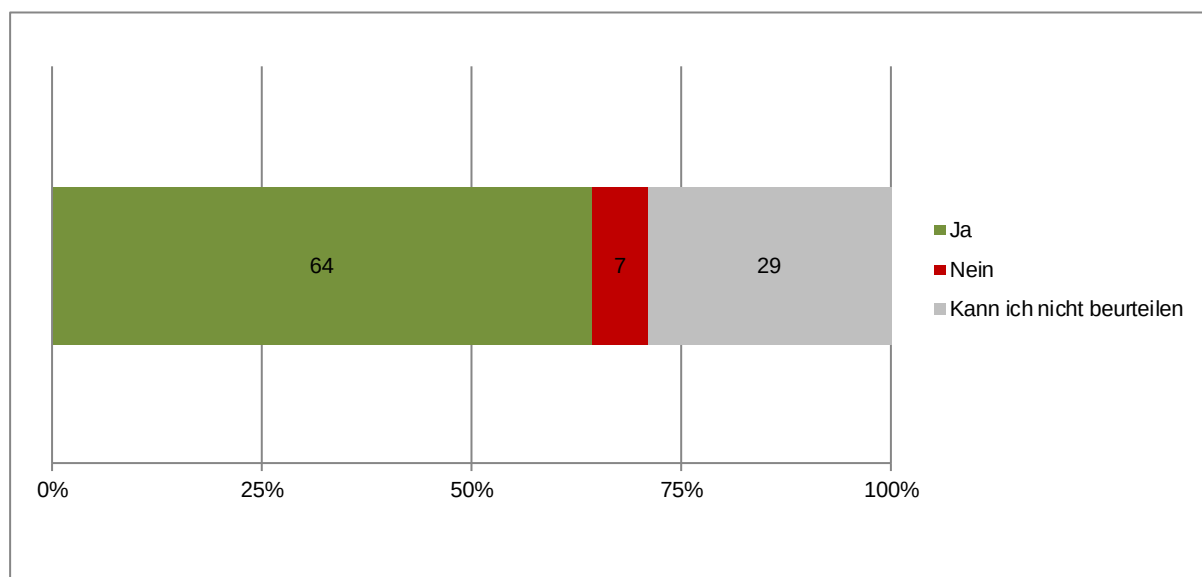
225 Vgl. Tabelle 110 im Anhang. Im Vergleich zum Vorjahr bearbeiten somit etwas weniger Partnerschaften diesen Schwerpunkt. Im Jahr 2017 waren dies 23 % (61) aller Partnerschaften. Vgl. ISS 2017a, S. 108, Tabelle 71.

226 Vgl. Tabellen 111 und 112 im Anhang.

227 Vgl. Dantschke 2017, S. 63f.

228 Vgl. Tabelle 113 im Anhang.

Abbildung 24: Einschätzung, ob sich das Instrument der Partnerschaft für Demokratie dazu eignet, dem Phänomenbereich Islamistische Orientierungen und Handlungen angemessen zu begegnen²²⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45).

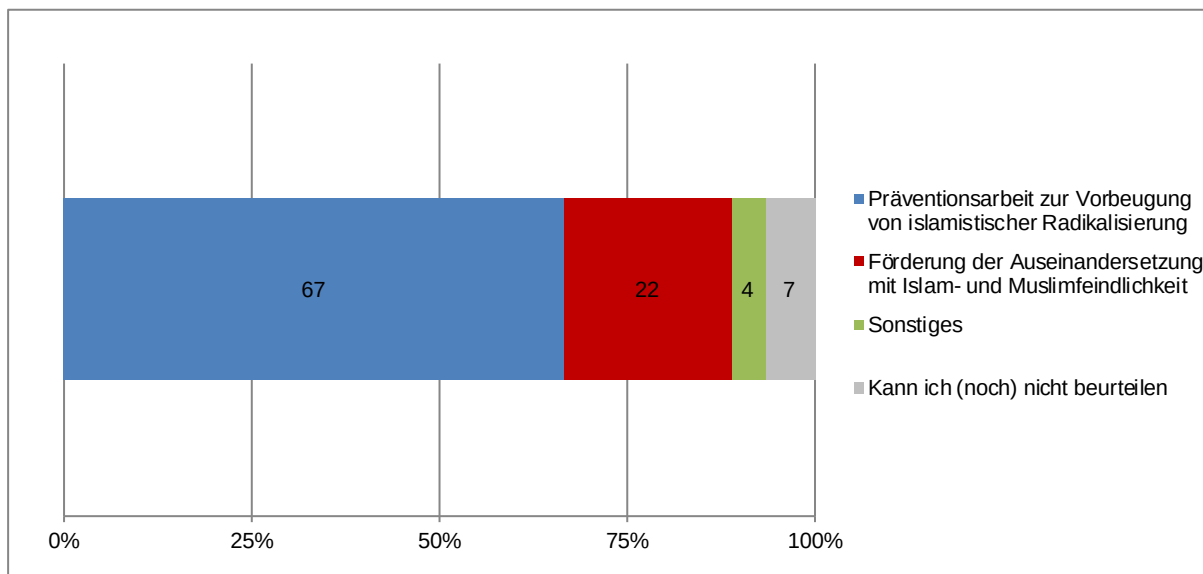
Partnerschaften für Demokratie widmen sich der Präventionsarbeit im Bereich islamistischer Radikalisierung.

Die Bearbeitung des Gegenstands kann einerseits mittels eines Ansatzes der Radikalisierungsprävention erfolgen. Andererseits kann auch die Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit adressiert werden. Dieser Handlungsansatz berücksichtigt die Wechselwirkungen zwischen erlebter Islam- und Muslimfeindlichkeit und islamistischer Radikalisierung.²³⁰ Es zeigt sich, dass sich der Großteil der Partnerschaften nach eigenen Angaben der Präventionsarbeit zur Vorbeugung islamistischer Radikalisierung widmet (67 %, 30). Weitere 22 % (10) geben an, die Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit fördern zu wollen. Somit wird deutlich, dass eine Bearbeitung des Themenbereichs nicht nur indirekt über die Bearbeitung von Islam- und Muslimfeindlichkeit als Radikalisierungsprozessen vorgelager-tes Phänomen erfolgt, sondern auch gezielt Radikalisierungsprävention betrieben wird. Gleichzeitig sind beide Ansätze in der Praxis nicht klar voneinander trennbar, wie die folgenden Ausführungen noch verdeutlichen werden.

²²⁹ Vgl. Tabelle 114 im Anhang.

²³⁰ Vgl. Schneiders 2017, S. 22 und Bozay 2017, S. 135ff.

Abbildung 25: Ansatz bei der Bearbeitung des Themenbereichs Islamistische Orientierungen und Handlungen²³¹



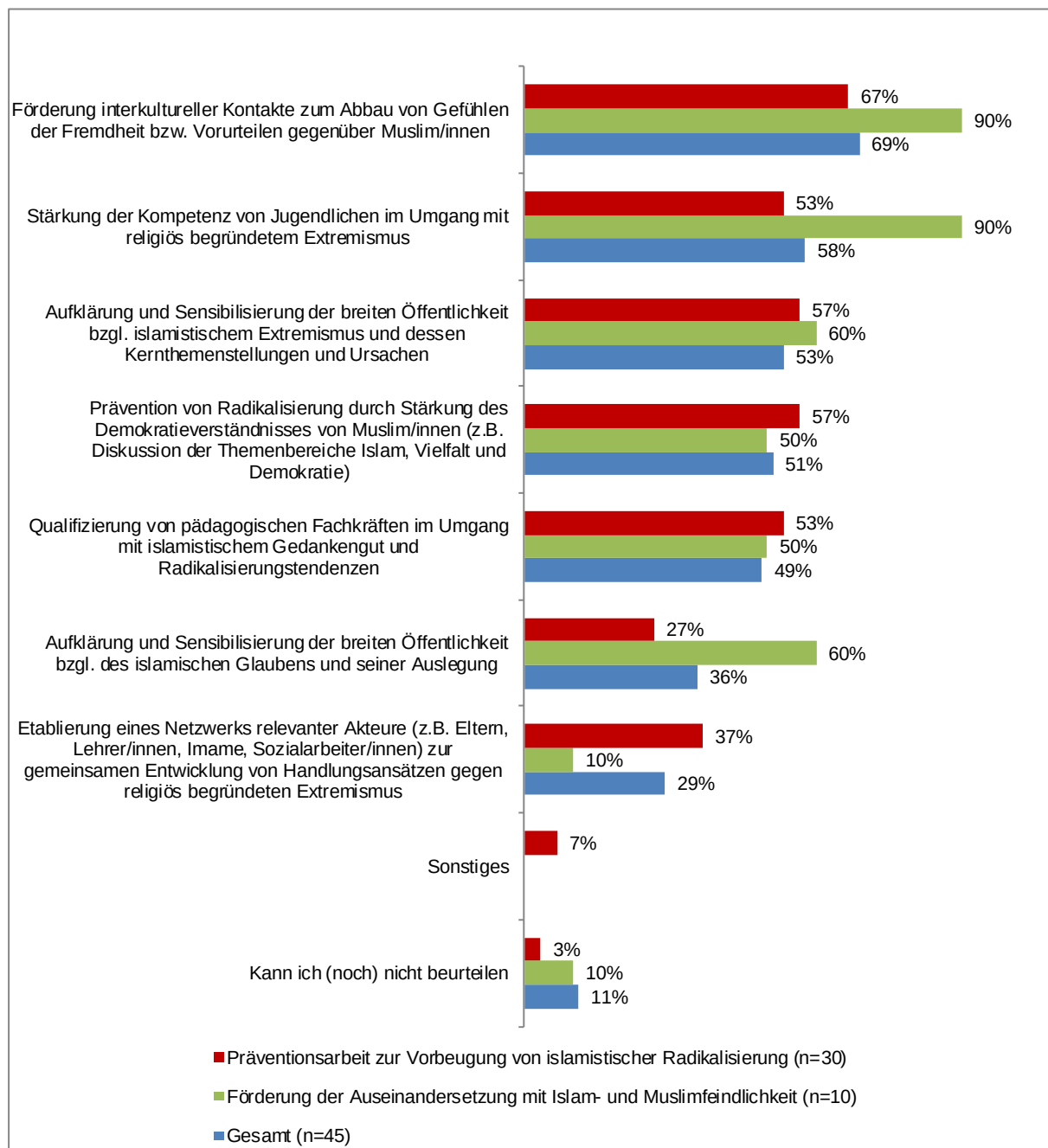
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45).

Am häufigsten (69 %, 31) nennen Partnerschaften die Förderung interkultureller Kontakte zum Abbau von Gefühlen der Fremdheit bzw. Vorurteilen gegenüber Muslim/innen als konkretes Ziel ihrer Arbeit. Wenngleich dies ein Handlungsziel ist, das eher dem Ansatz der Förderung der Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit zuzuordnen ist, nennen die Befragten auch Handlungsziele, die eine vorgelagerte Präventionsarbeit zur Verhinderung von Radikalisierung beschreiben. So geben 58 % (26) an, die Kompetenz von Jugendlichen im Umgang mit religiös begründetem Extremismus stärken zu wollen und etwa die Hälfte (51 %, 23), sich der Prävention von Radikalisierung durch Stärkung des Demokratieverständnisses von Muslim/innen zu widmen.²³²

²³¹ Vgl. Tabelle 115 im Anhang.

²³² Vgl. Tabelle 116 im Anhang.

Abbildung 26: Ziele bei der Bearbeitung des Themenschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach Ansatz der Bearbeitung²³³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45). Die Partnerschaften, die bei der Wahl ihres Ansatzes „Sonstiges“ oder „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben, wurden aufgrund der geringen Fallzahl nicht in die Abbildung aufgenommen.

Eine nach den Handlungsansätzen differenzierte Betrachtung der konkreten Ziele der Arbeit im Themenbereich verdeutlicht, dass die beiden Ansätze Radikalisierungsprävention und Förderung der Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit sich in der Umsetzung

233 Vgl. Tabelle 117 im Anhang.

überlappen. So zeigt die obige Abbildung, dass viele Ziele in etwa gleichermaßen von Umsetzenden mit beiden Handlungsansätzen verfolgt werden. Dies trifft zum Beispiel auf die Aufklärung und Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit bzgl. islamistischem Extremismus und dessen Kernthemenstellungen und Ursachen, auf die Prävention von Radikalisierung durch Stärkung des Demokratieverständnisses von Muslim/innen und auf die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften im Umgang mit islamistischem Gedankengut und Radikalisierungstendenzen zu. Einigen Zielen widmen sich jene Partnerschaften, die den Ansatz der Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit verfolgen, in der Gegenüberstellung aber deutlicher als jene, die einen Ansatz der Radikalisierungsprävention wählen. Dies sind die Ziele „Förderung interkultureller Kontakte zum Abbau von Gefühlen der Fremdheit bzw. Vorurteilen gegenüber Muslim/innen“, „Stärkung der Kompetenz von Jugendlichen im Umgang mit religiös begründetem Extremismus“ und „Aufklärung und Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit bzgl. des islamischen Glaubens und seiner Auslegung“. Während sich für diesen Handlungsansatz also ein klarer konturiertes Setting der Bearbeitung ergibt, das die Sensibilisierung, Schaffung von Kontakten und Stärkung relevanter Zielgruppen umfasst, wählen Partnerschaften, die sich im Bereich der Radikalisierungsprävention verorten, bislang noch keinen charakteristischen Ansatz. Dies deutet darauf hin, dass innerhalb des Handlungsansatzes noch Suchbewegungen erfolgen und spezifische Konzepte noch ausdifferenziert werden müssen.

Die Arbeit mit Multiplikator/innen sowie jugendlichen Zielgruppen kennzeichnet die Umsetzung des Arbeitsschwerpunkts.

Partnerschaften für Demokratie, die den Schwerpunkt Islamismus bearbeiten, wählen gezielte Formate zur Umsetzung dieses Themenbereichs und benennen ihre Zielgruppen. Am häufigsten bieten sie Fachtagungen und Weiterbildung für Fachkräfte und/oder Multiplikator/innen an (58 %, 26). Auch unter den benannten Zielgruppen nehmen Multiplikator/innen und pädagogische Fachkräfte eine prominente Stellung ein (76 %, 34 bzw. 71 %, 32). Zudem ist die Arbeit mit Jugendlichen von Bedeutung. So setzen jeweils 42 % (19) Projektstage (z. B. an Schulen) und Projekte der außerschulischen Jugendbildung um. Ein Großteil adressiert Muslim/innen bzw. jugendliche Muslim/innen (jeweils 71 %, 32).

In etwa der Hälfte der Förderregionen werden zudem Dialog- bzw. Begegnungsformate umgesetzt (49 %, 22). Auch Bürger/innen (69 %, 31) und Eltern (56 %, 25) werden als Zielgruppen in den Blick genommen. Zudem adressieren die Partnerschaften relevante Kooperationspartner/innen wie muslimische Gemeinden (67 %, 30) und Migrant/innen(selbst)organisationen (56 %, 25).²³⁴

Partnerschaften für Demokratie kooperieren mit Schulen sowie migrantischen bzw. muslimischen Partner/innen. Es zeigen sich jedoch noch Nachsteuerungsbedarfe.

Konsistent mit diesem Befund geben auch jeweils mehr als die Hälfte der Förderregionen an, mit Migrant/innen(selbst)organisationen, Moscheegemeinden und muslimischen Gemeinschaften in der Umsetzung des Arbeitsschwerpunkts zusammenzuarbeiten.

Die bedeutendsten Kooperationspartnerinnen sind Schulen (71 %, 32). Zudem werden teilweise Synergien mit anderen Akteur/innen des Bundesprogramms realisiert. So kooperieren 31 % (14) mit Demokratiezentren bzw. Landeskoordinierungsstellen, 29 % (13) mit Modellprojekten des Bundesprogramms und 22 % (10) mit der Mobilen Beratung. Etwa ein Viertel (27 %, 11) kooperiert mit anderen Akteur/innen des Bundesprogramms.

²³⁴ Vgl. Tabellen 118 und 119 im Anhang.

12) der Partnerschaften arbeitet mit Sicherheitsbehörden (z. B. Polizei, Verfassungsschutz) zusammen.²³⁵ Ein kriminalistischer bzw. sicherheitspolitischer Schwerpunkt der Arbeit ist also zumindest zu diesem Zeitpunkt der Bearbeitung nicht kennzeichnend für die Ansätze in den Förderregionen.

Wenngleich die Kooperation mit muslimischen Partner/innen vielerorts bereits gelingt, benennen die Partnerschaften die Gewinnung von muslimischen Kooperationspartner/innen dennoch am häufigsten als Problem, mit dem sie im Rahmen der Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts konfrontiert sind (38 %, 17). Zudem problematisieren sie unter anderem einen fehlenden Zugang zu Zielgruppen (31 %, 14) und die Diskriminierung von Muslim/innen (29 %, 13). Als außerdem problematisch werden die Gewinnung von Expert/innen bzw. Fachkräften im Themenbereich (22 %, 10) und eigenes fehlendes Fachwissen der Koordinierungs- und Fachstelle bzw. Unsicherheiten im Themenbereich Islamismus (20 %, 9) benannt.²³⁶ Die Erschließung eines Netzwerks an Unterstützer/innen und von Wissensbeständen stellt für die Partnerschaften folglich eine Herausforderung in der Bearbeitung des Handlungsschwerpunkts dar.

Als Unterstützungsbedarfe seitens der Programmgestalter/innen auf Bundesebene, um den Arbeitsschwerpunkt angemessen bearbeiten zu können, benennen die Befragten damit korrespondierend beispielsweise die Bereitstellung von Informationsmaterial zum Thema, aber auch Listen mit vorhandenen Angeboten und Institutionen im Themenfeld sowie geeigneten Expert/innen und Referent/innen. Ebenso werden Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen angeführt sowie ein Austausch mit anderen Partnerschaften über die Arbeit im Themenfeld als erstrebenswert angesehen.

Zusammenfassend verdeutlichen die Befunde, dass diejenigen Partnerschaften für Demokratie, die sich dem Handlungsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ widmen, gezielt mit relevanten Zielgruppen und Kooperationspartner/innen arbeiten. Sie erschließen sich somit ein noch junges Handlungsfeld. Nach Wahrnehmung der Koordinator/innen stellen die Partnerschaften für Demokratie hierzu ein geeignetes Format dar. Dennoch zeigen sich Nachsteuerungsbedarfe bzgl. teils noch fehlender Zugänge zu relevanten Partner/innen und des Ausbaus des Fachwissens zur Bearbeitung des Handlungsschwerpunkts.

235 Vgl. Tabelle 120 im Anhang.

236 Vgl. Tabelle 121 im Anhang.

4.5 Lokales Klima der Anfeindung in den Partnerschaften für Demokratie

Polarisierte öffentliche Auseinandersetzungen und Anfeindungen gegenüber Zugewanderten und demokratisch Engagierten prägten auch im Erhebungszeitraum 2017/2018 das öffentliche Klima in den Partnerschaften für Demokratie und die Diskurse in sozialen Medien.²³⁷ Insgesamt meldeten im Vorjahreszeitraum lediglich vier Koordinator/innen zurück, dass in ihren Förderregionen gar keine Anfeindungen und Übergriffe stattgefunden haben.²³⁸ In der aktuellen Erhebung werden aus sechs Standorten keine Vorfälle zurückgemeldet und der Anteil der Koordinator/innen, die Situationen der Anfeindung und Bedrohung benennen, bleibt unverändert bei 83 % (221).²³⁹

Grundsätzlich kann zwischen Anfeindungen und Übergriffen unterschieden werden, die vor dem Hintergrund gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfolgen, und solchen, die sich gegen engagierte Akteur/innen richten. Gruppenbezogene Anfeindungen und Übergriffe werden unter dem Begriff „Hasskriminalität“ zusammengefasst und sind Ausdruck einer Ideologie der Ungleichwertigkeit – der Abwertung und Ausgrenzung – von vermeintlich „anderen“ Gruppenmitgliedern.²⁴⁰

Übergriffe gegen Engagierte werden aktuell immer häufiger dem Begriff „Shrinking Spaces for Civil Society“ zugeordnet, der das Phänomen einer zunehmenden Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume beschreibt.²⁴¹ Darunter fallen im Kontext des demokratiefördernden Ansatzes der Partnerschaften insbesondere Aktivitäten rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteur/innen, die die Arbeit der Zivilgesellschaft behindern und Aktive mit Drohungen und Diffamierungskampagnen einzuschüchtern suchen.

Hasskriminalität gegenüber Geflüchteten und Menschen vermeintlich muslimischen Glaubens ist nach Angaben der Koordinator/innen in den Förderregionen anhaltend hoch.

Im vergangenen Jahr gaben 195 (74 %) Koordinator/innen an, dass in ihren Fördergebieten Geflüchtete Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind.²⁴² In diesem Jahr ist zwar kein Anstieg der Standorte, aus denen Übergriffe gegen diese Gruppe zurückgemeldet werden, zu verzeichnen, allerdings liegt der Anteil der Partnerschaften, aus denen derartige Vorkommnisse berichtet werden, mit 72 % (191) nicht wesentlich niedriger.²⁴³

Geflüchtete waren in 27 % (71) der Standorte wiederholt oder in Einzelfällen (45 %, 120) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen und sie sind weiterhin die am häufigsten betroffene Opfergruppe.²⁴⁴ Koordinator/innen berichten, dass im Unterschied zu den Vorjahren Formen des Protests auf der Straße z. B. vor Unterkünften oder auf Kundgebungen zwar insgesamt nicht wesentlich seltener vorkommen, dass aber der aufgeheizte Konfrontationsgrad der Vergangenheit nicht mehr fortlaufend im öffentlichen Raum wahrnehmbar ist. Dies bedeute

237 Der Erhebungszeitraum erstreckte sich überjährlig über den Zeitraum eines Jahres vom 01. Juli 2017/ bis 30. Juni 2018.

238 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 78.

239 Vgl. Tabelle 122 im Anhang.

240 „Als „Hate Crimes“ werden Straftaten bezeichnet, deren Opfer gerade deshalb vom Täter ausgewählt werden, weil sie einer vom Täter abgelehnten gesellschaftlichen Gruppe angehören“. Vgl. Trips-Hebert 2012.

241 Vgl. Hayes et al. 2017

242 Vgl. ISS/Camino 2017a, S. 78. Die präsentierten Daten sind nicht im Duktus einer Kriminalitätsstatistik zu lesen. Sie sind keine objektiven Daten, sondern spiegeln die Einschätzungen der Koordinator/innen als Expert/innen für ihr jeweiliges Fördergebiet zurück.

243 Vgl. Tabelle 123 im Anhang.

244 Vgl. ebenda.

aber nicht, dass sich die Situation für Betroffene selbst verändert hätte. Geflüchtete seien nach wie vor von einer Vielzahl von Anfeindungen und offener Ablehnung betroffen.

„Ich kenne eine Frau, eine jugendliche Frau, die ist bereits fünfmal auf offener Straße in [Name des Fördergebiets, Anm. d. Verf.] angeraunzt worden, dass sie keine Arbeitsplätze wegnehmen soll, abhauen soll und so weiter und so fort. [...] Ich habe den Eindruck, dass diese Angriffe extra betont, genau knapp unter dem Radar stattfinden. Dass die also so sind, dass sie nicht unbedingt zur Anzeige gebracht werden und durch Häufung wirken. Also (...) kleine Beleidigungen, kleine Verletzungen – jetzt nicht körperliche –, sondern aus dem Fahrrad die Luft rauslassen, Kinderwagen wegstellen, Müll reinlegen. So was. Solche Sachen passieren dann einfach, und die sind in der Häufung wirksam.“ (BLInt 2_13)

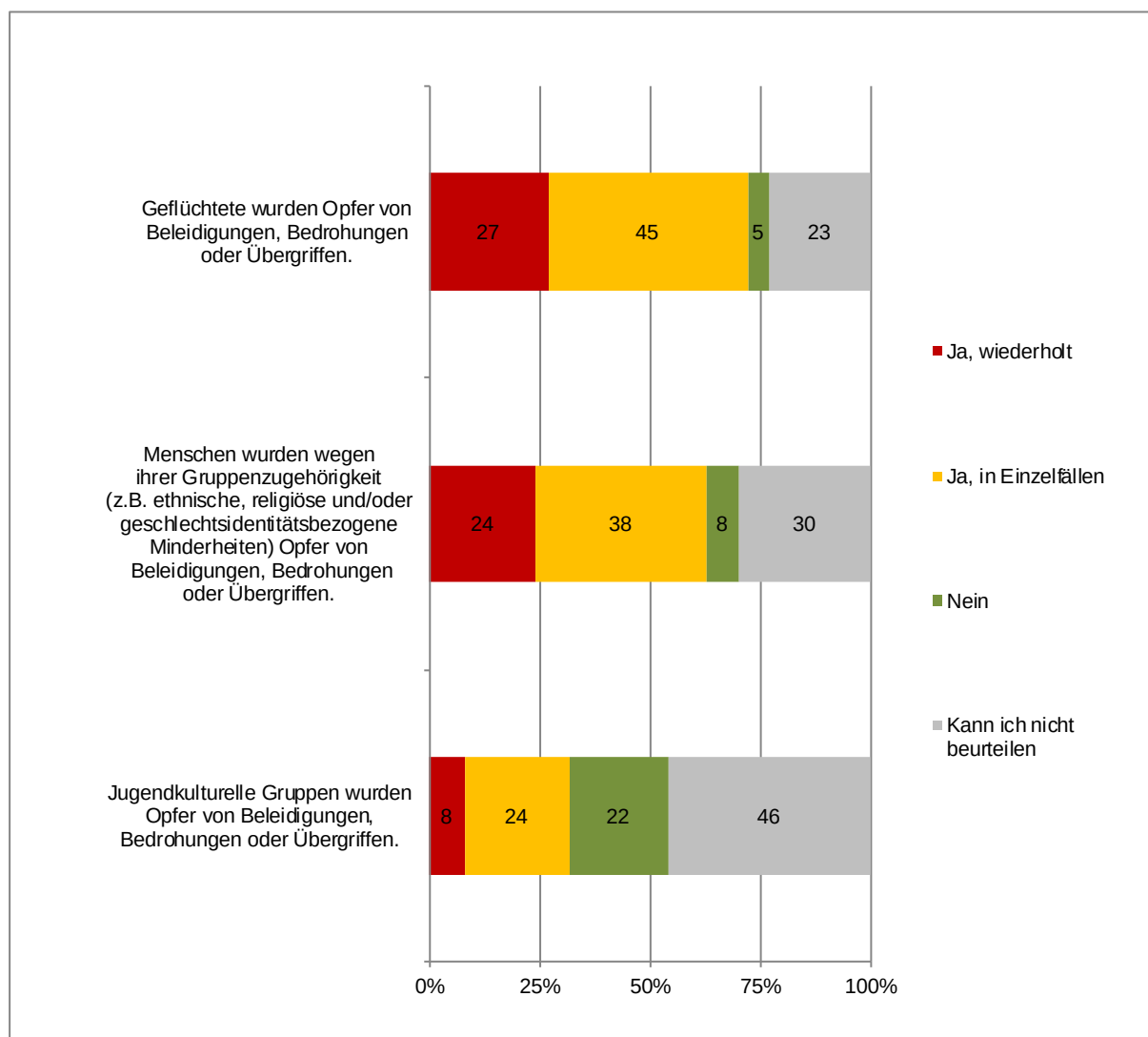
Ebenso machen sich nach Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen pauschalisierende Zuschreibungen gegenüber Geflüchteten immer dann bemerkbar, wenn lokale Konfliktherde auftreten. Dann würden Geflüchtete regelhaft als Ursache des vermeintlichen Problems markiert.

„Also es sind Geflüchtete sozusagen sowohl beschimpft worden als auch körperlich attackiert worden. Gerade jetzt vor wenigen Wochen ist jemand zusammengeschlagen worden. Es gab vor allen Dingen im vergangenen Jahr eine ganz starke Debatte um einen Park hier in der Stadt, wo viele Geflüchtete sich aufgehalten haben. Und es gab in diesem Park eben eine Reihe von Vorkommnissen mit verbalen und körperlichen Auseinandersetzungen, das ist sozusagen jeweils immer zentral den Flüchtlingen zugeordnet worden. Selbst in Arbeitskreisen zwischen Polizei, (...) pädagogischen Fachkräften und Sozialarbeitsfachkräften wurde ein Arbeitskreis, der sich „Junge Geflüchtete“ nannte, eingerichtet, um den vermeintlichen Gefahrenherd zu bekämpfen. Wobei alle sich einig waren (...), dass das Problem nicht junge Geflüchtete sind, sondern völlig unterschiedliche Gruppen. (...) Geflüchtete [sind] eine Projektionsfläche geworden (...) für Probleme und Gefahren aller Art, die auftauchen.“ (BLInt6 6_115)

In 63 %²⁴⁵ der Fördergebiete (166) sind Menschen aufgrund von zugeschriebenen Gruppenmerkmalen (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Zugehörigkeit) Opfer von Anfeindungen und Übergriffen geworden und aus jeder dritten Partnerschaft werden auch Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe gegen jugendkulturelle Gruppen zurückgemeldet.

245 Abweichungen in den zusammengefassten Anteilen der Kategorien „Ja, wiederholt“ und „ja, in Einzelfällen“ ergeben sich teilweise durch abweichende Rundungsergebnisse vor und nach der Addition.

Abbildung 27: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018²⁴⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Über alle 166 Förderregionen hinweg, aus denen die Koordinator/innen Anfeindungen, Bedrohungen oder Übergriffe vor dem Hintergrund einer Gruppenzugehörigkeit der Opfer zurückmelden, können drei Viertel der Vorkommnisse (125, 75 %) islam- und muslimfeindlichen Motivationslagen zugeordnet werden.²⁴⁷ Aus 30 % (49) dieser Förderregionen melden die Koordinator/innen wiederholte Anfeindungen und Übergriffe dieser Art.²⁴⁸ Auch in Hinblick auf diese Vorkommnisse zeichnen sich demnach keine wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr ab.²⁴⁹

²⁴⁶ Vgl. Tabelle 123 im Anhang.

²⁴⁷ Vgl. Tabelle 124 im Anhang.

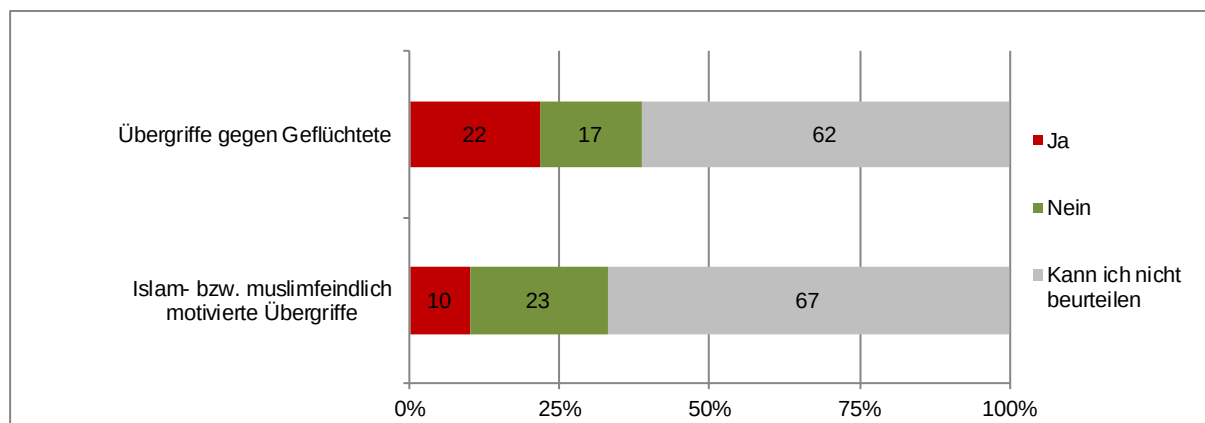
²⁴⁸ Vgl. Tabelle 124 im Anhang.

²⁴⁹ Vgl. ISS 2017a, S. 148, Tabelle 132.

Geflüchtete und Menschen vermeintlich muslimischen Glaubens sind am häufigsten Opfer von Körperverletzungen. Erstere sind zudem auch am häufigsten Opfer von Bedrohungen, Einschüchterungen und/oder Nötigung.

22 % der Koordinator/innen (57) berichten, dass in ihren Förderregionen Körperverletzungsdelikte gegenüber Geflüchteten stattgefunden haben. Menschen, die vermeintlich muslimischen Glaubens sind, wurden in 27 Fördergebieten (10%) Opfer von Körperverletzungen.

Abbildung 28: Einschätzungen der Koordinator/innen zu Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018²⁵⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Körperverletzungen. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Körperverletzungen gegenüber dieser Personengruppe gab.

Bedrohungen, Einschüchterungen und/oder Nötigungen kamen in 86 Fördergebieten (32 %) gegen Geflüchtete und in 51 Gebieten gegen Menschen muslimischen Glaubens (19 %) vor.²⁵¹

Straftaten gegen die Ehre, also Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdungen, werden aus 144 Fördergebieten (54 %) gegenüber Geflüchteten zurückgemeldet. Diese Formen von Anfeindungen werden aus 35 % der Partnerschaften auch für islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe (93) registriert.²⁵²

Anfeindungen und/oder Übergriffe gegenüber Geflüchteten werden aus den neuen Bundesländern (84 %, 78) anteilig häufiger gemeldet als aus den alten Bundesländern (63 %, 99). Sie kommen in den Standorten der neuen Bundesländer auffällig häufiger in wiederholter Form vor, nämlich in 45 % (42) der Fördergebiete im Osten und in 10% (16) der Fördergebiete im Westen.²⁵³

Diese Befunde machen deutlich, dass immerhin aus jeder fünften Partnerschaft physische Gewalt, aus jeder dritten Partnerschaft Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung und aus jeder zweiten Partnerschaft Angriffe gegen die Ehre von Geflüchteten (Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung) zurückgemeldet werden. In Gewalt mündende Ablehnung von

250 Vgl. Tabelle 125 im Anhang.

251 Vgl. Tabelle 126 im Anhang.

252 Vgl. Tabelle 127 im Anhang.

253 Vgl. Tabellen 128 und 129 im Anhang.

Zuwanderung sowie Islam- und Muslimfeindlichkeit sind anhaltende Probleme in den Fördergebieten der Partnerschaften für Demokratie.

Etwas mehr als ein Drittel aller Koordinator/innen berichtet, dass es in ihren Fördergebieten Aktionen bzw. Vorkommnisse zur Zurückdrängung zivilgesellschaftlichen demokratischen Engagements gab.

Insgesamt 104 Koordinator/innen (39 %) machen die Angabe, dass es in ihren Fördergebieten Vorkommnisse zur Einschränkung der Handlungsräume von demokratisch engagierten Akteur/innen gab.²⁵⁴ Diese Vorkommnisse lassen sich in vier übergeordnete Kategorien zusammenfassen: Kontrolle, Delegitimierung der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie, Behinderung der Umsetzung von Aktivitäten und schließlich auch Anfeindung und Bedrohung von Akteur/innen.

Kontrollansinnen gegenüber der in den Partnerschaften für Demokratie umgesetzten Aktivitäten sind vor allem (sachlich unangemessene) kommunale Parlamentsanfragen (15 %, 41), anlassunabhängige Aufforderungen zur Überprüfung des gesetzeskonformen Verhaltens von Mitarbeiter/innen der Partnerschaften bzw. von Projekten (6 %, 15) sowie Aufforderungen zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Trägern (4 %, 10).²⁵⁵

Grundsätzlich betonen Interviewpartner/innen, dass kommunale Parlamentsanfragen legitim sind und sie es zu ihren Aufgaben zählen, an ihrer Beantwortung mitzuwirken. Folgende drei Umstände veranlassen verantwortliche Akteur/innen der Partnerschaften aber dazu, die Anfragen als sachlich unangemessen und somit als Störungsversuche gegen ihre Arbeit einzuordnen.

Zuvorderst berichten Koordinator/innen, dass die Anzahl der Anfragen in hohem Maß zugenommen hat und dass auch zunehmend Detailinformationen angefordert werden. Dies hat zur Folge, dass viel Arbeitszeit absorbiert wird, nicht nur bei den Koordinator/innen, sondern auch in der Verwaltung. Oftmals wird dieses Vorgehen als gezielte Taktik wahrgenommen, die verhindern soll, dass Ressourcen für die eigentliche Arbeit der Partnerschaft bereitstehen.

„Das ist ja auch eine Taktik, die die anwenden eben. Einfach die Leute auch mit Arbeit zuzuballern indem sie tausende von Anfragen stellen und man irgendwann zu nichts mehr kommt, weil man ständig Anfragen beantworten muss. Also das ist auf jeden Fall auch was, was da eine Rolle spielt.“ (BLInt 9_39)

Desweiteren geht mit der Detailtiefe der Anfragen und der Akteneinsicht, die Parlamentsangehörigen zusteht, einher, dass Projektverantwortliche und Engagierte einen Missbrauch ihrer personen- und projektbezogenen Informationen befürchten. Konkret treibt sie die – z. T. auch erfahrungsbasierte – Sorge, sie könnten auf einschlägigen Internetportalen Erwähnung finden und diskreditiert werden.

„Und davon dann natürlich auch Daten gezielt durchsickern. Das ist eine Unterstellung von mir. Die sind öffentlich, aber ich traue bestimmten Gruppen einfach nicht zu, dass sie auch öffentlich in der Lage sind, dort die Daten zu kriegen, ohne

²⁵⁴ Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

²⁵⁵ Vgl. ebenda.

dass sie da mit der Nase drauf gestoßen werden. Und die finden sich halt wieder in Aktionsforen der Rechten.“ (BLInt 8_31)

Der dritte Umstand, den Koordinator/innen als problematisch bewerten, ist, dass die angeforderten Informationen gezielt gewählt und mit der Absicht ausgewertet werden, Trägern und Akteur/innen Fehler nachzuweisen oder z. B. eine unzulässige Ausrichtung vorzuwerfen. Es sei der Duktus der Fragen, die Absicht, mit der die Kontrolle ausgeübt werde, die Druck auf Verantwortliche auslösen und sie in einen Rechtfertigungszwang bringen. In den Blick genommen werden hierbei insbesondere die finanziellen Transaktionen, die Tätigkeitsfelder der Träger und ihre Kooperationsbeziehungen, die inhaltlichen Konzepte und die Ergebnisberichte der Projekte. Aus Sicht der Koordinator/innen schwingt in zahlreichen Anfragen schon durch den Fragemodus die Unterstellung eines unkorrekten Vorgehens mit. Vor diesem Hintergrund erklärt sich, dass sich der von den Koordinator/innen geäußerte Bedarf an Unterstützung im Umgang mit parlamentarischen Anfragen im Vergleich zum Vorjahr auf 20 % (50) nahezu verdoppelt hat.²⁵⁶

In Einzelfällen kommen gezielt auch einzelne Personen oder Träger in den Fokus von Kontrollversuchen. Sie erhalten öffentliche oder auch direkte Aufforderungen, ihre persönliche Einstellung offenzulegen oder es wird ihnen rechtswidriges Handeln unterstellt und eine Darlegung der vermeintlichen Tatbestände eingefordert.

„Ja, also es hat auch Anfragen gegeben direkt an die externe Koordinierungsstelle, also an mich persönlich. Und ich sollte meine Gesinnung und Meinung bezüglich – das (...) war (...) ein Fraktionsvorsitzender des Kreistages (...) – meine persönliche Gesinnung oder Positionierung (...) ablegen und auch sozusagen [erklären, Anm. d. Verf.] inwieweit ich nicht auch rechtswidrige Dinge tun würde. (BLInt 6_51)

In etwa jedem sechsten Fördergebiet nehmen Koordinator/innen Delegitimierungsdiskurse hinsichtlich der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie wahr.

Delegitimierungsdiskurse formen sich aus Sicht der Koordinator/innen dort, wo öffentlich wahrnehmbar die Arbeit der Partnerschaften diskreditiert wird und den Akteur/innen unlautere Absichten unterstellt werden. Dies ist in manchen Standorten ein regelmäßiger, in anderen ein konjunktureller Umstand, der z. B. in Wahlkampfperioden besonders zum Tragen kommt. Insgesamt 17% (44) der verantwortlichen Akteur/innen vor Ort melden zurück, dass sie von solchen Vorkommnissen betroffen sind.²⁵⁷ Delegitimierungsdiskurse finden öffentlich bei Kundgebungen statt, im digitalen Raum oder gelangen im Kontext aktueller Meldungen über die Presse in die Sphäre der öffentlichen Meinungsbildung.

Auf der inhaltlichen Ebene lassen sich unterschiedliche argumentative Strategien der Delegitimierung differenzieren. Ein Großteil der konkreten Beispiele, die Koordinator/innen zu diesem Sachverhalt nennen, lässt sich allgemein unter den geäußerten Vorwurf des Verstoßes gegen das Neutralitätsgebot fassen. Hierzu gehört einerseits, dass Angebote der Demokratiebildung an Schulen oder öffentlichen Einrichtungen grundsätzlich als ideologische Einflussnahme von links gedeutet und somit auch als unzulässig bewertet werden. Hierzu gehört andererseits auch, dass eine Vielzahl der Aktivitäten von Engagierten oder der Partnerschaft als Bevorteilung oder Protegierung von Zielgruppen ausgewiesen wird.

²⁵⁶ Vgl. Tabelle 131 im Anhang und ISS 2017, S. 43.

²⁵⁷ Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

Geflüchtete werden in diesen Diskursen als Privilegierte gelabelt, die in den Genuss von Leistungen kommen, die anderen nicht zuteil werden.

„Das ist so ein Vorwurf der ganz massiv im Raum steht: wir nehmen keine links-extremen Vorfälle zum Beispiel auf. Oder wir sind nicht parteipolitisch neutral. Das ist so die Bottomline, die sozusagen da drunter schwingt.“ (BLInt 9_11)

„Ja, genau. Und zwar heißt es immer, dass wir NUR Flüchtlinge unterstützen.“ (BLInt 2_68)

Die Tatsache also, dass sich Projekte an bestimmte Zielgruppen wenden, dass Bürger/innen-netzwerke unterstützt werden und dass an den lokal relevanten Problemlagen angesetzt wird, wird im Rahmen dieser Delegitimierungsstrategie als Einseitigkeit ausgelegt und mit der Forderung verknüpft, jeweils andere, die „richtigen“ Personengruppen oder Phänomene in den Blick zu nehmen: Linksextremismus oder etwa die Opfer von muslimischen Straftäter/innen. 13 % der Koordinator/innen (34) melden zurück, dass in ihren Fördergebieten Argumentationsmuster, die eine ideologische Einflussnahme unterstellen, von Seiten rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Akteur/innen wahrgenommen werden.²⁵⁸ Sie deuten dies als Strategie zur Zurückdrängung demokratischen Engagements.

Eine zweite Strategie der Delegitimierung ist die Verbreitung von gezielten Falschaussagen bzw. Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaften bzw. von Projekten. So kommt es z. B. vor, dass Partnerschaften unterstellt wird, sie würden kriminelle Antifa-Akteur/innen finanziell fördern oder die Arbeit mit Geflüchteten sei Arbeit mit Straftäter/innen. Das Schwierige an solchen Diskursen ist nach Meinung der Koordinator/innen, dass ihre Widerlegung nicht annähernd dasselbe öffentliche Echo erreicht. Ein Sonderfall der gezielten Verbreitung von Gerüchten, der ebenfalls berichtet wird, ist, Akteur/innen aufgrund ihres gemeinsamen Engagements in eine Form von „Sippenhaft“ zu nehmen. Die Logik dieses Diskurses lautet: Weil Person X etwas vorgeworfen wird und Person X mit Person Y gemeinsam engagiert ist, gilt die Unterstellung auch für Person Y, die im Kontext der Partnerschaft aktiv ist. Auch werden nach dem Prinzip des „pars pro toto“ Urteile über einzelne Beteiligte auf „alle“ Beteiligte z. B. den Begleitausschuss übertragen und generalisiert.

„Und eine dieser beiden Personen war auch in dem Bündnis, wo der Betroffene sozusagen Sprecher ist, auch tätig. Und ohne dass da irgendwelche Ermittlungsergebnisse vorlagen, ist praktisch dann (...) ein Zusammenhang zu linksextremem Terrorismus hergestellt worden. (...) Die Ermittlungsergebnisse haben natürlich mittlerweile ergeben, dass da nichts dahinter (...) war. Allerdings ist sozusagen diese Person, um die es mir geht im Begleitausschuss, dann in den sozialen Medien mit diesem Fall direkt in Verbindung gebracht worden.“ (BLInt 4_13)

Vorkommnisse wie die Verbreitung von Falschaussagen bzw. Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaft melden insgesamt 24 (9 %) der Koordinator/innen zurück. Schließlich gehört auch die Relativierung bzw. Aufrechnung von Themen, die von Partnerschaften aufgegriffen werden, wie z. B. das Gedenken an Opfer rechtsextremer Gewalt, in 12 % (32) der Fördergebiete zum Diskurs der Delegitimierung²⁵⁹, ebenso wie die Tatsache, dass Aktivitäten wie die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen von engagierten Bürger/innen als „Ferien machen

²⁵⁸ Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

²⁵⁹ Vgl. ebenda.

auf Staatskosten“ (BLInt 2_47) oder die Arbeit der Partnerschaften als „Verschwendung von Steuergeldern“ (BLInt 5_20) diskreditiert werden.

Die Behinderung der Arbeit von Projekten z. B. über die gezielte Aufforderung, Veranstaltungen der Partnerschaft fernzubleiben und zu boykottieren, ist ein Sonderfall, den sieben Koordinator/innen benennen.²⁶⁰ Es kommt immer wieder in Einzelfällen vor, dass Akteur/innen darauf aufmerksam machen, dass sie an der Umsetzung ihres Projektes aktiv behindert wurden. Dies geschah in einem Fall über soziale Medien, in denen ein Aufruf zur Abstimmung mit den Füßen erfolgte oder in einem anderen Fall, indem gezielt Einfluss auf eine Jugendszene genommen und den jungen Menschen suggeriert wurde, sie würden, sofern sie an der Maßnahme teilnehmen würden, einer Gehirnwäsche unterzogen.

Aus jeder zweiten Partnerschaft für Demokratie werden Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlich Engagierten zurückgemeldet.

Die Anteile an Förderregionen, aus denen von Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Akteur/innen berichtet wird, bleiben mit 54 % (144) nahezu unverändert zum Vorjahr. Dies gilt ebenso für die Rückmeldungen bezüglich Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen gegenüber Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung. Sie wurden in insgesamt 36 % (95) der Förderregionen Opfer von Anfeindungen. In nahezu jeder sechsten Partnerschaft für Demokratie (16 %, 42) waren Mitarbeiter/innen der Fach- und Koordinierungsstelle von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe betroffen, in 14% (37) Vertreter/innen der Medien.²⁶¹

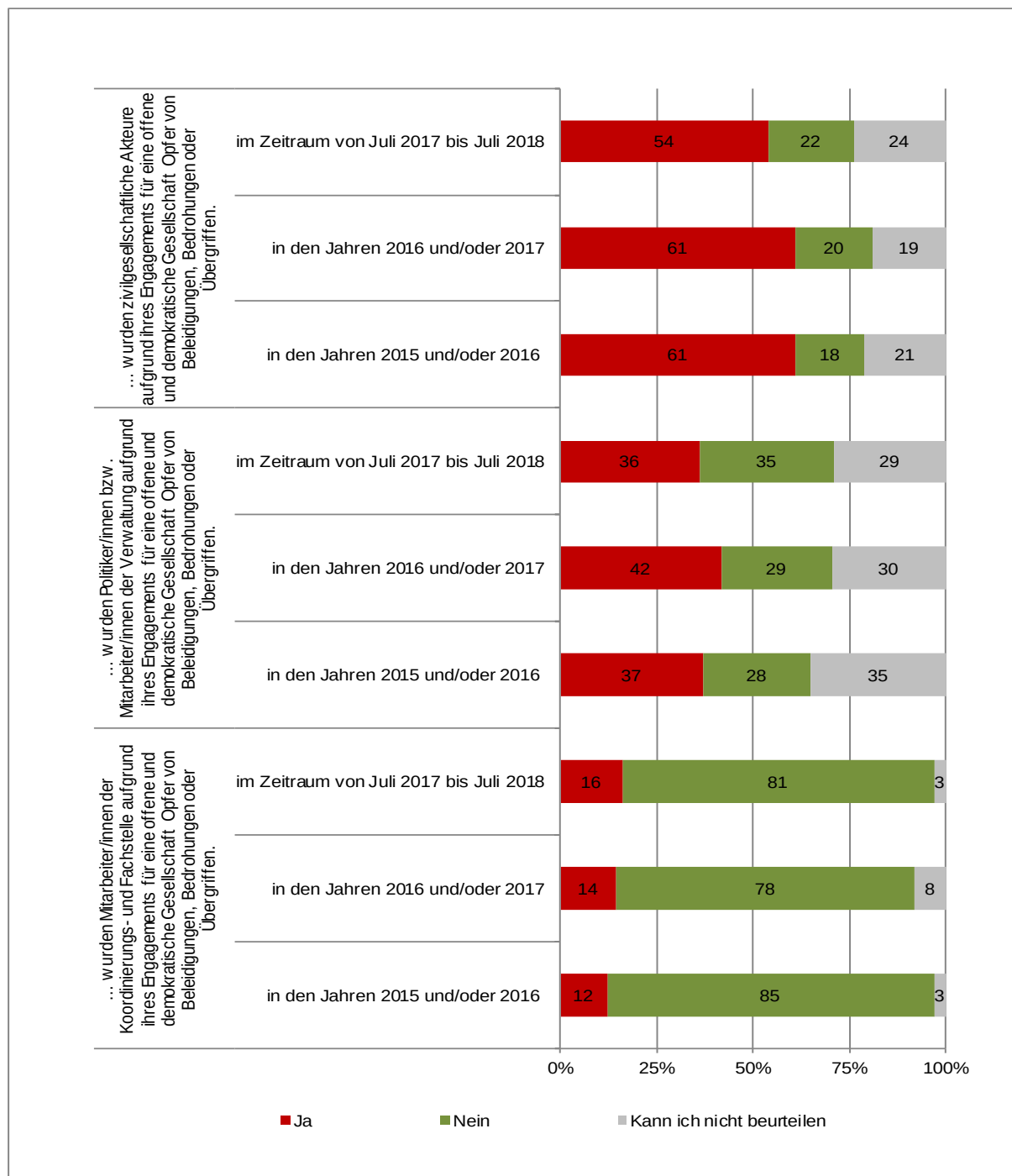
Es fällt auf, dass Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen seit 2015/2016 stetig leicht ansteigen.²⁶² So berichten einzelne Betroffene, dass ihre Fotos in sozialen Medien auftauchen, dass ihnen signalisiert wird, dass sie beobachtet werden und einschlägige Kreise über ihre privaten Kontakte informiert seien und dass ihnen schließlich auch angedroht wird, Informationen über sie in die Öffentlichkeit zu tragen, die einen vermeintlichen Beleg dafür bieten würden, dass sie für die Arbeit in der Partnerschaft ungeeignet seien. Es kommt auch immer wieder, wenn auch vereinzelt, vor, dass Koordinator/innen Opfer von gewaltsamen Übergriffen geworden sind und noch andauernd Androhungen ausgesetzt sind.

260 Vgl. ebenda.

261 Vgl. Tabelle 123 und ISS/Camino 2017, S. 81

262 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 222; ISS/Camino 2017, S. 81 und Tabelle 123 im Anhang.

Abbildung 29: Einschätzungen der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für die Jahre 2015/2016, 2016/2017 sowie den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018²⁶³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265), 2017 (N=264) und 2016 (N=218).

263 Vgl. Tabelle 123 im Anhang, ISS/Camino 2017, S.79, Tabelle 131 im Anhang des Strukturdatenbandes und ISS/Camino 2016, S. 221f., Tabellen 106 und 108. Da in der Befragung 2016 nur die Antwortmöglichkeiten „Ja“, „Nein“ und „Kann ich nicht beurteilen“ gegeben waren, wurden zum Vergleich die Antwortkategorien „Ja, wiederholt“ und „Ja, in Einzelfällen“ der diesjährigen Befragung zusammengefasst. Für die Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung addieren sich die Werte für die Kategorien „Ja, wiederholt“ und „Ja, in Einzelfällen“ in Tabelle 131 auf 41 %, in der Abbildung ist jedoch die Zahl 42 % abgetragen. Die Abweichung ergibt sich durch Rundungen in Tabelle 131 (der Wert für „Ja, wiederholt“ beträgt ungerundet 9,47, der für „Ja, in Einzelfällen“ 32,20), also dem Rundungsergebnis vor oder nach der Addition.

Koordinator/innen berichten einerseits von stetig vorkommenden Vorfällen und dass sie bei der Zahl der Anfeindungen und Übergriffe keine wesentliche Veränderung wahrnehmen können, wohl aber eine höhere Bereitschaft von Akteur/innen der rechtsextremen Szenen, öffentlich aufzutreten, Kundgebungen abzuhalten und/oder persönliche Bedrohungen auszusprechen. Tatsächlich sind zivilgesellschaftliche Akteur/innen die Zielgruppe, die nach Geflüchteten am häufigsten (41 %, 109) von Straftaten gegen die Ehre, also Beleidigungen, übler Nachrede und/oder Verleumdung betroffen ist.²⁶⁴ Andererseits berichten Koordinator/innen auch von einem Wiedererstarken rechtsextremer Szenen im Kontext sich gesellschaftlich verbreitender rechtspopulistischer Diskurse.

„[...] die paar 100 Meter um unser Zentrum herum sozusagen, sind ein sehr besetzter Raum, weil er eben früher so als Angstraum von extrem rechter Gewalt besetzt war. Dass es jetzt so stark angestiegen ist in den letzten Monaten, können wir mit zwei Sachen im Grunde erklären. Die eine Sache ist Zufall. Das kann natürlich immer sein. Die andere Erklärung, die wir haben ist, dass sich eben Neo-Nazis tatsächlich einfach auch bestätigt fühlen durch den gesellschaftlichen Rechtsruck. Wir würden nicht so weit gehen zu sagen: Das sind irgendwie [rechtspopulistische Akteure, Anm. d. Verf.], die hier rumrennen und uns Aufkleber an die Tür kleben. Vielleicht vereinzelt, aber jedenfalls nicht in der Mehrzahl. Aber man kann ja zu mindestens die These in den Raum stellen, dass Neo-Nazis, die vielleicht eine Zeitlang nicht so aktiv waren, sich jetzt einfach bestärkt fühlen. Und dadurch wieder aktiv werden.“ (BLInt 9_77)

In Hinblick auf das lokale Auftreten demokratiefeindlicher Akteur/innen melden die Koordinator/innen zurück, dass es in 71 % der Fördergebiete (187) aktive rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen gibt. Die Präsenz dieser, aber auch weiterer rechtsextremer sowie rechtspopulistischer Akteure, hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr über alle Partnerschaften hinweg kaum verändert.²⁶⁵

Die Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen und die Delegitimierungsdiskurse gegenüber der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie bewirken Gegenmobilisierung.

Aus nahezu allen (90 %, 238) Partnerschaften melden Koordinator/innen zurück, dass zivilgesellschaftliche Akteur/innen sich nicht einschüchtern lassen und an ihrem Engagement für Vielfalt und Demokratie festhalten. 68 % (181) spiegeln ebenfalls eine öffentliche Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle zurück, z. B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr.²⁶⁶ Insgesamt kann somit kein generelles Nachlassen der demokratischen Wehrhaftigkeit der Zivilgesellschaft konstatiert werden. Koordinator/innen beschreiben in den qualitativen Interviews vielmehr den Effekt, dass insbesondere vor dem Hintergrund der wahrnehmbaren rechtspopulistischen öffentlichen Diskursverschiebungen, Bürger/innen, die zuvor nicht aktiv waren, sich nunmehr zum Engagement aufgerufen sehen.

264 Vgl. Tabelle 127 im Anhang.

265 Vgl. Tabelle 132 im Anhang sowie ISS 2017, S. 165.

266 Vgl. Tabelle 133 im Anhang.

„Und ansonsten würde ich tatsächlich sagen hat es eine Auswirkung die man auch positiv sehen kann. Also es gibt halt wahnsinnig viele die sich engagieren wollen. Und wir haben jetzt hier in (...) auch immer wieder tatsächlich Anwohnende, die hier auflaufen und sagen ihnen macht die gesellschaftliche Entwicklung Sorge. Sie wollen sich engagieren. Und das ist was, was wir deswegen auch tatsächlich im nächsten Jahr ein bisschen (...) zu einem unserer Schwerpunkte machen wollen. Eben die Leute zusammenzukehren und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man sich engagieren kann hier (...). Es gibt ja total viele Initiativen. Und mit den meisten davon arbeiten wir zusammen. Und, dass wir ein bisschen gucken können, dass die Leute hier eine Anlaufstelle bekommen, wenn sie einfach nicht wissen, was sie machen können, aber was machen wollen. Dass sie sich an uns irgendwie wenden können. Das ist würde ich sagen auf jeden Fall ein positiver Effekt. Und auch was man sagen muss ist, dass viele Leute herkommen und uns halt bestärken.“ (BLInt 9_37)

Nach Ansicht der Koordinator/innen kann der zivilgesellschaftliche Umgang mit den beschriebenen Vorkommnissen zur Zurückdrängung des Engagements vor allem dann reibungslos erfolgen, wenn die Koordinierungs- und Fachstellen über ausreichende Personalressourcen und wenn die Mitarbeiter/innen, aber auch die Träger, über Erfahrungen im Handlungsfeld verfügen. Diese Konstellation stellt insbesondere sicher, dass auf verlässliche Arbeitsbündnisse und Netzwerke zurückgegriffen werden kann, dass Strategien für einen routinierten und arbeitsteiligen Umgang mit z. B. Anfragen vorliegen und dass die persönliche Verarbeitung der Folgen von Bedrohungserfahrungen gelingt.

„Naja, ich sage mal wir sind natürlich als Träger der externen Koordinierungsstelle und weil wir auch noch Träger eines mobilen Beratungsdienstes sind, natürlich in der Schusslinie sozusagen von organisierten rechtsextremistischen und Neonazis so und so. Das ist quasi Berufsrisiko in Führungsstrichen. Aber eben zusehends und verstärkt auch durch diese – in der Schusslinie dieser Delegitimierungsversuche. Das ist ganz klar. Ich meine wir haben natürlich den Vorteil, dass das für uns kein neues Phänomen ist. Also gerade vor dem Hintergrund der mobilen Beratung, ja kennen wir das natürlich schon lange. Wir haben hier Strategien entwickelt. Wir haben auch gewisse Routinen entwickelt. Wir verfallen da nicht in Panik (...), aber es nervt. Es nervt und es bindet an einen oder anderen Stelle Ressourcen die man doch eher in die inhaltliche Arbeit stecken würde.“ (BLInt 3_63)

Die Bindung von Ressourcen, die z. B. die Beantwortung und Richtigstellung von parlamentarischen Anfragen und öffentlichen Statements rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteur/innen verursacht, bleibt jedoch ein Umstand, den zahlreiche Koordinator/innen als Problem zur Sprache bringen. Diese betrifft nicht nur die Koordinierungs- und Fachstellen, sondern auch die Verwaltung, also in der Regel das federführende Amt.

Einschränkungen der Handlungsräume der Zivilgesellschaft werden vorrangig dann wahrgenommen, wenn rechtspopulistische Anfeindungen und ein fehlender Rückhalt von Seiten politischer Akteur/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung zusammenreffen.

Auch wenn 75 % (198) der Koordinator/innen insgesamt urteilen, dass ein kompetenter Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen für ihr Fördergebiet eher bzw. voll zutrifft²⁶⁷, so werden in den Interviews dennoch spezifische Folgen der Behinderung und Einschüchterung seitens rechtsextremer und rechtspopulistischer Organisationen skizziert.

So berichten die Koordinator/innen durchaus davon, dass engagierte Akteur/innen sich verunsichert oder gar in einer Weise bedroht fühlen, die einen Rückzug aus dem Engagement zur Folge hat. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn engagierte Bürger/innen direkt bedroht werden oder, wenn ihre Familien in das Gewaltszenario mit einbezogen werden.

Aber auch dann, wenn keine persönliche Bedrohungssituation besteht, nehmen Koordinator/innen Situationen der Verunsicherung und ggf. auch des Rückzugs wahr und zwar insbesondere dort, wo sich Bürger/innen oder Organisationen aus nicht primär demokratieorientierten Engagementbereichen und Handlungsfeldern Anfeindungen und Delegitimierungsdiskursen ausgesetzt sehen. Dies in u. U. in Standorten ein ernstzunehmendes Problem, in denen keine Trägervielfalt anzutreffen ist.

„Die Verunsicherung ist stärker bei Trägern, (...) deren Kerngeschäft nicht in den zentralen Handlungsfeldern des Bundesprogramms ist oder unserer Partnerschaft. Also die sowas sozusagen nur partiell mal machen. Auch in Form von Kooperationsprojekten. Da ist die Verunsicherung schon größer.“ (BLInt 3_19)

„Ich denke mal, es (...) macht auch, dass einige Leute, die vielleicht davor noch aktive Mitarbeit in Erwägung gezogen haben, dass die natürlich denken: Nee, also wenn das so ein Verein ist und wenn es da so eine schlechte Presse gibt und so weiter, dass die dann eher Abstand nehmen, zumindest erzählen sie das so. Es sind ja praktische, ganz friedliche Leute, die dann auch noch irgendwie kirchengebunden sind, und ja, eigentlich Konflikten gerne aus dem Weg gehen.“ (BLInt 2_63)

Die professionell mit dem Thema Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung befassten Träger berichten hingegen, dass sie zunehmend wahrnehmen, unter Beobachtung zu stehen und dass sich auch die Sorge verbreitet, Fehler zu machen, die dazu führen könnten, öffentlich diskreditiert zu werden. Die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen reagieren aber vor allem proaktiv, indem sie Projektträger verstärkt aufklären und beraten und den Abstimmungsprozess im Begleitausschuss intensivieren. Sie befördern also den Professionalisierungsprozess. Zudem betonen sie, dass sie in einem Setting vieler Akteur/innen agieren, in dem die Verantwortung für Entscheidungen auf viele Akteur/innen verteilt wird und dies als Schutzmechanismus gegen Anfeindungen dient.

„Also weil ich erstens der Meinung bin, dass ich meinen Job und auch meine, also alle Beteiligten hier den Job so korrekt und richtig einfach machen, dass wir da

267 Vgl. Tabelle 133 im Anhang.

nichts zu befürchten haben und dass ich da nichts zu befürchten habe. Außerdem habe ich auch das Gefühl, also selbst wenn jetzt irgendeine Nähe oder da irgendwas her konstruiert würde, was eventuell irgendeine Grundlage hat, habe ich jetzt auch nicht das Gefühl, dass ich dann persönlich da irgendwelche Konsequenzen dann für tragen müsste. Also das glaube ich nicht, weil ich ja nun nicht der einzige Entscheidungsträger hier bin. Also das ist, glaube ich, so ein Aspekt, dass ich mich persönlich davon nicht bedroht fühle.“ (BLInt 1_41)

Probleme treten aus Sicht der Koordinator/innen vor allem dann auf, wenn die verantwortlichen Akteur/innen in der Verwaltung Unsicherheiten zeigen. In diesen Fällen kommt es vor, dass sich Entscheidungen zu den Modalitäten der Förderung von Projekten extrem verlangsamen, hinziehen oder mit großer Vorsicht gehandhabt werden. Das hat zur Folge, dass nicht ausschließlich, aber insbesondere kurzfristige Projekte und zeitnahe Aktionen der Gegenwehr nur eingeschränkt realisiert werden können. Das hat ebenso zur Folge, dass enorm viel Aufwand betrieben werden muss, um Entscheidungsträger/innen von Maßnahmen zu überzeugen. Wenn dies nicht gelingt, weil in den Ämtern oder gar im Begleitausschuss eher eine risikominimierende Haltung eingenommen wird, dann berichten Mitarbeiter/innen, dass sie an die Grenzen ihrer Frustrationstoleranz geraten. Dies erklärt dann die Wahl eines eher pragmatischen Weges.

„Auch, naja, auch dadurch, dass ich einen extrem großen Berg Arbeit habe, sind das natürlich dann Projekte (...), also wo ich mich dann auch vielleicht eher entschuldige und schon mal im Vorfeld sage: „Nee, Leute, lasst mal. Machen wir lieber nicht“, weil ich hab wirklich andere Sachen, um die ich mich dann auch noch kümmern muss. Und (...) wenn man sich jetzt überlegt, dass man zum Beispiel Gelder herausgeben würde für Mikroprojekte von 1.000 Euro – Für diese 1.000 Euro dann noch Kämpfe oder irgendwelche Prozesse (...) durchzuführen in Zusammenarbeit hier mit dem Jugendamt, das steht eben in keinem Verhältnis. Also da ist dann irgendwann die Verhältnismäßigkeit nicht mehr gegeben und dann würde ich da auch eher vorsichtig mit solchen Projektanträgen oder Projektvorschlägen umgehen.“ (BLInt 1_69)

Fehlender Rückhalt hemmt die Bereitschaft der Akteur/innen Neues auszuprobieren, also die Innovationskraft der Partnerschaften.

In Situationen, in denen Projekte oder die Partnerschaft bereits von Kontrollversuchen und Delegitimierungskampagnen betroffen sind und die Verwaltung den Druck nicht abfedert, sondern diesen an die beteiligten Partner/innen weitergibt, hat dies partiell auch weitreichende Konsequenzen für das Arbeitsbündnis zwischen einzelnen Akteursgruppen, Trägern und der Partnerschaft für Demokratie. Ein/e Koordinator/in bringt es folgendermaßen auf den Punkt:

„Na ich glaube, also (...) eine konkrete Auswirkung wäre, dass ich jetzt nicht in absehbarer Zeit erwarten würde, hier aus diesem [Ort, Anm. d. Verf.] mal irgendwas wirklich Innovatives innerhalb dieser Partnerschaft für Demokratie zu entwickeln (...). Wenn man dazu gedrängt wird, dann doch sehr vorsichtig vorzugehen und sehr vielleicht auch eher restriktiv vorzugehen mit der Vergabe der Fördermittel, (...) der Kreativität tut das glaube ich nicht gut.“ (BLInt 1_55)

Ähnliche Effekte werden auch dann geschildert, wenn der breite politische Rückhalt in den Fördergebieten ausbleibt. In diesen Fällen ist die Wahrscheinlichkeit einer Blockierung der Verwaltung größer und verstärkt sich auch der Druck auf die gesamte Partnerschaft für Demokratie. So schildern Koordinator/innen aus unterschiedlichen Kontexten die ähnliche Situation, dass sie sich nicht trauen, die Potentiale der zivilgesellschaftlichen Akteur/innen der Partnerschaft umfassend zu aktivieren, weil sie nicht damit rechnen können, Rückhalt zu bekommen, wenn etwas passiert.

Damit bestätigt sich die Hypothese, dass eine ausbleibende Positionierung politischer Verantwortungsträger/innen und eine nicht ausgereifte Kooperationskultur zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung hinderliche Bedingungen für die Herausbildung von Widerstandskraft gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Akteuren sind.

Demokratisch Engagierte benötigen Rückendeckung, müssen sich auf ein vorhandenes Problembewusstsein sowie das Zusammenwirken von verantwortlichen Akteur/innen verlassen können und sollten auf mögliche Delegitimierungsinszenierungen vorbereitet sein.

Die o. g. Befunde bedeuten im Umkehrschluss, dass es von großer Bedeutung ist, dass Akteur/innen der Partnerschaften Rückendeckung durch Politik und Verwaltung erhalten. Koordinator/innen, die in einem solchermaßen ausgestalteten kommunalen Setting agieren, berichten, dass der Begleitausschuss handlungswirksam ist, keine Reibungsverluste bei der Vorbereitung und Umsetzung von Projekten bestehen und dass insbesondere ein Problembewusstsein bei verantwortlichen Personen vorhanden ist, das nicht erst in Konfliktsituationen hergestellt werden muss. Die Beteiligten an der Partnerschaft kennen die Strategien der rechten Akteursgruppen, können diese analysieren, die Folgen abschätzen und sie beziehen Haltung.

„Ich glaube das ist ganz wichtig. Und gut in XXX [Name des Fördergebiets, Anm. d. Verf.] ist es so, das ist jetzt nicht absolute Chefsache die Partnerschaft, aber es ist schon auf hoher Ebene angesiedelt beim Dezernenten (...). Und er steht eigentlich auch hinter der Pfd-Idee. Und ich glaube das braucht es auch. Gerade, wenn es um Delegitimierung geht, dass da jemand in der Verwaltung in möglichst hoher Position sitzt und sagt: Gut, das halten wir jetzt aus. Die Partnerschaft ist uns wichtig. Wir machen nicht umsonst bei dem Programm mit. Wir brauchen das in der Stadt.“ (BLInt 3_83)

Ebenso wichtig wie die Haltung von Politik und Verwaltung ist auch die Rückendeckung durch den Träger, wenn einzelne Mitarbeiter/innen in den Fokus rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteur/innen geraten. Mitarbeiter/innen betonen, dass es hilfreich für sie ist, wenn ihre Qualifikation und ihre Kompetenzen wertgeschätzt werden, wenn sie u. a. beraten werden und wenn der Träger ggf. auch juristische Konsequenzen zieht und bei Straftatbeständen Anklage erhebt. Dies ist allerdings ein Weg, den kleinere Träger aus finanziellen Gründen oftmals nicht beschreiten können. Als hilfreich erleben Betroffene es auch, wenn Träger im Zusammenschluss agieren und sich öffentlich positionieren.

Nur vereinzelt berichten Koordinator/innen, dass in ihrem Fördergebiet eine abgestimmte Strategie für den Fall von Störungsversuchen und Anfeindungen erarbeitet wurde. Liegen solche Strategien vor, so legen diese fest, zu welchen Anlässen der Begleitausschuss Erklärungen abgibt, welche Funktionsträger/innen informiert werden müssen, in welcher Weise mit der Polizei kooperiert wird, wie die Zusammenarbeit mit der Verwaltung erfolgt und insbesondere

auch, wie Projektmitarbeiter/innen eingebunden und aufgefangen werden und die (Fach-)Öffentlichkeit aufgeklärt wird. Ein/e Mitarbeiter/in einer Koordinierungsstelle beschreitet einen sehr proaktiven Weg, um zivilgesellschaftliche Akteur/innen zu stärken. Sie/er ermuntert diese u. a. an Parlamentssitzungen teilzunehmen.

„Also wir melden uns auf jeden Fall bei den Projekten, wenn sie vorkommen in XXX [parlamentarischen, Anm. d. Verf.] Anfragen. Und wir sind auch meistens bei den [Sitzungen, Anm. d. Verf.] anwesend. Und raten tendenziell Projekten auch da vielleicht mal mitzukommen, um eben auch in den Genuss dieser Solidarisierungseffekte zu kommen, weil tatsächlich manchmal die Vorstellung in so einer Anfrage vorzukommen schlimmer ist als die Realität. Wenn man zwar die Anfrage hört und auch die entsprechenden Abgeordneten sieht, gleichzeitig aber auch mitbekommt wie viele auf einen zukommen und einen in der eigenen Arbeit bestätigen. Und das ist so eine Strategie, die wir auf jeden Fall versuchen an unsere Partnerinnen ran zu tragen, um sich da eben nochmal bestärken zu lassen und sich nicht so allein gelassen zu fühlen.“ (BLInt 9_41)

Koordinator/innen wünschen sich eine bessere finanzielle Ausstattung der Koordinierungsstellen, einen engeren Fachaustausch, Fortbildung und eine stärkere öffentliche Präsenz des Bundesprogramms.

Viele Koordinator/innen beschreiben ihre aktuelle Arbeitssituation als angespannt und anstrengend, z. T. auch als überfordernd. Sie sind der Meinung, dass nicht nur die z. T. feindliche Atmosphäre ihre Arbeit beeinträchtigt, sondern vor allem der bürokratische Aufwand und die Friktionen, die sich in der Folge in der Zusammenarbeit mit kommunalen Partner/innen ergeben, zu einschränkend sind. Dementsprechend formulieren sie den Bedarf an einer finanziellen Aufstockung der Koordinierungs- und Fachstellen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn in der externen Koordinierungsstelle nur eine Person arbeitet und ein Rückhalt im Team nicht gegeben ist.

Koordinator/innen besuchen Fachaustausche auf Bundes- und Landesebene. Sie betonen, dass sie von diesen profitieren, vor allem, weil der Erfahrungstransfer und der Austausch über den Umgang mit Belastungssituationen Entlastung schafft. Großer Bedarf wird am Umgang mit dem Thema „Neutralitätsgebot“ signalisiert, denn hier bestehen Unsicherheiten. Eine bessere Kenntnis der Möglichkeiten und Grenzen des Handelns von politischen Mandatsträger/innen, Beamt/innen und Mitarbeiter/innen freier Träger würde aus Sicht der Koordinator/innen zum gegenseitigen Verständnis beitragen und Konflikte entschärfen. Gewünscht sind aber auch Fachaustausche und Fortbildungen zu den Themen „Sicherheit und Umgang mit Konflikten für zivilgesellschaftliche Akteur/innen“, „Kommunale Reaktionskonzepte auf demokratiefeindliche Vorfälle“ und auch zur digitalen Demokratiekompetenz. Aus Sicht einiger Koordinator/innen sind die Akteur/innen zu wenig geschult, um das Handeln demokratiefeindlicher User im Netz in den Blick zu nehmen und adäquate Strategien zu entwickeln.

Schließlich betonen Mitarbeiter/innen der Koordinations- und Fachstellen, dass sie unter Bedingungen von Anfeindungen zunehmend darauf angewiesen sind, sowohl auf kommunaler, als auch auf Landes- und Bundesebene Rückhalt für ihre Arbeit zu bekommen. Sie gehen hierbei davon aus, dass öffentliche Diskurse, die sichtbar machen, dass Anfeindungen und Bedrohungen real existieren, hilfreich wären und wünschen sich eine Aufmerksamkeit erzeugende Offensive für eine Demokratieförderung.

„Okay, aufmerksam machen, auch über die überregionalen Bewerbungen des Programms. Oder die Möglichkeiten, die das Programm besitzt, auch überregional dann Aufmerksamkeit zu erzeugen. Ja, und vielleicht auch mal diese Fälle, die ja nicht nur bei unserer Partnerschaft da sind, sondern, wenn ich mich mit anderen unterhalte, ja auch in anderen Partnerschaften stattfinden, das einfach vielleicht auch nochmal öffentlich machen und zeigen: Hier Menschen, die sich für eine starke Zivilgesellschaft und für demokratische Werte einsetzen, haben hier wirklich in Deutschland 2018/ 2019 mit Repressalien zu rechnen.“ (BLInt 4_76)

4.6 Die Koordinierungs- und Fachstellen sowie die Netzwerkarbeit aus Sicht externer Akteure

4.6.1 Methodische Vorbemerkung

Partnerschaften für Demokratie haben den Anspruch, in ein Gemeinwesen hinein zu wirken. Die Frage, ob und wie ihnen dies gelingt, ist für die Evaluation dementsprechend am ehesten aus der Perspektive des Gemeinwesens zu beantworten.

Die durch Camino umgesetzte Befragung externer Akteure in den 24 ausgewählten Regionen bot Gelegenheit, hierzu Erkenntnisse zu gewinnen. Pro Region wurden drei Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gefragt, welche (problembezogenen) Veränderungen sie in den letzten drei Jahren beobachtet haben und welchen Anteil die Partnerschaft für Demokratie aus ihrer Sicht an diesen Veränderungen hat. Basierend auf den Antworten lassen sich Wirkungen identifizieren, sofern unter Wirkungen „alle Veränderungen, die nach einer Intervention auftreten“²⁶⁸ verstanden werden. Darüber hinaus wird mit der Erfassung einer externen Perspektive der häufig formulierten Kritik entgegengetreten, dass Evaluationen von Projekten im sozialen Bereich häufig nur die Umsetzenden nach der Wirksamkeit ihrer eigenen Projekte befragen.

Die Interviewpartner/innen kommen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, und auch wenn es sich durchgängig um externe Akteure handelt, haben sie doch eine unterschiedliche Distanz zur Partnerschaft ihrer Region und damit einen unterschiedlichen Wissensstand bezüglich dieser. Die Beobachtungen und Bewertungen externer Akteure werden zudem durch ihre unterschiedlichen Handlungskontexte geprägt. Insofern handelt es sich bei den nachfolgend vorgestellten Ergebnissen nicht um eine systematische Wirkungsanalyse, sondern vielmehr um eine Erkundung von Wirkungsbereichen und das Aufzeigen von Wirkungen, die durch die Partnerschaften für Demokratie berührt werden können. Der Vorteil eines solchen explorativen Vorgehens besteht darin, dass eine Vielzahl von Wirkungsbereichen sichtbar wird, welche jeweils aus unterschiedlicher Perspektive eine Relevanz entfalten.

Weiterhin werden aus den Interviews mit externen Akteuren Faktoren generiert, die einen Einfluss auf die Vernetzung, die Öffentlichkeitswirksamkeit, die Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination sowie auf die erfolgreiche Umsetzung des Aktions- und Initiativfonds haben. Ziel ist es, ergänzend zu den bereits identifizierten²⁶⁹ weitere relevante Faktoren festzustellen, die in den nächsten Erhebungen nochmals geprüft und in die Abbildung zielführender Pfade einfließen werden.

4.6.2 Beiträge der Partnerschaften für Demokratie zu Veränderungen vor Ort aus Sicht externer Akteure

4.6.2.1 Partnerschaften für Demokratie und Gemeinwesen

Die externen Akteure thematisieren Beiträge zu kommunalen Entwicklungen, die sie den Partnerschaften für Demokratie zuschreiben und die insofern als Wirkungen betrachtet werden können.

²⁶⁸ Vgl. Reade-Soh/Stockmann 2009, S. 3; Camino/ISS 2014, S. 11.

²⁶⁹ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 120f.; S. 131f.; S. 144f.

Den Partnerschaften für Demokratie werden durch die externen Akteure Wirkungen im Bereich der Öffentlichkeit, der Vernetzung sowie der Stärkung der Zivilgesellschaft zugeschrieben.

Vor dem Hintergrund, dass sich nahezu überall die Problemlagen in den letzten Jahren verschärft haben, es beispielsweise ein Mehr an rechtspopulistischen Entwicklungen, fremdenfeindlichen Einstellungen und rechtsextremen Aufmärschen gibt (um nur einige Beispiele zu nennen), werden die Partnerschaften für Demokratie als Möglichkeit betrachtet, diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen, indem sie Aufmerksamkeit auf diese Themen lenken. Die externen Akteure betonen überwiegend die Bedeutung der Partnerschaft für Demokratie in ihrer Region, wenn es darum geht, sich mit den genannten Problemen auseinanderzusetzen. Durch ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung, die Förderung einer stabilen Vernetzung engagierter Akteure und die Stärkung der Zivilgesellschaft trügen sie zu Veränderungen im Gemeinwesen bei. Den interviewten Akteuren ist es wichtig, dass es *„eine Kraft gibt, die etwas anderes möchte, also die Vielfalt, Toleranz vertritt und gegen Rassismus und für Demokratie ist“* (PÖ02_17).

Vereinzelt wird davon ausgegangen, dass die Partnerschaft für Demokratie zu einer Deeskalation von Problemlagen im Kontext von Rechtsextremismus beigetragen hat:

„... also, ich denke mal, dass gerade aufgrund dessen, dass wir die Partnerschaft haben, das eben auch dazu führt, dass wir hier keinen Anstieg haben. Weil wir das alles ganz gut beobachten können und weil wir Aufklärungsarbeit leisten können und mit X [Beratungsteam] halt einen guten Draht haben.“ (PÖ5_18)

Partnerschaften für Demokratie erhöhen die Toleranz in einem Gemeinwesen und fördern ein positives Bild von Demokratie.

In Regionen, in denen die Partnerschaften für Demokratie eine Öffentlichkeitswirksamkeit entfalten (vgl. hierzu Kapitel „Öffentlichkeitswirksamkeit aus externer Perspektive – informieren, sensibilisieren, aktivieren“, in diesem Bericht), wird ihnen ein Einfluss auf die öffentliche Meinung attestiert: Sie tragen dazu bei, die Akzeptanz von Migration zu erhöhen und fördern ein demokratisches Politikverständnis:

„Dass die es geschafft haben, dass die Leute über ihre Tellerränder blicken. ... Das hat man ja vielleicht als eine Aufnahmegesellschaft nicht immer so direkt auf dem Schirm. ... Man hat ja kein Interesse für die anderen, man hat auch keine Berührungspunkte. Und dann hat man wieder dieses Blasendenken.“ (FÖ12_149)

Vor allem interkulturelle Projekte und Veranstaltungen der Partnerschaften für Demokratie wirken in der Öffentlichkeit und tragen aus Sicht der externen Akteure dazu bei, dass sich das Verständnis und damit auch die Akzeptanz gegenüber anderen Kulturen und Lebensweisen erhöht und sich eine *„stabile Haltung gegen Ressentiments, Vorurteile, Stereotypen“* herausbildet (PÖ10_18).

Ein politischer Akteur berichtet, dass angestoßen durch die Partnerschaft für Demokratie in seiner Region ein Wertediskurs stattfindet, der nicht auf die Kategorien „links“ oder „rechts“ Bezug nimmt und dadurch einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirkt:

„Ich vermute mal, dass durch diese Kraft, die durch die Partnerschaften entstanden ist, durch die vielen kleinen Projekte, Aufmerksamkeit für das gesellschaftliche Gleichgewicht geschaffen wird ... und wir uns nicht auf dieses einfache Schema [rechts vs. links] zurückzuziehen, sondern es geht eigentlich um eine Wertediskussion und die passiert auch, durch die Partnerschaften.“ (PÖ02_17)

Durch die Umsetzung partizipativer Prozesse lenken die Partnerschaften für Demokratie in jenen Regionen, in denen dies gelingt (vgl. Kapitel „Sensibilisieren und Aktivieren: Ist das schon Partizipation?“, in diesem Bericht), demnach den Blick der Bürger/innen auf die Notwendigkeit eines demokratischen Miteinanders.

Allerdings formulieren auch mehrere externe Akteure, dass sie sich von den Partnerschaften für Demokratie deutlich mehr Effekte in Bezug auf eine Stärkung des Demokratiebewusstseins in der Bevölkerung sowie die Herstellung eines positiven Bezugs zum Thema Demokratie erhofft haben:

„Es wäre schön, wenn das Demokratiebewusstsein insgesamt gestärkt ... würde, also wenn man insgesamt bei Leuten das Gefühl vermitteln würde, dass Demokratie etwas Gutes, etwas Positives ist, dass der Austausch wichtig ist, das ist eine Sache, die wäre wichtig.“ (PÖ07_111)

Um dies zu erreichen, sollte nach Meinung der externen Akteure der Fokus stärker auf Angebote gelegt werden, die Diskussion und Austausch ermöglichen.

Partnerschaften für Demokratie tragen zu einer besseren Sichtbarkeit von Trägern und Initiativen bei.

Bereits die Projektebefragung im Jahr 2016 zeigte, dass insbesondere Träger ohne oder mit nur wenigen festangestellten Mitarbeiter/innen durch die Partnerschaften gefördert werden.²⁷⁰ Durch die Einbindung solcher Projektträger in die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie wird deren Sichtbarkeit erhöht, ebenso wie die von Akteuren, die nicht aus einem professionellen Kontext kommen. Dadurch wiederum werden neue Kooperationen angeregt. Die externen Interviewpartner/innen waren positiv überrascht zu erfahren, welche unterschiedlichen Akteure sich mit den Themen der Partnerschaft beschäftigen.

Als Beispiel wird eine öffentliche Veranstaltung einer Partnerschaft für Demokratie geschildert, in deren Rahmen der Bewohnerrat eines Seniorenstifts mit einem Demokratiepreis ausgezeichnet wurde. Der anschließende Austausch wiederum bot Anlass für Gespräche zwischen den Senior/innen und anderen Preisträgern sowie anwesenden Gästen. Hierzu zählten u.a. Jugendeinrichtungen und Schulen.

Darüber hinaus wird den Partnerschaften attestiert, dass ihre Fördermöglichkeiten in einigen Regionen eine positive Dynamik der Projektentwicklung angestoßen haben. Ohne diese Möglichkeit wäre eine Vielzahl von Projekten nicht möglich gewesen:

„... und der Vorteil ist natürlich jetzt, dass über diese Partnerschaft ein planbares Budget mehr oder weniger zur Verfügung steht. ... Und das hat natürlich noch mal andere Kräfte freigesetzt.“ (PÖ22_45)

Es konnte Themen bearbeitet werden, die ansonsten unberücksichtigt geblieben wären:

„Die Partnerschaft war dahingehend hilfreich, dass wir eben das Thema Rechts-extremismus bearbeitet haben oder auch Fragen [wie]: ‚Wie kann man Wahlbeteiligungen erhöhen?‘ oder ‚Wie kann man Leute wieder erreichen, [so]dass sie sich als Teil der Gesellschaft sehen?‘, (PÖ22_17)

270 38% der 2016 geförderten Träger haben bis zu zehn ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, 48% der geförderten Träger zwischen elf und 100 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen. Nur ein Zehntel der 2016 geförderten Projektträger verfügt über mehr haupt- als ehrenamtliche Mitarbeiter/innen (ISS/Camino 2016, S. 155).

4.6.2.2 Veränderungen in der Netzwerkarbeit

Nicht nur in Bezug auf die Stärkung der Zivilgesellschaft, sondern auch in Bezug auf die Arbeit der regionalen Netzwerke haben die externen Expert/innen Veränderungen festgestellt. Diese gehen insbesondere auf das Handeln der Koordinierungs- und Fachstellen zurück.

Partnerschaften für Demokratie tragen zu einer höheren Qualität der Netzwerkarbeit in einer Region bei.

„Also, ich glaube, dass die Aktivitäten über diese Partnerschaft sehr wertvoll sind, dass es eben genau um diese Vernetzungsstrategien geht, die man im Prinzip dort nutzen kann, ausbauen kann, sie an verschiedenen Themenschwerpunkten festmachen kann, das ist ein echter, echter Mehrwert!“ (02AÖ_69)

Die externen Akteure beschreiben Effekte der Partnerschaften für Demokratie auf die Netzwerkarbeit, die für die Entstehung und Weiterentwicklung leistungsfähiger Netzwerke bedeutsam sind. Ein leistungsfähiges Netzwerk ist gekennzeichnet durch die Einbindung heterogener Akteure sowie durch deren zielgerichtete Zusammenarbeit.²⁷¹

Die Partnerschaften führen verschiedene Akteure unter einer gemeinsamen Zielstellung zusammen. Für externe Akteure wird dies insbesondere in den Demokratiekonferenzen sichtbar. In mehreren Regionen beschreiben sie die für sie bemerkenswerte Vielfalt der Akteure, die an einem gemeinsamen Konzept für eine Region arbeiten. Besonders relevant ist hier das Agieren der Koordinierungs- und Fachstelle, die in der Regel als Knotenpunkt fungiert.

Dass Akteure aus verschiedenen Bereichen gemeinsam daran arbeiten, wie auf regionale Problemlagen reagiert werden kann, wird übereinstimmend als Gewinn betrachtet:

„Am Anfang habe ich gedacht, ganz ehrlich, ... wieder irgendwas, nicht? Also das ist ja eins von vielen Sachen ... Was ich schon gut fand, ist, dass sich da ... die verschiedenen Bereiche Gedanken darüber gemacht haben, und dieses Abstimmen und dass man einfach viele Sachen, von denen man sonst nichts mitbekommen würde, erfahren hat, oder auch von Trägern oder von interessierten Menschen oder von Leuten, die Ideen haben. Dass es ein gutes Forum ist, dass sie da ihre Ideen einreichen können und auch andere Ideen oder innovative Ideen einfach vorstellen können, ... das muss ich sagen, das finde ich gut.“ (FÖ11_23)

Eine zielgerichtete Zusammenarbeit erfolgt nicht nur in Bezug auf die gemeinsame Entwicklung von Konzepten, sondern auch durch einen geregelten Austausch und einen Wissenstransfer zwischen den Akteuren:

„Und natürlich auch der Austausch untereinander ... also sprich: diese Vernetzung und die Koordination auch über diesen eigenen Dunstkreis hinaus.“ (PÖ22_45)

Wie auch die Heterogenität der am Netzwerk Beteiligten wird dieser Aspekt durch die befragten Akteure insbesondere im Kontext der Demokratiekonferenzen reflektiert. Thematisiert wird neben einem Austausch über Problemlagen und Angebote vor Ort auch ein Wissenstransfer, der sich innerhalb der Netzwerke vollzieht, beispielsweise über erfolgreiche Arbeitsansätze.

271 Vgl. hierzu Camino/ISS 2015, S. 90ff.

Die Koordination und Unterstützung bereits bestehender Netzwerke durch die Partnerschaften für Demokratie vermeidet die Entstehung von Doppelstrukturen.

In einigen Regionen ist es Aufgabe der Partnerschaften für Demokratie, bereits bestehende Netzwerkstrukturen zu koordinieren und in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Annahme dieses Auftrags ist eine wichtige Voraussetzung, um die Entwicklung von Doppelstrukturen zu vermeiden. Die Aufgabe der Koordination und Unterstützung der bestehenden Netzwerke wird in aller Regel durch die Koordinierungs- und Fachstelle übernommen. Aus Sicht der externen Akteure erhöht eine solche Unterstützung einerseits den Output der regionalen Netzwerke und sichert andererseits die Qualität der Arbeit, die ansonsten „unstrukturierter und weniger qualifiziert wäre“ (AÖ03_133). Sie ist oftmals Voraussetzung, um Formate, die in eine breite Öffentlichkeit wirken, in einer entsprechenden Qualität umzusetzen:

„Das fängt an bei einer Beratung, wie mache ich so etwas gut, wie kann ich das gestalten. Das machen die [Koordinierungs- und Fachstelle] sehr aktiv, bis hin ... [zur] Pressemitteilung, die tatsächlich dann auch durch deren Mitarbeit abgestimmt wird, wer ist eigentlich die Adressatin, der Adressat dieser Pressemitteilung, ist das eher das Bezirksamt, das ist eine andere Sprache, als wenn es die Bürgerinnen und Bürger sind.“ (AÖ03_21)

Dementsprechend erwarten die externen Akteure in Regionen, in denen die Partnerschaften weniger zur regionalen Vernetzung beitragen, dass hier die Aktivitäten der jeweiligen Partnerschaft und ganz konkret die Aktivitäten der Koordinierungs- und Fachstellen verstärkt werden.

4.6.2.3 Stärkung der Zivilgesellschaft

Die Unterstützung bestehender Netzwerke durch die Partnerschaften für Demokratie ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Aber auch andere Effekte, die sich aus der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ergeben, tragen zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft bei.

Partnerschaften für Demokratie stärken die Zivilgesellschaft, bieten Raum für Diskurse und Innovation.

Aus Sicht der externen Akteure bieten die Partnerschaften die Möglichkeit, neue Ideen zu formulieren und zu entwickeln und unterstützen zivilgesellschaftliche Akteure bei deren Umsetzung. Eine besondere Bedeutung kommt hier einerseits der niederschweligen Förderung von Mikroprojekten zu, die es ermöglicht, auch kurzfristig geplante Aktionen umzusetzen:

„Diese Miniprojekte, diese kleinen Projekte, bis 500,00 Euro gehen die bloß. Und da sind die Hürden viel geringer, die können also auch von den Vereinen und Initiativen gut wahrgenommen werden. Zum Beispiel wenn wir mal eine öffentliche Gegendemo gegen den Dritten Weg oder die Identitäre Bewegung machen. ... Und so etwas eben, solche spontanen Veranstaltungen, die man gar nicht so sehr lange planen kann, die kann man sehr gut über die Partnerschaft für Demokratie absichern. Da sind die Leute eben so flexibel. Und das ist eine gute Sache. Ich hoffe auch, dass es so bleibt.“ (PÖ15_73)

Andererseits sind es aber auch die Offenheit der Netzwerke und die sich daraus ergebenden Synergieeffekte, die zivilgesellschaftliche Akteure darin bestärken, ihre Ideen weiterzuentwickeln und umzusetzen. So ermöglichen die Partnerschaften die Entwicklung und Umsetzung innovativer Konzepte.

Allerdings wünschen sich einige externe Akteure auch, dass die Partnerschaften selbst kreativere und innovativere Projekte umsetzen. Diese Erwartung, die sich letztlich an die Koordinierungs- und Fachstelle sowie den Begleitausschuss richtet, erkennt jedoch, dass es die beteiligten Akteure einer Region sind, die das Kreativpotenzial einer Partnerschaft für Demokratie bestimmen.

Neben dieser ganz praktischen Unterstützung bieten die Partnerschaften für Demokratie über verschiedene Projektformate sowie Netzwerktreffen die Gelegenheit zu diskursiver Auseinandersetzung. Von den externen Akteuren wird hervorgehoben, dass dies für zivilgesellschaftliche Akteure wichtig ist, einerseits im Sinne einer Selbstvergewisserung, andererseits um Argumentationen weiterzuentwickeln:

„Also, es gab ein sehr positives Beispiel, ... es gibt ja immer diese Woche der Begegnung, da passiert ja auch wahnsinnig viel. Also, ich kann mich erinnern an einen Schriftsteller, der selbst Flüchtling war oder ist, und der, also der recht mutig einfach seine Thesen formuliert hat, und da gab es dann auch eine Diskussion, die recht rege war. So was zum Beispiel, also eine offene, unverstellte Auseinandersetzung ... Und eigentlich finde ich die spannendsten Diskussionen die, wo man am Anfang nicht weiß, wo man am Ende steht ... und dadurch also Ideen entstanden sind, mit denen man dann weitermachen kann, und diese Freude an der Innovation.“ (07AÖ_118; 290)

Unterstützt durch die Partnerschaften für Demokratie gelingt es, antidemokratische Bestrebungen einzuhegen.

Die Unterstützung der Zivilgesellschaft, aber auch die Unterstützung regionaler Netzwerke durch die Partnerschaften für Demokratie ermöglicht es, antidemokratischen Bestrebungen entgegenzutreten. Es werden Gegendemonstrationen organisiert und es finden Veranstaltungen statt, die auf die Einhegung demokratiefeindlicher Bewegungen abzielen:

„Und wenn wir hier Aufmärsche hatten, dass wir hier ganz leicht Gegendemonstrationen organisieren konnten. Als wir mitbekommen haben, dass Rechte hier zu einer Demonstration aufrufen, haben wir im Nullkommanichts aufgrund des Projekts, weil wir ein großes Netzwerk aufgebaut haben, alle möglichen Leute informieren können und die waren auf unserer Gegendemonstration. Wir hatten also dreimal die Situation, dass wir Gegendemos organisiert haben gegen die Rechten, wir hatten ein Dreifaches an Demonstranten auf unserer Seite. ... das ist ein Erfolg und da sind wir sehr, sehr froh darüber, dass hier so eine starke Gemeinschaft ... gegen rechts auch innerhalb kürzester Zeit zusammenkommt, um dann Flagge zu zeigen.“ (PÖ5_18)

Der Beitrag der Partnerschaften besteht aus Sicht der externen Akteure darin, dass sie einmal Netzwerkstrukturen geschaffen haben, über die verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure erreichbar sind, und dass sie zum anderen häufig auch einen Anstoß geben, sich demokratiefeindlichen Bewegungen entgegenzustellen:

„... dass sie ein sehr, sehr treibender Motor für viele, viele Aktivitäten dabei sind.“ (FÖ10_29)

Dabei kommt der Koordinierungs- und Fachstelle eine besondere Bedeutung zu: Ihr obliegt es in aller Regel, die Netzwerkarbeit in einer Region zu koordinieren bzw. deren Koordination zu unterstützen, sie stellt den Kontakt zwischen unterschiedlichen Akteuren her, damit diese gemeinschaftlich handeln, sie berät zivilgesellschaftliche Akteure dazu, wie sie ihre Ideen umsetzen können, und begleitet Veranstaltungen:

*„Was ... natürlich eine große Hilfe ist, dass das dann zentral koordiniert wird.“
(FÖ12_149)*

4.6.3 Wann stoßen Partnerschaften für Demokratie an ihre Grenzen?

Lediglich in drei der untersuchten Regionen konnten die externen Akteure keinerlei Einflüsse der Partnerschaften auf Veränderungen in der Region beobachten. Dabei handelt es sich in zwei Fällen um Partnerschaften, deren Hauptthema Islamismus/Salafismus ist. Hierfür gibt es unterschiedliche Erklärungsmöglichkeiten: Die Prävention von Islamismus/Salafismus zielt auf eine eingegrenzte Bevölkerungsgruppe, sodass Veränderungen in diesem Bereich für die als Vertreter/innen des Gemeinwesens ausgewählten Interviewpartner/innen möglicherweise nicht sichtbar sind und somit auch keine Beiträge der jeweiligen Partnerschaft erkannt werden können. Eine andere Erklärung ist, dass Partnerschaften für Demokratie, die ja als Instrumente konzipiert sind, um in die Breite des Gemeinwesens hinein zu wirken, nicht für die Bearbeitung einer Problemstellung geeignet sind, die gerade nicht das gesamte Gemeinwesen, sondern nur einen kleinen Teil betrifft.

Einer Partnerschaft gelang es nicht, in den kommunalen Kontext hinein zu wirken, da die Koordinierungs- und Fachstelle über längere Zeit nicht besetzt war.

4.6.4 Weitere Erwartungen externer Akteure an die Partnerschaften für Demokratie

Auch wenn die externen Akteure in 21 von 24 Regionen einen Beitrag der Partnerschaften zu gesellschaftlichen Veränderungen beschreiben, formulieren viele von ihnen gleichwohl darüberhinausgehende Erwartungen. Zentral ist dabei der Wunsch, dass die Partnerschaft in der Öffentlichkeit besser sichtbar sein und im Gemeinwesen eine höhere Präsenz zeigen sollte:

„Also, es kommt hier und da immer mal so in der Presseberichterstattung, aber so eine deutliche ... also, ich würde mir eine deutlich größere öffentliche Präsenz auch von der Partnerschaft an sich ... wünschen.“ (PÖ11_57)

Auch wenn die Erfolge der Partnerschaften für Demokratie in der Netzwerkarbeit anerkannt werden, erwarten viele der interviewten Akteure, dass die Partnerschaften noch stärker zu einer Bündelung und Vernetzung der demokratischen Kräfte einer Region beitragen. In diesem Zusammenhang wird mehrfach kritisiert, dass auch dort, wo sich die Vernetzung auf einem hohen Niveau befindet, immer wieder die gleichen Akteure aktiv sind. Die Partnerschaften sollten aus Sicht der externen Akteure zu einer stärkeren Öffnung von Netzwerken beitragen und sich bemühen, auch Gruppen zu erreichen, die bisher noch nicht aktiv geworden sind.

„Also, eine offene, unverstellte Auseinandersetzung, das wäre eigentlich meine Erwartung. Und eine offene Einladung, also dass man nicht 'rumzickt, also wer darf jetzt mitmachen.“ (AÖ07_118)

Auch in Bezug auf die Förderung eines demokratischen Selbstverständnisses im Gemeinwesen werden von den Partnerschaften noch stärkere Aktivitäten erwartet. Wichtig ist aus Sicht der externen Akteure, dass sich in der Bevölkerung ein positiver Bezug zu einer lebendigen Demokratie entwickelt und die Bürgerschaft sich klar gegen rechte Einstellungen positioniert. Insbesondere politische Akteure wünschen sich zudem, besser in die Arbeit der Partnerschaften einbezogen zu werden.

„[Es wäre wünschenswert, dass die Partnerschaft für Demokratie] eine Wirkung entfaltet in die Bezirke, in die Strukturen, in die Bevölkerung 'rein, um klarzumachen, was für einen Wert Demokratie hat und dass es irgendwie ein Wert an sich ist und der erhaltenswert ist.“ (PÖ03_38).

Aus ihrer Sicht geht es dabei darum, die Themen der Partnerschaft in der lokalen Politik zu platzieren und zu einem gelingenden Dialog zwischen lokaler Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung beizutragen. Darüber hinaus ist dies aus Sicht eines Teils der interviewten politischen Akteure der Weg, um zukünftige Ressourcen für die Umsetzung einer Partnerschaft zu generieren.

4.6.5 Förderliche und hinderliche Faktoren aus Sicht externer Akteure

In den Interviews mit den externen Akteuren wurde auch gefragt, welche Faktoren – in erster Linie bezogen auf die WB-Schwerpunkte Vernetzung, Öffentlichkeitswirksamkeit, Entwicklung einer umfassenden Gesamtkoordination und Projektförderung durch den Aktions- und Initiativfonds – sie für relevant für die erfolgreiche Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie halten. Zum einen werden in den Interviews die meisten der durch die Wissenschaftliche Begleitung identifizierten Gelingensbedingungen bestätigt²⁷² und teilweise inhaltlich ergänzt, zum anderen zeigt sich, dass durch die externe Perspektive der Blick auch auf weitere Faktoren gelenkt wird, die nicht so sehr im Fokus der Koordinator/innen und Vertreter/innen der federführenden Ämter stehen.

Insbesondere diejenigen Gelingensbedingungen, die sich auf den Kontext und auf die Ausgestaltung der Partnerschaften für Demokratie beziehen, werden von den externen Akteuren bestätigt.

Hinsichtlich der Ausgestaltung der Partnerschaften für Demokratie haben wir als wichtige Gelingensbedingungen die zielgerichtete Zusammenarbeit, die Offenheit der Partnerschaft sowie eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit beschrieben. Bezogen auf diese Faktoren, wird von den externen Akteuren die Bedeutung der gemeinsamen Strategie-Entwicklung sowie die Offenheit für die Integration neuer Akteure betont. Auch auf die Wichtigkeit einer guten Öffentlichkeitsarbeit wird mehrfach hingewiesen bzw. werden mangelnde Erfolge bei der Aktivierung mit einer schlechten Öffentlichkeitsarbeit begründet.

„Also, ich denke mal schon, wenn man das noch ein bisschen mehr propagieren würde, dann würden auch mehr Leute und nicht die immer gleichen Verdächtigen, die ich Ihnen wirklich namentlich aufzählen kann, die man in dem Bereich dann halt immer wieder sieht, dann würden vielleicht darüber hinaus ... auch ein paar andere zumindestens ... vielleicht mal ab und zu vorbeikommen und sich da vielleicht irgendwie einbringen.“ (PÖ8_89)

Bezogen auf die Kontextfaktoren heben die externen Akteure insbesondere die Notwendigkeit politischer Unterstützung sowie die Beteiligung kommunaler Politik hervor. Manche ergänzen hier explizit, dass auch die Unterstützung durch die Parteien ein wichtiger Erfolgsfaktor sei. Mehrere Interviewpartner/innen bemängeln in diesem Zusammenhang die mangelnde Einbe-

272 Vgl. ISS/Camino 2016.

ziehung der Lokalpolitik und sehen hierin einen möglichen Grund für die Probleme der Partnerschaft, sich vor Ort breit zu verankern. Weiterhin wird mangelndes Problembewusstsein jenseits der Fachakteure als hinderlicher Faktor thematisiert. In Bezug auf den Kontextfaktor „Vorhandensein von Engagementstrukturen“ finden sich interessante Ergänzungen in den Aussagen der externen Akteure: So bewertet es eine/r es auch als positiv für die Netzwerkarbeit der Partnerschaft, wenn wenig eigenständige Strukturen vor Ort vorhanden sind, da dann die Möglichkeit bestehe, ein „passendes“ Netzwerk zielgerichtet aufzubauen.

Die Professionalität der Koordinierungs- und Fachstelle stellt einen wichtigen förderlichen Faktor dar.

Eine Koordinierungs- und Fachstelle, die über Wissens- und Handlungskompetenz verfügt und professionell handelt, stellt in den Augen der befragten externen Akteure eine wichtige Bedingung dar, um eine Partnerschaft für Demokratie erfolgreich umzusetzen. Zur Professionalität zählt es beispielsweise, dass die Koordinierungs- und Fachstelle in der Lage sein sollte, zwischen verschiedenen Trägerinteressen vor Ort zu vermitteln, wenn es um die Projektförderung oder um gemeinsame Aktionen geht. Sie sollte darauf achten, dass Transparenz besteht bzw. hergestellt wird über die Struktur der Partnerschaft für Demokratie, über die Art und Weise, wie Entscheidungen gefällt werden, und über die jeweiligen Mitwirkungsmöglichkeiten sowie über Ansprechpartner/innen für die unterschiedlichen Bereiche und Aufgabenfelder der Partnerschaft. Weiterhin sollte eine Flexibilität hinsichtlich der Konzeptentwicklung gewährleistet sein, in dem Sinne, dass sich die Koordinierungs- und Fachstelle mit neuen Themen inhaltlich auseinandersetzt und aktuelle Herausforderungen aufgreift.

Ein weiterer Aspekt, den einige der Interviewpartner/innen zu bedenken geben, ist die „Neutralität“ der Koordinierungs- und Fachstelle bzw. ihres Trägers in der Wahrnehmung vor Ort. Sie halten es für wichtig, dass die Koordinierungs- und Fachstelle von einer breiten gesellschaftlichen Schicht akzeptiert wird und Gruppierungen mit einer anderen politischen Haltung nicht von vornherein ausgrenzt. Ist dies nicht gegeben, könne es leicht dazu kommen, dass bestimmte Kreise der Gesellschaft – die eigentlich Zielgruppe sind und die man für die Anliegen der Partnerschaft gewinnen will – wegbleiben und ein ergebnisoffener Austausch verhindert würde. Eine Koordinierungs- und Fachstelle, die sich beispielsweise eindeutig im linken Spektrum positioniere, könne ein Hindernis darstellen für eine „ganze Menge von Menschen, die vielleicht kämen und mal neugierig wären“, so aber „von vornherein gar nicht kommen“ (FÖ15/637).

Viele externe Akteure betonen die Bedeutung der konsequenten Einbeziehung der Verwaltung.

Eine enge Kooperation zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt wird als wichtige Gelingensbedingung benannt. Darüber hinaus heben mehrere Interviewpartner/innen hervor, dass es von hoher Bedeutung sei, die Verwaltung über das federführende Amt hinaus einzubeziehen und sich ihre Unterstützung zu sichern. Ein ausgeglichenes Verhältnis und eine gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft werden als wichtige Grundlage gesehen, um die Partnerschaft für Demokratie erfolgreich umzusetzen. Die Befragten weisen darauf hin, dass die Verwaltung stärker erreicht werden müsse,

und identifizieren als hinderlichen Faktor hierfür u.a., dass Verwaltung oft Schwierigkeiten dabei habe, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken und eine übergreifende Zusammenarbeit einzugehen.

„Ja, und ... hinderlich ist, sagte ich schon, wenn die Verwaltung zu sehr an sich denkt oder nur an ihr Eigeninteresse oder Angst hat vor Leuten, die kompetent sind und von außen kommen.“ (PÖ15_213)

Die Netzwerkakteure sollten aktiv, kompetent und heterogen sein.

Für eine gelungene Vernetzung müssen laut den Aussagen der Interviewpartner/innen bestimmte Aspekte gegeben sein. So gilt es, darauf zu achten, dass die einbezogenen Akteure wirklich aktiv und kompetent sind. Ein weiterer wichtiger Faktor ist in ihren Augen die Heterogenität der Akteure und eine Offenheit für die Integration weiterer Bündnisse, Vereine oder Einzelpersonen. Einige Interviewpartner/innen betonen in diesem Kontext, dass es wichtig sei, auch konservative Politik einzubinden, um einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Gleichzeitig wird von einzelnen Akteuren auch vor einer „Über-Vernetzung“ gewarnt – um einer solchen vorzubeugen, ist sei es wiederum wichtig, die Netzwerkpartner/innen gezielt auszuwählen. So könne auch die Stabilität des Netzwerks, ein weiterer förderlicher Faktor, erreicht werden.

Ein wichtiger hinderlicher Faktor, der von einigen der interviewten externen Akteure benannt wird, ist eine gewisse Ermüdung und Enttäuschung angesichts der aktuellen Entwicklungen in Bezug auf rechtsextreme Aufmärsche und Übergriffe in vielen Regionen trotz jahrelanger Arbeit und Aktivierung gegen rechts. Sie formulieren eine um sich greifende Frustration angesichts des Wiedererstarkens rechtsextremer Bewegungen bzw. eine Ermüdung bei den Netzwerkpartnern durch wiederholte Mobilisierung, die letztlich als erfolg- und nutzlos empfunden wird.

„Also, ichnehm' mal so ein Beispiel: Wir haben jährlich im März so eine Menschenkette im Stadtzentrum, die ungefähr so drei Kilometer umspannt. Als diese Aktion begonnen wurde, war diese Menschenkette noch durchgängig. Alle Menschen haben sich angefasst und haben dann zwei, drei Kilometer im Stadtzentrum eine Menschenkette gebildet gegen eine rechtsextreme Nazi-Demo ... Und diese Menschenkette wurde von Jahr zu Jahr weniger. Und die ist also schon lang und weit davon entfernt, dass die geschlossen stattfindet. Sondern das sind nur noch punktuelle Initiativen, die sich daran beteiligen. Man nimmt also wahr, dass es weniger Leute gibt, die sich diesen Aktionen anschließen ... dass irgendwann auch so ein Überdruß da ist, dass man es irgendwann auch nicht mehr schafft, immer auf der Straße zu stehen.“ (PÖ14/59)

Für Öffentlichkeitswirksamkeit ist es zentral, Bürger/innen breit anzusprechen und einzubeziehen.

Öffentlichkeitswirksamkeit und Öffentlichkeitsarbeit sind für die meisten externen Akteure ein wichtiges Thema. Insbesondere betonen sie als Gelingensbedingung die Öffnung der Partnerschaft für Bürger/innen: Es gilt, die Bürger/innen vor Ort zu erreichen und bei ihnen Gehör zu finden. Hierfür ist eine Ansprache auf Augenhöhe unabdingbar. Von mehreren Interviewpartner/innen wird betont, dass es von hoher Bedeutung sei, Formate zu entwickeln und

umzusetzen, die geeignet sind, mehr und andere Personen als die „üblichen Verdächtigen“ – also die schon Sensibilisierten – zu erreichen und einzubeziehen.

„Also, wenn man sagt, wir machen da einen Abend, kommt mal, dann sind es wieder die Üblichen. Also, das würde ich dann nicht begrüßen, das würde ich eigentlich fast als vertane Zeit ansehen ... Ja, wir hatten da neulich überlegt, in einen Brennpunkt zu gehen, sich mal umzuhören, was die Leute eigentlich denken. Das wäre ja vielleicht mal der Anfang von allem. Ist natürlich nicht einfach.“ (AÖ23/597)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist Niedrigschwelligkeit als ein Weg, um eine breite Beteiligung zu erreichen, insbesondere, wenn man auch Menschen ohne Partizipationserfahrung einen Einstieg ermöglichen möchte.

„Aber wenn man sich ‚Demokratie leben!‘ nennt, würde ich genau das erwarten, dass es eben Menschen Demokratie eröffnet, die das in ihrer Lebenswelt nicht erfahren und auch nicht gewohnt sind. Und dann haben sie ja oft Ängste, auch vor Institutionen, vor Beteiligung. Und die abzubauen, würde ich sagen, wäre das Ideal, das ich dahinter sehen würde.“ (FÖ19/127)

Wenn es gilt, die Partnerschaft möglichst breit bekannt zu machen und viele Bürger/innen in Kontakt mit dem Thema zu bringen und zu sensibilisieren, werden Großveranstaltungen, z.B. öffentliche Veranstaltungen mit Kulturprogramm, die viele Bürger/innen anziehen, als ein erfolgversprechender Weg gesehen.

„... und das erreichen sie über solche Festivitäten natürlich schon, wo sie erwarten können, dass eben auch Menschen, die sich nicht jeden Tag über Demokratie Gedanken machen und ähnliche Fragen, ... sich der Sache mal öffnen und vielleicht auch in der Stimmung sind, mal zuzuhören.“ (PÖ10/256)

Auch die verstärkte Umsetzung innovativer Aktivitäten wird als förderlicher Faktor gesehen, um die Partnerschaft für Demokratie vor Ort bekannt zu machen und in den Köpfen der Bürger/innen zu verankern. Dies könnte beispielsweise auch bedeuten, eher ungewöhnliche Orte auszusuchen, um mit Bürger/innen ins Gespräch zu kommen, z.B. die Premiere einer Opernaufführung, eine „Bierspelunke“ oder einen Szenetreff: *„... auch mal dorthin zu gehen, wo die Menschen ganz anders reden, denken, ticken“ (PÖ6/325)*. Weiterhin könne es oft auch sinnvoll sein, nicht gleich zu versuchen, mit rationalen Ideen und Konzepten zu überzeugen, sondern zunächst zuzuhören und das Gespräch auf emotionaler Ebene zu suchen.

Darüber hinaus sollte die Nutzung Sozialer Medien nicht vernachlässigt werden, um auch diejenigen Bevölkerungsgruppen anzusprechen, die mit klassischer Öffentlichkeitsarbeit eher nicht erreicht werden.

Als hinderlicher Faktor wird die „Vielfalt der Marken“ benannt, also der Wechsel des Programmnamens in jeder neuen Förderphase.

Als weitere Herausforderung für die Partnerschaften für Demokratie wurde von einigen externen Akteuren herausgestellt, dass sie sich in einem immanenten Spannungsverhältnis befinden zwischen einer Einbindung und Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft einerseits und der Unterstützung marginalisierter Gruppen andererseits. Hier gelte es, beiden Ansprüchen gerecht zu werden, denn letztlich sei die Unterstützung ausgegrenzter Gruppen unter Einbeziehung der Mehrheitsgesellschaft wirkungsvoller und nachhaltiger.

Die umgesetzten Projekte sind in den Augen der externen Akteure ein zentrales Element der Partnerschaften für Demokratie.

Die Förderung und Umsetzung von Einzelmaßnahmen wird von vielen externen Akteuren als zentral erachtet, um die Vernetzung der unterschiedlichen beteiligten Akteure zu befördern und die Partnerschaften für Demokratie vor Ort bekannt zu machen. Nicht wenige von ihnen nehmen die lokale Partnerschaft für Demokratie in erster Linie über die von ihr umgesetzten Projekte wahr und beurteilen sie nach Vielfalt, Zielrichtung und Breitenwirkung der jeweiligen Einzelmaßnahmen. Auch hier wird Niedrigschwelligkeit als wichtiger Aspekt benannt, um möglichst viele Personen anzusprechen und Gemeinsamkeit herzustellen.

„Und da ist halt dieses Zwanglose zum Beispiel, das finde ich immer gut. Also jetzt nicht so eine steife Veranstaltung, sondern ... so von der Idee her einfach so was Gemeinsames.“ (AÖ9_145)

Positiv wird auch bewertet, dass in manchen Partnerschaften die Projekte zur Kooperation untereinander aufgefordert werden, z.B. indem Tandems aus mindestens zwei Trägern gebildet werden, die dann eine Projektförderung beantragen können. Mehrere Interviewpartner/-innen betonen die Bedeutung der Kooperation mit Schulen bzw. Schulfördervereinen und wünschen sich, dass diese verstärkt würde.

In den Augen der externen Akteure bestehen weitere förderliche Faktoren in der Kontinuität der Projektförderung und im Vorhandensein stabiler Regelstrukturen, an die Projekte andocken und die bewährte Projektansätze perspektivisch übernehmen könnten.

Landkreise stehen im Vergleich mit städtischen Gebieten vor besonderen Herausforderungen.

Die Umsetzung von Partnerschaften für Demokratie in großen Flächenlandkreisen wird z.T. als nicht praktikabel wahrgenommen, da diese mit den vorhandenen Ressourcen nicht abgedeckt werden können. Ein weiteres Problem in ländlichen Regionen besteht laut Aussage externer Akteure darin, dass die Mittelzentren und/oder Gemeinden oft unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Ziele haben. Die Konkurrenz der Gemeinden in Landkreisen ist demnach als stark hinderlicher Faktor für die Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie zu bewerten. Vor diesem Hintergrund ist in den Augen der externen Akteure die flächendeckende Einbindung *aller* Gemeinden im Landkreis ein wichtiger förderlicher Faktor.

4.6.6 Fazit

Die Partnerschaften für Demokratie tragen zu Veränderungen in ganz verschiedenen Bereichen bei.

Die externen Akteure gehen davon aus, dass durch ihre Umsetzung die Aufmerksamkeit in einer Kommune auf extremistische, rechtspopulistische und fremdenfeindliche Entwicklungen gelenkt wird und Gegenpositionen entwickelt werden. Dabei kommt den Partnerschaften für Demokratie eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit den genannten Problemen zu: Projekte und öffentliche Präsenz tragen dazu bei, die öffentliche Meinung und so auch das Klima einer Kommune zu verändern.

Insbesondere durch die Aktivitäten der Koordinierungs- und Fachstelle wird die Arbeit regionaler Netzwerke unterstützt. Aus Sicht der externen Akteure sind dadurch mehr und vor allem heterogenere Akteure in den regionalen Netzwerken engagiert und die Qualität der inhaltlichen Arbeit hat sich erhöht.

Die Unterstützung von Netzwerken trägt auch zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Darüber hinaus ermöglicht die Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie Diskurse und Innovation. Neue Projektideen können, unterstützt durch die Koordinator/innen, entwickelt und ausprobiert werden.

Darüber hinaus unterstützen die Koordinierungs- und Fachstellen die Zivilgesellschaft darin, antidemokratischen Bestrebungen entgegenzutreten.

Bezüglich förderlicher und hinderlicher Faktoren bestätigen die externen Akteure zum einen die meisten der durch die Wissenschaftliche Begleitung identifizierten Gelingensbedingungen und betonen insbesondere eine gemeinsame Strategie-Entwicklung, die Offenheit für die Integration neuer Akteure, die Bedeutung einer guten Öffentlichkeitsarbeit sowie die Notwendigkeit politischer Unterstützung. Die externen Akteure heben weiterhin hervor, dass die Professionalität der Koordinierungs- und Fachstelle einen wichtigen Faktor darstellt. Diese zeige sich unter anderem darin, ob die Koordinator/innen zwischen unterschiedlichen (Träger-)Interessen vermitteln können und in der Lage sind, sehr unterschiedliche Gruppen anzusprechen und einzubeziehen. Auch eine konsequente Einbeziehung der Verwaltung über das federführende Amt hinaus wird als sehr wichtig erachtet. In Bezug auf Öffentlichkeitswirksamkeit betonen die externen Akteure als Gelingensbedingung insbesondere die Öffnung der Partnerschaft für die Bürger/innen vor Ort. Hierfür sollten demnach in stärkerem Maße als bisher Formate entwickelt werden, die mehr und andere Bürger/innen erreichen als die bereits Sensibilisierten.

4.7 Partizipation als Ergebnis von Öffentlichkeitswirksamkeit

4.7.1 Öffentlichkeitswirksamkeit aus externer Perspektive – informieren, sensibilisieren, aktivieren

Anspruch der Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaften für Demokratie ist es, „durch geeignete Maßnahmen die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und für deren Mitwirkung zu werben“.²⁷³

Um festzustellen, ob und wie dies erreicht wird, muss die Wissenschaftliche Begleitung verschiedene Aspekte betrachten. Zunächst ist zu fragen, inwieweit die Partnerschaften für Demokratie Öffentlichkeitswirksamkeit erzielen und welche Strategien hierfür erfolgreich sind.²⁷⁴ Weitere Fragen beziehen sich auf den Aspekt der Mitwirkung, insbesondere darauf, inwiefern die Bekanntheit der Partnerschaft für Demokratie in einer breiten Öffentlichkeit dazu beiträgt, partizipative Prozesse anzuregen, und somit eine Weiterentwicklung demokratischer Strukturen und eine Förderung demokratischer Einstellungen unterstützt. Der letztgenannte Aspekt erlangt deshalb Bedeutung, weil der Begriff „Öffentlichkeitswirksamkeit“ deutlich über den Anspruch zu informieren hinausgeht: Von Öffentlichkeitswirksamkeit kann nur dann gesprochen werden, wenn nicht nur Aufmerksamkeit erzeugt wird, sondern ebenso ein Anschlusshandeln, zumindest aber ein Dialog zustande kommt.²⁷⁵ Es geht darum, ein Bewusstsein zu schaffen für relevante Probleme, für die eigene Verantwortung und für Handlungsmöglichkeiten.²⁷⁶ Dieses Verständnis von Öffentlichkeitswirksamkeit schließt an den Anspruch des Programms an, eine Mitwirkung zu erreichen und Partizipation zu fördern.

Während die Öffentlichkeitswirksamkeit in den vorausgehenden Berichten aus einer internen Perspektive beschrieben wurde, geht es in diesem Bericht um eine externe Perspektive. In 24 Regionen wurden Akteure aus den Bereichen allgemeine Öffentlichkeit,²⁷⁷ Fachöffentlichkeit²⁷⁸ und lokale politische Öffentlichkeit²⁷⁹ befragt, die selbst nicht in strategischer Funktion an der Umsetzung der Partnerschaften beteiligt sind. Leitende Frage war, wie die Öffentlichkeitswirksamkeit der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie aus der Perspektive von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen bewertet wird, also wie bekannt sie ist und welche Formen der Beteiligung sie anstößt.

Dementsprechend befasst sich das vorliegende Kapitel zunächst damit, wie bekannt eine Partnerschaft für Demokratie ist. Auch wenn ein systematischer Vergleich zwischen der internen Perspektive, die bereits vor zwei Jahren erhoben wurde, und der jetzt erhobenen externen Perspektive nur eingeschränkt möglich ist, zeigen sich doch Unterschiede.

Außerdem kann gezeigt werden, dass aus Sicht der Adressaten die Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaften für Demokratie insofern bedeutsam ist, als dass sie über eine bloße Bekanntheit der Partnerschaft hinaus partizipative Prozesse anstößt. Dementsprechend widmet sich

273 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018, S. 4ff.

274 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 143ff.; ISS/Camino 2017, S. 122ff.

275 Vgl. Röttger 2006, S. 10.

276 Vgl. Forberg et al. 2013, S. 4.

277 Als Vertreter/innen der allgemeinen Öffentlichkeit wurden – je nach regionaler Gegebenheit – Journalist/innen, Pfarrer/innen, Mitarbeiter/innen in Nachbarschaftszentren befragt.

278 Als Vertreter/innen der Fachöffentlichkeit wurden Personen befragt, die in der politischen Jugendbildung, der Jugendarbeit oder der Schulsozialarbeit tätig sind.

279 Als Vertreter/innen der lokalen politischen Öffentlichkeit wurden Mitglieder der lokalen Stadt- oder Landkreispimente mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit befragt.

das anschließende Kapitel dem Thema der Partizipation als einem Aspekt der Öffentlichkeitswirksamkeit. Zentrale Fragen sind hier: Bieten die Partnerschaften für Demokratie Beteiligungsmöglichkeiten für eine „breite Öffentlichkeit“? In welcher Form werden Beteiligungsmöglichkeiten geboten? Wie werden unterschiedliche Akteure – insbesondere solche der allgemeinen Öffentlichkeit – motiviert, diese zu nutzen? Werden die beteiligten Akteure somit zu Co-Produzenten im Umsetzungsprozess der Partnerschaft für Demokratie oder beschränkt sich ihre Beteiligung lediglich auf eine Teilnahmemöglichkeit? Abschließend werden Chancen und Grenzen von Partizipation benannt.

4.7.2 Informieren: Wie bekannt sind die Partnerschaften für Demokratie?

In der lokalen politischen Öffentlichkeit und in der Fachöffentlichkeit sind die Partnerschaften für Demokratie in aller Regel gut bekannt, so die Einschätzung der Akteure aus den verschiedenen Teilöffentlichkeiten, wobei die politische Öffentlichkeit im Mittelwertvergleich²⁸⁰ aller untersuchten Regionen etwas schlechter über die Partnerschaften für Demokratie informiert ist (3,3) als die Fachöffentlichkeit (3,5; vgl. im Einzelnen Abbildung 30).

Abbildung 30: Mittelwertvergleich: Bekanntheit der Partnerschaft für Demokratie aus der Perspektive externer Akteure aus unterschiedlichen Handlungsfeldern

Interviewpartner/in Bereich allgemeine Öffentlichkeit	allgemeine Öffentlichkeit	2,8
	politische Öffentlichkeit	3,3
	Fachöffentlichkeit	3,1
Interviewpartner/in Bereich Fachakteure	allgemeine Öffentlichkeit	2,7
	politische Öffentlichkeit	3,2
	Fachöffentlichkeit	3,6
Interviewpartner/in Bereich politische Akteure	allgemeine Öffentlichkeit	2,7
	politische Öffentlichkeit	3,3
	Fachöffentlichkeit	3,7

Quelle: Qualitative Interviews mit externen Akteuren in 24 Regionen; Bewertung durch das Evaluationsteam.

Wo die Partnerschaften in der politischen Öffentlichkeit nur einem Teil der politischen Akteure bekannt sind, wird dies mit der Ressortzuständigkeit politischer Akteure begründet – nur jene kennen hier die Partnerschaft für Demokratie, deren Arbeitsfelder auch von deren Themen

²⁸⁰ Um einen Vergleich zwischen den verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit zu ermöglichen, wurde die Bekanntheit der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie auf Basis der Interviews auf einer vierstufigen Skala bewertet (1 = Partnerschaft ist nicht bekannt, 2 = Partnerschaft ist in geringem Maße bekannt, 3 = Partnerschaft ist relativ bekannt, 4 = Partnerschaft ist gut bekannt bzw. übergeordnetes Bündnis/Netzwerk ist gut bekannt) und über alle untersuchten Partnerschaften hinweg ein Mittelwert gebildet.

berührt werden. In diesen Regionen erfolgt keine entsprechende Berichterstattung in den Kommunalparlamenten oder in politischen Gremien, mit Ausnahme des Jugendhilfeausschusses. Außerdem ist es im ländlichen Raum zum Teil schwierig, die politischen Akteure flächendeckend über die Partnerschaft für Demokratie zu informieren. Während Fachakteure auch im ländlichen Raum in der Regel gut vernetzt sind und über diese Netzwerke über die Partnerschaft, ihre Aktivitäten und Beteiligungsmöglichkeiten informiert werden können, existieren solche Netzwerke für die politischen Akteure nicht.

Information ist eine Voraussetzung für Beteiligung. Die Partnerschaften für Demokratie sind jedoch nur einem Teil der Bürger/innen bekannt.

Den Bürger/innen – also einer allgemeinen Öffentlichkeit – ist die jeweilige Partnerschaft für Demokratie nach Einschätzung der externen Akteure oft nur wenig bekannt, der Mittelwert liegt bei 2,7. Die Einschätzungen der externen Akteure schließen damit an die der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der federführenden Ämter an, welche ebenfalls häufig angaben, dass die Partnerschaften für Demokratie in der allgemeinen Öffentlichkeit kaum bekannt sind.²⁸¹

Oft sind die Projekte einer Partnerschaft für Demokratie bekannt, nicht jedoch die Partnerschaft selbst.

Allerdings muss dieser Befund differenziert betrachtet werden: Die meisten interviewten externen politischen Akteure, Fachakteure und Vertreter/innen einer allgemeinen Öffentlichkeit gehen davon aus, dass engagierte Bürger/innen die Partnerschaften kennen und mit ihren Angeboten vertraut sind. Den meisten untersuchten Partnerschaften gelingt es gut, die aktiven Bürger/innen zu informieren. Allerdings ist es das explizite Interesse der Programmgestalter, die Partnerschaften für Demokratie „einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und für deren Mitwirkung zu werben“,²⁸² also über die bereits engagierten hinaus auch weitere Bürger/innen zu erreichen. Dies gelingt nur teilweise: Zwar werden Projekte und Aktivitäten der Partnerschaften durchaus von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen, die jeweilige Partnerschaft selbst oder das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sind jedoch häufig nicht bekannt:

„Wobei ich glaube, dass dem Jugendlichen das völlig Schnitte ist, woher da was kommt. Das ist sozusagen in [der] Schule, die würden jetzt niemals eine Verbindung zu irgendeinem Bündnis oder so [herstellen].“ (FÖ 03_87)

Dies ist aus Sicht der befragten Akteure dadurch bedingt, dass einzelne Projekte oder Aktivitäten konkrete Beteiligungs- bzw. Teilnahmemöglichkeiten eröffnen, während die strukturelle und konzeptionelle Anlage einer Partnerschaft für Demokratie aus der Perspektive der Bürger/innen zunächst abstrakt erscheint und so für sie keine Handlungsrelevanz entfaltet. Auch ist es aus Sicht der Interviewten bedeutsamer, dass Bürger/innen über Projekte erreicht werden, als dass sie mit dem Förderhintergrund vertraut sind:

„... sondern dass sie wissen, da findet was statt. ... wenn ich die Projekte besuche, dann weiß ich nicht automatisch, aha, das ist auch ein gefördertes Projekt von „Demokratie leben!“. ... Also, wie gesagt, die Projekte, die gefördert werden, die

281 Für die Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit wurden neben der Einschätzung des Bekanntheitsgrads einer Partnerschaft für Demokratie auch die Strategien bewertet, die umgesetzt wurden, um eine allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen. 2016 konnte von 24 untersuchten Partnerschaften nur einer eine sehr hohe und acht weiteren eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit bescheinigt werden (vgl. ISS/Camino 2016, S. 139f.).

282 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018.

sind wichtig. Und für das Allgemeinwohl kann zum Beispiel die kleine Zwergengruppe ... von der Feuerwehr ganz wichtig sein, weil sie sagen, da können unsere Kinder jeden Tag hingehen, da kommen sie nicht auf doofe Ideen, da kriegen sie eine Anleitung und sie sind für die Gemeinde wichtig.“ (FÖ 05_226)

Die oft vorhandene Divergenz zwischen der Bekanntheit der Partnerschaft und der Bekanntheit der Projekte in der allgemeinen Öffentlichkeit resultiert auch aus einer divergenten Berichterstattung: Redakteur/innen lokaler Medien gaben an, dass ihre Blätter in den letzten Jahren zwar über Projekte oder Aktivitäten berichteten, die im Rahmen der Partnerschaft umgesetzt wurden, nicht aber über die Partnerschaft und deren Anliegen. Einigen Lokalredakteur/innen war die Partnerschaft für Demokratie in ihrer Region überhaupt nicht bekannt.

Fünf Regionen, deren Möglichkeiten, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, 2016 noch als gering bewertet wurden, erreichen diese inzwischen gut. Hier ist die Partnerschaft für Demokratie oder das regionale Bündnis²⁸³ nach Einschätzung der externen Akteure in der allgemeinen Öffentlichkeit relativ bzw. gut bekannt. Insbesondere solche Partnerschaften, die sich in den letzten Jahren gezielt bemühten, niederschwellige und attraktive Handlungsoptionen zur Erreichung einer allgemeinen Öffentlichkeit zu entwickeln,²⁸⁴ können hier Erfolge verzeichnen.

Andererseits muss für drei Regionen festgestellt werden, dass trotz guter Voraussetzungen die allgemeine Öffentlichkeit kaum erreicht wurde.²⁸⁵ Es handelt sich hier einmal um eine Partnerschaft, deren Koordinierungs- und Fachstelle länger nicht besetzt war. Eine zweite befindet sich in einem dünn besiedelten Flächenlandkreis. Bemühungen um die Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit laufen hier zum Teil strukturell bedingt ins Leere.

Das Informieren über die Partnerschaft ist – wie bereits oben ausgeführt – nur ein Aspekt von Öffentlichkeitswirksamkeit. Ein anderer, direkt daran anschließender Aspekt ist eine Aktivierung oder zumindest eine wechselseitig stattfindende Kommunikation, die durch die Information angeregt wird.²⁸⁶ Im Folgenden wird dieser zweite Aspekt unter dem Begriff der „Partizipation“ behandelt.

4.7.3 Sensibilisieren und Aktivieren: Ist das schon Partizipation?

Die Programmleitlinien geben den Partnerschaften für Demokratie zwei Handlungsgremien – Begleitausschuss und Jugendforum – vor, in denen explizit partizipative Prozesse umgesetzt werden sollen. Inwieweit dies gelingt, ist Bestandteil der evaluativen Auseinandersetzung mit diesen Gremien und wird in den entsprechenden Kapiteln behandelt. Der Fokus des nachfolgenden Kapitels liegt auf der Frage, ob und wie partizipative Prozesse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind, also über die genannten Handlungsgremien hinaus stattfinden. Im Fokus der Untersuchung stehen dabei insbesondere die Bürger/innen.

Partizipation ist eine Intention (fast) aller Angebote des Programms „Demokratie leben!“. Dabei geht es darum, Partizipationschancen und -kompetenzen zu erhöhen und eine Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen.²⁸⁷ Partizipation ist damit einerseits ein Ziel der Akti-

283 Wo sich in Kommunen breite gesellschaftliche Bündnisse etabliert haben und die Partnerschaft eine koordinierende Rolle für dieses Bündnis übernimmt, sind es zumeist diese Bündnisse und nicht die Partnerschaften für Demokratie, die einer breiten Öffentlichkeit bekannt sind. Hier erfolgt eine Gleichsetzung der Partnerschaft mit dem lokalen Bündnis.

284 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 124ff.

285 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 139ff.

286 Vgl. Röttger 2006, S. 10.

287 Vgl. Camino et al. 2016, S. 3.

vitäten der Partnerschaften für Demokratie: Es soll erreicht werden, dass Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sowie Bürger/innen befähigt und motiviert sind, sich in Prozesse einzubringen, und dass entsprechende Gelegenheiten geschaffen werden. Andererseits ist Partizipation eine Umsetzungsbedingung der Partnerschaften: Problemlagen sollen mittels partizipativ entwickelter Konzepte bearbeitet werden.

Partizipation ist eine wichtige Handlungsmaxime des Programms „Demokratie leben!“.

Was aber meint „Partizipation“? Im Folgenden soll der Begriff verstanden werden als eine notwendige Voraussetzung gesellschaftlicher Integration in Form einer Einbindung von Akteuren in soziale Prozesse und ihrer Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.²⁸⁸ Damit wird ein weiterer Partizipationsbegriff gewählt, der deliberative Prozesse in den Bereichen des Politischen²⁸⁹ mit einschließt, sich aber nicht auf diese beschränkt, sondern auch Prozesse des gesellschaftlichen Zusammenlebens berücksichtigt, die keinen politischen Bezug haben.

Wird dies auf die Partnerschaften für Demokratie übertragen, kann dann von einer „Einbindung in soziale Prozesse“ gesprochen werden, wenn verschiedene gesellschaftliche Akteure und Bürger/innen in die Entwicklung von Zielen und Umsetzungsformen einer Partnerschaft eingebunden werden und/oder in die Entwicklung von Zielen und Umsetzungsformen von Projekten, die im Rahmen der Partnerschaft entwickelt werden. Zu fragen ist, ob und in welcher Form dies gelingt. Empirische Basis für die Beantwortung dieser Fragen sind die Interviews mit den externen Akteuren aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Bora schlägt vor, eine empirische Analyse von Partizipation an den Fragen „wer?“, „wie?“ und „wozu?“ auszurichten.²⁹⁰ Diese Kategorien werden durch die Wissenschaftliche Begleitung übernommen und nötigenfalls ergänzt und präzisiert.

Es können zwei Formen der Einbeziehung von gesellschaftlichen Akteuren und Bürger/innen in die Umsetzung und Entwicklung der Partnerschaften für Demokratie beobachtet werden: Entweder erfolgt eine direkte Beteiligung oder eine Beteiligung über Repräsentant/innen.

Bei der Frage nach dem „Wer?“ geht es nicht allein um die gesellschaftlichen Bereiche (Fachöffentlichkeit, lokale politische Öffentlichkeit und allgemeine Öffentlichkeit), aus denen die Akteure kommen, die an Prozessen partizipieren (sollen), sondern auch um eine Unterscheidung danach, ob sich der Partizipationsanspruch an alle relevanten Akteure richtet und diese auch direkt einbezieht oder ob er sich an ihre Repräsentant/innen richtet.²⁹¹

Typische partizipative Prozesse, die der konzeptionellen Weiterentwicklung einer Partnerschaft für Demokratie – jenseits der vorgegebenen Gremien – dienen, finden innerhalb von übergeordneten Netzwerken und Bündnissen sowie im Rahmen von Demokratiekonferenzen statt. In beiden erfolgt eine direkte Einbeziehung. Netzwerke entsenden oft Repräsentant/innen in die Steuerungsgremien der Partnerschaften.

Übergeordnete Netzwerke und Bündnisse stehen zumeist allen interessierten Akteuren offen. Hier kommen Vertreter/innen der lokalen politischen Öffentlichkeit, der Fachöffentlichkeit und

288 Vgl. Bora 2005, S. 15.

289 Vgl. Habermas 1998, S. 369.

290 Vgl. Bora 2005, S. 31.

291 Vgl. ebd.

Bürger/innen als Vertreter/innen der allgemeinen Öffentlichkeit zusammen. Die Akteure vertreten ihre Interessen direkt im Netzwerk bzw. Bündnis, das Netzwerk/Bündnis wiederum entsendet Repräsentant/innen in die Steuerungsgremien der Partnerschaft für Demokratie. Insofern kann hier von einem pyramidenförmig organisierten partizipativen Prozess gesprochen werden.

Nicht allen Partnerschaften gelingt es, transparent darzustellen, wie die Ergebnisse aus einem Beteiligungsprozess in ihre Arbeit einfließen.

Andere Partnerschaften nutzen ihre Demokratiekonferenzen, um partizipative Prozesse für ihre konzeptionelle Weiterentwicklung zu initiieren. Hier sollen auch Fachakteure und politische Akteure, die nicht bereits im Begleitausschuss aktiv sind, einbezogen werden. Einige Partnerschaften öffnen die Demokratiekonferenzen auch für Bürger/innen. Es handelt sich bei dieser Form der Beteiligung um eine direkte Einbeziehung. Kritisiert wird in einigen Regionen, dass bei der partizipativen Einbindung über die Demokratiekonferenzen nicht immer transparent darüber informiert wird, wie gemeinsam erarbeitete Positionen in die Gestaltung der Partnerschaft für Demokratie einfließen. Als ein weiteres Problem thematisieren die interviewten externen Akteure, dass es schwierig sei, ein ausreichendes Interesse bei den Adressaten, insbesondere bei Bürger/innen, zu erzeugen. Dies kann dazu führen, dass geplante partizipative Prozesse ins Leere laufen:

„Aber insgesamt würde ich diese Gruppe [die sich beteiligt] als sehr klein einschätzen, weil die meisten Menschen mit so etwas wie aktiver Demokratieförderung oder Aktivierung, überhaupt mit dem Kontext Zivilgesellschaft schon total überfordert sind und da eigentlich leider die Möglichkeiten gar nicht kennen, die man so hat als Bürger.“ (FÖ12_65)

Einige Partnerschaften versuchen deshalb, Beteiligungsprozesse für Bürger/innen zunächst in einem kleineren Rahmen zu initiieren: Zum einen wird eine direkte Beteiligung im Rahmen von Projekten ermöglicht, zum anderen werden Räume geschaffen, in denen eine Kommunikation unter Vertreter/innen der Partnerschaften und Bürger/innen ermöglicht wird, z.B. durch Bürgergespräche oder Runde Tische. Wichtig für ein Gelingen ist es, darüber zu informieren, woran sich die Bürger/innen beteiligen können und mit welchem Zweck:

„Die Leute wollen dann auch schon wissen, um was es geht. Also einfach ... nur irgendwo zuschauen, glaube ich, ist nicht. Man muss schon wissen, was man machen.“ (FÖ 07_123)

Die Partnerschaften erhoffen sich von diesen Formaten, dass sie eine Motivation zur Beteiligung schaffen, da sie einerseits unmittelbarer an der Lebenswelt von Akteuren anknüpfen können, andererseits Erfahrungen der Selbstwirksamkeit ermöglichen. Es wird erwartet, dass die Erfahrung, gestalten zu können, nachhaltig wirkt und sich die beteiligten Bürger/innen auch an weiteren partizipativen Prozessen beteiligen.²⁹²

Die Fragen nach dem „Wie“ und „Wozu“ sind inhaltlich eng verknüpft. Das „Wie“ bezieht sich auf die Rollen, die im Beteiligungsprozess eingenommen werden. Bora unterscheidet zwischen einer passiven Publikumsrolle und einer aktiven Leistungsrolle.²⁹³

292 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 126f.

293 Vgl. Bora 2005, S. 31.

Eine passive Teilnahme an Beteiligungsprozessen kann für unerfahrene Bürger/innen ein erster Schritt sein, um sich künftig auch aktiv einzubringen.

Die direkte Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit in Form einer passiven Publikumsrolle kann in Diskussionsveranstaltungen, Netzwerken/Bündnissen und beteiligungsorientiert angelegten Projekten stattfinden. Innerhalb dieser Formate ist es den teilnehmenden Bürger/innen möglich, von ihrer passiven Publikumsrolle in eine aktive Leistungsrolle zu wechseln. Demokratiekonferenzen – sofern sie sich an eine breite Öffentlichkeit wenden – sehen eine direkte Beteiligung in beiden Formen vor. Netzwerke/Bündnisse vollziehen zum Teil den Schritt von einer direkten Beteiligung zu einer Entsendung von Repräsentant/innen in die Steuerungsgremien der Partnerschaften für Demokratie. Auch wenn zu fragen ist, inwieweit Bürger/innen in einer passiven Publikumsrolle partizipieren können, messen einige der interviewten Akteure der Möglichkeit, auch passiv an einem partizipativen Prozess teilnehmen zu können, Bedeutung zu, besonders dann, wenn es um die Einbeziehung von Bürger/innen geht, die sich bisher noch nicht oder kaum beteiligten: Der Rollenwechsel ermöglicht ein Lernen, wie Diskurse geführt und Konflikte ausgetragen werden können:

„... dass sie zumindest gehört werden und das Gefühl haben, okay, man setzt sich auch ernsthaft mit den Themen und mit den Ideen ... auseinander. Natürlich gibt es immer auch Menschen, die an ihrer Idee festhalten und sagen, alles andere links und rechts akzeptiere ich nicht, aber es gibt ja genauso auch die Menschen, die ja auch noch überwiegen, wo man sagt, ... okay, du hast zwar die Auffassung, wir vertreten eine andere Auffassung, und man kommt dadurch ins Gespräch und lässt sich vielleicht von seinem Gegenüber überzeugen oder man selbst kann das Gegenüber überzeugen ..., nicht? Also, ich glaube auch ... nicht nur ein Erfolgserlebnis ist wichtig, sondern einfach auch das Gefühl zu haben, ich werde mit meinem Anliegen ernst genommen.“ (PÖ11_109)

Die erfahrene Selbstwirksamkeit – so die Erwartung – fördert die Entwicklung einer konstruktiven Diskurskultur:

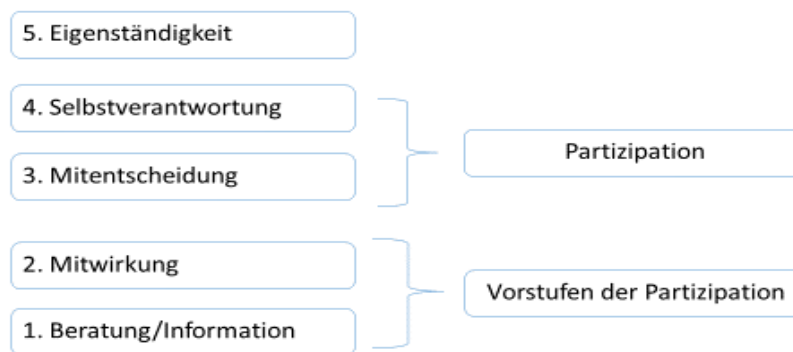
„Es sollen ja auch Bürgergespräche stattfinden zu bestimmten Themen und, wie gesagt, da muss sich auch eine Kultur entwickeln. Und diese Kultur ist im Moment noch nicht sehr ausgeprägt.“ (FÖ 05_154)

Die Frage nach dem „Wozu“ bezieht sich auf die Funktion der Akteure im Beteiligungsprozess, also die Frage, ob die gesellschaftlichen Akteure und Bürger/innen einen beratenden Charakter haben (angehört werden) oder direkt zur Entscheidung beitragen.²⁹⁴ Beide Kategorien finden sich im Stufenmodell von Arnstein wieder,²⁹⁵ das von der Wissenschaftlichen Begleitung als Operationalisierungsschema genutzt wird und sowohl auf partizipative Prozesse übertragbar ist, an denen Akteure direkt beteiligt sind, als auch auf solche, an denen Repräsentant/innen teilnehmen (vgl. Abbildung 31).

294 Vgl. ebd.

295 Auf die Verwendung der von Wright et al. entwickelten Partizipationstreppe (Wright et al. 2007, S. 2), die derzeit von vielen Autor/innen zur Erklärung von Partizipation herangezogen wird, wird verzichtet. Die Partizipationstreppe baut auf dem Stufenmodell von Arnstein auf, verwendet aber deutlich mehr Kategorien. Dadurch entsteht eine Komplexität, die der vorliegenden Untersuchung nicht angemessen ist.

Abbildung 31: Stufenmodell von Arnstein (1969)



Quelle: Arnstein 1969, zitiert nach Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2011, S. 28; eigene Darstellung.

Eine Vorstufe der Partizipation ist es, wenn Akteure über die Partnerschaft für Demokratie informiert werden. Auch wenn dies noch keine Form der Beteiligung ist, ist es doch eine Voraussetzung für partizipative Prozesse, über entsprechende Möglichkeiten, Themen und Ziele informiert zu sein. In diesem Kontext wird in den Interviews immer wieder die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaften für Demokratie für die Einbeziehung von Bürger/innen thematisiert:

„Also, ... allgemein betrachtet, muss man natürlich sagen, hängt das viel davon ab, wie groß der Informationsfluss ist. Also je größer der Informationsfluss ist, umso besser die Bürgerinnen und Bürger ... informiert werden, umso höher ist natürlich auch die Beteiligung. Das ist der Punkt.“ (PÖ11_105)

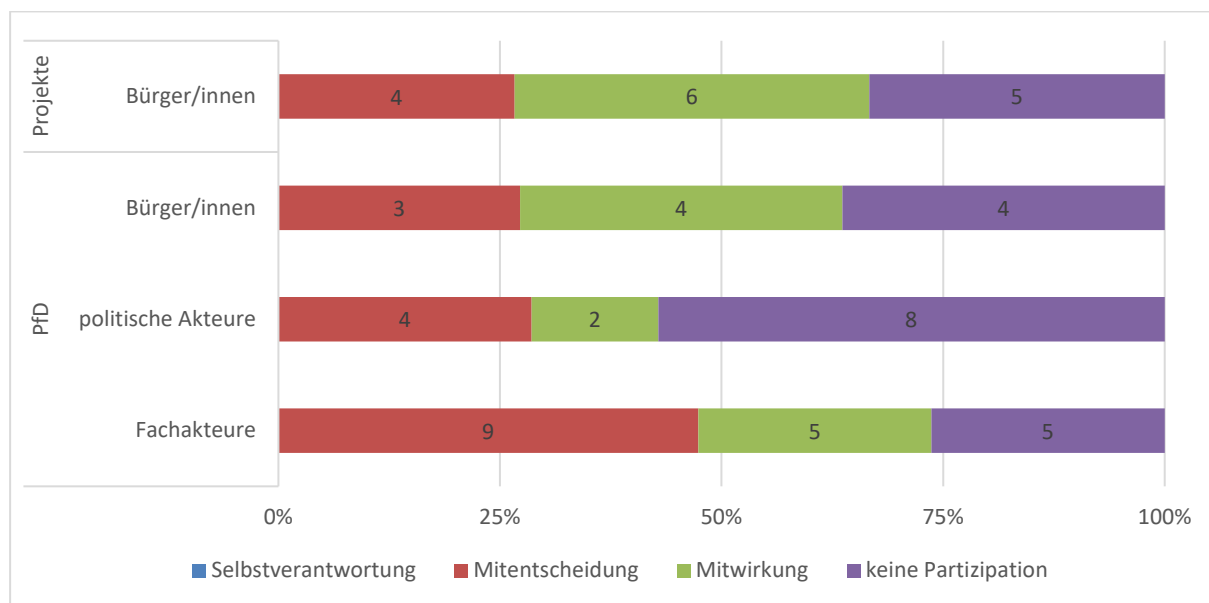
Mitwirkung ist eine nächste Vorstufe der Partizipation. Gesellschaftliche Akteure und Bürger/innen nehmen an Prozessen teil, die es ihnen ermöglichen, ihre Meinungen und Anliegen zu formulieren, ohne dass sie jedoch einen direkten Einfluss auf den eigentlichen Entscheidungsprozess haben, sie werden lediglich angehört. In den Partnerschaften für Demokratie ist dies in Diskussionsveranstaltungen der Fall, wenn z.B. die Partnerschaft Gespräche zwischen politischen Akteuren und Bürger/innen organisiert. Die teilnehmenden Bürger/innen können in diesem Rahmen zwischen einer passiven Publikumsrolle und einer aktiven Leistungsrolle wechseln.

Bürger/innen werden häufig in Form einer Mitwirkung – einer Vorstufe der Partizipation – in die Arbeit und Gestaltung der Partnerschaften und Projekte einbezogen.

Sind Demokratiekonferenzen so angelegt, dass sie über die bereits in der Partnerschaft engagierten hinaus weitere Akteure sowie Bürger/innen ansprechen, es jedoch keine geregelten Verfahren gibt, wie deren Standpunkte Eingang in die Gestaltung der Partnerschaft finden, kann auch hier lediglich von Mitwirkung als Vorstufe der Partizipation gesprochen werden. Den Bürger/innen ist es möglich, Themen, Problemlagen, Standpunkte zu benennen. Anders als in Diskussionsveranstaltungen haben sie hier zumeist eine aktive Leistungsrolle. Sie haben aber mit ihren Beiträgen keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungen, die als Ergebnis dieses Prozesses getroffen werden.

Eine weitere Form der Mitwirkung ist die Teilnahme an Projekten, die für einige Partnerschaften als eine Möglichkeit der Einbeziehung von Bürger/innen beschrieben wird. Allerdings hat die Teilnahme an einem Projekt zunächst noch nichts mit Partizipation zu tun, auch nicht mit einer Vorstufe. Von Mitwirkung kann erst dann die Rede sein, wenn Projekte so angelegt sind, dass sie einen konzeptionellen Wechsel erlauben und Teilnehmer/innen die realistische Chance haben, auf die Projektgestaltung und -umsetzung Einfluss zu nehmen, auch wenn sie nicht in die Verfahren der Entscheidung eingebunden sind.

Abbildung 32: Beteiligungsmöglichkeiten jenseits des Begleitausschusses und der Jugendforen



Quelle: Qualitative Interviews mit externen Akteuren in 24 Regionen; Pfd = Partnerschaften für Demokratie.

Unabhängig davon, in welcher Form „Mitwirkung“ als Vorstufe der Partizipation initiiert wird, wird sie von den Partnerschaften für Demokratie meist eingesetzt, um Bürger/innen einzubinden (vgl. Abbildung 32). Für zehn der untersuchten 24 Partnerschaften beschreiben die externen Akteure sie als wesentliche Form der Beteiligung von Bürger/innen, wobei eine Mitwirkung häufiger auf der Ebene der Projekte zustande kommt als bei der konzeptionellen Gestaltung und Umsetzung der Partnerschaft. Von den interviewten Akteuren wird sie als niederschwelliger Zugang zu partizipativen Verfahren betrachtet, der Bürger/innen an komplexere Verfahren der Partizipation, wie die Mitentscheidung, heranführt:

„Das ist zwar eine niedrigschwellige Form, aber dadurch entsteht ja überhaupt mal ein Bewusstsein: Okay, ich kann irgendwohin und daran teilnehmen. Richtige Teilhabe ist natürlich noch sehr viel weiter weg davon. Aber das meine ich, finde ich schon mal eine gute Idee, so anzufangen.“ (19 FÖ_29)

Eine nächste Stufe der Partizipation, die Mitentscheidung, erreichen Demokratiekonferenzen, wenn gesellschaftliche Akteure und Bürger/innen ihre Perspektive nicht nur zu Gehör bringen können, sondern wenn durch festgelegte Verfahren dafür gesorgt wird, dass ihre Perspektive auch Entscheidungskraft entfaltet und so einen Einfluss auf die (Weiter-)Entwicklung von Zielen und Umsetzungsformen der Partnerschaft hat. Mithilfe unterschiedlicher Verfahren werden hier Themen und Ideen zusammengetragen, dokumentiert und in einem gemeinsamen Prozess in ein Format gebracht, das Eingang in die Konzeption der Partnerschaft für Demokratie

finden kann. Neben den Bürger/innen sind es häufig Fachakteure, die nicht im Begleitausschuss eingebunden sind, die in dieser Form auf konzeptionelle Entscheidungen der Partnerschaft Einfluss haben (vgl. Abbildung 32).

Beteiligt werden oft bereits engagierte Bürger/innen. Den Partnerschaften fällt es schwer, weitere Bürger/innen für Beteiligungsprozesse zu motivieren.

Auf der Ebene der allgemeinen Öffentlichkeit ist es weniger eine breite Öffentlichkeit, die in dieser Form an der Partnerschaft für Demokratie beteiligt wird. Ganz überwiegend handelt es sich um bereits engagierte und am Thema interessierte Bürger/innen:

„Aber es sind immer Leute, die sowieso schon offen sind, die auch gerne bereit sind, mal in einem Projekt mitzuarbeiten oder sich irgendwo einzubringen. Und die große Masse der Unzufriedenen, der Leute, die auch Probleme haben in der Stadt oder Probleme wahrnehmen, die werden schwer erreicht. Aber das ist, glaube ich, ein generelles Problem.“ (AÖ08_33)

In diesem Befund spiegelt sich eine Feststellung der Partizipationsforschung: Die Erwartung, dass sich Bürger/innen an allen das eigene Leben betreffenden Prozessen aktiv beteiligen, kann aufgrund begrenzter zeitlicher Ressourcen unmöglich erfüllt werden.²⁹⁶ Akteure müssen eine Auswahl treffen, welche Themen aus ihrer individuellen Perspektive besonders relevant sind. Für die Partnerschaften folgt hieraus zweierlei: Sollen sich Bürger/innen aktiv in Entscheidungen über die konzeptionelle Ausrichtung der Partnerschaft einbringen, ist es notwendig, ihnen die Relevanz der Themen der Partnerschaft so zu verdeutlichen, dass sie einen Bezug zwischen ihrem eigenen Alltag und der Partnerschaft herstellen können. Nur dann werden sie auch die zeitlichen Ressourcen aufbringen, die für partizipative Prozesse notwendig sind. Geht es darum, partizipative Prozesse zu initiieren, um den Teilnehmer/innen den Wert demokratischer Verfahren zu vermitteln, sollten sich diese Prozesse auf Themen konzentrieren, die von den Bürger/innen als unmittelbar ihren Lebensalltag betreffend wahrgenommen werden, wie beispielsweise die Gestaltung ihres Wohnumfelds. Partizipative Prozesse werden dann in Form von Projekten initiiert.

Eine Voraussetzung für Partizipation ist der Glaube an die eigene Gestaltungsfähigkeit. Es sollten einerseits Konzepte entwickelt werden, mithilfe derer es gelingen kann, die divergierenden Interessen der gesellschaftlichen Akteure und Bürger/innen mit den Anliegen der Partnerschaft für Demokratie zu verbinden. Andererseits ist es gerade bei Gruppen, die sich bislang in keinerlei Beteiligungsprozesse einbringen, notwendig, Erfahrungen der Selbstwirksamkeit zu vermitteln.

Auf der Partizipationsstufe vier – Selbstverantwortung – haben Akteure die Möglichkeit, nicht nur auf Entscheidungen einzuwirken, sondern können auch die für deren Umsetzung notwendigen Ressourcen eigenständig zu verwalten. Bei den untersuchten Partnerschaften für Demokratie ist dies in der Regel in den Jugendforen möglich, für eine breite Öffentlichkeit jedoch nicht. Obwohl durchaus denkbar ist, dass es entsprechende Beispiele gibt, wurden von den befragten externen Akteuren in keiner der untersuchten Regionen Projekte wahrgenommen, die von einer breiten Öffentlichkeit in Selbstverantwortung getragen wurden.

Partizipationsstufe fünf – Eigenständigkeit – soll an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber genannt werden: Sie bezieht sich auf das komplett autonome Handeln der Akteure und ist

²⁹⁶ Vgl. Ahrens/Wimmer 2014, S. 183.

strenggenommen keine Variante von Partizipation. In den Partnerschaften der untersuchten Regionen kommt sie faktisch nicht vor.

4.7.4 Chancen und Grenzen von Partizipation

Partizipation wird im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie in unterschiedlichem Maße umgesetzt. Auf Ebene der Einbeziehung von Bürger/innen lassen sich überwiegend die Vorstufen von Partizipation – Information und Mitwirkung – beobachten. Im Rahmen eines Transfer-Workshops der Wissenschaftlichen Begleitung mit Koordinator/innen wurden die Chancen und Grenzen der Partizipation von Bürger/innen diskutiert.

Aus Sicht der Teilnehmer/innen ergeben sich sowohl aus der Mitwirkung als auch aus der Mitentscheidung Chancen für die Partnerschaft für Demokratie. Bedarfe können besser erfasst werden, neue Themen und Ideen können in die Weiterentwicklung der Konzeption der Partnerschaft einfließen, Kooperationen werden angeregt und Bürger/innen übernehmen Verantwortung für die Umsetzung der Partnerschaft. Der mit partizipativen Prozessen verbundene Austausch stärkt demokratische Tendenzen in einer Region.

Dass gleichwohl nicht überall eine partizipative Einbindung von Bürger/innen stattfindet, wird mit den Grenzen begründet, die partizipativen Prozessen gesetzt sind. So ist es aus Sicht der Koordinator/innen einerseits dann schwierig, Bürger/innen in Entscheidungen einzubinden, wenn diese in einem engen zeitlichen Rahmen getroffen werden müssen. Andererseits beschreiben sie es als schwierig, die Bürger/innen zur Mitwirkung zu motivieren: Oft dauert es zu lange, bis eine gemeinsam getroffene Entscheidung umgesetzt wird oder gemeinsam entwickelte Konzepte können nicht umgesetzt werden. Die daraus resultierende Frustration schränkt die Motivation der Bürger/innen ein, sich zukünftig weiter zu beteiligen. Die Tatsache, dass es oft dieselben Akteure in einem Gemeinwesen sind, die sich einbringen, führt zu einer hohen Belastung und senkt deren Bereitschaft, an weiteren partizipativen Prozessen teilzunehmen. Problematisiert wird darüber hinaus, dass in einigen Regionen partizipative Prozesse zu Spannungen mit der Verwaltung führen, die kein Interesse an einer offenen Beteiligung hat. Sorge bereitet den Koordinator/innen darüber hinaus, dass offene partizipative Prozesse dazu führen könnten, dass sich auch antidemokratische Akteure in diesen Prozess einbringen.

4.7.5 Fazit

Partizipation ist eine wichtige Handlungsmaxime des Programms „Demokratie leben!“. Zentrale Frage dieses Kapitels war es, festzustellen, inwieweit diese Handlungsmaxime umgesetzt werden kann, es also gelingt, regionale Akteure und insbesondere Bürger/innen – also eine breite Öffentlichkeit – in die Partnerschaft für Demokratie einzubinden.

Eine Einbeziehung von gesellschaftlichen Akteuren und Bürger/innen erfolgt entweder direkt oder über Repräsentant/innen. Bürger/innen wählen im Rahmen von Beteiligungsprozessen eine passive Publikumsrolle oder eine aktive Leistungsrolle. Gerade für Bürger/innen, die noch wenig Erfahrung mit Partizipation haben, bietet die Publikumsrolle die Möglichkeit, sich Erfahrungen anzueignen und später in eine aktive Leistungsrolle zu wechseln.

Entlang der sogenannten Partizipationsstufen lassen sich in der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie verschiedene Ausprägungen dessen beobachten, wie Partizipation stattfindet.

Eine Vorstufe der Partizipation ist „Information“. Basale Voraussetzung dafür, dass es der Partnerschaft für Demokratie gelingt, Informationen zu vermitteln, ist, dass die Partnerschaft

denjenigen bekannt ist, die partizipieren sollen. Insofern ist eine gelingende Öffentlichkeitsarbeit Voraussetzung für partizipative Prozesse. Externe Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen liefern die Einschätzung, dass die Partnerschaften unter Fachakteuren und politischen Akteuren in der Regel gut bekannt sind. Weniger bekannt sind sie einer breiten Öffentlichkeit: Hier sind es oft die einzelnen Projekte, die wahrgenommen werden, und nicht die Partnerschaft als solche.

Partizipative Prozesse jenseits der Begleitausschüsse und Jugendforen vollziehen sich im Rahmen der Demokratiekonferenzen oder im Kontext übergeordneter Netzwerke. Bürger/innen werden zumeist in Form von „Mitwirkung“ (ebenfalls einer Vorstufe der Partizipation) in partizipative Prozesse eingebunden: D.h. sie können ihre Meinungen und Anliegen vortragen, werden aber nicht direkt in Entscheidungen eingebunden. Allerdings wird kritisiert, es sei längst nicht immer transparent, wie gemeinsam erarbeitete Ergebnisse in den Entscheidungsprozess einfließen.

Wo Partizipation in Form von „Mitentscheidung“ stattfindet, sind es oft die bereits engagierten Akteure, die beteiligt werden. Den Partnerschaften fällt es schwer, sich darüber hinaus für Bürger/innen zu öffnen, aber auch, sie zu einer Beteiligung zu motivieren.

Die Koordinierungs- und Fachstellen sehen in der Umsetzung von partizipativen Prozessen Chancen für die Partnerschaft: Aus ihrer Sicht gelingt es so, Wissensbestände zu erschließen und innovative Konzepte und Umsetzungsstrategien zu entwickeln. Sie erkennen aber auch Grenzen für die Umsetzung partizipativer Prozesse, die sich beispielsweise aus den zeitlichen Erfordernissen solcher Prozesse ergeben oder daraus, dass solche Prozesse grundsätzlich auch Personen zugänglich wären, die antidemokratische Einstellungen vertreten.

4.8 Grundlagen und Wirkungen der Vernetzung in lokalen Partnerschaften

Aufbau und Verstetigung lokaler Netzwerke sind zentrale Aufgaben der Partnerschaften für Demokratie. Laut Leitlinie sollen lokale Partnerschaften „die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure“ gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demokratisches Gemeinwesen ermöglichen.²⁹⁷ Als „relevant“ gelten dabei Akteure aus „Verwaltungen, Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine, Verbände, Initiativen, Polizei, Migrantenorganisationen, Jugendarbeit, Schulen, Wirtschaft“, letztlich also alle Akteure aus Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die lokal für die Zusammenarbeit gewonnen werden können.²⁹⁸ Die Kooperation unter diesen Akteuren soll sich zudem nicht in der kurzfristigen Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft erschöpfen, sondern „zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beitragen“.²⁹⁹

Unter welchen Umständen kann eine solche Vernetzung lokaler Akteure gelingen? Wenn sie gelingt, welche Wirkungen hat sie dann auf den Erfolg der Partnerschaften? Diesen beiden Fragen wollen wir im vorliegenden Kapitel nachgehen. Wir betrachten dabei einen Ausschnitt der lokalen Netzwerke, die im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie entstehen. Auf Grundlage einer Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern lokaler Partnerschaften zeichnen wir die Vernetzung unter den befragten Projektträgern nach und untersuchen ihre Kooperation mit den jeweiligen Koordinierungs- und Fachstellen. Die Grundgesamtheit ist hier auf diejenigen Partnerschaften für Demokratie beschränkt, die nicht bereits in Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ als Lokale Aktionspläne gefördert wurden.

Mittels der Befragung von Einzelmaßnahmenträgern können die Grundlagen und Wirkungen der Vernetzung lokaler Partnerschaften auf zwei Ebenen analysiert werden. Untersucht werden sowohl die lokalen Partnerschaften als Netzwerke als auch die Träger als vernetzte Akteure. Auf der Netzwerkebene lauten die zentralen Fragen: Unter welchen Umständen entstehen neue Kontakte und Kooperationen zwischen Projektträgern einer lokalen Partnerschaft? Welchen Unterschied macht es, wenn ein lokales Netzwerk unter Einzelmaßnahmenträgern dicht geknüpft, divers aufgestellt und dezentral angelegt ist? Auf der Akteursebene fragen wir uns: Welche Akteure sind besonders gut vernetzt? Welchen Einfluss hat die Vernetzung auf den Erfolg ihrer Einzelmaßnahmen?

Im vorliegenden Kapitel werden zunächst die lokalen Partnerschaften und Einzelmaßnahmenträger näher beschrieben, die einer Netzwerkanalyse unterzogen wurden, und die Grundlagen einer erfolgreichen Vernetzung dargestellt, die im Rahmen der Untersuchung identifiziert werden konnten. Anschließend betrachten wir die Wirkungen der Vernetzung, insbesondere im Hinblick auf den Umsetzungserfolg und die Bekanntheit der Partnerschaften.

4.8.1 Netzwerke unter Einzelmaßnahmenträgern lokaler Partnerschaften

Mit der Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern wurden Netzwerkdaten zu 123 Partnerschaften erfasst. Zum Zeitpunkt der Befragung waren dies all diejenigen Partnerschaften, die nicht bereits in Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ als Lokale Aktionspläne gefördert

297 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018, S. 5.

298 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018, S. 6.

299 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018, S. 5.

wurden. Die lokalen Netzwerke dieser Partnerschaften umfassten laut Einzelmaßnahmen-Datenbank des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben im Durchschnitt 14 Einzelmaßnahmenträger. Das Maximum lag bei 41 Trägern, das Minimum bei einem Träger.

Unter den befragten Einzelmaßnahmenträgern wurde eine Rücklaufquote von 54 % erzielt. Diese Quote schwankte zwischen den einzelnen Partnerschaften beträchtlich. Für 37 lokale Netzwerke konnte eine Rücklaufquote von mehr als 60 % der Projektträger erreicht werden. Erst die Erreichung dieser Quote ermöglicht eine verlässliche Strukturanalyse der Netzwerke.³⁰⁰ Die 37 analysierten Netzwerke umfassen im Durchschnitt zwölf Einzelmaßnahmenträger. Das Maximum lag bei 32 Trägern, das Minimum bei drei Trägern.³⁰¹

Als Formen der Vernetzung wurden der Informationsaustausch der Träger untereinander und ihre Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Projekten und Veranstaltungen untersucht. Für jede der 37 Partnerschaften kann somit ein Netzwerk des Informationsaustauschs und ein Netzwerk der Kooperation unter den Trägern nachgezeichnet werden.³⁰² Die Daten erlauben es außerdem, Verbindungen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie zum ersten Mal geknüpft wurden, von jenen zu unterscheiden, die bereits zu Beginn der Förderung bestanden. Mithilfe dieser Unterscheidung ist es möglich, die neu entstandenen Kontakte zwischen Trägern als Wirkung der Netzwerkarbeit lokaler Partnerschaften zu betrachten.

Die Netzwerkdaten zeigen, dass Einzelmaßnahmenträger und Koordinations- und Fachstellen im Durchschnitt mit 51 % der anderen Träger ihrer Partnerschaft Informationen austauschen. Mit 32 % setzen sie gemeinsam Projekte und Veranstaltungen um.

Eine wichtige Eigenschaft eines Netzwerks ist die Dichte. Dieser Wert gibt an, wie viele der möglichen Verbindungen zwischen den Mitgliedern eines Netzwerks tatsächlich entstanden sind. Die durchschnittliche Dichte der Netzwerke gegenseitiger Information beträgt 0,51.³⁰³ D.h., Einzelmaßnahmenträger und Fachkoordinationen tauschten in jüngster Vergangenheit im Durchschnitt mit 51 % der anderen Träger ihrer Partnerschaft mehrfach Informationen aus. 36 % dieser Kontakte sind erst im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie entstanden. Der Maximalwert beträgt hier 100 %, der Minimalwert 7 %. In 14 % der untersuchten Partnerschaften liegt der Anteil des Informationsnetzwerks, der neue Verbindungen darstellt, bei über 50 %. Dies zeigt, dass den Partnerschaften eine bedeutende Rolle für den Informationsaustausch innerhalb der lokalen Zivilgesellschaft zukommen kann.

Bezüglich der Anbahnung von Kooperationen zwischen den Trägern einer Partnerschaft zeigt sich ein ähnliches Bild. Die durchschnittliche Dichte der Kooperationsnetzwerke beträgt 0,32. D.h., zu einer Zusammenarbeit bei Projekten und Veranstaltungen kam es durchschnittlich zwischen 32 % der Träger einer Partnerschaft. Solche Kooperationsbeziehungen wurden zu 47 % erstmals im Rahmen der Partnerschaft eingegangen. Der Maximalwert beträgt hier 100 %, der Minimalwert 0 %. Bei Kooperationsnetzwerken sind sogar in 30 % der Fälle mehr als die Hälfte der Verbindungen im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie neu entstanden. Während also insgesamt Kooperationen seltener sind als der gegenseitige Austausch

300 Vgl. Huisman 2009, S. 25. Als Imputationsverfahren für fehlende Daten wurde nach den Empfehlungen von Huisman die Netzwerk-Rekonstruktion angewendet (Stork/Richards 1992).

301 Vgl. Tabelle 139 im Anhang.

302 Als Träger einer Partnerschaft werden im Folgenden die Einzelmaßnahmenträger und die jeweilige Koordinierungs- und Fachstelle verstanden. Sofern explizit von Einzelmaßnahmen- oder Projektträgern die Rede ist, schließt das die Koordinierungs- und Fachstelle aus, es sei denn, diese hat selbst eine aus dem Aktions- und Initiativfonds der Partnerschaft finanzierte Einzelmaßnahme durchgeführt.

303 Zu diesen und allen weiteren Netzwerkdaten in diesem Abschnitt vgl. Tabelle 139 im Anhang.

von Informationen, ist gleichzeitig die Veränderung während der Umsetzung der Partnerschaften bei Kooperationen weitreichender als in Bezug auf den Informationsaustausch. Gerade die Zusammenarbeit innerhalb der lokalen Zivilgesellschaft kann demnach durch die Partnerschaften in bedeutendem Maße gefördert werden.

Koordinierungs- und Fachstellen nehmen eine zentrale Rolle beim Austausch von Informationen und in den Kooperationsnetzwerken der Träger ihrer Partnerschaft ein.

Die Netzwerkdaten stellen die zentrale Rolle der Koordinierungs- und Fachstellen für die Vernetzung innerhalb der lokalen Partnerschaften heraus. Die Stellung eines Trägers in einem Netzwerk kann mit einem Zentralitätswert beschrieben werden. Ein Wert von „1“ bedeutet hier, dass zwischen dem Träger und allen weiteren Netzwerkakteuren eine direkte Verbindung besteht. Je niedriger der Wert ist, desto marginaler ist die Rolle, die der jeweilige Träger für das Netzwerk spielt. Die Koordinierungs- und Fachstellen weisen in den Informationsnetzwerken der Partnerschaften einen durchschnittlichen Zentralitätswert von 0,85 auf. In den Kooperationsnetzwerken liegt er bei 0,57. Den Koordinierungs- und Fachstellen kommt demnach insbesondere für den Informationsaustausch eine bedeutende Rolle zu.

Die zentrale Stellung der Koordinierungs- und Fachstellen spiegelt sich auch im Grad der Zentralisierung der Netzwerke der lokalen Partnerschaften wider. Ein maximal zentralisiertes Netzwerk hat einen Wert von „1“ und eine sternförmige Struktur: Ein Akteur verfügt über Kontakte zu allen anderen Akteuren des Netzwerks, während alle anderen Akteure nur über einen Kontakt zum zentralen Akteur verfügen.³⁰⁴ Einem solchen Netzwerk wird eine starke Machtasymmetrie zugeschrieben.³⁰⁵ Während der zentrale Akteur seine Interessen durchsetzen kann, bleiben die Bedürfnisse von marginalen Akteuren häufig unberücksichtigt. Dem Ideal einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe kommen somit Netzwerke mit einem geringen Zentralisierungsgrad näher. Die untersuchten Informationsnetzwerke lokaler Partnerschaften weisen einen durchschnittlichen Zentralisierungsgrad von 0,53 auf. Bei Kooperationsnetzwerken liegt er bei 0,39. Im Vergleich zur Situation vor Beginn der Förderung der jeweiligen Partnerschaft sind sowohl die lokalen Informations- als auch die lokalen Kooperationsnetzwerke deutlich zentralisierter geworden. Auch diese Entwicklung reflektiert die Rolle der Koordinierungs- und Fachstellen, die Informationsaustausch und Kooperationen zwischen den Netzwerkmitgliedern anbahnen.

Die Diversität der Netzwerke lokaler Partnerschaften variiert stark. Besonders häufig werden sie von Jugendorganisationen, schulischen Fördervereinen und Kultur- und Kunstvereinen geprägt.

Unsere Daten ermöglichen es außerdem, die Diversität der Netzwerke lokaler Partnerschaften zu erfassen: Für jedes Netzwerk wurde ein Diversitätsgrad berechnet. Diese Maßzahl drückt die Wahrscheinlichkeit aus, mit der zwei zufällig ausgewählte Akteure einer Partnerschaft einen unterschiedlichen Trägertyp aufweisen.³⁰⁶ Der Diversitätsgrad hat beispielsweise den Wert „1“, wenn jeder der Akteure eines lokalen Netzwerks einem anderen Trägertyp zuzuordnen ist. Für die Berechnung des Diversitätsgrads werden elf Trägertypen unterschieden. Die nachfolgende Abbildung 33 zeigt die Häufigkeiten dieser Trägertypen in den 37 untersuchten

304 Vgl. Freeman 1979, S. 230.

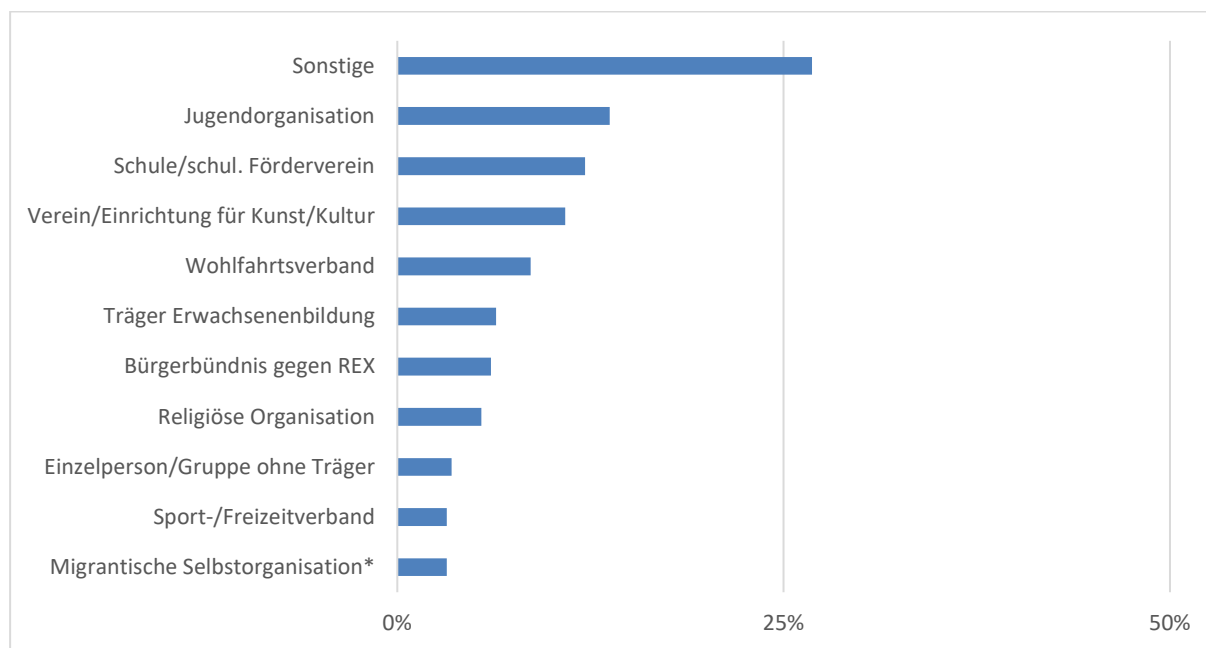
305 Vgl. Jansen 2006, S. 138.

306 Vgl. Alesina et al. 2003, S. 158f.

Netzwerken. Am häufigsten sind in diesen Netzwerken Jugendorganisationen (14 % der Träger), Schulen/schulische Fördervereine (12 %) sowie Kunst- und Kulturvereine (11 %) anzutreffen.

Wir gehen davon aus, dass eine Partnerschaft mit einem Netzwerk mit hoher Diversität eher dem Ideal einer umfassenden kommunalen Vernetzung entspricht, so wie es in den Leitlinien formuliert wird. Der Diversitätsgrad der untersuchten Netzwerke liegt im Durchschnitt bei 0,68. Auch dieser Wert schwankt stark zwischen den betrachteten Partnerschaften. Hier liegt das Maximum bei 0,85 und das Minimum bei 0,24.

Abbildung 33: Trägertypen in untersuchten Netzwerken³⁰⁷



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Träger in untersuchten Netzwerken: n = 326.
* Inkl. Selbstorganisationen kultureller Minderheiten.

4.8.2 Grundlagen erfolgreicher Vernetzung

Um die Grundlagen erfolgreicher Vernetzung identifizieren zu können, müssen wir zunächst definieren, was wir unter einer gelungenen Netzwerkarbeit verstehen. Die Wissenschaftliche Begleitung arbeitete bisher mit dem Konzept des „leistungsfähigen Netzwerks“.³⁰⁸ Netzwerke lokaler Partnerschaften wurden dann als leistungsfähig bezeichnet, wenn sie sowohl eine umfassende Einbindung relevanter lokaler Akteure erreicht hatten als auch die notwendigen Grundlagen für ihre zielgerichtete Zusammenarbeit schaffen konnten. Die Schwelle zur umfassenden Einbindung relevanter Akteure überschreitet diesem Konzept nach ein Netzwerk dann, wenn es gelungen ist, sowohl alle bedeutenden lokalen Fachakteure einzubinden als auch einige mitgliederstarke oder anderweitig deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteure, die nicht als Fachakteure einzuordnen sind. Zu den entscheidenden Grundlagen für die zielgerichtete Zusammenarbeit im Netzwerk einer Partnerschaft zählen ein partizipativer Zielentwicklungsprozess sowie der Grad, zu dem die Arbeit der Netzwerkakteure aufeinander abgestimmt ist. Leistungsfähig wird ein Netzwerk aufgrund dieser Qualitäten deshalb, weil durch

³⁰⁷ Vgl. Tabelle 134 im Anhang.

³⁰⁸ ISS/Camino 2017, S.106ff.

die umfassende Einbindung unterschiedlicher Trägertypen akteursspezifische Potenziale für die Netzwerkarbeit erschlossen werden, während es die Grundlagen der zielgerichteten Zusammenarbeit ermöglichen, diese Potenziale für die Zielerreichung der Partnerschaften effizient zu nutzen. Den bisherigen Untersuchungen von Vernetzung lag somit ein prozedurales Verständnis von Netzwerkqualität zugrunde: Eine gute Vernetzung ist diejenige, die es den Partnerschaften ermöglicht, die notwendigen Leistungen zu generieren, um die selbstgesetzten Ziele erreichen zu können.

Die Analyse der vorliegenden Netzwerkdaten ermöglicht es, einen strukturellen Blick auf die gelungene Vernetzung lokaler Partnerschaften zu werfen.

Auf der Netzwerkebene bestimmt dieser Blick die Qualität der Vernetzung anhand der Form und Zusammensetzung des Trägernetzwerks. Die erhobenen Daten liefern für die Bestimmung dieser Eigenschaften einen Schnappschuss der untersuchten Netzwerke. Eine erfolgreiche Vernetzung einer Partnerschaft kann an drei Aspekten festgemacht werden: der Dichte, der Dezentralität und der Diversität der entstandenen Netzwerke. Wir gehen davon aus, dass ein dichtes Netzwerk die zielgerichtete Zusammenarbeit innerhalb einer Partnerschaft erleichtert. Ein dezentrales Netzwerk ermöglicht im Rahmen dieser Zusammenarbeit eine Kooperation auf Augenhöhe. Je diverser die eingebundenen Akteure schließlich sind, desto glaubwürdiger kann eine Partnerschaft als kommunales Forum für die lokale Zivilgesellschaft auftreten. Auf der Ebene der Akteure wird die Qualität der Vernetzung anhand der Zentralität des jeweiligen Trägers für die lokalen Informations- und Kooperationsnetzwerke bestimmt. Es ist davon auszugehen, dass Träger sowohl in der Erfüllung ihrer Bedarfe als auch in der Erreichung ihrer Ziele desto mehr auf die Unterstützung von Netzwerkpartnern hoffen können, je zentraler ihre Rolle in den lokalen Netzwerken ist.

Im Folgenden werden zunächst Grundlagen einer erfolgreichen Vernetzung auf Ebene der Partnerschaften untersucht, anschließend Eigenschaften von Trägern, die ihre Position in den Informations- und Kooperationsnetzwerken beeinflussen.

4.8.2.1 Grundlagen erfolgreicher Netzwerkarbeit lokaler Partnerschaften

Unter welchen Umständen entwickeln Partnerschaften für Demokratie dichte, dezentrale und von einer hohen Diversität gekennzeichnete Netzwerke? Im Folgenden wird der Einfluss von drei Faktoren betrachtet: der zu Beginn der Förderung der Partnerschaft bereits vorhandenen Vernetzung, der Arbeit der Koordinierungs- und Fachstellen und der geografischen Lage der Partnerschaft.

Die Untersuchung zeigt, dass gewachsene Netzwerke einen Vorteil für die Vernetzung der Partnerschaften darstellen. Je mehr die eingebundenen Träger bereits vor Beginn ihres Engagements für die lokale Partnerschaft untereinander Informationen austauschten, desto häufiger bahnen sie im Verlauf von deren Umsetzung untereinander Kooperationen an. Ein bestehendes dichtes Netz des Informationsaustauschs wirkt außerdem einer Zentralisierung entgegen. Auf die Diversität der Netzwerke wirkt sich die vorherige Vernetzung nicht aus. Es zeigt sich allerdings, dass länger geförderte Partnerschaften Netzwerke aufweisen, die deutlich stärker von Diversität geprägt sind.³⁰⁹

Die Koordinierungs- und Fachstellen beeinflussen die Form und Zusammensetzung der lokalen Netzwerke ihrer Partnerschaften auf vielfältige Weise. In den Daten zeigt sich ein deutlicher

309 Vgl. Tabelle 141 im Anhang.

Zusammenhang zwischen ihrer Stellung im Informationsnetzwerk zu Beginn der Förderung ihrer Partnerschaft und dem Zuwachs an Informationsaustausch unter den Trägern. Eine zentrale Position der Koordinierungs- und Fachstellen zu Beginn der Förderung stellt sich als nachteilig für die Bildung eines dichten Informationsnetzwerks heraus. Gleichzeitig sind Informationsnetzwerke mit einer Koordinierungs- und Fachstelle in zentraler Position häufig deutlich diverser als Netzwerke, in denen sie eine eher marginale Rolle einnimmt. Die Zufriedenheit mit der Unterstützungsleistung durch die Koordinierungs- und Fachstelle steht in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Dichte, Dezentralisierung oder Diversität der Netzwerke.

Die geografische Lage der Partnerschaften wurde bezüglich der Bevölkerungsdichte der Kommunen untersucht, in der sie aktiv sind. Ländlich geprägte Gebiete haben eine eher niedrige Bevölkerungsdichte, städtische Räume eine eher hohe. Entgegen unserer Erwartungen zeigt sich kein signifikanter Einfluss der geografischen Lage auf die Dichte der Informations- und Kooperationsnetzwerke. Die Daten belegen jedoch einen starken Effekt der Bevölkerungsdichte auf die Zentralisierung von Netzwerken: Je geringer die Bevölkerungsdichte ist, desto zentralistischer sind die Netzwerke lokaler Partnerschaften aufgebaut.

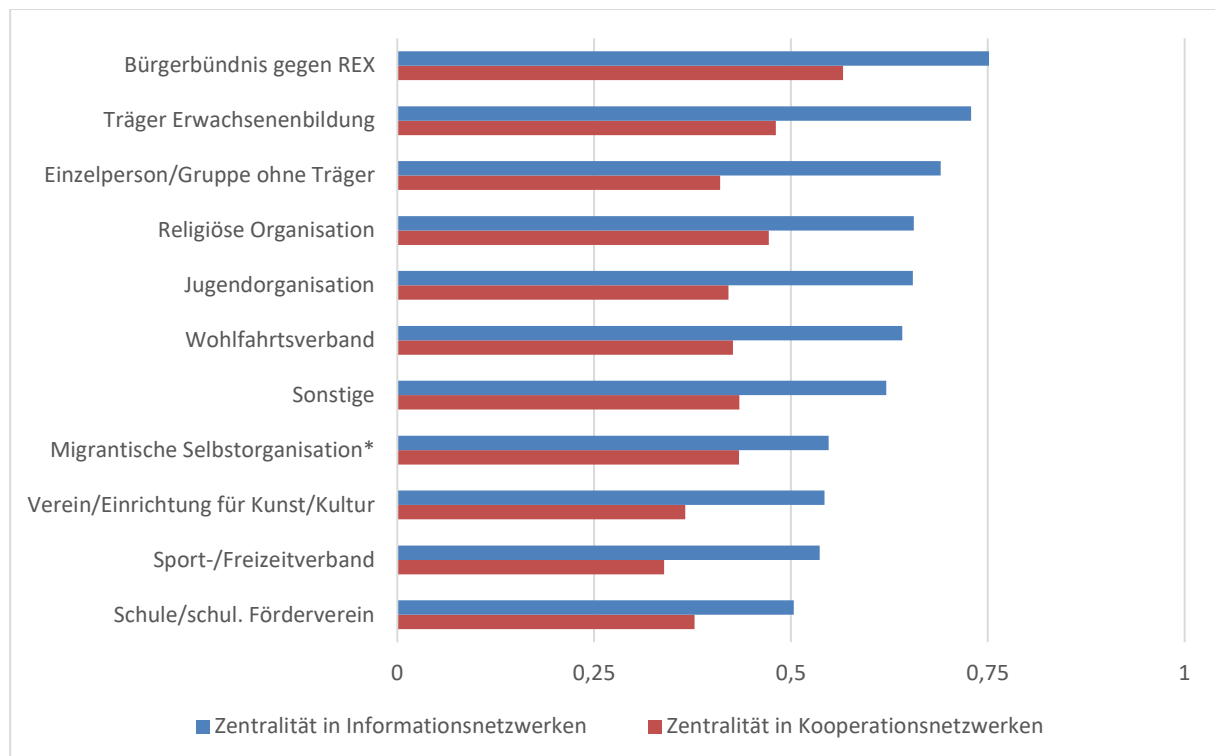
4.8.2.2 Determinanten individueller Vernetzung

Träger von Einzelmaßnahmen sind in sehr unterschiedlicher Weise in die Netzwerke lokaler Partnerschaften eingebunden. Während einige Träger eine sehr marginale Rolle spielen, sind andere in ein dichtes Informations- und Kooperationsnetz eingebettet. Die unterschiedlichen Positionen der Träger in den lokalen Informations- und Kooperationsnetzwerken sind kein Zufallsprodukt. Im Folgenden kann gezeigt werden, dass Typ und Größe des Trägers wichtige Determinanten erfolgreicher Vernetzungsarbeit sind.

Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus finden sich in den Netzwerken lokaler Partnerschaften häufig in zentralen Positionen, während schulische Akteure eher an ihrem Rand zu finden sind.

Abbildung 34 zeigt die durchschnittliche Zentralität verschiedener Trägertypen in lokalen Informations- und Kooperationsnetzwerken. Zwischen den einzelnen Trägertypen treten deutliche Unterschiede hervor. Während Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus mit einem Zentralitätswert von durchschnittlich 0,75 häufig eine Schlüsselposition in den Netzwerken lokaler Partnerschaften einnehmen, sind beispielsweise Schulen und schulische Fördervereine deutlich weniger gut vernetzt. Diese Beziehung zwischen Trägertyp und Vernetzung zeigt sich sowohl für Informations- als auch für Kooperationsnetzwerke.

Abbildung 34: Zentralität verschiedener Trägertypen³¹⁰



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Träger in untersuchten Netzwerken: n = 326.
* Inkl. Selbstorganisationen kultureller Minderheiten.

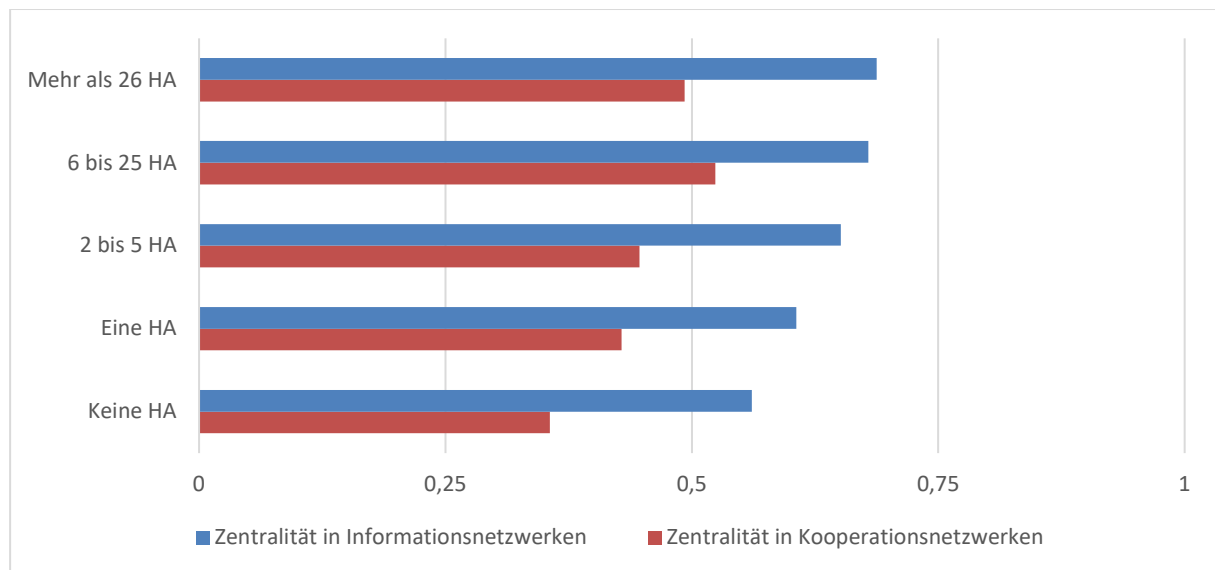
Einen deutlichen Einfluss auf die Stellung von Trägern in den Netzwerken lokaler Partnerschaften hat außerdem die Größe der Trägerorganisationen. Wir messen diese Größe anhand der Anzahl hauptamtlicher Kräfte, über die der Träger verfügen kann. Laut Angaben aller befragten Einzelmaßnahmenträger verfügen 19 % unter ihnen über mehr als 25 hauptamtliche Stellen, 15 % über sechs bis 25 Stellen, 21 % über zwei bis fünf Stellen und 10 % über eine Stelle. 35 % der Träger sind rein ehrenamtliche Organisationen. Unter den Trägern, deren Angaben in die Netzwerkanalyse eingehen, haben ebenfalls 19 % mehr als 25 hauptamtliche Stellen in ihren Organisationen geschaffen. Weitere 19 % haben zwischen sechs und 25 Stellen. 16 % verfügen über zwei bis fünf Stellen, während 8 % nur über eine hauptamtliche Kraft verfügen. 39 % sind rein ehrenamtliche Träger.

Große, professionelle Trägerorganisationen sind wesentlich besser vernetzt als ehrenamtliche Träger.

Abbildung 35 verdeutlicht den starken Zusammenhang zwischen der Größe der Träger und deren Einbettung in Informations- und Kooperationsnetzwerke. Es zeigt sich, dass größere Träger signifikant zentralere Rollen in den Netzwerken lokaler Partnerschaften einnehmen. Dies mag daran liegen, dass ein Austausch immer auch personelle Ressourcen erfordert, die diesen Trägern in höherem Maße zur Verfügung stehen.

310 Vgl. Tabelle 135 im Anhang.

Abbildung 35: Anzahl hauptamtlicher Kräfte und Zentralität der Träger³¹¹



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Träger in untersuchten Netzwerken: n = 326; HA = hauptamtliche Kraft.

4.8.3 Wirkungen der Vernetzung in lokalen Partnerschaften

Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure eines Gemeinwesens in einem Netzwerk zur stetigen Zusammenarbeit zu bewegen, kann bereits als eine wichtige Zielstellung der Partnerschaften für Demokratie angesehen werden.³¹² Diese Vernetzung ist jedoch kein Selbstzweck. Stattdessen soll die „Arbeit am Netzwerk“ die „Arbeit im Netzwerk“ fördern, damit die Leitziele der Partnerschaften, wie die Förderung von Demokratie und Vielfalt, gemeinsam erreicht werden können.³¹³ Außerdem wird einer erfolgreichen Netzwerkarbeit eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaften zugesprochen.³¹⁴

Den Wirkungen der Vernetzung auf diese beiden zentralen Aspekte der Umsetzung lokaler Partnerschaften wird im Folgenden nachgegangen. Die Leitfragen sind also: Wie wirkt sich eine gelungene Netzwerkarbeit auf den Erfolg der Partnerschaften bei der Zielerreichung aus? Wie beeinflusst eine erfolgreiche Vernetzung die Bekanntheit der Partnerschaften innerhalb wichtiger lokaler Zielgruppen? Außerdem wird untersucht, welchen Einfluss die Vernetzung eines Trägers auf die Effektivität der Umsetzung seiner Einzelmaßnahmen hat.

Die Analyse stützt sich auf die Befragung von Einzelmaßnahmenträgern. Mittels dieser Daten lassen sich die formulierten Fragen jedoch nur partiell beantworten. Um dem Einfluss der Netzwerkarbeit auf den Erfolg der Partnerschaften bei der Zielerreichung nachgehen zu können, wird der Erfolg der Arbeit der Projektträger als Indikator genutzt. Einzelmaßnahmen stellen einen zentralen Bestandteil der Aktivitäten dar, die lokale Partnerschaften entfalten, um ihre Leitziele zu verwirklichen.³¹⁵

³¹¹ Vgl. Tabelle 136 im Anhang.

³¹² Vgl. ISS/Camino 2015, S. 12f.

³¹³ Vgl. ISS/Camino 2015, S. 89.

³¹⁴ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 145.

³¹⁵ Vgl. ISS/Camino 2015, S. 111.

Die Effektivität der Umsetzung von Einzelmaßnahmen kann als ein wichtiger Aspekt des Erfolgs der Partnerschaften in der Erreichung ihrer Leitziele gelten.

Die befragten Projektträger wurden gebeten, den Erfolg ihrer Einzelmaßnahmen anhand einer Reihe von Zielstellungen einzuschätzen. Diese Einschätzungen werden genutzt, um den Fortschritt lokaler Partnerschaften bei der Zielerreichung zu bewerten. Für die Untersuchung der Bekanntheit der Partnerschaften werden die befragten Einzelmaßnahmenträger als Expert/innen ihres Gemeinwesens herangezogen. Per Befragung wurden sie gebeten, die Bekanntheit ihrer Partnerschaft in ihrer Gemeinde oder ihrem Stadtteil, unter den ehrenamtlich Aktiven und unter den Fachakteuren ihrer Kommune einzuschätzen. Diese Einschätzungen stellen die Grundlage für die Bewertung des Erfolgs der Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaften dar.

Die Qualität der Vernetzung, die zur Zielerreichung und zur Bekanntheit der Partnerschaften in Beziehung gesetzt werden soll, wird anhand der Dichte, Dezentralisierung und Diversität der lokalen Informations- und Kooperationsnetzwerke gemessen. Mit dem genutzten Untersuchungsdesign können die genannten Aspekte der Umsetzung der Partnerschaften der lokalen Netzwerkarbeit nicht im Sinne einer Attribution zweifelsfrei als Wirkungen zugeordnet werden. Stattdessen geht es um die Plausibilisierung eines Wirkungszusammenhangs. Die Möglichkeit einer umgekehrten Wirkungsrichtung und des Vorliegens unbeobachteter Einflussgrößen muss bei der Interpretation der Ergebnisse bedacht werden. Gleiches gilt für die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Vernetzung eines Trägers und seinem Erfolg bei der Umsetzung einer Einzelmaßnahme.

Im Folgenden werden zunächst die Wirkungen dichter, dezentraler und von Diversität geprägter Netzwerke auf die Zielerreichung und die Bekanntheit lokaler Partnerschaften untersucht, anschließend die Auswirkungen, die die Position von Trägern in den Informations- und Kooperationsnetzwerken lokaler Partnerschaften auf die Effektivität der Umsetzung ihrer Einzelmaßnahmen hat.

4.8.3.1 Netzwerkarbeit als Motor des Erfolgs lokaler Partnerschaften

Erfolgreiche Netzwerkarbeit, die zu dichten, dezentralen und von Diversität geprägten Netzwerken führt, hat einen positiven Einfluss auf die Zielerreichung und Bekanntheit von Partnerschaften. Statistisch signifikante Zusammenhänge zeigen sich insbesondere zwischen der Dichte von Informations- und Kooperationsnetzwerken und ihrer Zielerreichung und Bekanntheit.³¹⁶

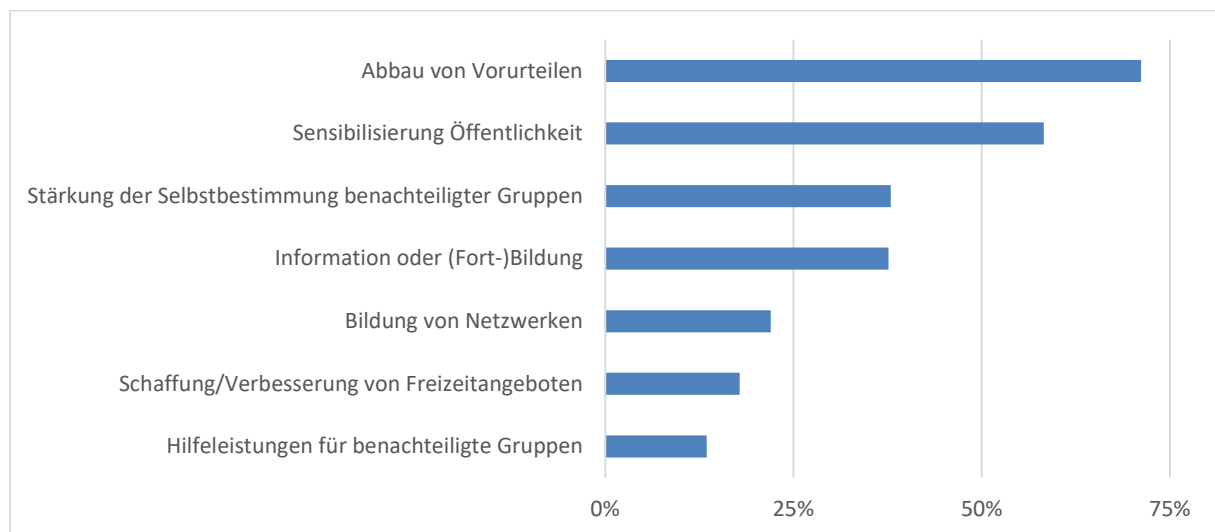
Abbildung 36 zeigt die Häufigkeiten von Projektzielen in Partnerschaften, deren Netzwerke einer strukturellen Analyse unterzogen wurden. Die befragten Träger konnten bis zu drei Ziele für jede ihrer Einzelmaßnahmen angeben. Mit 71 % der Projekte ist der Abbau von Vorurteilen das Ziel, dem sich Träger in den untersuchten Netzwerken mit ihren Projekten am häufigsten gewidmet haben. Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen sind mit 14 % der Einzelmaßnahmen das am seltensten benannte Ziel. Der Erfolg der Einzelmaßnahmen bei der Zielerreichung variiert mit den Zielen, die sie zu erreichen versuchen. So wurde das Ziel der Information und (Fort-)Bildung laut Trägern in 90 % der Fälle vollständig oder überwiegend erreicht. Der Abbau von Vorurteilen gelang in diesem Maße nur 73 % der Einzelmaßnahmen. Aufgrund der unterschiedlichen Häufigkeit und Schwierigkeit der verschiedenen Zielstellungen ist es sinnvoll, den

316 Vgl. Tabellen 142 und 143 im Anhang.

Einfluss erfolgreicher Netzwerkarbeit auf die Zielerreichung nach Zielen getrennt zu untersuchen.

Die Analyse zeigt, dass sich die Dichte lokaler Informations- und Kooperationsnetzwerke positiv auf die Erreichung einiger, aber nicht aller Ziele auswirkt. Partnerschaften, die über dichtere Netzwerke verfügen, sind insbesondere signifikant häufiger in der Lage, mit ihren Einzelmaßnahmen erfolgreich zu Information und (Fort-)Bildung, zur Bildung von Netzwerken und zur Erbringung von Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen beizutragen. Die Dezentralisierung und Diversität der Netzwerke haben hingegen keine signifikanten Auswirkungen auf die Zielerreichung.

Abbildung 36: Projektziele in Partnerschaften, deren Netzwerke analysiert wurden³¹⁷



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Einzelmaßnahmen in untersuchten Netzwerken: n = 425; Mehrfachnennungen möglich.

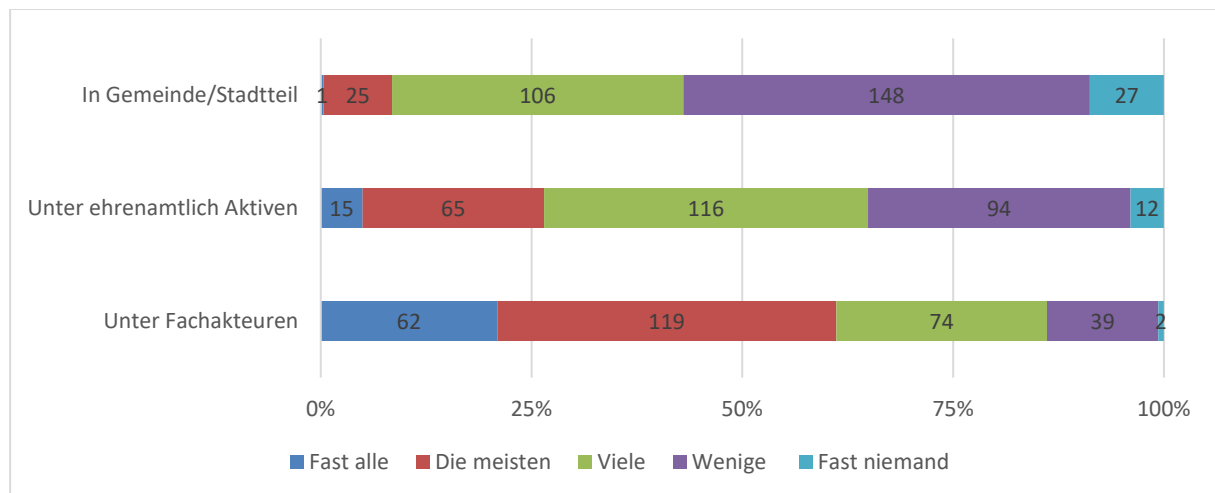
Auch die Bekanntheit der Partnerschaften wird von einer erfolgreichen Netzwerkarbeit positiv beeinflusst. Bei der Untersuchung dieses Zusammenhangs muss zwischen verschiedenen Teilöffentlichkeiten unterschieden werden. In früheren qualitativ-vergleichenden Analysen der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften wurde zwischen der Allgemeinen Öffentlichkeit, der Fachöffentlichkeit und der lokalen politischen Öffentlichkeit differenziert. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurde festgestellt, dass Partnerschaften eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit vor allem in der Fachöffentlichkeit erzielen können, während eine solche Wirkung am seltensten in der allgemeinen Öffentlichkeit festzustellen ist.³¹⁸

Wie die nachfolgende Abbildung 37 zeigt, bestätigen die Umfragedaten diesen Befund. In Bezug auf die Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden, gehen die befragten Einzelmaßnahmenträger demnach in 61 % der Fälle davon aus, dass ihre Partnerschaft den meisten oder fast allen Fachakteuren in ihrer Kommune bekannt sei. Bezüglich der Menschen in ihrer Gemeinde beziehungsweise ihrem Stadtteil insgesamt meinen nur 8 % der Träger, dass dies in gleichem Maße der Fall sei.

³¹⁷ Vgl. Tabelle 137 im Anhang.

³¹⁸ Vgl. ISS/Camino 2016, S. 137ff.

Abbildung 37: Bekanntheit der Partnerschaften nach Teilöffentlichkeiten³¹⁹



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Träger in untersuchten Netzwerken: n = 326.

Ein positiver Einfluss einer erfolgreichen Netzwerkarbeit auf die Bekanntheit lässt sich in allen drei Zielgruppen belegen.

Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen einer gelungenen Vernetzung der lokalen Träger und dem Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaft zeigt, dass insbesondere die Dichte der Informations- und Kooperationsnetzwerke einen signifikanten Einfluss auf die Bekanntheit von Partnerschaften sowohl unter den Einwohner/innen der Kommune im Allgemeinen als auch unter ehrenamtlich Aktiven und Fachakteuren hat. Ein Zusammenhang zwischen der Dezentralisierung und Diversität der Netzwerke einerseits und der Bekanntheit in einer der drei genannten Teilöffentlichkeiten andererseits deutet sich in den Daten an, kann jedoch nicht in statistisch signifikanter Weise belegt werden.³²⁰

4.8.3.2 Vernetzung als Voraussetzung erfolgreicher Projektarbeit

Auch auf der Ebene der einzelnen Träger zeigt sich der Einfluss erfolgreicher Vernetzung. Die Analyse der Umfragedaten deutet darauf hin, dass sich die Position von Einzelmaßnahmenträgern in den Netzwerken lokaler Partnerschaften deutlich auf die effektive Umsetzung ihrer Projekte auswirkt. So berichten Träger, die eine zentrale Rolle in Informationsnetzwerken spielen, wesentlich häufiger von einer erfolgreichen Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Sie erreichen außerdem signifikant häufiger das Ziel der Information und (Fort-)Bildung. Außerdem beeinflusst ihre Stellung in lokalen Kooperationsnetzwerken den Erfolg ihrer Einzelmaßnahmen zur Bildung von Netzwerken: Je zentraler sie sich in den Netzwerken der lokalen Kooperation positionieren können, desto häufiger erreichen sie diese Projektziele.³²¹

³¹⁹ Vgl. Tabelle 138 im Anhang.

³²⁰ Vgl. Tabellen 144 und 145 im Anhang.

³²¹ Vgl. Tabelle 146 im Anhang.

4.8.4 Fazit

Im vorliegenden Kapitel wurden die Daten aus der Befragung von Einzelmaßnahmenträgern dazu genutzt, die Grundlagen und Wirkungen der Vernetzung lokaler Partnerschaften zu untersuchen. Mit der Vernetzung unter Projekträgern wurde für diese Untersuchung ein Ausschnitt der lokalen Netzwerke betrachtet, die im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie entstehen. Bezüglich dieser Teilnetzwerke wurden die Grundlagen und Wirkungen der Vernetzung auf zwei Ebenen analysiert: auf der Netzwerkebene und auf der Ebene der vernetzten Akteure. Die untersuchten Formen der Vernetzung sind der gegenseitige Informationsaustausch und die Kooperation in der Umsetzung von Projekten und Veranstaltungen. Den Erfolg der Netzwerkarbeit machen wir an drei Eigenschaften fest: der Dichte, der Dezentralität und der Diversität der entstandenen Netzwerke.

Für die Trägernetzwerke zeigt sich, dass die vorherige kommunale Vernetzung im Allgemeinen und die Vernetzung des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle im Speziellen den Erfolg der Vernetzungsarbeit signifikant beeinflussen. Außerdem wirkt sich die geografische Lage der Partnerschaften auf die Vernetzung aus. Die Daten zeigen: Je mehr die Träger einer Partnerschaft bereits vor Beginn ihres Engagements für diese untereinander Informationen austauschten, desto häufiger bahnen sie im Verlauf der Umsetzung der Partnerschaften untereinander Kooperationen an. Die Zentralität der Koordinierungs- und Fachstellen in den lokalen Informationsnetzwerken vor Beginn der Förderung durch das Bundesprogramm wirkt sich dahingegen negativ auf die Netzwerkarbeit aus: Je wichtiger Koordinierungs- und Fachstellen für die gegenseitige Information unter den eingebundenen Trägern zuvor waren, desto weniger kommt es zum Informationsaustausch unter den Trägern im Rahmen ihres Engagements für die Partnerschaft. Partnerschaften, die in Kommunen mit geringer Bevölkerungsdichte aktiv sind, bilden zudem Netzwerke aus, die wesentlich zentralistischer organisiert sind.

Eine erfolgreiche Netzwerkarbeit lokaler Partnerschaften wirkt sich auf die Effektivität der Umsetzung von Einzelmaßnahmen und die Bekanntheit der Partnerschaften innerhalb der Kommune aus. Für beide Aspekte des Erfolgs ist die Dichte der entstandenen Informations- und Kooperationsnetzwerke entscheidend. Je dichter diese sind, desto mehr Erfolg haben Partnerschaften bei der Umsetzung von Projekten, die sich der Information und (Fort-)Bildung, der Bildung von Netzwerken und der Erbringung von Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen widmen. Dichter verknüpfte Netzwerke führen außerdem zu einer höheren Bekanntheit der Partnerschaft in allen drei Teilöffentlichkeiten (allgemeine lokale Öffentlichkeit, ehrenamtlich Aktive und Fachakteure).

Auf der Akteursebene zeigt die Untersuchung der Netzwerkdaten, dass sowohl der Typ des vernetzten Trägers als auch seine Größe seine Einbettung in Informations- und Kooperationsnetzwerke signifikant beeinflussen. Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus sind in den Netzwerken lokaler Partnerschaften deutlich häufiger in zentralen Positionen zu finden als beispielsweise schulische Akteure. Die Position eines Trägers in den Informations- und Kooperationsnetzwerken wird außerdem davon beeinflusst, wie viele hauptamtliche Kräfte ihm zur Verfügung stehen. Große, professionelle Trägerorganisationen sind wesentlich besser vernetzt als ehrenamtliche Träger. Hat ein Träger eine zentrale Position inne, dann berichtet er wesentlich häufiger von einer erfolgreichen Umsetzung seiner Einzelmaßnahmen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn diese Information und (Fort-)Bildung, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit oder die Bildung von Netzwerken verfolgen.

4.9 Einzelmaßnahmen der Partnerschaften für Demokratie gegen Rechtspopulismus

Rechtspopulistische Bewegungen, Organisationen und Parteien haben in den vergangenen Jahren in der gesamten Bundesrepublik deutlich an Zulauf und Bedeutung gewonnen. Grundlage ihrer erfolgreichen politischen und gesellschaftlichen Agitation ist ein Gleichheitsverständnis, das laut Decker/Lewandowsky als „schizophren“ bezeichnet werden kann: Einerseits bringen Rechtspopulist/innen das Volk in Stellung gegen die herrschende Elite, andererseits grenzen sie das „einheimische“ Volk von vermeintlich nicht Zugehörigen aus anderen Nationen oder Kulturen ab.³²² Diese Mischung aus Anti-Establishment-Orientierung und gesellschaftlicher Diskriminierung steht im deutlichen Widerspruch zu den zentralen Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, etwa der Förderung von Demokratie und Vielfalt und der Förderung des Engagements gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.³²³

Die Arbeit gegen Rechtspopulismus ist heute ein zentrales Motiv des bürgerschaftlichen Engagements, das durch Partnerschaften für Demokratie gefördert wird. Bereits im dritten Zwischenbericht 2017 konnte die Wissenschaftliche Begleitung die hohe Bedeutung belegen, die viele Koordinierungs- und Fachstellen der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus beimessen. Dabei wurden unter anderem eine Vielfalt an Ansätzen in der Projektarbeit und ein Mangel an bewährten Formaten konstatiert.³²⁴

78 % der befragten Einzelmaßnahmenträger beziehen sich mit ihrem Engagement auf das Thema Rechtspopulismus. Damit ist Rechtspopulismus ein zentrales Thema der Partnerschaften für Demokratie.

Eine Befragung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, die 2016 und 2017 durch lokale Partnerschaften geförderte Einzelmaßnahmen durchgeführt haben, bestätigt diesen Eindruck. Die befragten Träger bezeichneten 78 % ihrer Einzelmaßnahmen als eine Form des Engagements gegen Rechtspopulismus. Die Grundgesamtheit ist hier auf Projekte derjenigen Partnerschaften für Demokratie beschränkt, die nicht bereits in Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ als Lokale Aktionspläne gefördert wurden.³²⁵ Die Stichprobe der Befragung umfasst 895 Einzelmaßnahmenträger, die 1.190 Projekte umgesetzt haben.³²⁶ Die vielfältigen Projektformate reichen von Veranstaltungen zur Förderung gesellschaftlicher Resilienz gegen Rechtspopulismus bis hin zur bewussten Konfrontation mit rechtspopulistischen Akteuren.

Im vorliegenden Kapitel werden zunächst die verschiedenen Ansätze des Engagements gegen Rechtspopulismus beschrieben, die durch die Befragung ausgemacht werden konnten. Anschließend soll aufgezeigt werden, wer Träger dieses Engagements ist, welche Ziele damit verfolgt und welche Zielgruppen dabei angesprochen werden. In einem nächsten Schritt soll

322 Vgl. Decker/Lewandowsky 2017.

323 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2018, S. 3.

324 Vgl. ISS/Camino 2017, S.102ff.

325 Der Stichprobenrahmen umfasst diejenigen Projekte, die durch die Koordinierungs- und Fachstellen dieser Partnerschaften in die Einzelmaßnahmen-Datenbank des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingetragen wurden.

326 Vgl. 3.3.1 in diesem Bericht.

das Engagement gegen Rechtspopulismus in Beziehung zum gesellschaftlichen Umfeld gesetzt werden. Hier wird unter anderem der Frage nachgegangen, welche Unterschiede es im Engagement gegen Rechtspopulismus zwischen Ost- und Westdeutschland gibt und welche Rolle die Stärke rechtspopulistischer Strömungen im Umfeld der Engagierten für dieses Engagement spielt. Abschließend wird die Frage nach der Unterstützung der Einzelmaßnahmenträger in ihrem Engagement gegen Rechtspopulismus aufgeworfen: Wie bewerten sie die Unterstützungsleistungen der Koordinierungs- und Fachstellen? Wie stark sind sie in die Partnerschaften für Demokratie eingebettet?

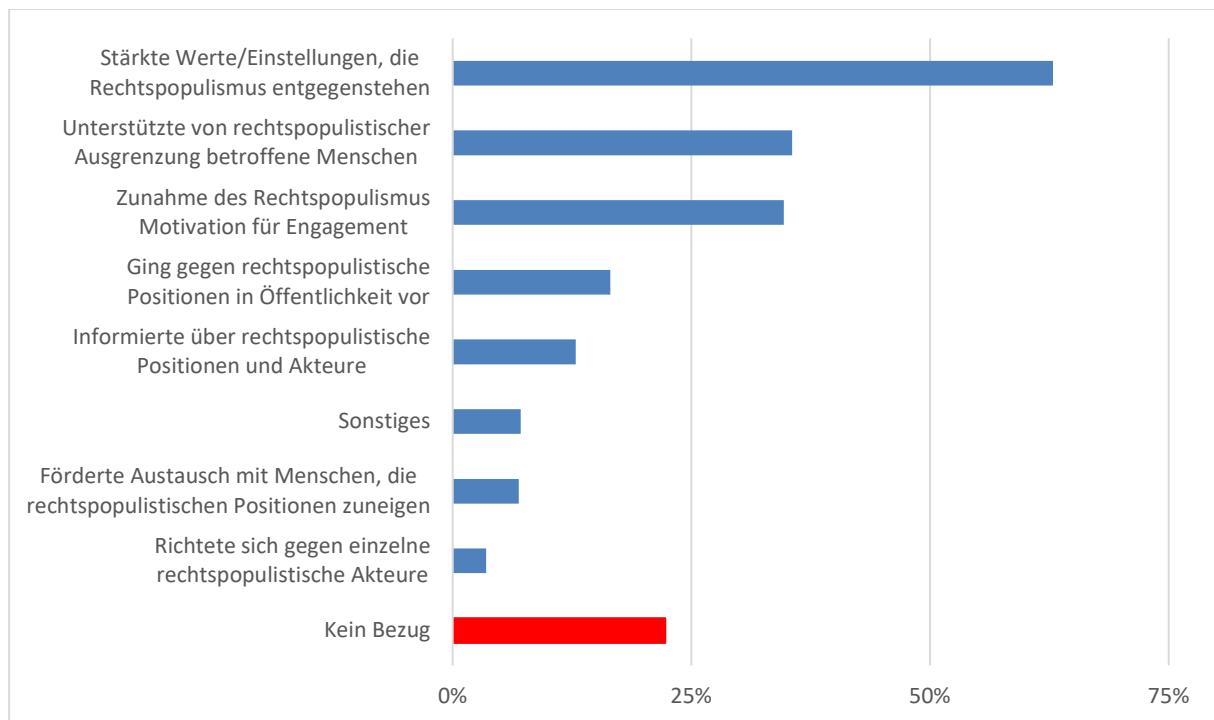
4.9.1 Ansätze des Engagements gegen Rechtspopulismus

Unter den Einzelmaßnahmen, zu denen Befragungsdaten vorliegen, konnten vier Ansätze in der Arbeit gegen Rechtspopulismus identifiziert werden. Die Zuordnung von Projekten zu diesen Ansätzen beruht auf den Angaben der befragten Einzelmaßnahmenträger zu den Bezügen ihrer Projekte zum Thema. Zunächst werden diese Bezüge erläutert, nachfolgend die vier Ansätze beschrieben.

Um die Bezüge ihrer Projekte zum Thema Rechtspopulismus zu charakterisieren, konnten die Befragten aus acht verschiedenen Optionen all diejenigen auswählen, die ihrer Ansicht nach auf das von ihnen umgesetzte Projekt zuträfen. Zusätzlich gab es die Antwortmöglichkeit „kein Bezug zum Thema Rechtspopulismus“. Die nachfolgende Abbildung 38 zeigt die Häufigkeiten, mit denen die jeweiligen Optionen ausgewählt wurden.

Mit 63 % beziehen sich demnach Einzelmaßnahmen am häufigsten auf das Thema Rechtspopulismus, indem sie darauf abzielen, Werte und Einstellungen zu stärken, die rechtspopulistischen Positionen entgegenstehen. In 36 % der Fälle sehen die befragten Träger ihre Projekte als einen Beitrag zur Arbeit gegen Rechtspopulismus, weil sie mit ihrem Engagement Menschen unterstützen, die durch rechtspopulistische Positionen ausgegrenzt werden. 35 % geben an, dass die Zunahme des Rechtspopulismus eine Motivation dafür gewesen sei, das Projekt durchzuführen.

Abbildung 38: Bezug der Einzelmaßnahmen zum Thema Rechtspopulismus³²⁷



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190); Mehrfachnennungen möglich.

Nicht jeder der acht unterschiedlichen Bezüge zum Thema Rechtspopulismus, die zur Auswahl standen, weist auf eine ähnlich eindeutige Beziehung der jeweiligen Einzelmaßnahme zum Thema hin. Die Stärkung von Werten und Einstellungen, die dem Rechtspopulismus entgegenstehen, sowie die Unterstützung von Menschen, die von rechtspopulistischer Ausgrenzung betroffen sind, stellen beispielsweise Bezüge zum Thema dar, die auch auf Projekte zutreffen, die es sich nicht zur expliziten Aufgabe gemacht haben, den Rechtspopulismus zu bekämpfen. Projekte, die sich laut Aussage der Projektumsetzenden gegen einzelne rechtspopulistische Akteure wenden, weisen hingegen einen eindeutigen, unmittelbaren Bezug zum Thema Rechtspopulismus auf.

Folgt man dieser Interpretation, dann zeigt sich, dass eindeutiger Bezüge seltener anzutreffen sind. So geben, wie bereits angeführt, 63 % der Einzelmaßnahmen als Bezug zum Thema Rechtspopulismus an, dass sie mit ihrem Engagement Werte und Einstellungen stärken wollen, die dem Rechtspopulismus entgegenstehen, während eine direkte Ausrichtung der Projekte gegen einzelne rechtspopulistische Akteure laut Trägern nur bei 4 % der Einzelmaßnahmen vorliegt.

Eine einfache Einordnung der Projekte bezüglich der „Stärke“ ihrer Verbindung zum Thema Rechtspopulismus ergibt sich daraus jedoch nicht. Denn bei 44 % der Einzelmaßnahmen wurde mehr als eine Verbindung zu diesem Thema angegeben. Projekte zur Stärkung von Werten und Einstellungen, die dem Rechtspopulismus entgegenstehen, weisen beispielsweise zu 74 % einen weiteren Bezug auf. Unter den Projekten, die sich der Unterstützung von Menschen verschrieben haben, die von rechtspopulistischer Ausgrenzung betroffen sind, haben 89 % eine weitere Verbindung zum Thema.

327 Vgl. Tabelle 147 im Anhang.

Um dem Charakter der Einzelmaßnahmen besser auf die Spur kommen zu können, wurde auf Grundlage der Angaben eine Clusteranalyse durchgeführt.³²⁸ Sie identifizierte unter den Einzelmaßnahmen vier Ansätze des Engagements gegen Rechtspopulismus. Jede Maßnahme wurde dabei einem Ansatz zugeordnet.

Unter den befragten Einzelmaßnahmen können vier Ansätze in der Arbeit gegen Rechtspopulismus ausgemacht werden. Die Konfrontation mit rechtspopulistischen Akteuren ist der Verbreitetste.

Der erste Ansatz, den wir identifizieren konnten, ist die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Rechtspopulismus. Darunter fallen unter anderem Diskussionsrunden mit Zeitzeugen des Holocaust und partizipative Kulturprojekte (z.B. „Mitmach-Theater Multi Kulti“). Projekte, die diesem Ansatz zugeordnet wurden, bezogen sich besonders häufig auf das Thema Rechtspopulismus, indem sie Werte und Einstellungen zu stärken suchten, die dem Rechtspopulismus entgegenstehen (88 %). 71 % der diesem Ansatz zugeordneten Maßnahmen haben nur diesen Bezug zum Thema angegeben. Bezüglich der Projektformate griffen Einzelmaßnahmen des Resilienz-Ansatzes im Vergleich zu Projekten der anderen Ansätze deutlich häufiger auf kulturelle Angebote zurück (39 % der Projekte mit diesem Ansatz).

Der zweite Ansatz in der Arbeit gegen Rechtspopulismus ist die Verbreitung von Informationen zu rechtspopulistischen Akteuren und Positionen. Dazu zählen vor allem Projektformate wie Informationsveranstaltungen. Dementsprechend gaben die Träger von Einzelmaßnahmen mit diesem Ansatz zu 100 % an, dass sie mit ihren Projekten über rechtspopulistische Positionen und Akteure zu informieren versuchten. Die Verbreitung von Informationen kann dabei durchaus konfrontativ angelegt sein. So geben Träger von 51 % dieser Projekte an, mit diesem Engagement gegen rechtspopulistische Positionen in der Öffentlichkeit vorgehen zu wollen. Neben Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen (45 % der Projekte mit diesem Ansatz) sind weitere von Einzelmaßnahmen mit diesem Ansatz signifikant häufiger gewählte Formate Fortbildungsangebote und Schulungen (35 %) sowie Öffentlichkeitsarbeit (33 %).

Der dritte Ansatz besteht in der Unterstützung von Menschen, die von rechtspopulistischen Akteuren ausgegrenzt werden. Hier wurden Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel Flüchtlingspatenschaften umgesetzt. Neben der Unterstützung der von rechtspopulistischer Ausgrenzung betroffenen Menschen (100 % der diesem Ansatz zugeordneten Einzelmaßnahmen) gaben die Träger dieser Projekte häufig an, dass sie mit ihrem Engagement dem Rechtspopulismus entgegenstehende Werte und Einstellungen stärken wollten (71 % der Einzelmaßnahmen). Deutlich häufiger gewählte Projektformate der Einzelmaßnahmen mit diesem Ansatz sind Angebote im Bereich Sport/Spiel/Outdoor (20 % der entsprechenden Projekte) sowie Feste und Feiern (ebenfalls 20 %).

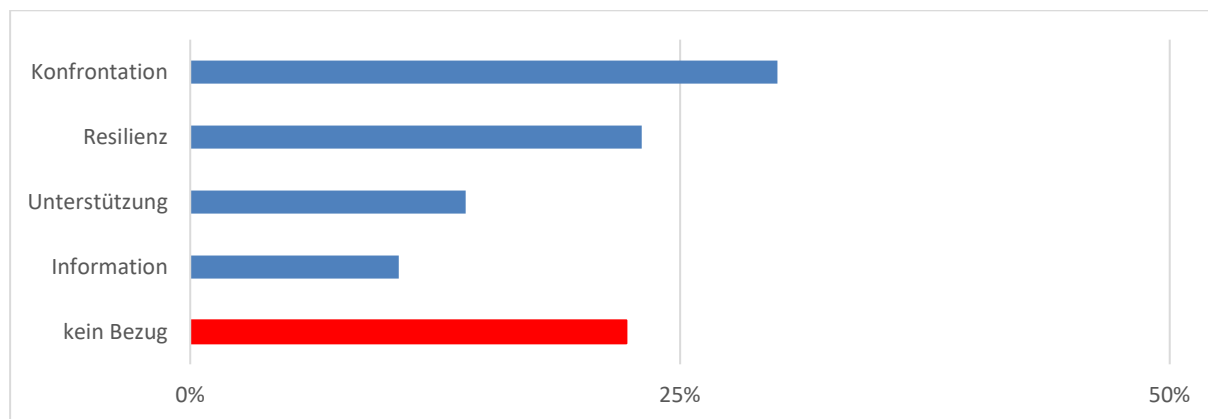
Der vierte Ansatz könnte als Konfrontation mit rechtspopulistischen Akteuren bezeichnet werden. Unter den Projekten, die diesem Ansatz zugeordnet wurden, finden sich Einzelmaßnahmen wie Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen oder Musikfestivals, die sich gegen rechte Positionen richten. Die Träger der hier eingeordneten Projekte gaben besonders häufig an, dass die Zunahme des Rechtspopulismus sie zu ihrem Engagement motiviert habe (84 %). Außerdem finden sich unter den hier verorteten Projekten besonders häufig Einzelmaßnahmen, die den Austausch mit Menschen fördern wollen, die rechtspopulistischen Posi-

328 Agglomerative hierarchische Clusteranalyse nach Ward mit quadratischem euklidischem Distanzmaß.

tionen zuneigen (23 % der Projekte), und solche, die sich explizit gegen einzelne rechtspopulistische Akteure richteten (34 % der Projekte). Bei diesem Ansatz zeigt sich die größte Diversität an Projektformaten. Unter den konfrontativen Projekten deutlich häufiger als im Durchschnitt anzutreffende Formate sind Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen (33 % der Projekte) sowie kulturelle Angebote (38 %). Jedoch zeigen die Projekte mit konfrontativem Ansatz allein bei Angeboten im Bereich Medien unter allen vier Ansätzen den höchsten Anteil an umgesetzten Projektformaten (12 % der Projekte mit konfrontativem Ansatz).

Die nachfolgende Abbildung 39 zeigt die Häufigkeit der vier Ansätze unter den untersuchten Einzelmaßnahmen: Der konfrontative Ansatz ist mit 30 % am häufigsten vertreten, gefolgt von der Stärkung gesellschaftlicher Resilienz (23 %), der Unterstützung von Menschen, die von rechtspopulistischen Akteuren ausgegrenzt werden (14 %), und der Verbreitung von Informationen zu rechtspopulistischen Akteuren und Positionen (11 %). Die übrigen 22 % der Einzelmaßnahmen, die 2016 und 2017 von lokalen Partnerschaften umgesetzt wurden, weisen keinen Bezug zum Thema Rechtspopulismus auf.

Abbildung 39: Ansätze im Engagement gegen Rechtspopulismus³²⁹



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190); Mehrfachnennungen möglich.

4.9.2 Träger, Ziele und Zielgruppen des Engagements gegen Rechtspopulismus

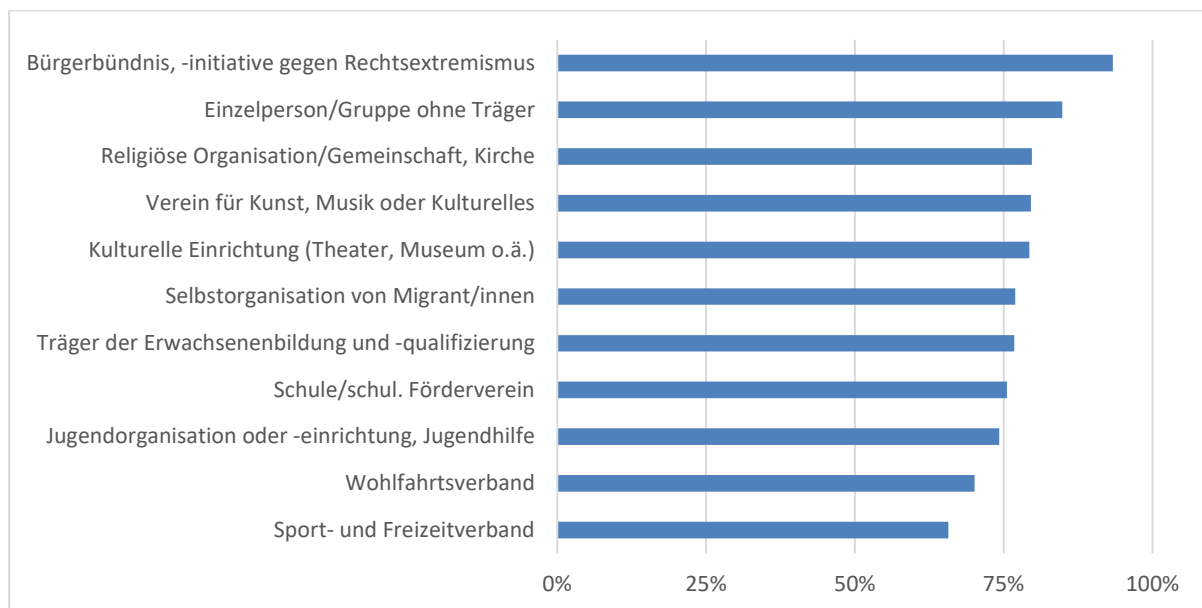
Welche Träger engagieren sich gegen Rechtspopulismus? Welche Ziele verfolgen die Akteure mit diesem Engagement und welche Zielgruppen sprechen sie dabei an? Wie im Folgenden deutlich wird, hat sich das Engagement gegen Rechtspopulismus als Querschnittsaufgabe etabliert, zu der verschiedene Träger mit verschiedenen Zielen und Zielgruppen arbeiten.

Wie Abbildung 40 zeigt, ist der Rechtspopulismus über alle Trägertypen hinweg ein sehr häufiger Bezugspunkt des Engagements. Gleichzeitig gibt es bezüglich der Bedeutung des Themas deutliche Unterschiede zwischen den Trägertypen. Während 93 % der Einzelmaßnahmen, die von Bürgerbündnissen und -initiativen umgesetzt werden, einen Bezug zum Rechtspopulismus aufweisen, ist dies beispielsweise nur bei 66 % der Projekte der Fall, die von Sport- und Freizeitverbänden organisiert wurden.

329 Vgl. Tabelle 148 im Anhang.

Bürgerbündnisse und -initiativen sowie Einzelpersonen und Gruppen ohne Träger engagieren sich am häufigsten gegen Rechtspopulismus.

Abbildung 40: Einzelmaßnahmen mit Bezug zu Rechtspopulismus nach Trägertyp³³⁰



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190); nur Trägertypen mit mehr als 25 Nennungen.

Diese Unterschiede zeigen sich auch in der Wahl des Ansatzes im Engagement gegen Rechtspopulismus durch die verschiedenen Trägertypen. Demnach wählen Einzelpersonen/Gruppen ohne Träger (mit 49 % der durchgeführten Projekte), Bürgerbündnisse und -initiativen (42 %) sowie Kunst- und Kulturvereine (40 %) besonders häufig einen konfrontativen Ansatz. Zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz leisten insbesondere Selbstorganisationen von Migrant/innen (31 % der durchgeführten Projekte), Wohlfahrtsverbände (25 %) und Einzelpersonen/Gruppen ohne Träger (24 %) einen Beitrag. Die Unterstützung von Menschen, die von rechtspopulistischen Akteuren ausgegrenzt werden, haben wiederum besonders religiöse Trägerorganisationen (24 % der durchgeführten Projekte), Sport- und Freizeitverbände (20 %) und Wohlfahrtsverbände (18 %) im Fokus. Ein Hauptaugenmerk auf die Verbreitung von Informationen zu rechtspopulistischen Positionen und Akteuren legen schließlich vor allem Bürgerbündnisse und -initiativen (23 % der durchgeführten Projekte), Selbstorganisationen von Migrant/innen (19 %) und kulturelle Einrichtungen (17 %).

Die Größe eines Trägers (gemessen an der Anzahl der hauptamtlichen Kräfte) scheint keinen Einfluss auf die Neigung zu haben, Projekte mit einem Bezug zum Thema Rechtspopulismus umzusetzen. Allerdings stehen Dauer und Budget der Projekte in einem Zusammenhang mit diesem thematischen Bezug: Projekte, die von ihren Trägern als eine Form des Engagements gegen Rechtspopulismus bezeichnet werden, dauern etwas länger (durchschnittlich 5,8 gegenüber 5,6 Monaten) und haben einen deutlich größeren finanziellen Rahmen (3.314 gegenüber 2.447 Euro).

330 Vgl. Tabelle 149 im Anhang.

Projekte gegen Rechtspopulismus zielen vor allem auf den Abbau von Vorurteilen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ab und sprechen dabei Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Migrationshintergrund an.

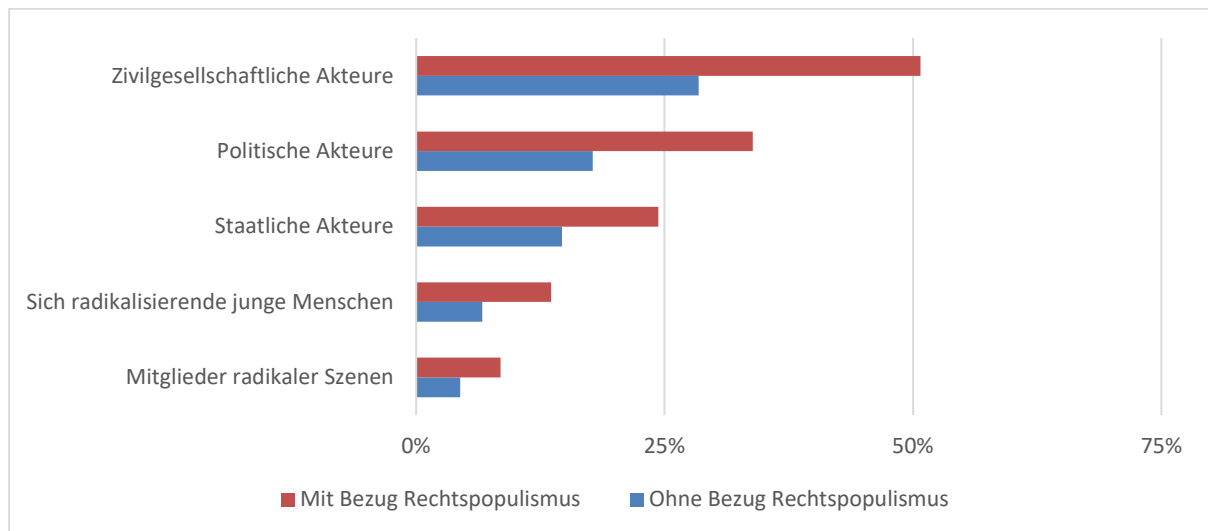
Die häufigsten Ziele von Projekten gegen Rechtspopulismus sind der Abbau von Vorurteilen (72 %), die Sensibilisierung der Öffentlichkeit (60 %), Information und (Fort-)Bildung (37 %), die Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen (37 %) und die Netzwerkbildung (22 %). Insbesondere die Sensibilisierung der Öffentlichkeit (59 % gegenüber 43 %) und der Abbau von Vorurteilen (71 % gegenüber 48 %) sind Zielstellungen, die unter Einzelmaßnahmen mit Bezug zum Thema Rechtspopulismus signifikant häufiger anzutreffen sind als unter Projekten, die einen solchen Bezug nicht aufweisen.

Die Zielsetzungen der Projekte stehen dabei in einem direkten Zusammenhang mit dem jeweiligen Ansatz, den die Projektträger in ihrem Engagement gegen Rechtspopulismus gewählt haben. So setzen sich den Abbau von Vorurteilen insbesondere solche Einzelmaßnahmen zum Ziel, die dem konfrontativen Ansatz zuzurechnen sind oder Menschen unterstützen wollen, die von rechtspopulistischen Positionen ausgegrenzt werden (78 % bzw. 74 % der Projekte mit entsprechendem Ansatz). Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit verfolgen vor allem informative und konfrontative Projekte (68 % der entsprechenden Projekte). Für die Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen setzen sich schließlich primär Einzelmaßnahmen zur Unterstützung von durch rechtspopulistische Positionen ausgegrenzten Menschen ein (54 % der entsprechenden Projekte).

Die häufigsten Zielgruppen von Projekten gegen Rechtspopulismus sind Kinder und Jugendliche (81 % der Einzelmaßnahmen), Menschen mit Migrationshintergrund (73 %) und die allgemeine Öffentlichkeit (69 %). Wie Abbildung 41 zeigt, sind zivilgesellschaftliche, politische und staatliche Akteure, sich radikalisierende junge Menschen und Mitglieder radikaler Szenen signifikant häufiger Zielgruppen von Projekten gegen Rechtspopulismus als von Projekten ohne Bezug zu diesem Thema.

Welche Zielgruppen anvisiert werden, hängt ebenfalls davon ab, welchem der vier verschiedenen Ansätze in der Arbeit gegen Rechtspopulismus die jeweilige Einzelmaßnahme zuzuordnen ist. So wird die allgemeine Öffentlichkeit insbesondere von informativen oder konfrontativen Projekten angesprochen (68 % bzw. 77 % der Projekte). Von diesen werden außerdem sich radikalisierende junge Menschen signifikant häufiger angesprochen (19 % bzw. 18 % der Projekte). Ebenso verhält es sich mit Mitgliedern radikaler Szenen (11 % bzw. 12 % der Projekte). Auch zivilgesellschaftliche, politische und staatliche Akteure werden von diesen Ansätzen deutlich häufiger angesprochen als von anderen. Konfrontative Projekte sprechen außerdem häufiger Hauptamtliche der Jugendhilfe an (45 % der Projekte). Menschen mit Migrationshintergrund werden schließlich vor allem von Einzelmaßnahmen adressiert, die den Ansatz verfolgen, Menschen zu unterstützen, die von rechtspopulistischen Akteuren ausgegrenzt werden (88 % dieser Projekte).

Abbildung 41: Signifikant häufigere Zielgruppen von Projekten mit Rechtspopulismus-Bezug³³¹



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190); Signifikanz nach Pearsons Chi-Quadrat-Test (p < 0,05).

4.9.3 Projekte gegen Rechtspopulismus im Gegenwind

Träger von Einzelmaßnahmen, die sich gegen Rechtspopulismus richten, sehen sich häufiger vor Probleme in der Projektumsetzung gestellt als Projekte ohne diesen Bezug. Die am häufigsten benannten Problemlagen sind ein Mangel an Zeit (49 % der Projekte) sowie finanziellen Ressourcen (41 %), die Suche nach Kooperationspartnern (22 %) und die Unterstützung der Projektumsetzenden in der Öffentlichkeit (21 %).

Die Angst vor Anfeindungen und Angriffen ist deutlich verbreiteter unter Einzelmaßnahmen zum Thema Rechtspopulismus.

Die deutlichsten Unterschiede gegenüber Projekten ohne Bezug zum Thema Rechtspopulismus zeigen sich in der Angst vor (5 % gegenüber 1 %) und in tatsächlich erfolgten Anfeindungen und/oder Angriffen auf Projektumsetzende (5 % gegenüber 1 %). Von dieser Angst berichten besonders häufig Projekte, die über Rechtspopulismus zu informieren versuchen, und Projekte, die konfrontativ angelegt sind (jeweils 6 % der Projekte). Sie waren auch von tatsächlichen Anfeindungen und Angriffen besonders häufig betroffen: nach eigenen Angaben in 8 % bzw. 5 % der Fälle.

Ein besonders herausforderndes Umfeld finden Projekte gegen Rechtspopulismus in Ostdeutschland vor. Hier waren besonders die Suche nach Kooperationspartnern (15 % gegenüber 13 %), die Unterstützung durch die lokale Öffentlichkeit (15 % gegenüber 13 %) und die Zielgruppenerreichung (11 % gegenüber 6 %) schwieriger als in Westdeutschland. Bei der Angst vor bzw. bei tatsächlich erfolgten Anfeindungen und/oder Angriffen zeigen sich hingegen keine signifikanten Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern.

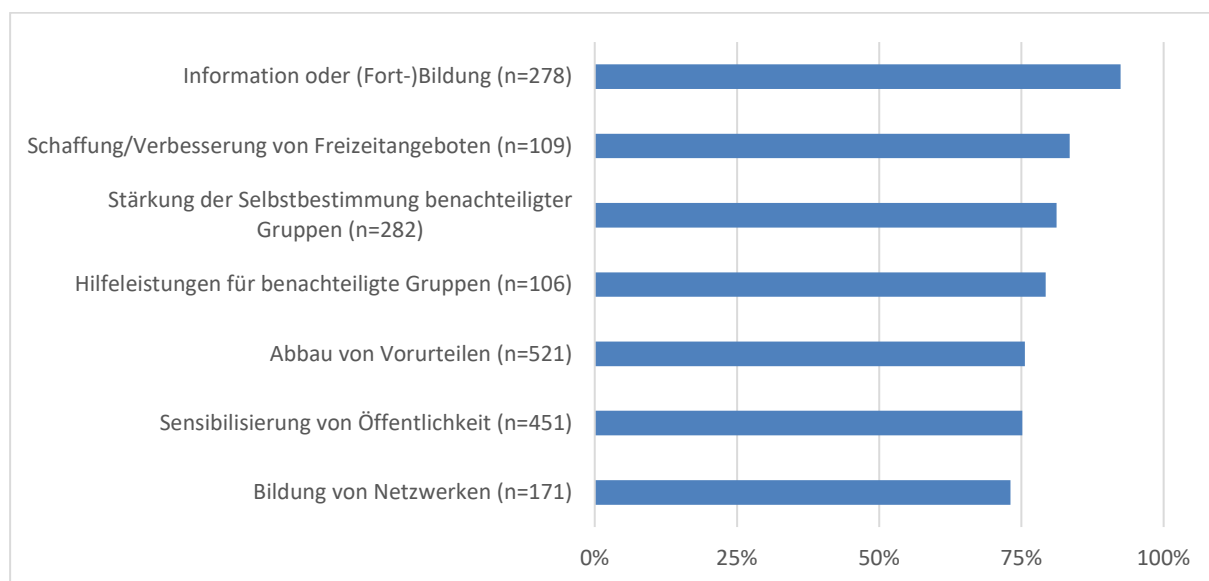
³³¹ Vgl. Tabelle 150 im Anhang.

Je stärker das politische Umfeld von rechtspopulistischen Strömungen geprägt ist, desto schwieriger ist die Umsetzung von Projekten gegen Rechtspopulismus.

Auch das politische Umfeld wirkt sich auf die Umsetzung von Einzelmaßnahmen gegen Rechtspopulismus aus. So zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen einem von Rechtspopulist/innen geprägten Umfeld und der Problembelastung, die Träger verspüren, die sich gegen Rechtspopulismus engagieren. Besonders stark macht sich dies bei der Suche nach Kooperationspartnern, der Erreichung der Zielgruppe und der öffentlichen Unterstützung bemerkbar. Diese Problemlagen sind nach Einschätzung der Projektträger desto negativer ausgeprägt, je mehr das politische Umfeld von Rechtspopulist/innen geprägt wird. Es zeigt sich jedoch auch hier kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem lokalen Rekrutierungspotenzial rechtspopulistischer Akteure und der Angst vor beziehungsweise tatsächlich erfolgten Anfeindungen und/oder Angriffen auf Projektumsetzende.

Trotz des herausfordernden Umfelds scheinen Projekte zum Thema Rechtspopulismus ihre Ziele in ähnlichem Maße zu erreichen wie Einzelmaßnahmen ohne Bezug zu diesem Thema. Wie Abbildung 42 zeigt, stellt laut Aussage der Projektträger das am schwierigsten zu erreichende Ziel die Bildung von Netzwerken dar. Hier gaben nur 73 % der Befragten, die sich dieses Ziel in der Projektarbeit gestellt hatten, an, es vollständig oder überwiegend erreicht zu haben. Ähnlich schwierig gestalten sich die Sensibilisierung der Öffentlichkeit (75 %) und der Abbau von Vorurteilen (76 %). Das Ziel der Information und (Fort-)Bildung wird hingegen von 92 % der Projekte mit Bezug zum Thema Rechtspopulismus nach eigenen Angaben zumindest überwiegend erreicht.

Abbildung 42: Zielerreichung der Projekte mit Bezug zum Thema Rechtspopulismus³³²



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190); Anteil der Befragten, die angaben, das jeweilige Ziel vollständig oder überwiegend erreicht zu haben.

4.9.4 Unterstützung für Projekte gegen Rechtspopulismus

Wie bereits dargestellt, sehen sich die Träger von Einzelmaßnahmen gegen Rechtspopulismus in einem besonders geringen Maße von der lokalen Öffentlichkeit in ihrem Engagement

³³² Vgl. Tabelle 151 im Anhang.

unterstützt. Umso wichtiger ist deshalb die Frage, ob die Partnerschaften für Demokratie den Engagierten eine Stütze sein können. Zwei mögliche Quellen dieser Unterstützung sollen hier dargestellt werden: die Koordinierungs- und Fachstellen und die gegenseitige Beratung und Kooperation im lokalen Netzwerk der Einzelmaßnahmenträger einer Partnerschaft.

Träger von Einzelmaßnahmen, die sich gegen Rechtspopulismus engagieren, zeigen sich insgesamt ähnlich zufrieden mit der Unterstützung durch die Koordinierungs- und Fachstellen wie Träger von Projekten ohne diesen Bezug. So geben 56 % dieser Träger an, mit der Unterstützung durch die Koordinierungs- und Fachstelle sehr zufrieden zu sein, weitere 32 % sind immerhin zufrieden. Die Formen dieser Unterstützung unterscheiden sich ebenfalls wenig von den Formen der Unterstützung, die Projekte ohne Bezug zum Thema Rechtspopulismus erfahren. Allein die Hilfe bei der Organisation und Abwicklung der Projekte wird von Trägern, die sich mit ihren Einzelmaßnahmen gegen Rechtspopulismus engagieren, etwas häufiger in Anspruch genommen als von Trägern, deren Projekte keinen solchen Bezug aufweisen (78 % gegenüber 71 % der Projekte).

Die lokalen Netzwerke der Partnerschaften für Demokratie sind eine wichtige Quelle der Unterstützung für Menschen, die sich gegen Rechtspopulismus engagieren.

Die Analyse der Netzwerkdaten der untersuchten Partnerschaften für Demokratie zeigt, dass Träger von Projekten gegen Rechtspopulismus besonders häufig Informationen mit anderen Einzelmaßnahmenträgern ihrer lokalen Partnerschaft austauschen. Außerdem kooperieren sie mit ihnen häufiger in der Umsetzung von Projekten. Dies trifft insbesondere auf Träger von Einzelmaßnahmen zu, die die Konfrontation mit rechtspopulistischen Akteuren suchen. Die Analyse zeigt darüber hinaus, dass Träger besonders dann eine stärkere Vernetzung suchen, wenn sie Anfeindungen und/oder Angriffe während der Umsetzung ihrer Projekte befürchten. Die Analyse der Einbindung von Einzelmaßnahmenträgern in die Partnerschaft weist damit darauf hin, dass auch die lokalen Netzwerke eine wichtige Quelle von Unterstützung im Engagement gegen Rechtspopulismus sein können.

4.9.5 Fazit

Mit einer Mischung aus Anti-Establishment-Orientierung und gesellschaftlicher Diskriminierung auf Basis eines ethnisierten Volksbegriffs steht die Agenda rechtspopulistischer Akteure im deutlichen Widerspruch zu den zentralen Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, wie der Förderung von Demokratie und Vielfalt. Die Untersuchung der durch die Partnerschaften für Demokratie geförderten Einzelmaßnahmen zeigt, dass sich das Engagement gegen rechtspopulistische Akteure und Positionen als Querschnittsaufgabe der lokalen Zivilgesellschaft etabliert hat. Auf Basis der Umfragedaten lässt sich zeigen, dass verschiedene Träger mit unterschiedlichen Zielen und Zielgruppen in den vergangenen Jahren zu diesem Thema aktiv geworden sind.

Die häufigsten Bezüge ihres Engagements gegen Rechtspopulismus liegen dabei in der Stärkung von Werten und Einstellungen, die dem Rechtspopulismus entgegenstehen, und der Unterstützung von Menschen, die von rechtspopulistischen Positionen ausgegrenzt werden. Einzelmaßnahmen, die angeben, sich gegen einzelne rechtspopulistische Akteure zu richten, machen nur einen geringen Anteil der Projekte aus. Dies lässt zunächst eine wenig konfrontative Ausrichtung des Engagements gegen Rechtspopulismus vermuten. Allerdings stellen die Träger vieler Maßnahmen mehrere Bezüge ihres Engagements zu diesem Thema her. Mit der

Absicht, Menschen zu unterstützen, die von rechtspopulistischen Positionen ausgegrenzt werden, geht beispielsweise in einem Viertel der Fälle der Wunsch einher, gegen rechtspopulistische Akteure vorzugehen. Insgesamt zeigt sich, dass ein konfrontativer Ansatz die meisten Projekte charakterisiert, gefolgt von dem Ansatz, die gesellschaftliche Resilienz gegen Rechtspopulismus zu stärken.

Unter den Trägern des Engagements gegen Rechtspopulismus finden sich besonders häufig Bürgerbündnisse und -initiativen gegen Rechtsextremismus sowie Einzelpersonen und Gruppen ohne Träger. Ihr Engagement ist auch besonders häufig konfrontativ ausgerichtet. Häufige Ziele der Einzelmaßnahmen zum Thema Rechtspopulismus sind der Abbau von Vorurteilen, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie Information und (Fort-)Bildung. Häufige Zielgruppen sind Kinder und Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund und die allgemeine Öffentlichkeit.

Die Analyse der Befragungsdaten konnte zeigen, dass Projekte gegen Rechtspopulismus einem stärker gewordenen gesellschaftlichen Gegenwind ausgesetzt sind. So berichten Träger von Projekten gegen Rechtspopulismus deutlich häufiger von der Angst vor sowie von tatsächlich erfolgten Anfeindungen und Angriffen als Träger von Einzelmaßnahmen ohne Bezug zum Thema. Außerdem zeigt sich, dass die Suche nach Kooperationspartnern, die Erreichung der Zielgruppe und die Unterstützung seitens der Öffentlichkeit von Trägern des Engagements gegen Rechtspopulismus als desto problematischer eingeschätzt werden, je stärker das politische Umfeld von rechtspopulistischen Akteuren geprägt ist.

Dass Projekte gegen Rechtspopulismus Einzelmaßnahmen ohne diesen thematischen Bezug bei der Zielerreichung dennoch in nichts nachstehen, liegt den vorliegenden Ergebnissen nach auch an der Unterstützung, die ihren Trägern im Netzwerk der lokalen Partnerschaften zuteilwird. Trägerorganisationen von Projekten gegen Rechtspopulismus zeigen sich in ganz überwiegender Mehrheit zufrieden oder sehr zufrieden mit der Unterstützungsleistung der Koordinierungs- und Fachstellen in der Projektumsetzung. Aber auch die gegenseitige Information und Kooperation unter Einzelmaßnahmenträgern einer Partnerschaft scheint eine wichtige Rolle für das Engagement gegen Rechtspopulismus zu spielen. So sind Träger von Projekten gegen Rechtspopulismus auffallend stärker in lokale Netzwerke eingebettet, insbesondere dann, wenn sie Anfeindungen und Angriffe aus dem lokalen Umfeld fürchten.

5 Empfehlungen

Partnerschaften für Demokratie sind eine tragende Stütze der Förderung von Demokratie und Vielfalt auf lokaler Ebene, ihr Ausbau sollte unter Beachtung der lokalen Bedingungen in ländlichen Gebieten fortgesetzt werden.

Partnerschaften für Demokratie haben sich als Ansatz zur Demokratieförderung bewährt. Die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen auf, dass es ihnen gelingt, vor Ort für die Entwicklung einer demokratischen Kultur und für Partizipation einzutreten und Lernprozesse des Umgangs mit kulturellen Unterschieden anzuregen. Sie sind somit Orte der Sichtbarmachung und Stärkung der noch immer bestehenden demokratischen Mehrheitsmeinung und -kultur und des Gegenentwurfs von Vielfalt.

Partnerschaften für Demokratie sind ferner von ihrer Anlage her ein hoch adaptives Instrument zur Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, das in sehr heterogenen lokalen Kontexten gute Ergebnisse hervorbringen kann. Es zeigt sich allerdings auch, dass ländliche Räume in den neuen Bundesländern stärker von schwierigen Ausgangslagen zur Beteiligung sowie von Belastungen hinsichtlich der Präsenz rechtsextremer Milieus und entsprechenden Bedrohungslagen geprägt sind.

Die Befunde zeigen schließlich auch auf, dass die Umsetzung von Partnerschaften für Demokratie in großen Flächenlandkreisen als eingeschränkt praktikabel wahrgenommen wird, da diese mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht abgedeckt werden können. Ein weiteres Problem in ländlichen Regionen besteht darin, dass teilweise die Mittelzentren in Landkreisen in Konkurrenz zueinander stehen und unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Ziele haben.

Das langfristige Ziel sollte ein möglichst bedarfsgerechter Ausbau von Partnerschaften in Kommunen und Landkreisen sein. Folgende Maßnahmen könnten hierbei förderlich sein:

- vorrangiges mittelfristiges Ziel sollte es sein, die Gemeinden mit über 20.000 Einwohner*innen in Landkreisen in den neuen Bundesländern mit einer Partnerschaft auszustatten, die bislang keine entsprechenden Initiativen umsetzen;
- ggf. sind Tandemmodelle und eine intensivere Begleitung bei der Antragstellung (Bafza, aber auch Demokratiezentren) anzudenken;
- Landkreise sollten ggf. in kleineren regionalen Einheiten gefördert werden;
- bei konkurrierenden Mittelzentren könnte eine übergeordnete thematische Klammer auf Landkreisebene ergänzt werden um eine differenzierte, unterschiedliche Ausgestaltung und Koordination in den Mittelzentren und den sie umgebenden Dörfern. Die Koordination auf Landkreisebene würde dann für Austausch sowie Wissenstransfer sorgen und die Flächendeckung im Blick behalten;
- in allen Bundesländern sollte es landesweite Vernetzungstreffen geben. Die Partnerschaften für Demokratie sollten erkennbar Teil der Beratungsnetzwerke sein und nicht lediglich durch eine/n Stellvertreter/in partizipieren;
- zusätzlich zur lokalen Ebene sollte über die Bereitstellung einer Vernetzungsinfrastruktur auf regionaler Ebene nachgedacht werden. Die Partnerschaften sehen sich u.a. mit den unten genannten Herausforderungen konfrontiert und benötigen diese Form des Austausches. Darüber hinaus könnte eine zusätzliche ggf. auch infrastrukturell ausgestattete Vernetzungsebene Partnerschaften Aufgaben abnehmen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit,

Fortbildungen etc.), die die lokale Ebene entlasten. Ggf. ist über die Bündelung von finanziellen Ressourcen auf dieser Ebene nachzudenken.

Die Sicherstellung einer kontinuierlichen und professionellen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie durch die Koordinierungs- und Fachstellen ist für eine erfolgversprechende Umsetzung der Arbeit vor Ort unabdingbar.

Die Koordinierungs- und Fachstellen werden in ihrer Arbeit überwiegend anerkannt und geschätzt. Das bestätigen sowohl externe Akteur/innen als auch Vertreter/innen der geförderten Projekte. Gleichzeitig wird betont, wie wichtig die Professionalität der Koordinierungsstellen ist bzw. zeigen die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung, dass die Zielerreichung der Partnerschaften eng mit der Erfahrung der Koordinator/innen einhergeht. Gleichzeitig muss jedoch konstatiert werden, dass die kontinuierliche Begleitung durch diese in einer nicht unerheblichen Zahl der Partnerschaften nicht realisiert werden kann und dass Personalwechsel zu entscheidenden Beeinträchtigungen in der Arbeit führen. Koordinator/innen beschreiben ihre Arbeit unter den Bedingungen von Anfeindungen und Übergriffen als belastend und betonen, dass sie stützende Rahmenbedingungen benötigen.

Um die Kontinuität und Professionalität zu halten, zu optimieren oder auch zu erreichen, können folgende Maßnahmen sinnvoll sein:

- eine finanzielle Aufstockung der Koordinierungs- und Fachstellen, sodass wahlweise eine Ausweitung des Personals oder aber auch eine höhere Eingruppierung der Koordinator/innen möglich ist;
- die Fortführung der Weiterbildungsreihe unter besonderer Beachtung der Einarbeitung von neuen Koordinator/innen. Ggf. sind hier Kooperationen mit Hochschulen in den Blick zu nehmen, um bereits in der Ausbildungsphase spezifische Qualifikationen zu vermitteln.
- einen kollegialen Austausch auch auf Trägerebene zum Umgang mit Bedrohungen und Delegitimierungsstrategien;
- eine stärkere Unterstützung der Koordinierungsstellen in Bezug auf die Aufgaben, die sie in den Augen der beteiligten Akteur/innen nicht umfassend wahrnehmen, z. B. die Förderung der Kooperation und Vernetzung der umgesetzten Einzelmaßnahmen oder Öffentlichkeitsarbeit,
- eine Stärkung der Vermittlungskompetenzen der Koordinierungs- und Fachstellen, z. B. bei Konflikten zwischen unterschiedlichen Akteur/innen der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie.

Eine gelingende Kooperation mit der Verwaltung ist für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie förderlich, insbesondere auch dann, wenn ihre Arbeit durch Störungsversuche und Bedrohungsszenarien betroffen ist.

Die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen auf, dass zum einen eine gute Kooperation zwischen dem federführenden Amt und der externen Koordinierungs- und Fachstelle wichtig für eine erfolgversprechende Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ist. Zum anderen ist es förderlich, wenn die Verwaltung über das federführende Amt hinaus eingebunden ist.

Es zeigt sich zudem, dass das Phänomen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements (Shrinking Spaces for Civil Society) dann zum Tragen kommt, wenn die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung nicht reibungslos gelingt.

Vor diesem Hintergrund könnten folgende Maßnahmen sinnvoll sein:

- die Einführung von verpflichtenden Kooperationsvereinbarungen zwischen dem federführenden Amt und der externen Koordinierungs- und Fachstelle, die einerseits die Aufgabenteilung festlegen und andererseits Absprachen zur Zusammenarbeit in konfliktgeladenen Situationen beinhalten. Ggf. können die Prozesse der Aushandlung durch das Coaching begleitet werden;
- die Erarbeitung von kommunalen Strategien zur Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Übergriffe und zum Schutz der Mitarbeiter/innen sowie Engagierten;
- ein jährliches Treffen der relevanten Ämter, entweder innerhalb des Begleitausschusses – wenn die entsprechenden Verwaltungen dort eingebunden sind – oder außerhalb als gesonderte Veranstaltung.

Die Jugendforen stellen sicher, dass junge Menschen zu selbstbestimmten Mitgestalter/innen von Prozessen demokratischer Beteiligung werden und bedürfen daher einer guten Unterstützungsstruktur.

Durch die Umsetzung der Partnerschaften haben sich neue Partizipationsstrukturen insbesondere in ländlichen Räumen etabliert. Mit den Jugendforen werden vielfach erstmalig die Voraussetzungen dafür geschaffen, zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Partizipation im Jugendalter zu erproben.

Auch, wenn sich nunmehr belegen lässt, dass die Jugendforen sich im Rahmen der Partnerschaften als umsetzbar erweisen, so bedürfen sie doch einer intensiven Begleitung, die vorwiegend durch die Koordinator/innen gewährleistet wird.

Hilfreich wäre in diesem Kontext:

- die Bereitstellung von jugendgerechtem Informationsmaterial zum Bundesprogramm (z. B. in leichter Sprache) und die Einrichtung einer jugendgerechten Rubrik im Rahmen des Webauftritts von „Demokratie leben!“;
- die Anerkennung des Engagements von jungen Menschen z. B. im Rahmen einer „Jugendforenkonferenz“ auf Bundes- oder Länderebene;
- ein stärkerer Einbezug der Themenstellung „Förderung von Jugendpartizipation“ in der Fort- und Weiterbildung der Koordinator/innen, der z. B. durch eine Kooperation mit der Bundeszentrale für Politische Bildung realisiert werden könnte;
- die Beibehaltung der Fördermindestgrenze für die Jugendforen.

Partnerschaften für Demokratie sichern die Wehrhaftigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements und stehen vor der Herausforderung, neue und mehr Akteur/innen über die bereits sensibilisierten hinaus einzubinden.

Die Koordinierungs- und Fachstellen stärken auf struktureller Ebene das zivilgesellschaftliche Engagement. Sie sind der Knotenpunkt, bei dem das zivilgesellschaftliche Engagement gebündelt wird und wo z. B. bei demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen Informationen zusammenlaufen und Aktivitäten koordiniert werden. Die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen zudem, dass sich in Folge der rechtsextremen und rechtspopulistischen Ein-

flussnahme auf öffentliche Diskurse nunmehr auch eine zivilgesellschaftliche Gegenbewegung konstituiert, die sich mit ihren Engagementanliegen an die Koordinierungs- und Fachstellen wendet. Die Koordinator/innen sehen die Unterstützung dieser Bewegungen und ihre Integration in die Partnerschaft als eine wichtige zukünftige Aufgabe.

Sowohl von internen als auch von externen Akteur/innen wird allerdings auch problematisiert, dass Partnerschaften für Demokratie aktiv häufig nur oder in erster Linie diejenigen einbinden, die bereits sensibilisiert sind und sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen.

Vor diesem Hintergrund benötigen Partnerschaften für Demokratie Anstöße zur Erprobung von Formaten, die geeignet sind, neue Akteur/innen, aber auch weitere Kreise der vor Ort ansässigen Bevölkerung – auch diejenigen, die sich in einem eher konservativen Spektrum verorten – zu erreichen. Gerade, wenn es um die Herausbildung von Widerstandsfähigkeit gegenüber demokratiefeindlichen Vorfällen geht, hat sich gezeigt, dass eine integrativ-diskursive Ausrichtung der Partnerschaften von Vorteil ist.

Sinnvoll sind in diesem Kontext:

- die Entwicklung und Umsetzung von entsprechenden Diskurs- und Auseinandersetzungsformaten und einer Debattenkultur zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Ein solches Handlungsformat sollte im Repertoire der Partnerschaften fest verankert werden;
- die Sicherstellung einer geeigneten Vorbereitung auf die Durchführung dialogischer Formate durch Erfahrungstransfer und des fortlaufenden Austauschs über die gemachten Erfahrungen;
- die Förderung und Verbreitung innovativer Formen einer demokratischen Kultur wie beispielsweise die Auszeichnung von „Orten der Demokratie“;
- eine digitale Qualifizierung der Koordinator/innen sowie die Umsetzung von Formaten, Partizipation über digitale Medien zu ermöglichen, um weitere Bevölkerungskreise zu gewinnen.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ benötigt ein Wissensmanagement.

Im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ bestehen große Wissensbestände, die im Laufe dieses Programms und seiner Vorgängerprogramme zusammengetragen wurden. Wichtig ist, ein übergreifendes Konzept zu entwickeln und umzusetzen, wie dieses Wissen zielgerichtet und proaktiv weitergegeben werden und von möglichst vielen Akteur/innen genutzt werden kann.

Es wird daher empfohlen:

- eine dementsprechende Nutzung der „Vielfalt Mediathek“ bzw. die Einrichtung einer Infrastruktur für das Wissensmanagement, d. h. insbesondere die zielgerichtete Verteilung von Wissen, dort, wo es benötigt wird;
- die systematische Aufbereitung und Weitergabe des vorhandenen Wissens durch Infopakete, Materialsammlungen, Handreichungen sowie Einrichtung einer Projektdatenbank, die auch Dokumentationen von Arbeitsansätzen, soweit vorhanden mit Evaluationsergebnissen, enthält;
- die Bereitstellung von Qualifizierungsangeboten insbesondere unter Berücksichtigung von wichtigen kommunalen Akteur/innen jenseits der Koordinierungs- und Fachstellen;

- ein praxisorientierter Erfahrungsaustausch auf Bundes- und Landesebene. Hierbei kann es angezeigt sein, auch andere Varianten als die Fachforen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Partnerschaften für Demokratie benötigen ein Mehr an Öffentlichkeitswirksamkeit.

Es ist ein regelmäßiger Befund der Wissenschaftlichen Begleitung, dass die Partnerschaften für Demokratie Öffentlichkeitsarbeit nicht im erforderlichen Maß umsetzen bzw. umsetzen können. Zwar steigert sich der Bekanntheitsgrad der Partnerschaften mit der Dauer ihrer Umsetzung, dennoch bleibt der Bekanntheitsgrad in der allgemeinen Öffentlichkeit noch relativ beschränkt.

Um demokratische Narrative wahrnehmbar zu machen sowie Akteur/innen über die „üblichen Verdächtigen“ hinaus zu erreichen, ist es von Bedeutung, konsequent ein „Mehr“ an Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen. Einerseits sollten Partnerschaften auf lokaler Ebene aktiver werden, andererseits ist auch die Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene zu intensivieren. Ein breiter Diskurs über die Notwendigkeit von Demokratieförderung stützt indirekt auch die Arbeit auf lokaler Ebene.

Die Partnerschaften für Demokratie benötigen hierbei weiterhin Unterstützung, z.B. durch

- ein bundesweites Konzept der Öffentlichkeitsarbeit;
- Kampagnenmuster, die eine lokale Ausgestaltung und Anpassung ermöglichen;
- das Zur-Verfügung-stellen von Materialien oder Fortbildungen, wie niedrigschwellige Öffentlichkeitsarbeit auch mit überschaubarem Budget umgesetzt werden kann.
- Sinnvoll könnten auch Vorgaben sein, die Website der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie aktuell zu halten.

Die Projektförderung sollte die jeweiligen Ausgangslagen berücksichtigen und flexibel reagieren.

Die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung in Bezug auf die Umsetzung des Aktions- und Initiativfonds zeigen auf, dass es wichtig ist, bei der konkreten Ausgestaltung des Aktionsfonds die lokalen Gegebenheiten zu berücksichtigen und die Projektförderung entsprechend zuzuschneiden. Zu empfehlen ist

- die Flexibilität des Aktions- und Initiativfonds unbedingt zu gewährleisten und ggf. zu erhöhen;
- Träger zu ermutigen, auch schwierige Problemlagen und Herausforderungen in Angriff zu nehmen, wie beispielsweise die Auseinandersetzung mit Personen, die rechtspopulistischen Ansichten zuneigen, und gleichzeitig ein Unterstützungsangebot bereitzustellen, falls es zu Bedrohungen kommt;
- Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, wie ehrenamtliche Strukturen gefördert bzw. unterstützt werden können, da sich gezeigt hat, dass bei überwiegend ehrenamtlich tätigen Trägern von Einzelmaßnahmen der Unterstützungsbedarf deutlich höher ist;
- Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, wie Schulen stärker einbezogen werden können, z. B. über Schulfördervereine oder die Umsetzung von Projekten freier Träger an Schulen. Dies ist vor dem Hintergrund wichtig, dass sowohl Koordinator/innen als auch Projektevertreter/innen die Bedeutung von Schule als Ort, an dem (fast) alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden können, sehr hoch einschätzen, gleichzeitig jedoch Schulen nicht umfassend in die Partnerschaften für Demokratie eingebunden sind.

6 Anhang

6.1 Literatur

- Ahrens, Sönke/Wimmer, Michael (2014): Das Demokratieversprechen des Partizipationsdiskurses. Die Gleichsetzung von Demokratie und Partizipation. In: Schäfer, Alfred (Hrsg.): Hegemonie und autorisierende Verführung. Paderborn, S. 175-200.
- Alesina, Alberto/Devleeschauwer, Arnaud/Easterly, William/Kurlat, Sergio/Wacziarg, Romain (2003): Fractionalization. In: Journal of Economic Growth, S. 155-194.
- Arnstein, Sherry (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners, H. 35, S. 216-224.
- Atteslander, Peter (2000): Methoden der empirischen Sozialforschung. München.
- Beetham, David/Carvalho, Edzia/Landman, Todd/ Weir, Stuart (Hrsg.) (2008): Assessing the Quality of Democracy. A practical Guide. <https://www.idea.int/sites/default/files/publications/assessing-the-quality-of-democracy-a-practical-guide.pdf> (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Behn, Sabine/Bohn, Irina/Karliczek, Kari-Maria/Lüter, Albrecht/Sträter, Till (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“. Weinheim/Basel.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh.
- Beywl, Wolfgang (2006): Evaluationsmodelle und qualitative Methoden. In: Flick, Uwe (Hrsg.): Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung. Reinbek bei Hamburg, S. 92-116.
- Beywl, Wolfgang/Speer, Sandra/Kehr, Jochen (2004): Wirkungsorientierte Evaluation im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Köln.
- Bohn, Irina (2017): Lokales Klima der Bedrohung von engagierten Akteuren gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit: am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, Vol. 2, No. 1. Schwalbach/Ts., S. 107-120.
- Bora, Alfons (2005): Partizipation als politische Inklusionsformel. In: Gusy, Christoph/Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel. Frankfurt a. M./New York, S. 15-34.
- Bozay, Kemal (2017): Dem politischen Salafismus wirkungsvoll begegnen: De-Radikalisierung, politische Bildung und pädagogische Prävention als Herausforderung. In: Toprak, Ahmet/Weitzel, Gerrit (Hrsg.): Salafismus in Deutschland: Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven. Wiesbaden, S. 135-153.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Bundesprogramm „Demokratie-leben!“ Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“. Leitlinie Förderbereich A. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Foerderleitlinie_A_2018.pdf (letzter Zugriff: 11.10.2018).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018): Bundesprogramm „Demokratie-leben!“ Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“. Leitlinie Förderbereich A. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/180720_Foerderleitlinie_A_2018_final_barrierefrei.pdf (letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Camino/DJI/ISS (2016): Kurzdarstellung der Wissenschaftlichen Programmbegleitung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (unveröffentlicht).

- Cohen, Jacob (1988): *Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences*. New York.
- Dantschke, Claudia (2017): Attraktivität, Anziehungskraft und Akteure des politischen und militanten Salafismus in Deutschland. In: Toprak, Ahmet/ und Gerrit Weitzel (Hrsg.): *Salafismus in Deutschland: Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven*. Wiesbaden, S. 61-76.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien (letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016): Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Gießen, S. 95-136.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen.
- Easton, David (1957): An Approach to the Analysis of Political Systems. In: *World Politics*, Vol. 9, No.3, S. 383-400.
- Esser, Hartmut (1993): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a.M./New York.
- Fend, Helmut (1991): *Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen*. Bern.
- Forberg, Corinna/Gerkensmeier, Birgit/Haas, Agnes/Anhalt, Markus/Hölscher, Joseph (2013): Hochwasserrisiken bewältigen – Information und Beteiligung der Öffentlichkeit. https://www.nlwkn.niedersachsen.de/download/80242/Broschuere_Hochwasserrisiken_bewaeltigen_-_Information_Beteiligung_der_Oeffentlichkeit.pdf (letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Giel, Susanne (2013): *Theoriebasierte Evaluation. Konzepte und methodische Umsetzungen*. Münster.
- Giel, Susanne (2015): Wirkungen auf der Spur mit Programmtheorien. In: Giel, Susanne/Klockgether-Katharina/Mäder, Susanne (Hrsg.): *Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze - Methoden*. Münster, S. 111-129.
- Glaser, Michaela (2007): Offenheit und Multiperspektivität – Erfahrungen aus der wissenschaftliche Begleitung von Projekten Interkulturellen Lernens. In: Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.): *Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen*. Halle, S. 69-84.
- Glock, Birgit (2014): *Projekte, Programme und Maßnahmen der Gewaltprävention in Berlin. Meta Evaluation und Evaluationssynthese von Berliner Evaluationen (2006 bis 2014)*. Berlin.
- Greiffenhagen, Sylvia (2002): Politische Sozialisation. In: Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden, S. 408-418.
- Gutknecht-Gmeiner, Maria (2015): Developmental Evaluation nach Michael Patton. Begriffsbestimmung und Reflexion der praktischen Anwendung. In: Giel, Susanne/Klockgether, Katharina/Mäder, Susanne (Hrsg.): *Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze – Methoden*. Münster, S. 131-153.
- Gutsche, Günter (2004): Kriminologische Aspekte des Kommunitarismus. In: Karliczek, Kari-Maria. (Hrsg.): *Kriminologische Erkundungen*. Münster, S. 123-142.
- Habermas, Jürgen (1998): *Faktizität und Geltung*. Frankfurt a.M.
- Haubrich, Karin (2006): Die Konstruktion des Untersuchungsgegenstandes in der Evaluation innovativer multizentrischer Programme. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.)/Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS): *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses*

- der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München, Teilband 1 und 2. Frankfurt a. M, S. 3872-3881.
- Hayes, Ben/Barat, Frank/Geuskens, Isabelle/Buxton, Nick/Dove, Fiona/Martone, Francesco/Twomey, Hannah/Karaman, Semanur (2017): On „Shrinking Space“. A Framing Paper. Transnational Institute, Amsterdam. https://www.tni.org/files/publication-downloads/on_shrinking_space_2.pdf (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Huisman, Mark (2009): Imputation of Missing Network Data: Some Simple Procedures. In: Journal of Social Structure, H. 1, S. 1-25.
- Hyman, Herbert Hiram (1959): Political Socialization: A Study in the Psychology of Political Behavior. Glencoe.
- ISS-Frankfurt a.M. (2014a): Bericht zur Umsetzung der WB des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien (Lokaler Aktionspläne)“ im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ im zweiten Halbjahr 2014 (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M. (2014b): „Ja, wie gehe ich damit um? Das ist immer wieder die gleiche Frage.“ Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.05. bis 31.12.2014. Qualifiziertes Monitoring des BIKnetzes – Bundesweites Informations- und Kompetenznetz zur Unterstützung der präventiv pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M. (2017a): Strukturdatenband zum Dritten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017 - 31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.
- ISS-Frankfurt a.M. (2017b): Abschlussbericht der Evaluation der Modularen Weiterbildung zur Stärkung der Kompetenzen für Koordinierungs- und Fachstellen in den „Partnerschaften für Demokratie“.
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2012): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 16.10.2011 - 30.06.2012 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2014): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.07.2011 - 31.12.2013 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 - 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Erster_Zwischenbericht_PB_A_2015.PDF (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 - 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Zweiter_Zwischenbericht_PB_A_2016.pdf (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- ISS-Frankfurt a. M./ Camino (2017): Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017 - 31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Dritter_Zwischenbericht_PfD_2017.pdf (Letzter Zugriff: 29.11.2018).

- Jansen, Dorothea (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. Wiesbaden.
- Karliczek, Kari-Maria (2012): Zur Nachhaltigkeit zivilgesellschaftlicher Projekte: Begriffsbestimmung und Operationalisierungsmöglichkeit in einem zivilgesellschaftlichen Handlungsfeld. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, H. 35 (2), S. 249-261.
- Kelle, Udo (2006): Qualitative Evaluationsforschung und das Kausalitätsparadigma. In: Flick, Uwe (Hrsg.): Qualitative Evaluationsforschung. Reinbek bei Hamburg, S. 117-134.
- Kelle, Udo/ Kluge, Susanne (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, zweite überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
- Kirkpatrick, Donald/Kirkpatrick, Jim (2005): Transferring Learning to Behavior. Using the Four Levels to Improve Performance. San Francisco.
- Kluge, Susanne (2000): Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung. In: Forum qualitative Sozialforschung. www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1124/2497 (letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Küpper, Beate/ Zick, Andreas (2016): Zwischen Willkommen und Hass. Einstellung der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu Geflüchteten. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Schwalbach/Ts., S. 13-32.
- Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung. Weinheim/Basel.
- Landman, Todd (2008): Assessing the Quality of Democracy. An Overview of the International IDEA Framework. Stockholm.
- Luhmann, Niklas (1990): Soziologische Aufklärung, Bd. 5: Konstruktivistische Perspektiven. Opladen.
- Lynen von Berg, Heinz/Hirsland, Andreas (2004): Zivilgesellschaft und politische Bildung – Zur Evaluation von Programmen und Projekten. In: Uhl, Katrin/Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. (Hrsg.): Evaluation politischer Bildung. Ist Wirkung messbar? Gütersloh, S. 15-26.
- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Mehrebenensystemen. Eine Einführung. Lehrbuch Governance. Wiesbaden, S. 65-76.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel.
- Meinhold-Henschel, Sigrid/Schack, Stephan (2007): Situation und Handlungsansätze zur Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl23_meinhold-henschel_schack.pdf (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Möller, Kurt (2014): Programme gegen Rechtsextremismus – zwischen Projektitis und Nachhaltigkeit. In: Schubarth, Wilfried: Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Potsdam, S. 201-227.
- Olk, Thomas/Roth, Roland (2008): Mehr Partizipation wagen – Handlungsempfehlungen auf einen Blick. <https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/28627/Mehr+Partizipation+wagen.pdf/d5c00775-7448-419d-821b-3cb847ac3f50> (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Reade-Soh, Nicolà/Stockmann, Reinhard (2009): Wirkungsorientierung und Evaluierung in der Entwicklungszusammenarbeit. Online-Handbuch Demografie. https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Reade_Stockmann_EvaluationEZ.pdf (letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim/München.

- Roth, Roland (2013): Demokratiereformen. Handlungsmöglichkeiten auf Länderebene, Skizze für die Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/201303_studie_demokratiereformen_roland_roth.pdf (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Röttger, Ulrike (2006): Campaigns (f)or a Better World? In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. Wiesbaden, S. 9-24.
- Schellenberg, Britta (2009): Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa. In: Forschungsgruppe Zukunftsfragen, Ausgabe 2/2009.
- Schneiders, Thorsten Gerald (2017): Historisch-theologische Hintergründe des Salafismus. In: Toprak, Ahmet/ Weitzel, Gerrit (Hrsg.): Salafismus in Deutschland: Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven. Wiesbaden, S. 3-25.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2011): Handbuch zur Partizipation. https://www.list-gmbh.de/images/dokumente/Handbuch_zur_Partizipation-2.Auflage.pdf (letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Stange, Waldemar (2008): Qualitätskriterien und Standards kommunaler Kinder- und Jugendpartizipation. Materialien für einen Qualitätsdialog „Partizipation“, Baustein A 3.8. http://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/b/Baustein_B_0_0.pdf (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Stange, Waldemar (2010): Partizipation von Kindern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 38, S. 16-24.
- Stange, Waldemar (2017): Strategien und Grundformen der Partizipation: Überblick und Systematisierungsversuch, Baustein A 1.5. Deutsches Kinderhilfswerk. https://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/a/Baustein_A_1_5.pdf (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Stark, Birgit/Magin, Melanie/Jandura, Olaf/Maurer, Marcus (2012): Methodische Herausforderungen komparativer Forschungsansätze. Köln.
- Stork, Diana/Richards, William (1992): Nonrespondents in Communication Network Studies. In: Group & Organization Management, H. 2, S. 193-209.
- Stephan, Walter G./Renfro, C. Lausanne (2002): The Role of Threat in Intergroup Relations. In: Mackie, Diane .M./Smith, Eliot. R. (Hrsg.): From Prejudice to Intergroup Relations. New York, S. 191-207.
- Stöss, Richard (2003): Möglichkeiten und Grenzen der Evaluierung von persuasiven Programmen. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen, S. 95-102.
- Teune, Simon (2016): Zwischen Hetze und Hilfe. Die Einwanderung von Geflüchteten als zivilgesellschaftliches Konfliktfeld, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Schwalbach/Ts., S. 48-58.
- Trips-Hebert, Roman (2012): Aktueller Begriff. Hasskriminalität. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. <https://www.bundestag.de/blob/192374/0d97067cfb4091dd3ccadcba87a1470c/hasskriminalitaet-data.pdf> (Letzter Zugriff: 29.11.2018)
- Wagner, Ulrich (2016): Sozialpsychologische Empfehlungen an Gesellschaft und Politik. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Schwalbach/Ts., S. 59-70.
- Wright, Michael/Block, Martina/Unger, Hella von (2007): Stufen der Partizipation in der Gesundheitsförderung. http://www.armut-und-gesundheit.de/uploads/tx_gbbkongressarchiv/Wright__M..pdf, (letzter Zugriff: 29.11.2018).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn.

6.2 Tabellen

Tabelle 1: Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	157	59 %
Neue Bundesländer	93	35 %
Berlin	15	6 %
Gesamt	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 2: Verwaltungsform der Partnerschaften für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Kommune	148	56 %
Landkreis	83	31 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	34	13 %
Gesamt	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 3: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	45	30 %	62	42 %	17	11 %	24	16 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	42	28 %	53	36 %	34	23 %	19	13 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	42	28 %	40	27 %	47	32 %	19	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	19	13 %	35	24 %	50	34 %	44	30 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	6	4 %	18	12 %	69	47 %	55	37 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	5	3 %	18	12 %	75	51 %	50	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 4: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	26	31 %	34	41 %	5	6 %	18	22 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	25	30 %	45	54 %	8	10 %	5	6 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	21	25 %	31	37 %	24	29 %	7	8 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	12	14 %	30	36 %	23	28 %	18	22 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	2	2 %	10	12 %	44	53 %	27	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	2	2 %	7	8 %	44	53 %	30	36 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Landkreisen (n=83).

Tabelle 5: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	12	35 %	10	29 %	8	24 %	4	12 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	10	29 %	13	38 %	6	18 %	5	15 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	7	21 %	7	21 %	16	47 %	4	12 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	18 %	3	9 %	13	38 %	12	35 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	3 %	0	0 %	26	76 %	7	21 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	0	0 %	2	6 %	24	71 %	8	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=34).

Tabelle 6: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	39	25 %	66	42 %	20	13 %	32	20 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	34	22 %	67	43 %	34	22 %	22	14 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	27	17 %	49	31 %	61	39 %	20	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	12	8 %	39	25 %	56	36 %	50	32 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	8	5 %	16	10 %	73	46 %	60	38 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	5	3 %	21	13 %	84	54 %	47	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 7: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	35	38 %	38	41 %	14	15 %	6	6 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	35	38 %	36	39 %	8	9 %	14	15 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	34	37 %	26	28 %	25	27 %	8	9 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	19	20 %	27	29 %	28	30 %	19	20 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	1 %	9	10 %	52	56 %	31	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	6	6 %	57	61 %	30	32 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 8: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	10	67 %	3	20 %	2	13 %	0	0 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	9	60 %	3	20 %	1	7 %	2	13 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	7	47 %	7	47 %	0	0 %	1	7 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooligan-szenen, rechte Rocker-milieus)	6	40 %	2	13 %	2	13 %	5	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	7 %	3	20 %	9	60 %	2	13 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	7 %	0	0 %	7	47 %	7	47 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Berlin (n=15).

Tabelle 9: Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach regionaler Verortung: „In unserer Förderregion gibt es...“

	...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	...eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.
Alte Bundesländer	4,2	3,7	3,3
Neue Bundesländer	3,9	3,3	3,3
Berlin	4,5	3,6	3,6
Gesamt	4,1	3,6	3,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mittelwerte von 1=„trifft gar nicht zu“ bis 5=„trifft voll zu“. „Kann ich nicht beurteilen“ wurde aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 10: Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Verwaltungseinheit: „In unserer Förderregion gibt es...“

	...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	...eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.
Kommune	4,3	3,8	3,3
Landkreis	3,8	3,3	3,4
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	3,8	3,3	3,3
Gesamt	4,1	3,6	3,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mittelwerte von 1=„trifft gar nicht zu“ bis 5 =„trifft voll zu“. „Kann ich nicht beurteilen“ wurde aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 11: Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bei einem freien Träger	197	91 %	45	94 %	242	91 %
Im federführenden Amt der Partnerschaft für Demokratie	16	7 %	3	6 %	19	7 %
Sonderform	4	2 %	0	0 %	4	2 %
Gesamt	217	82 %	48	18 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 12: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle

		Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	Im federführenden Amt	1,5	1	6	1
	In der KuF beim freien Träger	1,6	0	4	1
	Gesamt	3,1	1	8	2
Prozent eines Vollzeitäquivalents	Im federführenden Amt	52,2	10	150	50
	In der KuF beim freien Träger	77,5	0	150	100
	Gesamt	129,7	25	225	150

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit externer Ansiedlung (n=238). Bei 4 Partnerschaften für Demokratie ist die externe Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt. Honorarkräfte wurden hierbei in der Abfrage ausgeschlossen, es existieren jedoch Koordinierungs- und Fachstellen, die ausschließlich mit Honorarkräften besetzt sind. So ergeben sich in der hier dargestellten personellen Ausstattung Koordinierungs- und Fachstellen mit einer Personalanzahl und einem Stellenanteil von „0“.

Tabelle 13: Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bis zu einem Jahr	8	5 %	8	17 %	1	7 %	5	15 %	22	8 %
Bis zu zwei Jahren	22	13 %	5	11 %	2	13 %	26	79 %	55	21 %
Mehr als zwei bis zu vier Jahre	61	36 %	30	65 %	12	80 %	1	3 %	104	39 %
Vier Jahre oder mehr	77	45 %	2	4 %	0	0 %	1	3 %	80	30 %
Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt	3	2 %	1	2 %	0	0 %	0	0 %	4	2 %
Gesamt	171	100 %	46	100 %	15	100 %	33	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 14: Entscheidende Beeinträchtigung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie aufgrund von Personalwechseln in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Förderperiode

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	47	27 %	15	33 %	0	0 %	5	15 %	67	25 %
Nein	124	73 %	31	67 %	15	100 %	28	85 %	198	75 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 15: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtzahl	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist	
						Absolut	In Prozent
Gesamtanzahl der Mitglieder	18,6	5	84	4939	100 %	-	-
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen	5,7	0	22	1502	30 %	256	97 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen	4,6	0	20	1217	25 %	247	93 %
Davon staatliche/politische Akteur/innen	6,4	0	29	1687	34 %	262	99 %
Davon Wirtschaftsakteur/innen	0,3	0	5	67	1 %	46	17 %
Davon Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	1,0	0	4	257	5 %	172	65 %
Davon Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	0,8	0	30	209	4 %	79	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 16: Effekte der Arbeit des Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie hinsichtlich der regulären lokalen Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen in verschiedenen Bereichen

	Ja		Teils/teils		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft	145	55 %	85	32 %	14	5 %	21	8 %
Verbesserung der Absprachen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft bezüglich geplanter Maßnahmen und Initiativen	123	46 %	94	35 %	21	8 %	27	10 %
Erhöhung der Anzahl gemeinsam durchgeführter Aktivitäten von Zivilgesellschaft und Verwaltung	121	46 %	77	29 %	37	14 %	30	11 %
Erhöhung der wechselseitigen Anerkennung zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren	131	49 %	80	30 %	13	5 %	41	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 17: Unterstützung durch Entscheidungsebenen von Schlüsselresorts der Verwaltung differenziert nach Anteil der Vertreter/innen aus der Verwaltung im Begleitausschuss

	n	Mittelwert des Anteils der Vertreter/innen aus der Verwaltung im Begleitausschuss
Hat sich verschlechtert	11	15,2 %
Ist unverändert geblieben	104	17,5 %
Hat sich verbessert	126	18,1 %
Kann ich nicht beurteilen	24	20,4 %
Gesamt	265	18,0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 18: Unterstützung durch lokale politische Entscheidungsträger/innen differenziert nach dem Vorhandensein von Vertreter/innen aus der Politik im Begleitausschuss

	Keine Vertreter/innen aus der Politik im Begleitausschuss		Vertreter/innen aus der Politik im Begleitausschuss		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Hat sich verschlechtert	4	4 %	3	2 %	7	3 %
Ist unverändert geblieben	50	44 %	62	41 %	112	42 %
Hat sich verbessert	47	41 %	83	55 %	130	49 %
Kann ich nicht beurteilen	13	11 %	3	2 %	16	6 %
Gesamt	114	100 %	151	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 19: Stattgefundene Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Es wurden neue Netzwerke gegründet	131	49 %
Bestehende Netzwerke wurden durch neue Akteure erweitert	180	68 %
Bestehende Netzwerke haben die Themenstellungen der Partnerschaft für Demokratie aufgegriffen	175	66 %
Bestehende Netzwerke haben sich verstärkt engagiert	145	55 %
Sonstiges	2	1 %
Keine der Genannten	16	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“.

Tabelle 20: Stattgefundene Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Vorhandensein aktiver (programmrelevanter) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen in der Förderregion

	Es wurden neue Netzwerke gegründet		Bestehende Netzwerke wurden durch neue Akteure erweitert		Bestehende Netzwerke haben die Themenstellungen der Partnerschaft für Demokratie aufgegriffen		Bestehende Netzwerke haben sich verstärkt engagiert		Keine der Genannten	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu (n=4)	1	25 %	1	25 %	2	50 %	0	0 %	2	50 %
Trifft eher nicht zu (n=20)	8	40 %	9	45 %	9	45 %	6	30 %	5	25 %
Teils/ teils (n=39)	19	49 %	27	69 %	24	62 %	16	41 %	2	5 %
Trifft eher zu (n=75)	32	43 %	53	71 %	49	65 %	43	57 %	4	5 %
Trifft voll zu (n=120)	68	57 %	87	73 %	87	73 %	77	64 %	2	2 %
Kann ich nicht beurteilen (n=7)	3	43 %	3	43 %	4	57 %	3	43 %	1	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“.

Tabelle 21: Gewinnung deutungsmächtiger Akteur/innen

Ist es Ihrer Partnerschaft für Demokratie gelungen, einflussreiche oder bekannte Personen, sog. deutungsmächtige Akteure, zur Unterstützung oder Mitarbeit zu gewinnen?	Absolut	In Prozent
Nein	59	22 %
Ja	206	78 %
Gesamt	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 22: Beitrag, den deutungsmächtige Akteur/innen bei der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie leisten

	Absolut	In Prozent
Erhöhung der Aufmerksamkeit für die Partnerschaft	162	79 %
Erschließung vielfältiger Kontakte	148	72 %
Bereitstellung von Fachwissen	144	70 %
Einbringung von Organisations- und Handlungskompetenz	120	58 %
Einfluss auf Entscheidungsprozesse	101	49 %
Erschließung von Ressourcen (z.B. Spenden/Mittelzuweisung)	35	17 %
Sonstiges	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die angegeben haben, deutungsmächtige Akteur/innen für Mitarbeit gewonnen zu haben (n=206).

Tabelle 23: Bereiche, aus denen die für die Mitarbeit gewonnenen deutungsmächtigen Akteur/innen stammen

	Absolut	In Prozent
Politik	132	64 %
Verwaltung, Ämter	126	61 %
Bildung und Erziehung	111	54 %
Zivilgesellschaft/Bürgerinitiativen	107	52 %
Vereine, Verbände	105	51 %
Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus	82	40 %
Kunst und Kultur	67	33 %
Religiöse Vereinigungen	67	33 %
Sport	51	25 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	49	24 %
Recht, Justiz, Polizei und Verfassungsschutz	39	19 %
Gewerkschaften	34	17 %
Medien	31	15 %
Wirtschaft	28	14 %
Wissenschaft	20	10 %
Sonstige	5	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die angegeben haben, deutungsmächtige Akteur/innen für Mitarbeit gewonnen zu haben (n=206).

Tabelle 24: Einstieg neuer, bisher „themenfremder“ Akteur/innen in die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit

	Absolut	In Prozent
Ja	119	45 %
Nein	58	22 %
Kann ich nicht beurteilen	88	33 %
Gesamt	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 25: Wissenszuwachs über Handlungsmöglichkeiten bezüglich vor Ort bestehender Problemlagen durch die Partnerschaft für Demokratie

Hat sich durch Ihre Partnerschaft für Demokratie ein Wissenszuwachs über Handlungsmöglichkeiten bezüglich vor Ort bestehender Problemlagen ergeben?	Absolut	In Prozent
Ja	228	86 %
Nein	2	1 %
Kann ich nicht beurteilen	35	13 %
Gesamt	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 26: Maßnahmen der Partnerschaft für Demokratie zur fortlaufenden Aktualisierung des Wissens über lokale Problemlagen

	Absolut	In Prozent
Berichterstattung der Mitglieder des Begleitausschusses	206	78 %
Anhörung von Expert/innen	181	68 %
Durchführung von Bürgerforen oder Stadtteilkonferenzen	71	27 %
Erstellung von Studien und Expertisen	36	14 %
Keine spezifischen Maßnahmen	11	4 %
Sonstiges	57	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 27: Einschätzung des seit der Teilnahme am Bundesprogram erreichten Entwicklungsfortschritts in der Partnerschaft für Demokratie bzgl. des Wissens der an der Partnerschaft für Demokratie beteiligten Akteur/innen über programmrelevante Problemlagen

Hat sich verschlechtert		Ist unverändert geblieben		Hat sich verbessert		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
1	0 %	29	11 %	225	85 %	10	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 28: Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung von Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Aktiver Austausch zu aktuellen programm-relevanten Entwick-lungen vor Ort	28	28 %	44	44 %	23	23 %	5	5 %	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben (n=101).

Tabelle 29: Einschätzung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erreichten Entwicklungsfortschritts in der Partnerschaft für De-mokratie bzgl. des Know-hows bei Ämtern und Institutionen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen

Hat sich verschlechtert		Ist unverändert geblieben		Hat sich verbessert		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
4	2 %	87	33 %	120	45 %	54	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 30: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Der Umgang von Po-litik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und men-schenfeindlichen Vor-fällen erfolgt kompetent.	36	14 %	162	61 %	28	11 %	3	1 %	36	14 %
Relevante Akteur/in-nen aus Politik, Ver-waltung und Zivilge-sellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demo-kratie- und men-schenfeindlicher Ak-teur/innen informiert und nehmen diese ernst.	61	23 %	142	54 %	24	9 %	2	1 %	36	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 31: Bereiche der Unterstützung durch einen Coach

	Absolut	In Prozent
Einrichtung und Reflexion der Beteiligungsstrukturen und Prozesse vor Ort (z.B. Begleitausschüsse, Demokratiekonferenzen)	84	85 %
Entwicklung und Reflexion des strategischen Handelns von Begleitausschuss und ggf. Jugendforum	80	81 %
Klärung der Aufgabenstellungen und Zuständigkeiten von Begleitausschuss, Koordinierungs- und Fachstelle, federführendem Amt sowie Jugendforum	76	77 %
Beratung zur nachhaltigen Verankerung der Ziele, Themen und Verfahren der Partnerschaft für Demokratie in Verwaltungsbereichen/politischen Gremien vor Ort	62	63 %
Information über den Nutzen von Ergebnissicherung, (Selbst-)Reflexion und Evaluation	47	47 %
Beratung bei der Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit	45	45 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure	44	44 %
Beratung zur Umsetzung von Gender-, Diversity-Mainstreaming und Inklusion	13	13 %
Beratung zum Thema Kofinanzierung	12	12 %
Sonstiges	6	6 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die in diesem Jahr durch einen Coach begleitet werden (n=99).

Tabelle 32: Zusammenarbeit mit anderen Partnerschaften für Demokratie

	Keine Zusammenarbeit in 2018 (vorgesehen)		Zusammenarbeit in 2018 (vorgesehen)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Andere Partnerschaften für Demokratie aus der gleichen Region	22	8 %	243	92 %
Andere Partnerschaften für Demokratie über die eigene Region hinaus	55	21 %	210	79 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 33: Einschätzung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erreichten Entwicklungsfortschritts in der Partnerschaft für Demokratie hinsichtlich der kontinuierlichen Bearbeitung zentraler Themenstellungen durch verschiedene Akteursgruppen

	Hat sich verschlechtert		Ist unverändert geblieben		Hat sich verbessert		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kontinuierliche Bearbeitung zentraler Themenstellungen der Partnerschaft durch Ressorts der Verwaltung auch unabhängig des lokalen Problemdrucks	4	2 %	84	32 %	131	49 %	46	17 %
Kontinuierliche Bearbeitung zentraler Themenstellungen der Partnerschaft durch Politiker/innen auch unabhängig des lokalen Problemdrucks	4	2 %	114	43 %	92	35 %	55	21 %
Kontinuierliche Bearbeitung zentraler Themenstellungen der Partnerschaft durch die Zivilgesellschaft auch unabhängig des lokalen Problemdrucks	3	1 %	61	23 %	177	67 %	24	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 34: Bekanntheitsgrad der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderdauer

	IBK 1-2 (n=217)	IBK 3-4 (n=48)	Gesamt (N=265)
Bekanntheitsgrad	5,9	5,2	5,7
Bekanntheitsgrad in der breiten Öffentlichkeit	4,4	4,1	4,4
Bekanntheitsgrad in der Fachöffentlichkeit	7,6	7,2	7,5
Bekanntheitsgrad in der lokalen politischen Öffentlichkeit	7,3	7,2	7,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mittelwerte von 1=niedrig bis 10=hoch.

Tabelle 35: Einschätzung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erreichten Entwicklungsfortschritts in der Partnerschaft für Demokratie bzgl. der Sensibilität der Öffentlichkeit für programmrelevante Themenstellungen

Hat sich verschlechtert		Ist unverändert geblieben		Hat sich verbessert		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
4	2 %	33	12 %	204	77 %	24	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 36: Anteil der Befragten, die Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss wahrnehmen differenziert nach Funktion der Befragten in der Partnerschaft für Demokratie

	Ja		Nein		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Koordinator/innen	127	48 %	137	52 %	264	100 %
BgA-Mitglieder aus der Verwaltung	65	26 %	189	74 %	254	100 %
BgA-Mitglieder aus der Zivilgesellschaft	73	30 %	169	70 %	242	100 %
Gesamt	265	35 %	495	65 %	760	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (N=264) sowie der Vertreter/innen aus der Verwaltung (N=254) und aus der Zivilgesellschaft (N=242) aus den Begleitausschüssen.

Tabelle 37: Formen von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss

	Absolut	In Prozent
Geringere Teilnahme an den Sitzungen des Begleitausschusses	91	72 %
Geringeres Engagement für die Partnerschaft über die Teilnahme an den Sitzungen des Begleitausschusses hinaus (z.B. bzgl. der Einbringung von Themen und Anliegen der Partnerschaft in die jeweiligen Einrichtungen, Organisationen etc. der Begleitausschussmitglieder)	73	57 %
Abnehmende Beteiligung an der (Fort-)Entwicklung der inhaltlichen Ausrichtung bzw. der integrierten Handlungsstrategie	53	42 %
Abnehmende Beteiligung an der inhaltlichen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen und Entwicklungen vor Ort (z.B. Aktivitäten demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen etc.)	38	30 %
Geringere Diskussionsbereitschaft in den Sitzungen des Begleitausschusses	29	23 %
Vermehrte Zweifel daran, mit dem eigenen Engagement einen spürbaren Beitrag für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur vor Ort leisten zu können	15	12 %
Sonstiges	10	8 %
Keine der Genannten	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss berichten (n=127).

Tabelle 38: Wahrgenommener Grad der Ermüdung im Begleitausschuss differenziert nach Förderdauer

	N	Mittelwert
Erstes Interessenbekundungsverfahren	171	3,0
Zweites Interessenbekundungsverfahren	46	2,9
Drittes Interessenbekundungsverfahren	15	2,8
Viertes Interessenbekundungsverfahren	32	2,1
Gesamt	264	2,9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (N=264) sowie der Vertreter/innen aus der Verwaltung (N=254) und aus der Zivilgesellschaft (N=242) aus den Begleitausschüssen 2018 sowie der Koordinierungs- und Fachstellen 2017. Mittelwerte von 1 („keine Ermüdung“) bis 10 („starke Ermüdung“).

Tabelle 39: Geeignete Maßnahmen zur Aktivierung des Begleitausschusses

	Absolut	In Prozent
Vernetzungstreffen/-veranstaltungen für die Begleitausschussmitglieder unterschiedlicher Partnerschaften für Demokratie	67	49 %
Anerkennung des Engagements der Mitglieder des Begleitausschusses durch Akteur/innen des Bundesprogramms (z.B. im Rahmen von Veranstaltungen etc.)	58	42 %
Fach austausche für die Begleitausschussmitglieder	57	41 %
Teilnahme der Begleitausschussmitglieder an Fort- und/oder Weiterbildungen	55	40 %
Strukturelle Neuausrichtung des Begleitausschusses (z.B. Ersetzen des Begleitausschusses durch offenere Beteiligungsformate bzw. Organisationsformen)	35	25 %
Begleitung des Steuerungsgremiums durch eine/n Coach/in	32	23 %
Vorgabe eines thematischen Fokus/Arbeitsschwerpunktes durch die Programmgestalter/innen auf Bundesebene (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bzw. Regiestelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben)	19	14 %
Sonstiges	28	20 %
Keine der Genannten	19	14 %

Quelle: Angaben der Vertreter/innen aus der Verwaltung und aus der Zivilgesellschaft aus den Begleitausschüssen, die von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss berichte (n=138).

Tabelle 40: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern

	Absolut	In Prozent
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	119	47 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure	113	45 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	104	41 %
(Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit	102	40 %
Bestandsaufnahme von Konzepten, Maßnahmen, bestehenden Angeboten, Vernetzungen etc. im Umgang mit diesen Problemlagen vor Ort (Ressourcenanalyse)	101	40 %
(Fort-)Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	95	38 %
Analyse aktueller Problemlagen vor Ort (Situationsanalyse)	94	37 %
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	90	36 %
Umgang mit einem polarisierten öffentlichen Diskurs	81	32 %
Umgang mit Hate Speech in sozialen Medien	64	25 %
Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen	63	25 %
Präzisierung des Aufgabenprofils der Koordinierungs- und Fachstelle (z.B. Rollenklärung in Bezug auf das federführende Amt, Profilschärfung im Themenbereich etc.)	59	23 %
Projektmanagement	59	23 %
Netzwerkarbeit	53	21 %
Umgang mit Parlamentsanfragen	50	20 %
Kofinanzierung	49	19 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	43	17 %
Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	38	15 %
Umgang mit der Bedrohung engagierter Akteure	38	15 %
Auseinandersetzungen zwischen zugewanderten Gruppen	36	14 %
Sonstiges	14	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen (n=252). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 41: Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds

	Absolut	In Prozent
Ja	209	94 %
Nein	8	4 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	6	3 %
Gesamt	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 42: Vertretung von Jugendforen in Begleitausschüssen

	Absolut	In Prozent
Keine Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	34	15 %
Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	189	85 %
Gesamt	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendform und konstituiertem Begleitausschuss (n=223).

Tabelle 43: Interessierende Themen im Rahmen des eigenen Engagements

	Absolut	In Prozent
Mangelhafte demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche	420	68 %
Rechtsextremismus	391	64 %
Engagement für Geflüchtete	336	55 %
Homo- und Transfeindlichkeit	277	45 %
Islam-/Muslimfeindlichkeit	232	38 %
Antisemitismus	206	34 %
Islamismus	132	21 %
Linker Militanz	79	13 %
Antiziganismus	57	9 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 44: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung

	Absolut	In Prozent
Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitliche begrenztes Engagement)	204	77 %
Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenenengremien über den Begleitausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)	127	48 %
Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit	99	37 %
Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadtteilkonferenzen etc.)	92	35 %
Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung (z.B. Jugendförderpläne)	26	10 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	27	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 45: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit etabliertem Jugendforum	189	87 %	34	71 %	223	84 %
Ohne etabliertes Jugendforum	28	13 %	14	29 %	42	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 46: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit

Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	115	78 %	56	67 %	24	71 %	195	74 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	6	4 %	4	5 %	1	3 %	11	4 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	16	11 %	10	12 %	2	6 %	28	11 %
Nein	11	7 %	13	16 %	7	21 %	31	12 %
Gesamt	148	100 %	83	100 %	34	100 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 47: Etablierungskontext des Jugendforums differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	87	66 %	58	88 %	23	88 %	168	75 %
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	44	34 %	8	12 %	3	12 %	55	25 %
Gesamt	131	100 %	66	100 %	26	100 %	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 48: Vorrangige Zuständigkeit für die Unterstützung der Arbeit des Jugendforums

	Absolut	In Prozent
Die Koordinierungs- und Fachstelle	108	48 %
Der Träger des Jugendforums	66	30 %
Die Koordinierungsstelle im federführenden Amt	21	9 %
Ein anderer freier Träger	5	2 %
Sonstiges	23	10 %
Gesamt	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 49: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden

	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	236	89 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	157	59 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	153	58 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	143	54 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	96	36 %
Diversity Mainstreaming	86	32 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	82	31 %
Homo- und Transfeindlichkeit	56	21 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	56	21 %
Gender Mainstreaming	54	20 %
Antiziganismus	46	17 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	45	17 %
Linke Militanz	6	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 50: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	71	27 %	120	45 %	13	5 %	61	23 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	64	24 %	102	38 %	20	8 %	79	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	36	14 %	108	41 %	57	22 %	64	24 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	6 %	79	30 %	92	35 %	78	29 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	21	8 %	63	24 %	59	22 %	122	46 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	4 %	26	10 %	60	23 %	168	63 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	7	3 %	35	13 %	215	81 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 51: Betroffenheit von Vorkommnissen/Aktionen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements im Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018

	Absolut	In Prozent
Kommunale Parlamentsanfragen, die die Arbeit der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten in (sachlich unangemessenen) Rechtfertigungszwang bringen	41	15 %
Öffentlich formulierte pauschale Aufforderung, die Finanzierung der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten einzustellen	28	11 %
Vorwurf der ideologischen Einflussnahme bzw. des Verstoßes gegen das Neutralitätsgebot an Schulen oder öffentlich geförderten Einrichtungen	34	13 %
(öffentliche) Aufforderung, Veranstaltungen der Partnerschaft/von Projekten fernzubleiben bzw. zu boykottieren	7	3 %
Diskreditierung/Unterstellung unlauterer Absichten hinsichtlich der Arbeit der Partnerschaft oder von Projekten	44	17 %
Anlassunabhängige Aufforderung zur Überprüfung des gesetzeskonformen Verhaltens von Mitarbeiter/innen der Partnerschaft bzw. von Projekten	15	6 %
Aufforderung zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Trägern	10	4 %
Verbreitung von gezielten Falschaussagen bzw. Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaft bzw. von Projekten	24	9 %
Wortergreifung zur Relativierung/Aufrechnung von Themen, die von der Partnerschaft bzw. von Projekten öffentlich thematisiert werden (z.B. Gedenken an Opfer rechter Gewalt mit Hinweisen auf Straftaten anderer Bevölkerungsgruppen)	32	12 %
Ausspähen und Veröffentlichung von Daten zur Partnerschaft bzw. Projekten und/oder Mitarbeiter/innen (Fotografieren bei Veranstaltungen, Veröffentlichung von Adressen bzw. persönlicher Daten etc.)	17	6 %
Sonstige	8	3 %
Nein	134	51 %
Kann ich nicht beurteilen	27	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“ oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 52: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	110	42 %	128	48 %	8	3 %	5	2 %	14	5 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	47	18 %	134	51 %	40	15 %	5	2 %	39	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 53: Unterstützung der Partnerschaft für Demokratie von Formen der öffentlichen Gegenwehr und Mobilisierung bei demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen oder Ereignissen

Hat Ihre Partnerschaft für Demokratie seit der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ neben der Projektförderung auch Formen der öffentlichen Gegenwehr und Mobilisierung bei demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen oder Ereignissen (z.B. öffentliche Stellungnahmen, Demonstrationen, Mahnwachen) unterstützt?	Absolut	In Prozent
Ja, und zwar intensiv.	48	18 %
Ja, gelegentlich.	100	38 %
Nein, es bot sich keine Gelegenheit.	92	35 %
Nein, dies wird im Rahmen unserer Partnerschaft nicht gewährleistet.	25	9 %
Gesamt	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 54: Budget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2018

	Mittelwert	Minimum	Maximum
Gesamtbudget	112.981 €	65.000 €	330.000 €
Budget des Jugendfonds insgesamt	8.600 €	5.000 €	40.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

**Tabelle 55: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderjahr:
„Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum
eingerrichtet?“**

	Ja		Nein		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
2015	51	23 %	167	77 %	218	100 %
2016	166	76 %	52	24 %	218	100 %
2017	208	79 %	56	21 %	264	100 %
2018	223	84 %	42	16 %	265	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218), 2016 (N=218), 2017 (N=264) und 2018 (N=265).

Tabelle 56: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode

	IBK 1-2		IBK 3-4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum	189	87 %	34	71 %	223	84 %
Partnerschaften ohne etabliertes Jugendforum	28	13 %	14	29 %	42	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 57: Gründe, weshalb aktuell kein Jugendforum in der Förderregion existiert

	Absolut	In Prozent
Implementierung des Jugendforums befindet sich noch bzw. wieder in Vorbereitung/Planung	15	36 %
Probleme, Jugendliche (dauerhaft) für ein Engagement zu gewinnen/hohe Fluktuation	8	19 %
Mobilitätsprobleme, Räumliche Entfernung, weite Wege	4	10 %
Probleme beim Aufbau eines Jugendforums auf Kreisebene (fehlende Strukturen, fehlendes Interesse der Jugendlichen an einem kreisweiten Forum, fehlende gemeinsame Grundlage)	4	10 %
Aktive Mitglieder sind ausgeschieden	4	10 %
Fehlende anknüpfungsfähige Jugend(beteiligungs-)strukturen im Fördergebiet	3	7 %
Wechsel des Trägers/des Personals des Jugendforums	3	7 %
Die Jugendbeteiligung wird im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie auf andere Weise realisiert (z. B. im BgA)	3	7 %
In der Förderregion existieren bereits Strukturen der Jugendbeteiligung	2	5 %
Fördergebiet ist ländlich und/oder klein	2	5 %
Kein Interesse der Jugendlichen an Gremium	2	5 %
Anknüpfungspunkte/Zugänge/Multiplikator/innen zu Jugendlichen fehlen	2	5 %
Fehlende (zeitliche/personelle) Ressourcen für eine intensive Unterstützung und Begleitung	1	2 %
Bewusste Entscheidung für einen sozialräumlichen Ansatz anstelle eines kreisweiten Jugendforums	1	2 %
Jugendforum fand keine inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte	1	2 %
Fehler in der Konzeption des Jugendforums	1	2 %
Fehlende Zeitressourcen auf Seiten der Jugendlichen	1	2 %
Misstrauen in die Fähigkeit eines Jugendforums	1	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die seit Förderbeginn noch kein Jugendforum eingerichtet haben oder deren Jugendforum aufgelöst wurde (n=42). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 58: Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	87	66 %	58	88 %	23	88 %	168	75 %
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/ Gremien zur Jugendbeteiligung	44	34 %	8	12 %	3	12 %	55	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 59: Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach strukturellen Voraussetzungen in der Förderregion: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche“

	Trifft gar nicht zu/ Trifft eher nicht zu		Teils/teils		Trifft eher zu/ Trifft voll zu		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	51	93 %	58	73 %	55	65 %	164	75 %
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/ Gremien zur Jugendbeteiligung	4	7 %	22	28 %	29	35 %	55	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 und 2018 (n=219), die im Jahr 2017 Angaben zu den Angeboten an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und 2018 Angaben zum Etablierungskontext des Jugendforums gemacht haben. Die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ wurde aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 60: Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Organisationsform

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
Repräsentative Form, (z.B. Jugendgemeinderat, Jugendparlament mit gewählten Delegierten, Schüler/innen-Vertretungen)	48	22,1	2	270	1.061
Offene Form (z.B. Kinder- und Jugendkonferenzen, Jugendhearings, freier oder zielgruppenorientierter Zugang)	139	11,7	3	50	1.622
Jugendverbandliche Form (z.B. Jugendring, Jugendorganisation)	23	14,9	6	34	343
Sonstiges	13	16,8	3	80	218
Gesamt	223	14,5	2	270	3.244

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 61: Altersverteilung der Mitglieder aus den Jugendforen

	Absolut	In Prozent
Unter 14 Jahren	17	3 %
Zwischen 14 und unter 18 Jahren	288	47 %
Zwischen 18 und 21 Jahren	238	39 %
Zwischen 22 und unter 27 Jahren	71	12 %
Gesamt	614	100 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614).

Tabelle 62: Geschlechterverteilung der Mitglieder aus den Jugendforen

	Absolut	In Prozent
Junge Frauen unter 27 Jahren	325	53 %
Junge Männer unter 27 Jahren	276	45 %
Junge Menschen unter 27 Jahren mit nicht-binärer Geschlechtszuschreibung	13	2 %
Gesamt	614	100 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614).

Tabelle 63: Migrationshintergrund der Mitglieder aus den Jugendforen (Selbstzuschreibung): „Würdest Du Dich selbst als Jugendliche/r mit Migrationshintergrund bezeichnen?“

Ja		Nein		Gesamt	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
82	13 %	532	87 %	614	100 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614).

Tabelle 64: Verteilung der (angestrebten) Schulabschlüsse der Mitglieder aus den Jugendforen

	Absolut	In Prozent
Hauptschulabschluss	12	2 %
Real-, Mittelschulabschluss	101	16 %
Fachhochschulreife	56	9 %
Abitur	445	72 %
Gesamt	614	100 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614).

Tabelle 65: Rekrutierungsweg bzgl. des Engagements im Jugendforum

	Absolut	In Prozent
Durch Freunde	235	38 %
Durch einen Jugendverband	183	30 %
Durch eine oder mehrere öffentliche Veranstaltungen	120	20 %
Durch Lehrer/innen	103	17 %
Durch Aushänge	79	13 %
Durch Broschüren	64	10 %
Durch Internet/Facebook	61	10 %
Durch Zeitung	31	5 %
Durch Eltern	30	5 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 66: Engagement außerhalb des Jugendforums: „Warst Du in der Vergangenheit bzw. bist Du aktuell jenseits des Jugendforums (jugend-)politisch engagiert?“

Ja		Nein		Gesamt	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
327	53 %	287	47 %	614	100 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614).

Tabelle 67: Einstellungen zum Engagement für Demokratie und Respekt

	Absolut	In Prozent
Ich möchte mit meinem Engagement ein Zeichen gegen antidemokratische Tendenzen setzen.	395	64 %
Rassismus und Ausschreitungen gegenüber Migrant/innen/ gesellschaftlichen Minderheiten machen mich wütend.	375	61 %
Wenn ich selbst betroffen bin, will ich aktiv werden.	243	40 %
Ich engagiere mich, weil ich kein Vertrauen darin habe, dass Politiker/innen oder der Staat die Probleme mit Rechtsextremismus und Rassismus richtig angehen wollen und werden.	188	31 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 68: Aktuelle Organisationsformen der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/ Gremien zur Jugendbeteiligung		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Stellvertretende Form (z. B. Kinderbeauftragte)	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Repräsentative Form, (z. B. Jugendgemeinderat, Jugendparlament mit gewählten Delegierten, Schüler/innen-Vertretungen)	22	13 %	26	47 %	48	22 %
Offene Form (z. B. Kinder- und Jugendkonferenzen, Jugendhearings, freier oder zielgruppenorientierter Zugang)	118	70 %	21	38 %	139	62 %
Jugendverbandliche Form (z. B. Jugending, Jugendorganisation)	17	10 %	6	11 %	23	10 %
Sonstiges	11	7 %	2	4 %	13	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 69: Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds

	Absolut	In Prozent
Ja	209	94 %
Nein	8	4 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	6	3 %
Gesamt	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit etabliertem Jugendforum (n=223).

Tabelle 70: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung

	Absolut	In Prozent
Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitlich begrenztes Engagement)	204	77 %
Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenenengremien über den Begleitausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)	127	48 %
Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadtteilkonferenzen etc.)	92	35 %
Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit	99	37 %
Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung (z.B. Jugendförderpläne)	26	10 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	27	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 71: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderjahr

	2015		2016		2017		2018	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Problemdefinition und Zielbestimmung	79	36 %	108	50 %	125	47 %	148	56 %
Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung	104	48 %	161	74 %	197	75 %	215	81 %
Beteiligung bei Entscheidungen	93	43 %	134	61 %	174	66 %	187	71 %
Beteiligung bei der Planung	84	39 %	129	59 %	152	58 %	179	68 %
Umsetzung - Engagement und Verantwortungsübernahme	90	41 %	138	63 %	154	58 %	182	69 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	104	48 %	43	20 %	52	20 %	34	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218), 2016 (N=218), 2017 (N=264) und 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 72: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses differenziert nach Vorhandensein eines Jugendforums

	Mit etabliertem Jugendforum		Ohne etabliertes Jugendforum		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Problemdefinition und Zielbestimmung	134	60 %	14	33 %	148	56 %
Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung	195	87 %	20	48 %	215	81 %
Beteiligung bei Entscheidungen	176	79 %	11	26 %	187	71 %
Beteiligung bei der Planung	167	75 %	12	29 %	179	68 %
Umsetzung - Engagement und Verantwortungsübernahme	164	74 %	18	43 %	182	69 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	15	7 %	19	45 %	34	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 73: Vertretung von Mitgliedern der Jugendforen in Begleitausschüssen

	Absolut	In Prozent
Keine Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	34	15 %
Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	189	85 %
Gesamt	223	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=223) mit etabliertem Jugendforum und konstituiertem Begleitausschuss.

Tabelle 74: Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss

	Absolut	In Prozent
Ja	176	93 %
Nein	10	5 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	3	2 %
Gesamt	189	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (n=189) mit etabliertem Jugendforum und Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss.

Tabelle 75: Beurteilung der Beteiligung an Demokratiekonferenzen: Breite Beteiligung Jugendlicher

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
2015	5	4 %	15	12 %	39	30 %	50	38 %	21	16 %
2016	7	6 %	29	24 %	36	30 %	37	31 %	11	9 %
2017	13	13 %	25	25 %	29	29 %	25	25 %	9	9 %
2018	11	11 %	31	31 %	27	27 %	24	24 %	8	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=130), 2016 (n=120), 2017 (n=101) und 2018 (n=101), die im Befragungsjahr bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben.

Tabelle 76: Bewilligte Projekte/Initiativen aus dem Jugendfonds im Jahr 2017

Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Minimum	Maximum	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
3,4	0	30	892

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 77: Themenfelder, in denen im Jahr 2017 jugendfondsfinanzierte Projekte realisiert wurden

	Absolut	Prozent
Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahraum	177	67 %
Stärkung des Demokratieverständnisses und der lokalen politischen Partizipation	168	63 %
Förderung der Aufgeschlossenheit und des gleichberechtigten Miteinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen	136	51 %
Abbau von Rassismus, Antisemitismus sowie Vorurteilen und Aufklärung über Menschenrechte	121	46 %
Prävention von Rechtsextremismus	72	27 %
Stärkung des Engagements von Jugendlichen für Geflüchtete/Asylsuchende	65	25 %
Sonstiges	13	5 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	38	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 78: Zufriedenheit mit dem eigenen Engagement im Jugendforum: „Wie zufrieden bist Du mit den folgenden Aspekten Deines Engagements im Jugendforum?“

	Sehr zufrieden		Zufrieden		Teils zufrieden/teils unzufrieden		Unzufrieden		Sehr unzufrieden	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit den Ergebnissen Deines Engagements im Jugendforum?	121	20 %	277	45 %	179	29 %	35	6 %	2	0 %
Alles in allem mit Deiner Mitwirkung im Jugendforum?	149	24 %	324	53 %	120	20 %	20	3 %	1	0 %
Mit Deinem persönlichen Gewinn aus Deinem Engagement im Jugendforum?	203	33 %	270	44 %	116	19 %	23	4 %	2	0 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614).

Tabelle 79: Gründe für die Attraktivität des Engagements im Jugendforum

	Absolut	In Prozent
Ich finde diese Möglichkeit mitzuwirken attraktiv, weil konkrete Projekte dabei herauskommen.	443	72 %
Ich finde diese Möglichkeit mitzuwirken attraktiv, weil ich Einfluss auf die Themen habe.	379	62 %
Ich finde diese Möglichkeit mitzuwirken attraktiv, weil ich besser über Themen, die mich interessieren, informiert bin.	330	54 %
Ich finde diese Möglichkeit mitzuwirken attraktiv, weil ich neue Kontakte zur Verwaltung/Politik/Organisationen erhalte.	296	48 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 80: Interessierende Themen im Rahmen des eigenen Engagements

	Absolut	In Prozent
Mangelhafte demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche	420	68 %
Rechtsextremismus	391	64 %
Engagement für Geflüchtete	336	55 %
Homo- und Transfeindlichkeit	277	45 %
Islam-/Muslimfeindlichkeit	232	38 %
Antisemitismus	206	34 %
Islamismus	132	21 %
Linke Militanz	79	13 %
Antiziganismus	57	9 %

Quelle: Angaben der Mitglieder aus den Jugendforen 2017 und 2018 (N=614). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 81: Wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation differenziert nach programmrelevanten Problemlagen

		Verschlechterung	Keine Veränderung	Verbesserung	Gesamt
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	Absolut	97	17	74	188
	In Prozent	52 %	9 %	39 %	100 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	Absolut	42	8	46	96
	In Prozent	44 %	8 %	48 %	100 %
Antisemitismus	Absolut	22	6	33	61
	In Prozent	36 %	10 %	54 %	100 %
Antiziganismus	Absolut	8	1	18	27
	In Prozent	30 %	4 %	67 %	100 %
Homo- und Transfeindlichkeit	Absolut	10	1	32	43
	In Prozent	23 %	2 %	74 %	100 %
Demokratiedistanz	Absolut	63	10	96	169
	In Prozent	37 %	6 %	57 %	100 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	8	3	23	34
	In Prozent	24 %	9 %	68 %	100 %
Rechtsextremismus	Absolut	77	10	66	153
	In Prozent	50 %	7 %	43 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (N=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben, kategorisierte Mittelwertdifferenzen der Situationseinschätzungen 2016 und 2018.

Tabelle 82: Beurteilung der lokalen Situation hinsichtlich des Problemdrucks

		Kein Problem- druck	(Eher) geringer Problem- druck	Mittlerer Problem- druck	(Eher) hoher Problem- druck	Gesamt
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	Absolut	1	21	68	98	188
	In Prozent	1 %	11 %	36 %	52 %	100 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	Absolut	0	8	48	40	96
	In Prozent	0 %	8 %	50 %	42 %	100 %
Antisemitismus	Absolut	1	17	29	14	61
	In Prozent	2 %	28 %	48 %	23 %	100 %
Antiziganismus	Absolut	0	6	6	15	27
	In Prozent	0 %	22 %	22 %	56 %	100 %
Homo- und Transfeindlichkeit	Absolut	2	13	17	11	43
	In Prozent	5 %	30 %	40 %	26 %	100 %
Demokratiedistanz	Absolut	1	19	63	86	169
	In Prozent	1 %	11 %	37 %	51 %	100 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	0	8	19	7	34
	In Prozent	0 %	24 %	56 %	21 %	100 %
Rechtsextremismus	Absolut	0	26	41	86	153
	In Prozent	0 %	17 %	27 %	56 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (N=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben.

Tabelle 83: Stellenwert der Bearbeitung programmrelevanter Problemlagen

		Niedriger Stellenwert	Mittlerer Stellenwert	Hoher Stellenwert	Gesamt
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	Absolut	1	35	152	188
	In Prozent	1 %	19 %	81 %	100 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	Absolut	8	55	33	96
	In Prozent	8 %	57 %	34 %	100 %
Antisemitismus	Absolut	5	36	20	61
	In Prozent	8 %	59 %	33 %	100 %
Antiziganismus	Absolut	3	12	12	27
	In Prozent	11 %	44 %	44 %	100 %
Homo- und Transfeindlichkeit	Absolut	9	23	11	43
	In Prozent	21 %	53 %	26 %	100 %
Demokratiedistanz	Absolut	5	42	122	169
	In Prozent	3 %	25 %	72 %	100 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	6	15	13	34
	In Prozent	18 %	44 %	38 %	100 %
Rechtsextremismus	Absolut	3	40	110	153
	In Prozent	2 %	26 %	72 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (N=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben.

Tabelle 84: Aktivitäten Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	57	37 %
Ja, in Einzelfällen	60	39 %
Nein	25	16 %
Kann ich nicht beurteilen	11	7 %
Gesamt	153	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=153), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben.

Tabelle 85: Demonstrationen und Protestkundgebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	30	20 %
Ja, in Einzelfällen	57	37 %
Nein	63	41 %
Kann ich nicht beurteilen	3	2 %
Gesamt	153	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=153), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben.

Tabelle 86: Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z.B. Konzerte, Feste) demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	21	14 %
Ja, in Einzelfällen	30	20 %
Nein	71	46 %
Kann ich nicht beurteilen	31	20 %
Gesamt	153	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=153), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben.

Tabelle 87: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Rechtsextremismus im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ordnungsämter, Polizei etc. und zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei rechtsextrem motivierten Vorfällen.	22	14 %	57	37 %	61	40 %	11	7 %	2	1 %
Die Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen ist hoch.	25	16 %	52	34 %	56	37 %	19	12 %	1	1 %
Relevante Akteur/innen verfügen über profunde, aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.	20	13 %	78	51 %	49	32 %	5	3 %	1	1 %
Die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf Vorfälle.	23	17 %	55	36 %	50	33 %	21	14 %	1	1 %
Rechtsextreme Akteur/innen sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	8	5 %	36	24 %	55	36 %	29	19 %	25	16 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur/innen sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien d. Rechtsextremismus kompetent (z.B...).	14	9 %	73	48 %	56	37 %	8	5 %	2	1 %
Rechtsextrem motivierte Vorfälle (Schmierereien, Demonstrationen, Wortergreifung, Übergriffe etc.) werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt.	28	18 %	74	48 %	39	25 %	9	6 %	3	2 %
Opfer rechtsextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegengewirkt.	24	16 %	53	35 %	62	41 %	13	8 %	1	1 %
Deutungsmächtige Akteur/innen üben Gegenrede und positionieren sich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus.	31	20 %	65	42 %	45	29 %	10	7 %	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=153), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben.

Tabelle 88: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Rechtsextremismus im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ordnungsämter, Polizei etc. u. zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei rechtsextrem motivierten Vorfällen.	34	22 %	62	41 %	48	31 %	9	6 %	0	0 %
Die Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen ist hoch.	27	18 %	50	33 %	54	35 %	22	14 %	0	0 %
Relevante Akteur/innen verfügen über profunde und aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.	36	24 %	67	44 %	41	27 %	8	5 %	1	1 %
Die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf Vorfälle.	30	20 %	50	33 %	48	31 %	19	12 %	6	4 %
Rechtsextreme Akteur/innen sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	5	3 %	36	24 %	46	30 %	34	22 %	32	21 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur/innen sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Rechtsextremismus kompetent (z.B. ...).	17	11 %	59	39 %	65	42 %	10	7 %	2	1 %
Rechtsextrem motivierte Vorfälle (Schmierereien, Demonstrationen, Wortergreifung, Übergriffe etc.) werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt.	40	26 %	56	37 %	44	29 %	11	7 %	2	1 %
Opfer rechtsextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegenge-wirkt.	18	12 %	60	43 %	66	39 %	8	5 %	1	1 %
Deutungsmächtige Akteur/innen üben Gegenrede und positionieren sich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus.	51	33 %	45	29 %	41	27 %	15	10 %	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=153), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben.

Tabelle 89: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	23	12 %	70	37 %	80	43 %	15	8 %	0	0 %
Der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten wird regelmäßig durch eine faktenbasierte Information der Bürger/innen begegnet.	11	6 %	64	34 %	75	40 %	37	20 %	1	1 %
Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	43	23 %	88	47 %	43	23 %	13	7 %	1	1 %
Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	37	20 %	91	48 %	46	24 %	13	7 %	1	1 %
Fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen wird mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	9	5 %	56	30 %	82	44 %	36	19 %	5	3 %
Geflüchtete sind in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	11	6 %	51	27 %	94	50 %	30	16 %	2	1 %
Bürger/innen nehmen Gelegenheiten zu Begegnungen, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten beitragen, umfassend wahr.	14	7 %	51	27 %	103	55 %	18	10 %	2	1 %
Geflüchtete artikulieren und vertreten ihre Belange.	4	2 %	39	21 %	72	38 %	68	36 %	5	3 %
Rechtspopulistische Bewegungen sind im öffentlichen Raum nicht präsent	7	4 %	36	19 %	57	30 %	50	27 %	38	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 90: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	37	20 %	76	40 %	59	31 %	12	6 %	4	2 %
Der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten wird regelmäßig durch eine faktenbasierte Information der Bürger/innen begegnet.	17	9 %	67	36 %	71	38 %	26	14 %	7	4 %
Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	55	29 %	81	43 %	40	21 %	12	6 %	0	0 %
Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	71	38 %	85	45 %	26	14 %	6	3 %	0	0 %
Fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen wird mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	12	6 %	40	21 %	85	45 %	45	24 %	6	3 %
Geflüchtete sind in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	12	6 %	51	27 %	97	52 %	26	14 %	2	1 %
Bürger/innen nehmen Gelegenheiten zu Begegnungen, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten beitragen, umfassend wahr.	22	12 %	49	26 %	97	52 %	19	10 %	1	1 %
Geflüchtete artikulieren und vertreten ihre Belange.	3	2 %	25	13 %	77	41 %	71	38 %	12	6 %
Rechtspopulistische Bewegungen sind im öffentlichen Raum nicht präsent	6	3 %	31	16 %	61	32 %	59	31 %	31	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 91: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: Politische und weitere deutungsmächtige Akteur/innen stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu	0	0 %	1	1 %	0	0 %	1	1 %
Trifft eher nicht zu	4	4 %	9	12 %	0	0 %	13	7 %
Teils/teils	17	17 %	25	34 %	1	8 %	43	23 %
Trifft eher zu	51	50 %	30	41 %	7	54 %	88	47 %
Trifft voll zu	30	29 %	8	11 %	5	38 %	43	23 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 92: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: Politische und weitere deutungsmächtige Akteur/innen stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Trifft eher nicht zu	4	4 %	8	11 %	0	0 %	12	6 %
Teils/teils	19	19 %	18	25 %	3	23 %	40	21 %
Trifft eher zu	43	42 %	31	42 %	7	54 %	81	43 %
Trifft voll zu	36	35 %	16	22 %	3	23 %	55	29 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 93: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	v	In Prozent
Trifft gar nicht zu	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Trifft eher nicht zu	7	7 %	7	10 %	1	8 %	15	8 %
Teils/teils	33	32 %	43	59 %	4	31 %	80	43 %
Trifft eher zu	48	47 %	16	22 %	6	46 %	70	37 %
Trifft voll zu	14	14 %	7	10 %	2	15 %	23	12 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 94: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu	3	3 %	1	1 %	0	0 %	4	2 %
Trifft eher nicht zu	8	8 %	3	4 %	1	8 %	12	6 %
Teils/teils	30	29 %	26	36 %	3	23 %	59	31 %
Trifft eher zu	38	37 %	30	41 %	8	62 %	76	40 %
Trifft voll zu	23	23 %	13	18 %	1	1 %	37	20 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 95: Stattgefunden Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie (Partnerschaften, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben)

	Absolut	In Prozent
Es wurden neue Netzwerke gegründet	89	53 %
Bestehende Netzwerke wurden durch neue Akteure erweitert	124	73 %
Bestehende Netzwerke haben die Themenstellungen der Partnerschaft für Demokratie aufgegriffen	112	66 %
Bestehende Netzwerke haben sich verstärkt engagiert	98	58 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 96: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu	1	1 %	0	0 %	0	0 %	1	1 %
Trifft eher nicht zu	5	5 %	6	8 %	2	15 %	13	7 %
Teils/teils	23	23 %	23	32 %	0	0 %	46	24 %
Trifft eher zu	48	47 %	34	47 %	9	69 %	91	48 %
Trifft voll zu	25	25 %	10	14 %	2	15 %	37	20 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 97: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Trifft eher nicht zu	3	3 %	3	4 %	0	0 %	6	3 %
Teils/teils	7	7 %	16	22 %	3	23 %	26	14 %
Trifft eher zu	40	39 %	38	52 %	7	54 %	85	45 %
Trifft voll zu	52	51 %	16	22 %	3	23 %	71	38 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 98: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Demokratiedistanz im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Es erfolgt eine kontinuierliche Information und sachliche Auseinandersetzung zu demokratischen Werten und Menschenrechten.	20	12 %	93	55 %	43	25 %	12	7 %	1	1 %
Es existieren vielfältige Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen u. Einüben demokratischer Praxis.	30	18 %	74	44 %	56	33 %	8	5 %	1	1 %
Multiplikator/innen/deutungsmächtige Akteure in Vereinen und Organisationen verfügen über ausreichendes Know-how zu Demokratieentwicklung und zur Gestaltung partizipativer Prozesse.	17	10 %	82	49 %	62	37 %	7	4 %	1	1 %
Das Spektrum der demokratisch engagierten Akteursgruppen ist vielfältig.	37	22 %	76	45 %	46	27 %	9	5 %	1	1 %
Diskursive Aushandlungsprozesse werden als Bestandteil der demokratischen Praxis verstanden und von Politik und Bürgerschaft entsprechend respektvoll geführt.	15	9 %	53	31 %	74	44 %	27	16 %	0	0 %
Bürgernetzwerke, Vereine etc. vitalisieren als Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements die lokale politische Kultur.	33	20 %	85	50 %	38	22 %	13	8 %	0	0 %
Eine Vielzahl von Bürger/innen zeigt Interesse und nimmt aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens (z.B. Nutzung Dorfgemeinschaftshäuser, Projekte mit Geflüchteten etc.) teil.	20	12 %	67	40 %	62	37 %	19	11 %	1	1 %
Politik und Verwaltung setzen sich aktiv für die Senkung der Hürden und Vorbehalte politischer Partizipation von Bürger/innen ein (z.B. Bürgerkonsultationen, Bürgerdialoge, Bürgersprechstunden).	22	13 %	56	33 %	71	42 %	16	9 %	4	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

Tabelle 99: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Demokratiedistanz im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Es erfolgt eine kontinuierliche Information und sachliche Auseinandersetzung zu demokratischen Werten und Menschenrechten.	12	7 %	67	40 %	68	40 %	22	13 %	0	0 %
Es existieren vielfältige Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen u. Einüben demokratischer Praxis.	18	11 %	55	33 %	69	41 %	25	15 %	2	1 %
Multiplikator/innen/deutungsmächtige Akteure in Vereinen und Organisationen verfügen über ausreichendes Know-how zu Demokratieentwicklung und zur Gestaltung partizipativer Prozesse.	10	6 %	61	36 %	74	44 %	23	14 %	1	1 %
Das Spektrum der demokratisch engagierten Akteursgruppen ist vielfältig.	34	20 %	61	36 %	53	31 %	20	12 %	1	1 %
Diskursive Aushandlungsprozesse werden als Bestandteil der demokratischen Praxis verstanden und von Politik und Bürgerschaft entsprechend respektvoll geführt.	12	7 %	43	25 %	79	47 %	29	17 %	6	4 %
Bürgernetzwerke, Vereine etc. vitalisieren als Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements die lokale politische Kultur.	26	15 %	79	47 %	53	31 %	10	6 %	1	1 %
Eine Vielzahl von Bürger/innen zeigt Interesse und nimmt aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens (z.B. Nutzung Dorfgemeinschaftshäuser, Projekte mit Geflüchteten etc.) teil.	25	15 %	66	39 %	63	37 %	14	8 %	1	1 %
Politik und Verwaltung setzen sich aktiv für die Senkung der Hürden und Vorbehalte politischer Partizipation von Bürger/innen ein (z.B. Bürgerkonsultationen, Bürgerdialoge, Bürgersprechstunden).	20	12 %	64	38 %	57	34 %	26	15 %	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

Tabelle 100: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Islamische Religion und Kultur kann von Muslimen öffentlich wahrnehmbar gelebt werden und wird von der Bevölkerung respektiert.	6	6 %	37	39 %	40	42 %	12	13 %	1	1 %
Es findet eine aufklärende öffentliche Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit und ihren Kernthemenstellungen (z.B. Terrorangst, Unterdrückung von Frauen, Parallelgesellschaften) statt.	1	1 %	34	35 %	38	40 %	22	23 %	1	1 %
Muslime bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	7	7 %	31	32 %	33	34 %	20	21 %	2	5 %
Muslime und islamische Organisationen engagieren sich für die Prävention und den Abbau von Islamfeindlichkeit.	4	4 %	32	33 %	44	46 %	14	15 %	2	2 %
Relevante Zielgruppen sind über islamische Diversität informiert und sensibilisiert gegenüber pauschalisierenden Zuschreibungen.	2	2 %	35	36 %	40	42 %	18	19 %	1	1 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen muslimischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	6	6 %	36	38 %	30	31 %	24	25 %	0	0 %
Deutungsmächtige Akteure (z.B. Personen des öffentlichen Lebens, Politiker/innen etc.) positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen.	12	13 %	37	39 %	30	31 %	14	15 %	3	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=96), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit angestrebt haben.

Tabelle 101: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Islamische Religion und Kultur kann von Muslimen öffentlich wahrnehmbar gelebt werden und wird von der Bevölkerung respektiert.	9	9 %	36	38 %	38	40 %	10	10 %	3	3 %
Es findet eine aufklärende öffentliche Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit und ihren Kernthemenstellungen (z.B. Terrorangst, Unterdrückung von Frauen, Parallelgesellschaften) statt.	0	0 %	19	20 %	48	50 %	27	28 %	2	2 %
Muslime bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	7	7 %	35	36 %	29	30 %	20	21 %	5	5 %
Muslime und islamische Organisationen engagieren sich für die Prävention und den Abbau von Islamfeindlichkeit.	5	5 %	32	33 %	37	39 %	17	18 %	5	5 %
Relevante Zielgruppen sind über islamische Diversität informiert und sensibilisiert gegenüber pauschalisierenden Zuschreibungen.	1	1 %	19	20 %	55	57 %	19	20 %	2	2 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen muslimischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	10	10 %	29	30 %	34	35 %	19	20 %	4	4 %
Deutungsmächtige Akteure (z.B. Personen des öffentlichen Lebens, Politiker/innen etc.) positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen.	22	23 %	35	36 %	28	29 %	8	8 %	3	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=96), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit angestrebt haben.

Tabelle 102: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind über lokale islamistische Akteure und gängige Rekrutierungswege informiert.	1	3 %	20	59 %	13	38 %	0	0 %	0	0 %
Multiplikator/innen (z.B. Jugendarbeiter/innen, Lehrer/innen, Eltern, Imame etc.) sind für die Anzeichen und Hintergründe islamistischer Radikalisierung bei Heranwachsenden sensibilisiert.	7	21 %	18	53 %	7	21 %	2	6 %	0	0 %
Relevante Akteure kennen und kooperieren mit den vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Themenfeld Islamismus.	5	15 %	18	53 %	8	24 %	1	3 %	2	6 %
Muslime und islamische Organisationen sind umfassend in die Prävention von Islamismus eingebunden.	1	3 %	12	35 %	15	44 %	5	15 %	1	3 %
Lokale Organisationen und Institutionen verfügen über ausreichend Know-How, um Kenntnisse zur islamischen Religion und Kultur zu vermitteln.	0	0 %	12	35 %	17	50 %	3	9 %	2	6 %
Die Bereitschaft zur kommunalen Auseinandersetzung mit Desintegrationsprozessen muslimischer Bevölkerungsgruppen ist hoch.	1	3 %	16	47 %	13	38 %	3	9 %	1	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=34), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen angestrebt haben.

Tabelle 103: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind über lokale islamistische Akteure und gängige Rekrutierungswege informiert.	2	6 %	13	38 %	16	47 %	2	6 %	1	3 %
Multiplikator/innen (z.B. Jugendarbeiter/innen, Lehrer/innen, Eltern, Imame etc.) sind für die Anzeichen und Hintergründe islamistischer Radikalisierung bei Heranwachsenden sensibilisiert.	2	6 %	11	32 %	15	44 %	6	18 %	0	0 %
Relevante Akteure kennen und kooperieren mit den vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Themenfeld Islamismus.	2	6 %	12	35 %	17	50 %	3	9 %	0	0 %
Muslime und islamische Organisationen sind umfassend in die Prävention von Islamismus eingebunden.	1	3 %	12	35 %	13	38 %	7	21 %	1	3 %
Lokale Organisationen und Institutionen verfügen über ausreichend Know-How, um Kenntnisse zur islamischen Religion und Kultur zu vermitteln.	0	0 %	8	24 %	20	59 %	6	18 %	0	0 %
Die Bereitschaft zur kommunalen Auseinandersetzung mit Desintegrationsprozessen muslimischer Bevölkerungsgruppen ist hoch.	0	0 %	11	32 %	14	41 %	9	26 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=34), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen angestrebt haben.

Tabelle 104: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Antisemitismus im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Jüdische Organisationen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	5	8 %	20	33 %	16	26 %	14	23 %	6	10 %
Menschen jüdischen Glaubens können frei von Angst vor Anfeindungen und/oder Übergriffen leben.	5	8 %	17	28 %	27	44 %	11	18 %	1	2 %
Es existiert eine lebendige Erinnerungskultur an die (lokale) Geschichte antisemitischer Verfolgung.	21	34 %	30	49 %	7	11 %	3	5 %	0	0 %
Relevante Zielgruppen sind zum Israel-Palästina-Konflikt und aktuellen Formen des Antisemitismus aufgeklärt.	0	0 %	15	25 %	30	49 %	16	26 %	0	0 %
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktueller Formen von Antisemitismus sensibilisiert.	0	0 %	24	39 %	32	52 %	5	8 %	0	0 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung antisemitischer Vorurteile kompetent.	4	7 %	20	33 %	28	46 %	8	13 %	1	2 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen jüdischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	14	23 %	22	36 %	19	31 %	4	7 %	2	3 %
Es existiert eine gesellschaftliche Akzeptanz der Auseinandersetzung mit Antisemitismus.	5	8 %	34	56 %	20	33 %	1	2 %	1	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=61), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antisemitismus angestrebt haben.

Tabelle 105: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Antisemitismus im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Jüdische Organisationen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	8	13 %	13	21 %	19	31 %	16	26 %	5	8 %
Menschen jüdischen Glaubens können frei von Angst vor Anfeindungen und/oder Übergriffen leben.	6	10 %	15	25 %	29	48 %	10	16 %	1	2 %
Es existiert eine lebendige Erinnerungskultur an die (lokale) Geschichte antisemitischer Verfolgung.	24	39 %	22	36 %	15	25 %	0	0 %	0	0 %
Relevante Zielgruppen sind zum Israel-Palästina-Konflikt und aktuellen Formen des Antisemitismus aufgeklärt.	0	0 %	7	11 %	36	59 %	13	21 %	5	8 %
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktueller Formen von Antisemitismus sensibilisiert.	2	3 %	15	25 %	36	59 %	8	13 %	0	0 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung antisemitischer Vorurteile kompetent.	5	8 %	18	30 %	29	48 %	9	15 %	0	0 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen jüdischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	14	23 %	17	28 %	21	34 %	7	11 %	2	3 %
Es existiert eine gesellschaftliche Akzeptanz der Auseinandersetzung mit Antisemitismus.	6	10 %	24	39 %	28	46 %	3	5 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=61), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antisemitismus angestrebt haben.

Tabelle 106: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Antiziganismus im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft nicht zu eher		Trifft nicht zu gar	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Sinti und/oder Roma können im lokalen Raum offen und selbstbewusst mit ihrem ethnischen Hintergrund umgehen.	1	4 %	5	19 %	12	44 %	6	22 %	3	11 %
Gelegenheiten zur konfliktfreien Begegnung zwischen Sinti und/oder Roma und weiteren Bevölkerungsgruppen werden regelmäßig wahrgenommen.	0	0 %	10	37 %	6	22 %	6	22 %	5	19 %
Sinti und/oder Roma bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	1	4 %	9	33 %	8	30 %	4	15 %	5	19 %
Konflikte (z.B. sozial-räumlich bedingte Belastungen) werden unter aktiver Beteiligung von Sinti und/oder Roma bearbeitet.	0	0 %	4	15 %	9	33 %	9	33 %	5	19 %
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktueller Vorkommnisse antiziganistischer Diskriminierung und Verfolgung aufgeklärt.	0	0 %	8	30 %	10	37 %	7	26 %	2	7 %
Staatliche Organisationen (z.B. Verwaltung, Schule, Polizei etc.) sind bezüglich der Diskriminierung von Sinti und Roma sensibilisiert.	0	0 %	9	33 %	9	33 %	7	26 %	2	7 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Sinti und/oder Roma werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	2	7 %	7	26 %	11	41 %	5	19 %	2	7 %
Zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich aktiv für die Belange von Sinti und/oder Roma ein.	2	7 %	16	59 %	5	19 %	2	7 %	2	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=27), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antiziganismus angestrebt haben.

Tabelle 107: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Antiziganismus im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Sinti und/oder Roma können im lokalen Raum offen und selbstbewusst mit ihrem ethnischen Hintergrund umgehen.	0	0 %	2	7 %	10	37 %	12	44 %	3	11 %
Gelegenheiten zur konfliktfreien Begegnung zwischen Sinti und/o-der Roma und weiteren Bevölkerungsgruppen werden regelmäßig wahrgenommen.	0	0 %	4	15 %	13	48 %	8	30 %	2	7 %
Sinti und/oder Roma bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	1	4 %	4	15 %	7	26 %	12	44 %	3	11 %
Konflikte (z.B. sozial-räumlich bedingte Belastungen) werden unter aktiver Beteiligung von Sinti und/oder Roma bearbeitet.	0	0 %	1	4 %	8	30 %	14	52 %	4	15 %
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktueller Vorkommnisse antiziganistischer Diskriminierung und Verfolgung aufgeklärt.	0	0 %	1	4 %	9	33 %	14	52 %	3	11 %
Staatliche Organisationen (z.B. Verwaltung, Schule, Polizei etc.) sind bezüglich der Diskriminierung von Sinti und Roma sensibilisiert.	0	0 %	5	19 %	14	52 %	7	26 %	1	4 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Sinti und/oder Roma werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	2	7 %	4	15 %	10	37 %	9	33 %	2	7 %
Zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich aktiv für die Belange von Sinti und/oder Roma ein.	2	7 %	9	33 %	12	44 %	3	11 %	1	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=27), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antiziganismus angestrebt haben.

Tabelle 108: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
LGBTI-Organisationen, -Zusammenschlüsse und -Netzwerke nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	7	16 %	15	35 %	11	26 %	9	21 %	1	2 %
Gendervielfalt ist im öffentlichen Raum sichtbar.	3	7 %	19	44 %	12	28 %	8	19 %	1	2 %
Die Bevölkerung ist bezüglich Homo- und Transfeindlichkeit aufgeklärt.	0	0 %	14	33 %	23	53 %	6	14 %	0	0 %
LGBTI-Personen erhalten in ihren Belangen umfassende Unterstützung.	2	5 %	20	47 %	18	42 %	3	7 %	0	0 %
Staatliche Organisationen (Verwaltung, Schule etc.) sind bezüglich genderspezifischer Diskriminierung sensibilisiert.	1	2 %	19	44 %	20	47 %	3	7 %	0	0 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung von Vorurteilen gegenüber LGBTI-Personen kompetent.	0	0 %	15	35 %	25	58 %	3	7 %	0	0 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegen LGBTI-Personen werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	2	5 %	20	47 %	13	30 %	6	14 %	2	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=43), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit angestrebt haben.

Tabelle 109: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
LGBTI-Organisationen, -Zusammenschlüsse und -Netzwerke nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	7	16 %	13	30 %	13	30 %	9	21 %	1	2 %
Gendervielfalt ist im öffentlichen Raum sichtbar.	2	5 %	13	30 %	16	37 %	10	23 %	2	5 %
Die Bevölkerung ist bezüglich Homo- und Transfeindlichkeit aufgeklärt.	1	2 %	7	16 %	20	47 %	13	30 %	2	5 %
LGBTI-Personen erhalten in ihren Belangen umfassende Unterstützung.	2	5 %	9	21 %	24	56 %	7	16 %	1	2 %
Staatliche Organisationen (Verwaltung, Schule etc.) sind bezüglich genderspezifischer Diskriminierung sensibilisiert.	4	9 %	13	30 %	19	44 %	7	16 %	0	0 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung von Vorurteilen gegenüber LGBTI-Personen kompetent.	1	2 %	8	19 %	24	56 %	8	19 %	2	5 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegen LGBTI-Personen werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	3	7 %	10	23 %	19	44 %	8	19 %	3	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=43), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit angestrebt haben.

Tabelle 110: Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der integrierten Handlungsstrategie im Jahr 2018

	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	236	89 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	157	59 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	153	58 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	143	54 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	96	36 %
Diversity Mainstreaming	86	32 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	82	31 %
Homo- und Transfeindlichkeit	56	21 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	56	21 %
Gender Mainstreaming	54	20 %
Antiziganismus	46	17 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	45	17 %
Linke Militanz	6	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 111: Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	39	25 %	5	5 %	1	7 %	45	17 %
Nein	118	75 %	88	95 %	14	93 %	220	83 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 112: Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	37	25 %	7	8 %	1	3 %	45	17 %
Nein	111	75 %	76	92 %	33	97 %	220	83 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 113: Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach dem Vorhandensein von Problemen im Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“

Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts Islamistische Orientierungen und Handlungen	Sind Ihnen Probleme in Ihrer Förderregion im Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bekannt (z.B. Radikalisierungstendenzen, Rekrutierungsversuche, radikale Predigten in Moscheen, Ausreisen von radikalisierten Personen in Kriegsgebiete)?			
	Ja		Nein	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	25	40 %	20	10 %
Nein	38	60 %	182	90 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 114: Einschätzung, ob sich das Instrument der Partnerschaft für Demokratie dazu eignet, dem Phänomenbereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ angemessen zu begegnen

	Absolut	In Prozent
Ja	29	64 %
Nein	3	7 %
Kann ich nicht beurteilen	13	29 %
Gesamt	45	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45).

Tabelle 115: Ansatz bei der Bearbeitung des Themenbereichs „Islamistische Orientierungen und Handlungen“

	Absolut	In Prozent
Präventionsarbeit zur Vorbeugung von islamistischer Radikalisierung	30	67 %
Förderung der Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit	10	22 %
Sonstiges	2	4 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	3	7 %
Gesamt	45	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45).

Tabelle 116: Ziele bei der Bearbeitung des Themenschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“

	Absolut	In Prozent
Förderung interkultureller Kontakte zum Abbau von Gefühlen der Fremdheit bzw. Vorurteilen gegenüber Muslim/innen	31	69 %
Stärkung der Kompetenz von Jugendlichen im Umgang mit religiös begründetem Extremismus	26	58 %
Aufklärung und Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit bzgl. islamistischem Extremismus und dessen Kernthemenstellungen und Ursachen	24	53 %
Prävention von Radikalisierung durch Stärkung des Demokratieverständnisses von Muslim/innen (z.B. Diskussion der Themenbereiche Islam, Vielfalt und Demokratie)	23	51 %
Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften im Umgang mit islamistischem Gedankengut und Radikalisierungstendenzen	22	49 %
Aufklärung und Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit bzgl. des islamischen Glaubens und seiner Auslegung	16	36 %
Etablierung eines Netzwerks relevanter Akteure (z.B. Eltern, Lehrer/innen, Imame, Sozialarbeiter/innen) zur gemeinsamen Entwicklung von Handlungsansätzen gegen religiös begründeten Extremismus	13	29 %
Sonstiges	2	4 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	5	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 117: Ziele bei der Bearbeitung des Themenschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach dem Ansatz der Bearbeitung

	Präventionsarbeit zur Vorbeugung von islamistischer Radikalisierung (n=30)		Förderung der Auseinandersetzung mit Islam- und Muslimfeindlichkeit (n=10)		Sonstiges (n=2)		Kann ich (noch) nicht beurteilen (n=3)		Gesamt (n=45)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Förderung interkultureller Kontakte zum Abbau von Gefühlen der Fremdheit bzw. Vorurteilen gegenüber Muslim/innen	20	67 %	9	90 %	2	100%	0	0 %	31	69 %
Stärkung der Kompetenz von Jugendlichen im Umgang mit religiös begründetem Extremismus	16	53 %	9	90 %	1	50 %	0	0 %	26	58 %
Aufklärung und Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit bzgl. islamistischem Extremismus und dessen Kernthemenstellungen und Ursachen	17	57 %	6	60 %	1	50 %	0	0 %	24	53 %
Prävention von Radikalisierung durch Stärkung des Demokratieverständnisses von Muslim/innen (z.B. Diskussion der Themenbereiche Islam, Vielfalt und Demokratie)	17	57 %	5	50 %	1	50 %	0	0 %	23	51 %
Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften im Umgang mit islamistischem Gedankengut und Radikalisierungstendenzen	16	53 %	5	50 %	1	50 %	0	0 %	22	49 %
Aufklärung und Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit bzgl. des islamischen Glaubens und seiner Auslegung	8	27 %	6	60 %	2	100%	0	0 %	16	36 %
Etablierung eines Netzwerks relevanter Akteure (z.B. Eltern, Lehrer/innen, Imame, Sozialarbeiter/innen) zur gemeinsamen Entwicklung von Handlungsansätzen gegen religiös begründeten Extremismus	11	37 %	1	10 %	1	50 %	0	0 %	13	29 %
Sonstiges	2	7 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	1	3 %	1	10 %	0	0 %	3	100%	5	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 118: Projektformate im Handlungsfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“

	Absolut	In Prozent
Fachtagungen und Weiterbildung für Fachkräfte und/oder Multiplikator/innen	26	58 %
Dialog- bzw. Begegnungsformate	22	49 %
Projektstage (z.B. an Schulen)	19	42 %
Projekte der außerschulischen Jugendbildung	19	42 %
Diskussions- und Informationsveranstaltungen für Bürger/innen	17	38 %
Kulturprojekte (Theater, Videoprojekte etc.)	17	38 %
Freizeitaktivitäten (z.B. Sport) mit Zielgruppen	12	27 %
Projekte zum Aufbau von Netzwerken	10	22 %
Online-gestützte Projekte	1	2 %
Sonstiges	1	2 %
Bisher wurde der Arbeitsschwerpunkt nicht in konkreten Formaten umgesetzt	4	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Bisher wurde der Arbeitsschwerpunkt nicht in konkreten Formaten umgesetzt“.

Tabelle 119: Zielgruppen im Handlungsfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“

	Absolut	In Prozent
Multiplikator/innen	34	76 %
Muslim/innen	32	71 %
Jugendliche Muslim/innen	32	71 %
Pädagogische Fachkräfte	32	71 %
Bürger/innen	31	69 %
Muslimische Gemeinden	30	67 %
Eltern	25	56 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	25	56 %
Lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure	20	44 %
Sonstiges	4	9 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	3	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 120: Zusammenarbeit mit Akteur/innen im Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“

	Absolut	In Prozent
Schulen (Schüler/innenvertretungen, Lehrer/innen, Schulleiter/innen etc.)	32	71 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	29	64 %
Moscheegemeinden	25	56 %
Muslimische Gemeinschaften	25	56 %
Träger der sozialen Arbeit	21	47 %
Interkulturelle Vereinigungen	18	40 %
Jugendämter	18	40 %
Jugendverbände bzw. Jugendringe	18	40 %
(Weitere) Partnerschaften für Demokratie	15	33 %
Beauftragte im Kontext Flucht, Migration bzw. Integration	15	33 %
Beiräte im Kontext Flucht, Migration bzw. Integration	15	33 %
Demokratiezentren bzw. Landeskoordinierungsstellen	14	31 %
Modellprojekte des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	13	29 %
Antidiskriminierungsstellen	12	27 %
Sicherheitsbehörden (z.B. Polizei, Verfassungsschutz)	12	27 %
Träger von Wohnunterkünften für Geflüchtete	11	24 %
Mobile Beratung	10	22 %
Schulämter	10	22 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	8	18 %
Forschungseinrichtungen (z.B. Universitäten) bzw. einzelne Wissenschaftler/innen	7	16 %
Ausstiegshilfe	6	13 %
Menschenrechtsorganisationen	6	13 %
Landespräventionsrat	5	11 %
Migrantische Elternvereine	4	9 %
Ordnungsämter	3	7 %
Kindertageseinrichtungen	3	7 %
(muslimische) Hochschulgruppen	1	2 %
Sonstige	4	9 %
(Noch) keine Zusammenarbeit	1	2 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	3	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45). Mehrfachnennungen sind möglich oder „(Noch) keine Zusammenarbeit“ bzw. „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 121: Probleme im Rahmen der Bearbeitung des Arbeitsschwerpunktes „Islamistische Orientierungen und Handlungen“

	Absolut	In Prozent
Gewinnung von muslimischen Kooperationspartner/-innen	17	38 %
Fehlender Zugang zu Zielgruppen	14	31 %
Diskriminierung von Muslim/innen	13	29 %
Gewinnung von Expert/innen bzw. Fachkräften im Themenbereich	10	22 %
Eigenes fehlendes Fachwissen der Koordinierungs- und Fachstelle bzw. Unsicherheiten im Themenbereich Islamismus	9	20 %
Mangelnder Konsens mit staatlichen und politischen Akteuren über die Bearbeitung des Themenbereichs	9	20 %
Schwierigkeit, Projekterfolge zu sichern und weiterzugeben	7	16 %
Sonstiges	1	2 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	14	31 %
Keine Probleme	1	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die den Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ bearbeiten (n=45). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine Probleme“ bzw. „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 122: Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Akteursgruppe in der Förderregion für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
221	83 %	6	2 %	38	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Ja“-Angaben finden sich diejenigen Befragten, die für mindestens eine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmelden. Die „Nein“-Angaben umfassen die Befragten, die für alle Akteursgruppen explizit angeben, dass es keine Situation der Anfeindung und Bedrohung gab. Die „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben enthalten somit jene Befragte, die mindestens für eine Akteursgruppe „Kann ich nicht beurteilen“ angeben, aber für keine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmelden.

Tabelle 123: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	71	27 %	120	45 %	13	5 %	61	23 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	64	24 %	102	38 %	20	8 %	79	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	36	14 %	108	41 %	57	22 %	64	24 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	6 %	79	30 %	92	35 %	78	29 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	21	8 %	63	24 %	59	22 %	122	46 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	4 %	26	10 %	60	23 %	168	63 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	7	3 %	35	13 %	215	81 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 124: Einschätzung der Koordinator/innen zu islam- bzw. muslimfeindlichen Anfeindungen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

In dem Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 wurden in unserer Förderregion...	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
...Menschen Opfer von islam- bzw. muslimfeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	49	30 %	76	46 %	8	5 %	33	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die angeben, dass Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n=166).

Tabelle 125: Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	57	22 %	45	17 %	163	62 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	27	10 %	61	23 %	177	67 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen	13	5 %	114	43 %	138	52 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	0	0 %	252	95 %	13	5 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	0	0 %	136	51 %	129	49 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Körperverletzungen. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Körperverletzungen gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 126: Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	86	32 %	28	11 %	151	57 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/in-nen	77	29 %	71	27 %	117	44 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	62	23 %	97	37 %	106	40 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	51	19 %	42	16 %	172	65 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	22	8 %	234	88 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 127: Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete	144	54 %	20	8 %	101	38 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/in-nen	109	41 %	63	24 %	93	35 %
Islam- bzw. muslimfeindlich motivierte Übergriffe	93	35 %	33	12 %	139	52 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	71	27 %	95	36 %	99	37 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	33	12 %	222	84 %	10	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Unter den „Nein“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass es gar keine Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die angeben, dass es Übergriffe gab, aber keine Straftaten gegen die Ehre. Unter den „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben finden sich sowohl diejenigen Befragten, die angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Übergriffe auf die spezifische Personengruppe gab als auch diejenigen Befragten, die Übergriffe gegen die spezifische Personengruppe melden, aber angeben, dass sie es nicht beurteilen können, ob es Straftaten gegen die Ehre gegenüber dieser Personengruppe gab.

Tabelle 128: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	16 %	73	46 %	10	6 %	49	31 %
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	10 %	83	53 %	11	7 %	47	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	15	10 %	59	38 %	40	25 %	43	27 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	4 %	41	26 %	62	39 %	48	31 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	3 %	30	19 %	42	27 %	81	52 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	3 %	15	10 %	37	24 %	101	64 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	2 %	19	12 %	127	81 %	8	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 129: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	42	45 %	36	39 %	2	2 %	13	14 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	27 %	28	30 %	10	11 %	30	32 %
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	15	16 %	43	46 %	16	17 %	19	20 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	12 %	30	32 %	16	17 %	36	39 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	6 %	32	34 %	29	31 %	26	28 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	4 %	10	11 %	20	22 %	59	63 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	1	1 %	16	17 %	76	82 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 130: Betroffenheit von Vorkommnissen/Aktionen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements im Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Absolut	In Prozent
Diskreditierung/Unterstellung unlauterer Absichten hinsichtlich der Arbeit der Partnerschaft oder von Projekten	44	17 %
Kommunale Parlamentsanfragen, die die Arbeit der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten in (sachlich unangemessenen) Rechtfertigungszwang bringen	41	15 %
Vorwurf der ideologischen Einflussnahme bzw. des Verstoßes gegen das Neutralitätsgebot an Schulen oder öffentlich geförderten Einrichtungen	34	13 %
Wortergreifung zur Relativierung/Aufrechnung von Themen, die von der Partnerschaft bzw. von Projekten öffentlich thematisiert werden (z.B. Gedenken an Opfer rechter Gewalt mit Hinweisen auf Straftaten anderer Bevölkerungsgruppen)	32	12 %
Öffentlich formulierte pauschale Aufforderung, die Finanzierung der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten einzustellen	28	11 %
Verbreitung von gezielten Falschaussagen bzw. Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaft bzw. von Projekten	24	9 %
Ausspähen und Veröffentlichung von Daten zur Partnerschaft bzw. Projekten und/oder Mitarbeiter/innen (Fotografieren bei Veranstaltungen, Veröffentlichung von Adressen bzw. persönlicher Daten etc.)	17	6 %
Anlassunabhängige Aufforderung zur Überprüfung des gesetzeskonformen Verhaltens von Mitarbeiter/innen der Partnerschaft bzw. von Projekten	15	6 %
Aufforderung zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Trägern	10	4 %
(öffentliche) Aufforderung, Veranstaltungen der Partnerschaft/von Projekten fernzubleiben bzw. zu boykottieren	7	3 %
Sonstige	8	3 %
Nein	134	51 %
Kann ich nicht beurteilen	27	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“ oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 131: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern

	Absolut	In Prozent
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	119	47 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure	113	45 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	104	41 %
(Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit	102	40 %
Bestandsaufnahme von Konzepten, Maßnahmen, bestehenden Angeboten, Vernetzungen etc. im Umgang mit diesen Problemlagen vor Ort (Ressourcenanalyse)	101	40 %
(Fort-)Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	95	38 %
Analyse aktueller Problemlagen vor Ort (Situationsanalyse)	94	37 %
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	90	36 %
Umgang mit einem polarisierten öffentlichen Diskurs	81	32 %
Umgang mit Hate Speech in sozialen Medien	64	25 %
Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen	63	25 %
Präzisierung des Aufgabenprofils der Koordinierungs- und Fachstelle (z.B. Rollenklärung in Bezug auf das federführende Amt, Profilschärfung im Themenbereich etc.)	59	23 %
Projektmanagement	59	23 %
Netzwerkarbeit	53	21 %
Umgang mit Parlamentsanfragen	50	20 %
Kofinanzierung	49	19 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	43	17 %
Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	38	15 %
Umgang mit der Bedrohung engagierter Akteure	38	15 %
Auseinandersetzungen zwischen zugewanderten Gruppen	36	14 %
Sonstiges	14	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit weitergehenden Unterstützungsbedarfen (n=252). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 132: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	81	31 %	109	41 %	28	11 %	47	18 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	79	30 %	108	41 %	50	19 %	28	11 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	70	26 %	78	29 %	87	33 %	30	11 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	37	14 %	68	26 %	86	32 %	74	28 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	9	3 %	25	9 %	139	52 %	92	35 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	7	3 %	30	11 %	143	54 %	85	32 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 133: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteur/innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	110	42 %	128	48 %	8	3 %	5	2 %	14	5 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	87	33 %	90	34 %	12	5 %	3	1 %	73	28 %
Relevante Akteur/innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen informiert und nehmen diese ernst.	61	23 %	142	54 %	24	9 %	2	1 %	36	14 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	47	18 %	134	51 %	40	15 %	5	2 %	39	15 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	45	17 %	110	42 %	40	15 %	8	3 %	62	23 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	38	14 %	125	47 %	29	11 %	3	1 %	70	26 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter/innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	37	14 %	48	18 %	18	7 %	5	2 %	157	59 %

Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	36	14 %	162	61 %	28	11 %	3	1 %	36	14 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	36	14 %	102	38 %	24	9 %	7	3 %	96	36 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	28	11 %	160	60 %	54	20 %	1	0 %	22	8 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	26	10 %	82	31 %	69	26 %	22	8 %	66	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 134: Häufigkeit der Trägertypen in untersuchten Netzwerken

	Absolut	In Prozent
Einzelperson/Gruppe ohne Träger	11	4 %
Bürgerbündnis gegen REX	19	6 %
Religiöse Organisation	17	5 %
Selbstorganisation einer kulturellen/migrantischen Minderheit	10	3 %
Verein/Einrichtung für Kunst/Kultur	34	11 %
Schule/schulischer Förderverein	38	12 %
Träger Erwachsenenbildung	20	6 %
Sport-/Freizeitverband	10	3 %
Jugendorganisation	43	14 %
Wohlfahrtsverband	27	9 %
Sonstige	84	27 %
Gesamt	326	100 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenräger 2018; Träger in untersuchten Netzwerken: n = 326.

Tabelle 135: Zentralität verschiedener Trägertypen

	Zentralität in Informationsnetzwerken	Zentralität in Kooperationsnetzwerken
Schule/schulischer Förderverein	0,50	0,38
Sport-/Freizeitverband	0,54	0,34
Verein/Einrichtung für Kunst/Kultur	0,54	0,37
Selbstorganisation einer kulturellen/migrantischen Minderheit	0,55	0,43
Wohlfahrtsverband	0,64	0,43
Jugendorganisation	0,66	0,42
Religiöse Organisation	0,66	0,47
Einzelperson/Gruppe ohne Träger	0,69	0,41
Träger Erwachsenenbildung	0,73	0,48
Bürgerbündnis gegen REX	0,75	0,57
Sonstige	0,62	0,43
Gesamt	0,62	0,43

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Träger in untersuchten Netzwerken: n = 326.

Tabelle 136: Anzahl hauptamtlicher Kräfte und Zentralität der Träger

	Zentralität in Informationsnetzwerken	Zentralität in Kooperationsnetzwerken
Keine HA	0,56	0,36
Eine HA	0,61	0,43
2 bis 5 HA	0,65	0,45
6 bis 25 HA	0,68	0,52
Mehr als 26 HA	0,69	0,49
Gesamt	0,62	0,43

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Träger in untersuchten Netzwerken: n = 326; HA = hauptamtliche Kraft.

Tabelle 137: Projektziele in Partnerschaften, deren Netzwerke analysiert wurden

	Absolut	In Prozent
Sensibilisierung der Öffentlichkeit	212	23 %
Bildung von Netzwerken	80	9 %
Information oder (Fort-)Bildung	137	15 %
Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen	138	15 %
Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen	49	5 %
Abbau von Vorurteilen	259	28 %
Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten	65	7 %
Gesamt	940	100 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Einzelmaßnahmen in untersuchten Netzwerken: n = 425; Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 138: Bekanntheit der Partnerschaften nach Teilöffentlichkeiten

Bekannt bei ...	In Gemeinde/Stadtteil		Unter ehrenamtlich Aktiven		Unter Fachakteuren	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Fast allen	1	0 %	15	5 %	62	21 %
Den meisten	25	8 %	65	22 %	119	40 %
Vielen	106	35 %	116	38 %	74	25 %
Wenigen	148	48 %	94	31 %	39	13 %
Fast niemandem	27	9 %	12	4 %	2	1 %
Gesamt	307	100 %	302	100 %	296	100 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Träger in untersuchten Netzwerken: n = 326.

Tabelle 139: Netzwerkkennzahlen

	Mittelwert	Minimum	Maximum
Anzahl der Träger im Netzwerk	12	3	32
Dichte Information	0,51	0,19	1,00
Dichte Kooperation	0,32	0,10	1,00
Zentralisierung Information	0,53	0,00	1,00
Zentralisierung Kooperation	0,39	0,00	1,00
Zentralität Information Koordinierungs- und Fachstelle	0,85	0,24	1,00
Zentralität Kooperation Koordinierungs- und Fachstelle	0,57	0,13	1,00
Diversität	0,68	0,24	0,85
Vernetzungszuwachs Dichte Information	0,68	0,07	4,00
Vernetzungszuwachs Dichte Kooperation	0,77	0,00	3,00

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden: n = 37.

Tabelle 140: Korrelationen zwischen Grundlagen der Vernetzung und Netzwerkkennzahlen

	Dichte Information alt	Dichte Kooperation alt	Förderdauer	Zentralität Informations- und Fachstelle alt	Bevölkerungsdichte
Dichte Information alt	1,000	0,497***	-0,128	0,393**	0,295*
Dichte Kooperation alt	0,497***	1,000	-0,217	0,199	0,287*
Förderdauer	-0,128	-0,217	1,000	0,076	0,014
Zentralität Informations- und Fachstelle alt	0,393**	0,199	0,076	1,000	0,043
Bevölkerungsdichte	0,295*	0,287*	0,014	0,043	1,000
Dichte Information neu	0,071	0,134	-0,407**	-0,521***	-0,054
Dichte Kooperation neu	0,292*	0,156	-0,501**	-0,262	0,156
Zentralisierung Informations-Veränderung	-0,507***	-0,174	-0,102	0,125	-0,383**
Zentralisierung Kooperations-Veränderung	-0,375**	-0,305*	0,003	0,012	-0,286*
Diversität	-0,107	-0,015	0,381**	0,375**	-0,051

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden: n = 37.

*** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig, Pearson) signifikant.

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig, Pearson) signifikant.

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,1 (2-seitig, Pearson) signifikant.

Tabelle 141: Korrelationen zwischen Grundlagen der Vernetzung und Netzwerkennzahlen (Fortsetzung)

	Dichte Information neu	Dichte Kooperation neu	Zentralisierung Information Veränderung	Zentralisierung Kooperation Veränderung	Diversität
Dichte Information alt	0,071	0,292*	−0,507***	−0,375**	−0,107
Dichte Kooperation alt	0,134	0,156	−0,174	−0,305*	−0,015
Förderdauer	−0,407**	−0,501***	−0,102	0,003	0,381**
Zentralität Informations- und Fachstelle alt	−0,521***	−0,262	0,125	0,012	0,375*
Bevölkerungsdichte	−0,054	0,156	−0,383**	−0,286*	−0,051
Dichte Information neu	1,000	0,708***	−0,161	0,153	−0,509***
Dichte Kooperation neu	0,708***	1,000	−0,218	0,093	−0,317*
Zentralisierung Information Veränderung	−0,161	−0,218	1,000	0,303*	−0,120
Zentralisierung Kooperation Veränderung	0,153	0,093	0,303*	1,000	0,054
Diversität	−0,509***	−0,317*	−0,120	0,054	1,000

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden: n = 37.

*** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig, Pearson) signifikant.

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig, Pearson) signifikant.

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,1 (2-seitig, Pearson) signifikant.

Tabelle 142: Korrelationen zwischen der Erreichung verschiedener Projektziele und Netzwerkichte

Projektziele	Dichte Information	Dichte Kooperation
Information oder (Fort-)Bildung (n = 32)	−0,344***	−0,281**
Bildung von Netzwerken (n = 29)	−0,133	−0,287**
Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen (n = 22)	0,187	0,275*

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden: n = 37.

*** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,1 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

Tabelle 143: Korrelationen zwischen der Bekanntheit von Partnerschaften und Netzwerkdicke

Bekanntheit der Partnerschaft für Demokratie ...	Dichte Information	Dichte Kooperation
in der Gemeinde oder dem Stadtteil	–0,333***	–0,221*
unter ehrenamtlich Aktiven in ihrer Kommune	–0,312***	–0,247**
unter denjenigen, die Sie mit ihrem Projekt erreichen wollten	–0,380***	–0,374***
unter Fachakteuren in ihrer Kommune	–0,299**	–0,213*

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden: n = 37.

*** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,1 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

Tabelle 144: Korrelationen zwischen der Bekanntheit von Partnerschaften und dem Grad der Netzwerkzentralisierung

Bekanntheit der Partnerschaft für Demokratie ...	Zentralisierung Information	Zentralisierung Kooperation
in der Gemeinde oder dem Stadtteil	0,020	–0,114
unter ehrenamtlich Aktiven in ihrer Kommune	0,023	–0,141
unter denjenigen, die Sie mit ihrem Projekt erreichen wollten	0,108	–0,194*
unter Fachakteuren in ihrer Kommune	0,107	0,020

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden: n = 37.

*** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,1 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

Tabelle 145: Korrelationen zwischen der Bekanntheit von Partnerschaften und Netzwerkdiversität

Bekanntheit der Partnerschaft für Demokratie ...	Diversität
in der Gemeinde oder dem Stadtteil	0,074
unter ehrenamtlich Aktiven in ihrer Kommune	0,057
unter denjenigen, die Sie mit ihrem Projekt erreichen wollten	0,177
unter Fachakteuren in ihrer Kommune	–0,058

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden: n = 37.

*** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,1 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

Tabelle 146: Korrelationen zwischen der Erreichung verschiedener Projektziele und der Zentralität von Einzelmaßnahmenträgern

Zielerreichung	Zentralität Träger Information
Sensibilisierung der Öffentlichkeit (n = 203)	–0,120**
Bildung von Netzwerken (n = 79)	–0,150*
Information oder (Fort-)Bildung (n = 133)	–0,208***

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; Partnerschaften, deren Netzwerke untersucht wurden: n = 37.

*** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,1 (2-seitig, Kendalls Tau) signifikant.

Tabelle 147: Bezug der Projekte zum Thema Rechtspopulismus

	Absolut	In Prozent
Zunahme des Rechtspopulismus Motivation für Engagement	355	17 %
Informiert über rechtspopulistische Positionen und Akteure	132	6 %
Fördert Austausch mit Menschen, die rechtspopulistischen Positionen zuneigen	71	3 %
Geht gegen rechtspopulistische Positionen in Öffentlichkeit vor	169	8 %
Richtet sich gegen einzelne rechtspopulistische Akteure	36	2 %
Stärkt Werte/Einstellungen, die Rechtspopulismus entgegenstehen	644	31 %
Unterstützt von rechtspopulistischer Ausgrenzung betroffene Menschen	364	18 %
Kein Bezug	228	11 %
Sonstiges	73	4 %
Gesamt	2.072	100 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190); Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 148: Ansätze im Engagement gegen Rechtsextremismus

	Absolut	In Prozent
Gesellschaftliche Resilienz	236	23 %
Information	109	11 %
Arbeit mit Betroffenen	144	14 %
Konfrontation	307	30 %
kein Bezug	228	22 %
Gesamt	1.024	100 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190); Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 149: Einzelmaßnahmen mit Bezug zu Rechtspopulismus nach Trägertyp

	Unterstützung	Resilienz	Konfrontation	Information	kein Bezug	Gesamt
Einzelperson/Gruppe ohne Träger	2	8	16	2	5	33
Bürgerbündnis, -initiative gegen Rechtsextremismus	11	6	25	14	4	60
Religiöse Organisation/Gemeinschaft, Kirche	19	18	20	6	16	79
Selbstorganisation einer kulturellen Minderheit	0	1	0	0	0	1
Selbstorganisation von Migrant/innen	3	8	4	5	6	26
Verein für Kunst, Musik oder Kulturelles	13	18	35	4	18	88
Kulturelle Einrichtung (Theater, Museum o.ä.)	3	7	8	5	6	29
Kindergarten/Kindertagesstätte	0	2	0	0	1	3
Schule	3	4	4	2	5	18
Förderverein einer Schule	7	17	20	14	18	76
Träger der Erwachsenenbildung und -qualifizierung	10	10	20	3	13	56
Sport- und Freizeitverband	7	5	9	2	12	35
Jugendorganisation oder -einrichtung, Jugendhilfe	12	26	45	18	35	136
Wohlfahrtsverband	16	22	20	3	26	87
Gewerkschaft	0	0	0	2	0	2
Politische Partei	0	2	1	0	0	3
Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz o.ä.	0	0	3	0	4	7
Selbstorganisation einer sexuellen Minderheit	2	0	3	1	0	6
Anderer Träger	29	75	58	23	44	229
Schule/schul. Förderverein	10	21	24	16	23	94
Gesamt	137	229	291	104	213	974

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190).

Tabelle 150: Kreuztabellen Zielgruppen und Bezug zu Rechtspopulismus

		Sich radikalisierende junge Menschen				Gesamt	
		Nein		Ja			
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Bezug Rechtspop.	Nein	210	93 %	15	7 %	225	100 %
	Ja	681	86 %	107	14 %	788	100 %
Gesamt		891	88 %	122	12 %	1.013	100 %

		Mitglieder radikaler Szenen				Gesamt	
		Nein		Ja			
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Bezug Rechtspop.	Nein	215	95 %	10	4 %	225	100 %
	Ja	721	91 %	67	9 %	788	100 %
Gesamt		936	92 %	77	8 %	1.013	100 %

		Staatliche Akteure				Gesamt	
		Nein		Ja			
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Bezug Rechtspop.	Nein	192	85 %	33	15 %	225	100 %
	Ja	596	76 %	192	24 %	788	100 %
Gesamt		788	78 %	225	22 %	1.013	100 %

		Zivilgesellschaftliche Akteure				Gesamt	
		Nein		Ja			
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Bezug Rechtspop.	Nein	161	72 %	64	28 %	225	100 %
	Ja	388	49 %	400	51 %	788	100 %
Gesamt		549	54 %	464	46 %	1.013	100 %

		Politische Akteure				Gesamt	
		Nein		Ja			
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Bezug Rechtspop.	Nein	185	82 %	40	18 %	225	100 %
	Ja	521	66 %	267	34 %	788	100 %
Gesamt		706	70 %	307	30 %	1.013	100 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190).

Tabelle 151: Vollständige oder überwiegende Zielerreichung durch Projekte mit Bezug zu Rechtspopulismus

	Absolut	In Prozent
Bildung von Netzwerken (n = 171)	125	73 %
Sensibilisierung der Öffentlichkeit (n = 451)	339	75 %
Abbau von Vorurteilen (n = 521)	394	76 %
Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen (n = 106)	84	79 %
Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen (n = 282)	229	81 %
Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten (n = 109)	91	84 %
Information oder (Fort-)Bildung (n = 278)	257	92 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018 (n = 1.190); Mehrfachnennungen möglich.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	16
Abbildung 2:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderjahr	46
Abbildung 3:	Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	47
Abbildung 4:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderjahr	50
Abbildung 5:	Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	51
Abbildung 6:	Thematische Schwerpunkte der aus dem Jugendfonds realisierten Projekten im Jahr 2017	53
Abbildung 7:	Zufriedenheit mit dem eigenen Engagement im Jugendforum: „Wie zufrieden bist Du mit den folgenden Aspekten Deines Engagements im Jugendforum?“	54
Abbildung 8:	Wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation differenziert nach programmrelevanten Problemlagen	60
Abbildung 9:	Beurteilung der lokalen Situation hinsichtlich des Problemdrucks	61
Abbildung 10:	Stellenwert der Bearbeitung programmrelevanter Problemlagen	62
Abbildung 11:	Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Rechtsextremismus in den Jahren 2016 und 2018	64
Abbildung 12:	(Wahrgenommene) Wirkungen im Bereich Rechtsextremismus	68
Abbildung 13:	Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl in den Jahren 2016 und 2018 (1)	71
Abbildung 14:	Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl in den Jahren 2016 und 2018 (2)	73
Abbildung 15:	(Wahrgenommene) Wirkungen im Bereich der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl	75
Abbildung 16:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Demokratiedistanz in den Jahren 2016 und 2018 (1)	78
Abbildung 17:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Demokratiedistanz in den Jahren 2016 und 2018 (2)	81
Abbildung 18:	(Wahrgenommene) Wirkungen im Bereich Demokratiedistanz	82
Abbildung 19:	Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Islam- und Muslimfeindlichkeit in den Jahren 2016 und 2018	83
Abbildung 20:	Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Islamistische Orientierungen und Handlungen in den Jahren 2016 und 2018	85
Abbildung 21:	(Wahrgenommene) Wirkungen in den Bereichen Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie islamistische Orientierungen und Handlungen	86

Abbildung 22:	Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten der Bereiche Antisemitismus, Antiziganismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit in den Jahren 2016 und 2018	87
Abbildung 23:	Ausgewählte (wahrgenommene) Wirkungen in weiteren egalitätsnegierenden Bereichen	89
Abbildung 24:	Einschätzung, ob sich das Instrument der Partnerschaft für Demokratie dazu eignet, dem Phänomenbereich Islamistische Orientierungen und Handlungen angemessen zu begegnen	91
Abbildung 25:	Ansatz bei der Bearbeitung des Themenbereichs Islamistische Orientierungen und Handlungen	92
Abbildung 26:	Ziele bei der Bearbeitung des Themenschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach Ansatz der Bearbeitung	93
Abbildung 27:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	98
Abbildung 28:	Einschätzungen der Koordinator/innen zu Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	99
Abbildung 29:	Einschätzungen der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für die Jahre 2015/2016, 2016/2017 sowie den Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	104
Abbildung 30:	Mittelwertvergleich: Bekanntheit der Partnerschaft für Demokratie aus der Perspektive externer Akteure aus unterschiedlichen Handlungsfeldern	126
Abbildung 31:	Stufenmodell von Arnstein (1969)	132
Abbildung 32:	Beteiligungsmöglichkeiten jenseits des Begleitausschusses und der Jugendforen	133
Abbildung 33:	Trägertypen in untersuchten Netzwerken	140
Abbildung 34:	Zentralität verschiedener Trägertypen	143
Abbildung 35:	Anzahl hauptamtlicher Kräfte und Zentralität der Träger	144
Abbildung 36:	Projektziele in Partnerschaften, deren Netzwerke analysiert wurden	146
Abbildung 37:	Bekanntheit der Partnerschaften nach Teilöffentlichkeiten	147
Abbildung 38:	Bezug der Einzelmaßnahmen zum Thema Rechtspopulismus	151
Abbildung 39:	Ansätze im Engagement gegen Rechtspopulismus	153
Abbildung 40:	Einzelmaßnahmen mit Bezug zu Rechtspopulismus nach Trägertyp	154
Abbildung 41:	Signifikant häufigere Zielgruppen von Projekten mit Rechtspopulismus-Bezug	156
Abbildung 42:	Zielerreichung der Projekte mit Bezug zum Thema Rechtspopulismus	157

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie	170
Tabelle 2:	Verwaltungsform der Partnerschaften für Demokratie	170
Tabelle 3:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)	171
Tabelle 4:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)	172
Tabelle 5:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	173
Tabelle 6:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	174
Tabelle 7:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	175
Tabelle 8:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	176
Tabelle 9:	Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach regionaler Verortung: „In unserer Förderregion gibt es...“	176
Tabelle 10:	Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Verwaltungseinheit: „In unserer Förderregion gibt es...“	177
Tabelle 11:	Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Förderperiode	177
Tabelle 12:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle	177
Tabelle 13:	Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in differenziert nach Förderperiode	178
Tabelle 14:	Entscheidende Beeinträchtigung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie aufgrund von Personalwechseln in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Förderperiode	178
Tabelle 15:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen	179
Tabelle 16:	Effekte der Arbeit des Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie hinsichtlich der regulären lokalen Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen in verschiedenen Bereichen	179

Tabelle 17:	Unterstützung durch Entscheidungsebenen von Schlüsselresorts der Verwaltung differenziert nach Anteil der Vertreter/innen aus der Verwaltung im Begleitausschuss	180
Tabelle 18:	Unterstützung durch lokale politische Entscheidungsträger/innen differenziert nach dem Vorhandensein von Vertreter/innen aus der Politik im Begleitausschuss	180
Tabelle 19:	Stattdgefundene Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie	180
Tabelle 20:	Stattdgefundene Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Vorhandensein aktiver (programmrelevanter) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen in der Förderregion	181
Tabelle 21:	Gewinnung deutungsmächtiger Akteur/innen	181
Tabelle 22:	Beitrag, den deutungsmächtige Akteur/innen bei der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie leisten	182
Tabelle 23:	Bereiche, aus denen die für die Mitarbeit gewonnenen deutungsmächtigen Akteur/innen stammen	182
Tabelle 24:	Einstieg neuer, bisher „themenfremder“ Akteur/innen in die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	183
Tabelle 25:	Wissenszuwachs über Handlungsmöglichkeiten bezüglich vor Ort bestehender Problemlagen durch die Partnerschaft für Demokratie	183
Tabelle 26:	Maßnahmen der Partnerschaft für Demokratie zur fortlaufenden Aktualisierung des Wissens über lokale Problemlagen	183
Tabelle 27:	Einschätzung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts in der Partnerschaft für Demokratie bzgl. des Wissens der an der Partnerschaft für Demokratie beteiligten Akteur/innen über programmrelevante Problemlagen	183
Tabelle 28:	Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung von Demokratiekonferenzen	184
Tabelle 29:	Einschätzung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erreichten Entwicklungsfortschritts in der Partnerschaft für Demokratie bzgl. des Know-hows bei Ämtern und Institutionen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen	184
Tabelle 30:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	184
Tabelle 31:	Bereiche der Unterstützung durch einen Coach	185
Tabelle 32:	Zusammenarbeit mit anderen Partnerschaften für Demokratie	185
Tabelle 33:	Einschätzung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erreichten Entwicklungsfortschritts in der	

	Partnerschaft für Demokratie hinsichtlich der kontinuierlichen Bearbeitung zentraler Themenstellungen durch verschiedene Akteursgruppen	186
Tabelle 34:	Bekanntheitsgrad der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderdauer	186
Tabelle 35:	Einschätzung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erreichten Entwicklungsfortschritts in der Partnerschaft für Demokratie bzgl. der Sensibilität der Öffentlichkeit für programmrelevante Themenstellungen	186
Tabelle 36:	Anteil der Befragten, die Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss wahrnehmen differenziert nach Funktion der Befragten in der Partnerschaft für Demokratie	187
Tabelle 37:	Formen von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss	187
Tabelle 38:	Wahrgenommener Grad der Ermüdung im Begleitausschuss differenziert nach Förderdauer	187
Tabelle 39:	Geeignete Maßnahmen zur Aktivierung des Begleitausschusses	188
Tabelle 40:	Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern	189
Tabelle 41:	Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds	189
Tabelle 42:	Vertretung von Jugendforen in Begleitausschüssen	190
Tabelle 43:	Interessierende Themen im Rahmen des eigenen Engagements	190
Tabelle 44:	Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung	190
Tabelle 45:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode	191
Tabelle 46:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	191
Tabelle 47:	Etablierungskontext des Jugendforums differenziert nach Verwaltungseinheit	191
Tabelle 48:	Vorrangige Zuständigkeit für die Unterstützung der Arbeit des Jugendforums	192
Tabelle 49:	Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2018 bearbeitet werden	192
Tabelle 50:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	193
Tabelle 51:	Betroffenheit von Vorkommnissen/Aktionen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements im Zeitraum 01.07.2017 bis 30.06.2018	194
Tabelle 52:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	195
Tabelle 53:	Unterstützung der Partnerschaft für Demokratie von Formen der öffentlichen Gegenwehr und Mobilisierung bei demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen oder Ereignissen	195

Tabelle 54:	Budget der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2018	195
Tabelle 55:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderjahr: „Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?“	196
Tabelle 56:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Förderperiode	196
Tabelle 57:	Gründe, weshalb aktuell kein Jugendforum in der Förderregion existiert	197
Tabelle 58:	Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Verwaltungseinheit	198
Tabelle 59:	Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach strukturellen Voraussetzungen in der Förderregion: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche“	198
Tabelle 60:	Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Organisationsform	199
Tabelle 61:	Altersverteilung der Mitglieder aus den Jugendforen	199
Tabelle 62:	Geschlechterverteilung der Mitglieder aus den Jugendforen	199
Tabelle 63:	Migrationshintergrund der Mitglieder aus den Jugendforen (Selbstzuschreibung): „Würdest Du dich selbst als Jugendliche/r mit Migrationshintergrund bezeichnen?“	199
Tabelle 64:	Verteilung der (angestrebten) Schulabschlüsse der Mitglieder aus den Jugendforen	200
Tabelle 65:	Rekrutierungsweg bzgl. des Engagements im Jugendforum	200
Tabelle 66:	Engagement außerhalb des Jugendforums: „Warst Du in der Vergangenheit bzw. bist Du aktuell jenseits des Jugendforums (jugend-)politisch engagiert?“	200
Tabelle 67:	Einstellungen zum Engagement für Demokratie und Respekt	201
Tabelle 68:	Aktuelle Organisationsformen der Jugendforen differenziert nach Etablierungskontext	201
Tabelle 69:	Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds	202
Tabelle 70:	Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung	202
Tabelle 71:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderjahr	202
Tabelle 72:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses differenziert nach Vorhandensein eines Jugendforums	203
Tabelle 73:	Vertretung von Mitgliedern der Jugendforen in Begleitausschüssen	203
Tabelle 74:	Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss	203
Tabelle 75:	Beurteilung der Beteiligung an Demokratiekonferenzen: Breite Beteiligung Jugendlicher	203
Tabelle 76:	Bewilligte Projekte/Initiativen aus dem Jugendfonds im Jahr 2017	204

Tabelle 77:	Themenfelder, in denen im Jahr 2017 jugendfondsfinanzierte Projekte realisiert wurden	204
Tabelle 78:	Zufriedenheit mit dem eigenen Engagement im Jugendforum: „Wie zufrieden bist Du mit den folgenden Aspekten Deines Engagements im Jugendforum?“	204
Tabelle 79:	Gründe für die Attraktivität des Engagements im Jugendforum	205
Tabelle 80:	Interessierende Themen im Rahmen des eigenen Engagements	205
Tabelle 81:	Wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation differenziert nach programmrelevanten Problemlagen	206
Tabelle 82:	Beurteilung der lokalen Situation hinsichtlich des Problemdrucks	207
Tabelle 83:	Stellenwert der Bearbeitung programmrelevanter Problemlagen	208
Tabelle 84:	Aktivitäten Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	208
Tabelle 85:	Demonstrationen und Protestkundgebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	209
Tabelle 86:	Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z.B. Konzerte, Feste) demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	209
Tabelle 87:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Rechtsextremismus im Jahr 2018	210
Tabelle 88:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Rechtsextremismus im Jahr 2016	211
Tabelle 89:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl im Jahr 2018	212
Tabelle 90:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl im Jahr 2016	213
Tabelle 91:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: Politische und weitere deutungsmächtige Akteur/innen stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	214
Tabelle 92:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: Politische und weitere deutungsmächtige Akteur/innen stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	214
Tabelle 93:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	215

Tabelle 94:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	215
Tabelle 95:	Stattdgefunden Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie (Partnerschaften, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben)	215
Tabelle 96:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	216
Tabelle 97:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	216
Tabelle 98:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Demokratiedistanz im Jahr 2018	217
Tabelle 99:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Demokratiedistanz im Jahr 2016	218
Tabelle 100:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit im Jahr 2018	219
Tabelle 101:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit im Jahr 2016	220
Tabelle 102:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen im Jahr 2018	221
Tabelle 103:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen im Jahr 2016	222
Tabelle 104:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Antisemitismus im Jahr 2018	223
Tabelle 105:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Antisemitismus im Jahr 2016	224
Tabelle 106:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Antiziganismus im Jahr 2018	225
Tabelle 107:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Antiziganismus im Jahr 2016	226
Tabelle 108:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit im Jahr 2018	227
Tabelle 109:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit im Jahr 2016	228
Tabelle 110:	Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der integrierten Handlungsstrategie im Jahr 2018	229

Tabelle 111:	Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach regionaler Verortung	229
Tabelle 112:	Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach Verwaltungseinheit	229
Tabelle 113:	Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach dem Vorhandensein von Problemen im Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	230
Tabelle 114:	Einschätzung, ob sich das Instrument der Partnerschaft für Demokratie dazu eignet, dem Phänomenbereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ angemessen zu begegnen	230
Tabelle 115:	Ansatz bei der Bearbeitung des Themenbereichs „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	230
Tabelle 116:	Ziele bei der Bearbeitung des Themenschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	231
Tabelle 117:	Ziele bei der Bearbeitung des Themenschwerpunkts „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ differenziert nach dem Ansatz der Bearbeitung	232
Tabelle 118:	Projektformate im Handlungsfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	233
Tabelle 119:	Zielgruppen im Handlungsfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	233
Tabelle 120:	Zusammenarbeit mit Akteur/innen im Arbeitsschwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	234
Tabelle 121:	Probleme im Rahmen der Bearbeitung des Arbeitsschwerpunktes „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	235
Tabelle 122:	Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Akteursgruppe in der Förderregion für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	235
Tabelle 123:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	236
Tabelle 124:	Einschätzung der Koordinator/innen zu islam- bzw. muslim-feindlichen Anfeindungen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	237
Tabelle 125:	Körperverletzungen gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	237
Tabelle 126:	Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	238
Tabelle 127:	Straftaten gegen die Ehre gegen spezifische Personengruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	238

Tabelle 128:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	239
Tabelle 129:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	240
Tabelle 130:	Betroffenheit von Vorkommnissen/Aktionen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements im Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	241
Tabelle 131:	Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern	242
Tabelle 132:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	243
Tabelle 133:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	244
Tabelle 134:	Häufigkeit der Trägertypen in untersuchten Netzwerken	245
Tabelle 135:	Zentralität verschiedener Trägertypen	245
Tabelle 136:	Anzahl hauptamtlicher Kräfte und Zentralität der Träger	246
Tabelle 137:	Projektziele in Partnerschaften, deren Netzwerke analysiert wurden	246
Tabelle 138:	Bekanntheit der Partnerschaften nach Teilöffentlichkeiten	247
Tabelle 139:	Netzwerkkennzahlen	247
Tabelle 140:	Korrelationen zwischen Grundlagen der Vernetzung und Netzwerkkennzahlen	248
Tabelle 141:	Korrelationen zwischen Grundlagen der Vernetzung und Netzwerkkennzahlen (Fortsetzung)	248
Tabelle 142:	Korrelationen zwischen der Erreichung verschiedener Projektziele und Netzwerkdichte	249
Tabelle 143:	Korrelationen zwischen der Bekanntheit von Partnerschaften und Netzwerkdichte	250
Tabelle 144:	Korrelationen zwischen der Bekanntheit von Partnerschaften und dem Grad der Netzwerkzentralisierung	250
Tabelle 145:	Korrelationen zwischen der Bekanntheit von Partnerschaften und Netzwerkdiversität	250
Tabelle 146:	Korrelationen zwischen der Erreichung verschiedener Projektziele und der Zentralität von Einzelmaßnahmenträgern	250
Tabelle 147:	Bezug der Projekte zum Thema Rechtspopulismus	251
Tabelle 148:	Ansätze im Engagement gegen Rechtsextremismus	251
Tabelle 149:	Einzelmaßnahmen mit Bezug zu Rechtspopulismus nach Trägertyp	252

Tabelle 150:	Kreuztabellen Zielgruppen und Bezug zu Rechtspopulismus	252
Tabelle 151:	Vollständige oder überwiegende Zielerreichung durch Projekte mit Bezug zu Rechtspopulismus	254

